

Daniil Melnikow

20. Juli 1944
Legende und Wirklichkeit



VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

BERLIN 1964

Titel der russischen Originalausgabe:

Заросоп 20 моjия 1944 ро^а в ТепМаННМ
JлереНсса н flewTBHTejibHocTb

Ins Deutsche übertragen von Fritz Rehak

Bildnachweise: VEB DEFA, Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme;
Zentralbild



Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg

ES 14 E

1. Auflage

Alle Rechte vorbehalten

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1964

Printed in the German Democratic Republic

Lizenz-Nr.: 206-435/144/64

Einband und Schutzumschlag: H. Unzner, Berlin

Gesamtherstellung: Sachsendruck Plauen

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

EINLEITUNG

Die bürgerliche Geschichtsschreibung schenkt der Verschwörung des 20. Juli 1944 viel Beachtung. In Westdeutschland beinhalten neun Zehntel aller Arbeiten zur Geschichte des zweiten Weltkrieges diese Verschwörung. In den USA, in England und Frankreich sind unzählige Bücher erschienen, in denen die Ereignisse beschrieben werden, die zu dem Attentat auf Hitler geführt haben.

Dieses starke Interesse ist keineswegs zufällig. Die bürgerlichen Historiker versuchen, die dramatischen Geschehnisse des 20. Juli 1944 zur Begründung ihrer politischen Schlussfolgerungen zu benutzen. Insbesondere reaktionäre westdeutsche Historiker sind bemüht, die geschichtlichen Tatsachen im Zusammenhang mit der Verschwörung gegen Hitler so darzustellen, dass sie zur Rechtfertigung des deutschen Militarismus benutzt werden können. Die Apologeten des deutschen Militarismus nehmen zuweilen sogar zu unverblümter Geschichtsfälschung Zuflucht. Sie versuchen auf diese Weise, die Verschwörung gegen Hitler als Beweis dafür heranzuziehen, dass das Hitlerregime vom deutschen Militarismus «abgelehnt» worden sei und dass es einen «Fremdkörper» für den deutschen Imperialismus dargestellt habe. Die Verschwörung wird von diesen Historikern als «höchster Ausdruck» der antifaschistischen Bewegung in Deutschland, als Zeugnis des «Edelmutes», der Tapferkeit und des «Demokratismus» der Führungsspitzen der deutschen Kriegsmaschine, des Finanzkapitals und der Aristokratie der Grundbesitzer gerühmt.

Die amerikanischen und englischen Historiker vertreten im wesentlichen die Meinung ihrer westdeutschen Kollegen, doch legen sie in ihren Werken das Schwergewicht auf die aussenpolitische Sphäre der Tätigkeit der Verschwörer. Ihr Interesse gilt in erster Linie den Verbindungen der Verschwörer zu amerikanischen und englischen reaktionären Kreisen und den Versuchen der Hitlergeneräle, eine gemeinsame Front aller reaktionären Kräfte zum Kampf gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Völker der Welt zu schaffen. Die meisten Historiker der USA und Englands, die sich mit der Erforschung der Ereignisse des 20. Juli beschäftigten, wollen mit ihren Arbeiten die Verbindung der herrschenden Kreise der USA und Englands mit dem westdeutschen Militarismus rechtfertigen und die historischen Wurzeln einer solchen Politik herausstellen.

Deshalb muss die Wahrheit über die Verschwörung gezeigt und ihr wahres Wesen aufgedeckt werden.

In diesem Buch werden die Ereignisse des 20. Juli im Zusammenhang mit der militärischen und politischen Lage in Deutschland geschildert. Es stellt somit eine Fortsetzung der Arbeiten über die Ereignisse jener Jahre dar, die von sowjetischen Historikern und auch vom Verfasser selbst bereits veröffentlicht worden sind. Der Verfasser sieht in der Verschwörung den Ausdruck einer «Krise der oberen Schichten» des faschistischen Deutschlands, die sich unter dem unmittelbaren Einfluss der Niederlagen der Hitlerarmee an der deutsch-sowjetischen Front anbahnte. Um diese Hauptthese zu beweisen, untersucht er gründlich das Programm, die näheren Umstände der Verschwörung und deckt die Verbindungen der Verschwörer zum Ausland, ihre Pläne und Absichten auf. Er versucht, das Wesen der Verschwörung zu enthüllen, ihren erzreaktionären, imperialistischen Charakter sichtbar zu machen.

Gleichzeitig wird der Beantwortung zweier wichtiger Fragen grosse Aufmerksamkeit geschenkt, die in der Geschichtsliteratur sehr umstritten sind. Erstens der Frage, welchen Umfang die Verschwörung angenommen hatte und wie weit sie in den verschiedenen Bevölkerungsschichten verbreitet war. Eine Reihe von Historikern nimmt an, dass die Einflussphäre der Verschwörung sehr begrenzt war, dass von ihr nur bestimmte Gruppen des Offizierskorps erfasst und die Verschwörung lediglich das Werk einer Handvoll Leute aus der Umgebung Hitlers gewesen sei, die eine «Palastrevolution» planten. Solche Anschauungen finden in der weitverbreiteten Darstellung der Verschwörung als «Generalschwörung» gegen Hitler ihren Ausdruck. Andere Historiker – zu ihnen gehört der grösste Teil der reaktionären Historiker Westdeutschlands – versuchen, die Verschwörung als «antifaschistische Massenbewegung» hinzustellen. Diese Historiker behaupten, an der Verschwörung seien grosse Teile der deutschen Bevölkerung beteiligt gewesen und sie stelle den Höhepunkt der antifaschistischen Bewegung im Lande dar. Die Frage nach der Verbreitung der Verschwörung ist selbstverständlich nicht einfach eine Frage der zahlenmässigen Zusammensetzung der Verschwörer. Die Beantwortung dieser Frage ist wichtig für die Klärung des Charakters der ganzen Verschwörung. Der Verfasser versucht darzustellen, wie weit die Verschwörung in den verschiedensten Schichten der Führung Hitlerdeutschlands verzweigt war. Er gelangt

zu der Schlussfolgerung, dass der Kreis der Verschwörer keineswegs auf das deutsche Offizierskorps begrenzt werden kann. Die weite Verbreitung der Verschwörung im herrschenden Lager des faschistischen Deutschlands zeugt gerade davon, dass sie Ausdruck einer allgemeinen Krise der oberen Schichten des Landes gewesen ist. Die Teilnahme vieler führender Persönlichkeiten Hitlerdeutschlands an der Verschwörung liefert aber keineswegs den Beweis für deren demokratischen Charakter. Im Gegenteil, gerade die Tatsache, dass Vertreter derjenigen Kreise, die Hitler an die Macht gebracht und ihn lange Zeit hindurch unterstützt hatten, an der Verschwörung teilnahmen, beweist, dass den Verschwörern jedwede demokratischen Ideen völlig fremd sein mussten. Die Zusammensetzung der Verschwörer bestimmte weitgehend auch die Methoden der Verschwörung. Es war eine Palastrevolution hinter dem Rücken des Volkes, sie wurde vor ihm geheimgehalten. Die Verschwörung als Ausdruck der antifaschistischen Aktivität anzusehen hiesse demnach die historische Wirklichkeit zu verfälschen. Das Buch enthält reichhaltiges Material, das diese These erhärtet.

Die zweite Frage, auf die das Buch Antwort zu geben versucht, ist die Frage nach den Ursachen für das Scheitern der Verschwörung; sie werden vom Verfasser unter Berücksichtigung des Charakters der Verschwörung, der Herkunft der Verschwörer und der allgemeinen Situation im faschistischen Deutschland analysiert. Der Verfasser charakterisiert eingehend den faschistischen Gewaltapparat, der zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht nur gegen die unmittelbaren Klassengegner – das Proletariat und seine kommunistische Avantgarde – in Gang gesetzt werden konnte, sondern auch gegen die sogenannte bürgerliche Opposition und sogar gegen ehemalige aktive Anhänger des Hitlerregimes, die sich im letzten Moment entschlossen hatten, Hitler zu opfern, um damit den deutschen Imperialismus vor der Katastrophe zu retten.

Gegenwärtig haben in Westdeutschland dieselben Kräfte, die im faschistischen Deutschland am Ruder waren, wiederum führende Stellen inne. Im Programm der KPdSU heisst es, dass der westdeutsche Imperialismus «zynische Revanche- und Annexionsziele verkündet und einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten und andere europäische Länder vorbereitet». Bei der ideologischen Vorbereitung eines neuen Krieges benutzen die deutschen Revanchisten das ideologische Gepäck der reaktionären Führungsclique

der Verschwörung, die einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion propagierte.

Der Verfasser hofft, dass sein Buch dazu beitragen wird, die verfälschende Darstellung zu widerlegen, mit der die deutsche Reaktion verteidigt werden soll, indem der zutiefst volksfeindlichen Verschwörung «antifaschistische Ziele» zugeschrieben werden. Die Enthüllung des wahren Wesens der Verschwörung des 20. Juli 1944 wird auch die wirklichen Träger der antifaschistischen Bewegung im Lande, die Helden der antifaschistischen Illegalität, die unter der Führung der Kommunistischen Partei für eine lichte Zukunft des deutschen Volkes kämpften, deutlicher hervortreten lassen.

1. DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 1943 UND 1944

Die Auswirkungen der militärischen Niederlagen und aussenpolitischen Misserfolge auf die innenpolitische Lage in Deutschland

Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 ist eines jener Ereignisse während des zweiten Weltkrieges, das in engem Zusammenhang mit der allgemeinen inneren und aussenpolitischen Lage des faschistischen Deutschlands betrachtet werden muss.

Unter den Faktoren, die das Heranreifen, die Entstehung und Organisation der Verschwörung besonders stark beeinflussten, stehen die militärischen Niederlagen der Hitlerarmee an der deutsch-sowjetischen Front an erster Stelle. Das ist verständlich, zumal da sich jede Veränderung der militärischen Lage Deutschlands unausweichlich auf seine innere Entwicklung und auf die Gruppierung der Klassenkräfte im Lande auswirken musste. In einer Analyse der Verschwörung muss deshalb der Einfluss der militärischen Faktoren unbedingt berücksichtigt werden. Zwischen der innenpolitischen Lage und der militärischen Situation der Hitlertruppen an den Fronten bestand während des gesamten Krieges ein unmittelbarer Zusammenhang. Wie Walter Ulbricht schrieb, war die Kette von militärischen Schlägen, durch die die deutsche Armee zertrümmert wurde, für die weitere politische Entwicklung in Deutschland entscheidend.¹ Diese Niederlagen führten zu einer schweren Krise des faschistischen Regimes auf allen Gebieten und bedingten Zerfalls- und Zersetzungserscheinungen innerhalb der herrschenden Klasse.

Die reaktionäre westdeutsche Geschichtsschreibung versucht, diesen offensichtlichen Zusammenhang zwischen den Niederlagen an den Fronten und der Krise des Hitlerregimes zu negieren. Durch sie wurde besonders die Legende verbreitet, dass die Niederlagen der Hitlertruppen an der deutsch-sowjetischen Front eine «Konsolidierung» der Kräfte im faschistischen Hinterland hervorgerufen hätten, da sich angesichts der «bolschewistischen Gefahr» das Volk um die nazistische Führung geschart habe. Einer der führenden Generäle der faschistischen Wehrmacht und Autor einer Reihe von Büchern

¹ Vgl. *Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd I, 1. Hb., Berlin 1955, S. 17.*

und Artikeln über den zweiten Weltkrieg, Haider, behauptet sogar, dass Aktionen gegen Hitler in den Kriegsjahren nur unter der Voraussetzung eines Sieges der deutschen Truppen an der Front Erfolg haben konnten. Er schreibt: «Aussenpolitisch war ein militärischer Erfolg, innenpolitisch ein Rückschlag die Voraussetzung erfolgreicher Auflehnung.»² Mit Haider solidarisiert sich auch der westdeutsche Historiker Lüdde-Neurath. Er erklärt, die Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front in den letzten Kriegsjahren und der voraussichtliche Zusammenbruch Hitlerdeutschlands seien Momente gewesen, die entscheidenden Einfluss auf die Stärkung des Widerstandswillens der deutschen Bevölkerung gegenüber den Armeen der Alliierten gehabt hätten. «Auch eindeutige Gegner des Regimes ..schreibt Lüdde-Neurath wörtlich, . wurden so zu verzweifelten Verteidigern der Heimat.»^{3 4} Man könnte viele andere Beispiele dafür anführen, dass solche und ähnliche Ansichten nicht zufällig sind, sondern eine allgemeine Tendenz in der reaktionären Geschichtsschreibung des Westens darstellen.

Diese Behauptungen werden aber von den historischen Tatsachen völlig widerlegt. In Wirklichkeit verstärkte jede Niederlage der deutschen Wehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front die antifaschistische Stimmung unter den Massen und aktivierte ihren Widerstandskampf. Dadurch erweiterten und vertieften sich ständig der Zersetzungsprozess und die Krise des Hitlerregimes.

Das ist insofern verständlich, weil gerade an dieser Front die Mehrheit der deutschen Truppen konzentriert war und gerade hier das Schicksal des faschistischen Deutschlands entschieden wurde. Nach der Eröffnung der zweiten Front im Jahre 1944 überstieg die Zahl der an der deutschen Westfront stehenden Truppen niemals ein Drittel der gesamten faschistischen Streitkräfte. Die Hauptkräfte der Panzertruppen und der Luftwaffe waren an der deutsch-sowjetischen Front konzentriert. Hier wurde in hartnäckigen Kämpfen der Hauptteil der faschistischen Kriegsmaschine zertrümmert.

Die erste grosse Niederlage im zweiten Weltkrieg erlitten die Hitlertruppen im Dezember 1941 vor Moskau. Von diesem Zeitpunkt an

² Zit. nach *Hans Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt am Main und Hamburg 1958, S. 82.

³ *Walter Lüdde-Neurath*, Das Ende auf deutschem Boden, in: Bilanz des zweiten Weltkrieges, Hamburg 1955, S. 425.

⁴ Vgl. *nopajKeHne repjuaHCKoro HMnepnajM3Ma BO BTopofit MUPOBOM BofiHe. CTaTBH M floKyMeHTBI*, Moskau 1960, S. 88 f.

setzte ein Ernüchterungsprozess der Volksmassen in Deutschland ein, begannen die Grundlagen der faschistischen Diktatur zu wanken, und die Opposition in allen Bevölkerungsschichten, darunter auch in bürgerlichen Kreisen, erstarkte. Sie führte zur Entstehung einer weitverzweigten Verschwörung im herrschenden Lager des Nazi-reiches selbst. Dieser Prozess wurde besonders durch die historische Schlacht an der Wolga beschleunigt und nahm mit den weiteren Siegen der Sowjetarmee im Jahre 1943 an Schärfe zu.

Wie bekannt, brachte das Jahr 1943 eine Wende im Grossen Vaterländischen Krieg und im gesamten Verlauf des zweiten Weltkrieges. Diese Wende begann mit der Kapitulation der 6. Armee des Generalfeldmarschalls Paulus an der Wolga. Die Nachricht von der Zerschlagung der Hitlertruppen bei Stalingrad erschütterte das faschistische Hinterland. Mit der Vernichtung der Heeresgruppe Paulus wurde eine 300'000-Mann-Armee ausser Gefecht gesetzt. 90'000 Soldaten und Offiziere kapitulierten und wurden gefangengenommen. Im Winterfeldzug 1942/43, während der Stalingrader Schlacht und in den darauffolgenden Monaten wurden insgesamt 40 Prozent all der Divisionen Hitlers zerschlagen, die zu dieser Zeit an der deutsch-sowjetischen Front standen.

Im August 1943 erlitt die Hitlerwehrmacht in der Schlacht bei Kursk eine weitere vernichtende Niederlage, die Deutschland an den Rand der Katastrophe brachte. Bis Ende 1943 wurden insgesamt 118 faschistische Divisionen zerschlagen. Die Sowjetarmee konnte weite Gebiete der UdSSR von den Okkupanten befreien.

Otto Winzer charakterisiert die Reaktion in Deutschland auf die Niederlagen der faschistischen Truppen mit den Worten: «Der Untergang ganzer deutscher Armeen in der Sowjetunion hatte tiefgehende militärische und politische Folgen. Der Glaube an die Unbesiegbarkeit der deutschen Truppen war endgültig dahin. Nach Stalingrad war die Hitlerwehrmacht unfähig, auch nur noch eine einzige erfolgreiche Offensive gegen die Sowjetarmee zu führen.»⁵ Die faschistischen Generäle und die westdeutschen Historiker sind gezwungen, die Bedeutung der Stalingrader Schlacht zuzugeben. Der damalige Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Kurt Zeitzler, schrieb darüber, das deutsche Volk sei sich in einer Atmosphäre der äussersten Anspannung klar bewusst, dass eine

⁵ *Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1957, S. 205.*

furchtbare Katastrophe herannahe. Die Schlacht von Stalingrad sei tatsächlich ein Wendepunkt im Kriege gewesen.⁰ Auch der Nachfolger Zeitzlers, Heinz Guderian, fasste in der Arbeit «Erfahrungen im Russlandkrieg» die Ergebnisse der deutschen Offensive von 1942 bis 1943, die mit der Stalingrader Schlacht endete, mit folgenden Worten zusammen: «Der Feldzug des Jahres 1942 war .. für die deutsche Armee «in einer schweren Niederlage zu Ende gegangen. Von nun an stand man im Osten in der Abwehr.» Und der westdeutsche Historiker Walter Görnitz fasste seine Ansicht in dem Satz zusammen: Die Zerschlagung der Hitlertruppen an der Wolga «war die grösste Niederlage, die bislang je ein deutsches Heer in der Geschichte erlitten hatte .. ,»^{6 7 8}

Nach den Niederlagen der faschistischen Truppen an der Wolga und bei Kursk wollte die Hitlerführung die Lage an der Front mit verzweifelten Massnahmen retten. So begann die Periode der totalen Mobilmachung, von der nicht nur die Arbeiter und Bauern, sondern auch der Mittelstand betroffen wurden. Zur Ersetzung der fehlenden Arbeitskräfte in den Rüstungsbetrieben verschleppte man Millionen ausländischer Arbeiter nach Deutschland. Der Terror verstärkte sich. Doch alle diese Massnahmen konnten nicht zur Stabilisierung der Front führen. Sie verschlechterten nur die wirtschaftliche Lage Deutschlands und riefen eine zunehmende antifaschistische Stimmung hervor.

Auch die erneuten Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front im Sommer 1944 und im Winter 1945 hatten weitere schwere Folgen für die innenpolitische Lage Deutschlands. Während der Sommer- und Herbstoffensive der Roten Armee 1944 wurde die Hauptkräftegruppe der faschistischen Wehrmacht, die die Zugänge zu den Grenzen des Landes deckte, zerschlagen. Zu Beginn dieses Feldzuges hatte Hitler an der deutsch-sowjetischen Front noch über 200 Divisionen stehen. Davon wurden im Verlauf der Kämpfe 108 Divisionen völlig aufgerieben, und 43 Divisionen erlitten so schwere Verluste, dass die Hitlerführung gezwungen war, sie aufzulösen. Einer der faschistischen Heerführer, Siegfried Westphal, schreibt, dass die deutsche Armee im Sommer und Herbst 1944

⁶ Zit. nach *Siegfried Wertphal, Werner Kreipe* u.a., *The Fatal Decisions*, London 1956.

⁷ Zit. nach *Bilanz des zweiten Weltkrieges*, S. 95.

⁸ *Walter Görnitz, Der deutsche Generalstab, Geschichte und Gestalt 1657-1945*, Frankfurt am Main 1950, S. 610.

die schwerste Niederlage ihrer Geschichte erlitten habe, die sogar noch die Stalingrader Niederlage übertraf.⁹

Im Winterfeldzug 1945 griffen die Kampfhandlungen dann unmittelbar auf deutschen Boden über. Der Kampf trat nunmehr in die letzte Phase ein; die siegreiche Sowjetarmee rückte rasch auf Berlin vor.

Unter dem Einfluss der Erfolge der Sowjetarmee waren die englischen und amerikanischen Verbündeten gezwungen gewesen, die Kampfhandlungen im Westen zu aktivieren. Die Hitlertruppen, die unter dem Befehl Rommels standen, hatten in Afrika bei El Alamein im Oktober 1942 eine vernichtende Niederlage erlitten und mussten den afrikanischen Brückenkopf räumen. Am 10. Juli 1943 landeten englische und amerikanische Truppen auf Sizilien. Schliesslich erfolgte am 6. Juni 1944 die Errichtung der zweiten Front in Frankreich. Auch die Luftangriffe auf die wichtigsten Industriezentren Deutschlands wurden verstärkt. Die unausweichliche militärische Niederlage des Deutschen Reiches wurde jetzt für alle Schichten der Bevölkerung offensichtlich.

Grossen Einfluss auf die Untergrabung der moralischen Verfassung der herrschenden Klasse Deutschlands und auf die Verschärfung der innenpolitischen Krise hatten auch die gemeinsamen Beschlüsse der wichtigsten Staaten der Antihitlerkoalition. Sie hatten das Ziel, die restlose Zerschlagung Hitlerdeutschlands zu beschleunigen und eine Nachkriegsregelung zu treffen. Diese Beschlüsse waren ein Sieg der sowjetischen Aussenpolitik. Sie waren ein grosser Erfolg für die gegenseitige Zusammenarbeit der Teilnehmer der Antihitlerkoalition zur Erringung des Sieges über den Feind.

Im Oktober 1943 hatte in Moskau die erste Dreimächtekonferenz der Aussenminister der UdSSR, Englands und der USA während des Krieges stattgefunden. Auf ihr waren die Grundlagen für weitere Beratungen «auf höchster Ebene» geschaffen worden. Sie sollten während der gesamten Kriegszeit periodisch einberufen werden. Die Konferenz bestätigte die allgemeinen Prinzipien in der gemeinsamen Kriegführung und für die Nachkriegsregelung in der Welt. Sie legte bereits die wichtigsten Grundsätze für die internationale Zusammenarbeit der souveränen Staaten zur Sicherung des Friedens fest. Die Moskauer Konferenz vom Jahre 1943 zeigte, dass die Antihitlerkoalition auf den gemeinsamen Interessen der Völker der Sowjet-

⁹ Zit. nach *Siegfried Westphal, Werner Kreipe u.a., The Fatal Decisions.*

union, der Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritanniens im Kriege gegen die Hitler Tyrannie begründet war.

Ende 1943 fand dann die historische Teheraner Konferenz der Regierungsoberhäupter der UdSSR, der USA und Englands statt, auf der die Entschlossenheit dieser Staaten bekräftigt wurde, den Krieg gemeinsam bis zum siegreichen Ende zu führen. Ferner wurden die «Pläne zur Vernichtung der deutschen Truppen» koordiniert und «völlige Übereinstimmung über den Umfang und Zeitpunkt der Operationen, die von Osten, Westen und Süden unternommen werden sollten», erreicht.¹⁰

Wie bekannt, hatten die Hitlerfaschisten grosse Hoffnungen auf einen Bruch zwischen den Alliierten in den Kriegsjahren gesetzt und verbreiteten in ihrer Propaganda die Illusion eines baldigen Zerfalls der antifaschistischen Koalition.

In ihrer Aussenpolitik strebten die Faschisten eine Isolierung der Sowjetunion an, um im Laufeder Zeit mehr Verbündete für Deutschland zu gewinnen. In Wirklichkeit aber geriet Hitlerdeutschland selbst immer mehr in die Isolierung. Beginnend mit dem Jahre 1943, als Deutschland einen seiner Hauptverbündeten, Italien, verlor, zerfiel der faschistische Block zusehends. Die Siege der sowjetischen Streitkräfte zeigten die ganze Hoffnungslosigkeit der militärischen und aussenpolitischen Lage Deutschlands. Diese Siege trugen wesentlich zur Festigung der Antihitlerkoalition bei.

Die gemeinsamen Beschlüsse der Vertreter der UdSSR, der USA und Englands demonstrierten den Willen der Völker, den Faschismus endgültig zu vernichten. Das konnte nicht ohne Einfluss auf die Stimmung bestimmter Schichten des deutschen Volkes bleiben. Die Gemeinsamkeit der Interessen der Länder der Antihitlerkoalition im Kampf gegen das faschistische Deutschland wurde erneut 1945 in Jalta demonstriert, wo die zweite Konferenz der Regierungsoberhäupter der UdSSR, der USA und Englands stattfand. Die Beschlüsse von Jalta begruben endgültig die Hoffnungen der Hitlerfaschisten auf einen Bruch im Lager der Alliierten.

In dieser Situation änderte die Hitlerpropaganda ihre Taktik. Jetzt schüchterte man die Bevölkerung ein, indem die Folgen einer Niederlage geschildert wurden und man dem Volk einzureden versuchte, dass Deutschland «bis zum siegreichen Ende» durchhalten

¹⁰ ВНепниННН нојиМТНКа СоссеТСКоро Соио3а в непнофл ОТенецТВеНННфТ войны, Bd I, 1946, S. 425.

müsse, da es sonst vernichtet werden würde. Die Goebbelssche Propagandamaschine konnte das Material für ihre Behauptungen leider auch den Äusserungen einiger westlicher Politiker entnehmen, die die verschiedenartigsten Pläne für die Spaltung und Aufteilung Deutschlands aufgestellt hatten. Ausdruck all dieser Projekte war der sogenannte Morgenthau-Plan. Nach ihm sollte Deutschland in einen Agrarstaat, in ein Land «der Felder und Weiden» verwandelt werden. Die herrschenden Kreise des faschistischen Deutschlands verstanden es, solche reaktionären Projekte auszunutzen, um bestimmte Schichten des deutschen Volkes unter ihrem ideologischen Einfluss zu halten.

Diesem reaktionären Kurs stand die konsequente und feste Politik der Sowjetunion gegenüber, die auf die Schaffung eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands gerichtet war. Bereits im November 1942 hatte die Regierung der UdSSR erklärt, dass sie sich nicht die Vernichtung Deutschlands zum Ziel setze. Sie wies in dieser Verlautbarung darauf hin, dass nur die Vernichtung des Hitlerstaates und die Beseitigung der von den Völkern gehassten nazistischen «Neuordnung» in Europa angestrebt werde. Die Erfüllung dieser Aufgabe entsprach nicht nur den Interessen der Völker, die im Krieg mit Hitlerdeutschland standen, sondern auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes selbst. Die Sowjetunion hat danach mehrfach erklärt, dass sie Deutschland weder aufzuteilen noch zu vernichten beabsichtige, sondern dass sie konsequent für die demokratische Entwicklung Deutschlands eintreten werde.

Die militärische sowie die aussen- und innenpolitische Lage des faschistischen Deutschlands kann jedoch hier nicht bis ins Einzelne analysiert werden.

Das Heranreifen der innenpolitischen Krise und die deutsche Widerstandsbewegung in den letzten Kriegsjahren

Die nach dem zweiten Weltkrieg bekannt gewordenen Tatsachen beweisen, dass die deutsche Widerstandsbewegung in ihren Zielen grosse Ähnlichkeit mit dem Kampf der Volksmassen anderer Länder hatte. Die gemeinsamen Wesenszüge des antifaschistischen Kampfes in allen Ländern, darunter auch in Deutschland, waren in den Kriegsjahren folgende: An der Spitze des antifaschistischen Kamp-

fes standen die Kommunisten. Gerade sie kämpften am standhaftesten, konsequentesten und entschlossensten gegen den Faschismus, für den Sieg der gerechten Sache der Demokratie und des Friedens. Dieser Kampf hatte die möglichst schnelle Niederlage des Faschismus zum Ziel und basierte auf der unbedingten Unterstützung des Befreiungskrieges der friedliebenden Völker und der Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion im Krieg gegen Hitlerdeutschland. Die Anstrengungen der Kämpfer gegen den Faschismus in den versklavten Ländern waren darauf gerichtet, eine breite nationale Front des Widerstandes zu schaffen, die alle patriotischen Kräfte des Volkes vereinigen sollte.¹¹

Wir müssen jedoch bedenken, dass die deutschen Antifaschisten eine Reihe spezifischer Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Diese Schwierigkeiten hatten ihren Ursprung sowohl im Charakter der faschistischen Diktatur als auch in der allgemeinen Schwäche der demokratischen Bewegung in Deutschland.

Vor allem muss man berücksichtigen, dass in den anderen Ländern kein derart verzweigter Terrorapparat bestand wie im faschistischen Deutschland. Den unmittelbaren Kampf gegen die antifaschistische Bewegung im Lande führte die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Sie war in den Kriegsjahren über 40'000 Mann stark. Ausser der Gestapo gehörten die reguläre Polizei (mit 120'000-150'000 Mann), der Sicherheitsdienst (SD), die SS und SA dazu. Allein der SS gehörten in den Kriegsjahren ungefähr 750'000 Mann an, davon waren rund 500'000 Mann unmittelbar an der Front eingesetzt (im Jahre 1943 gab es 31 SS-Divisionen).

Einen besonderen Platz innerhalb der SS-Truppen nahmen die sogenannten Totenkopfverbände ein; sie wurden für Strafexpeditionen und zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. In den Konzentrationslagern waren ungefähr 45'000 SS-Leute eingesetzt.

Eine wichtige Rolle spielte bei der Ausübung des Hitlerterrors das Reichssicherheitshauptamt, dessen Leiter zu dieser Zeit Kaltenbrunner war und das Himmler als «Reichsführer SS» unterstand. Der sogenannte Sicherheitsdienst mit rund 7'000 Mann, der getrennt von der Gestapo bestand, hatte die Aufgabe, Informationen über

¹¹ Vgl. dazu das ausführliche Referat des Direktors des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Ludwig Einicke, auf der Konferenz der Historiker der UdSSR und der DDR im Dezember 1959 in Berlin, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd 1, Berlin 1960, S. 192-236.

die antifaschistische Tätigkeit in Deutschland und in den von den Hitlerfaschisten besetzten Gebieten zusammenzutragen. Dieses Material wurde damit unmittelbar der Gestapo übergeben.

Die SA übte während des Krieges verschiedene Funktionen zur «Aufrechterhaltung der Ordnung» aus; sie stellte eine Art Reserve für die SS, den SD, die Gestapo usw. dar. Die SA zählte während des Krieges ungefähr 1,5 Mill. Mann.

Schliesslich muss zum Machtapparat Hitlers noch die Führung der faschistischen Partei gezählt werden: 41 Gauleiter, 808 Kreisleiter, 28'376 Ortsgruppenleiter und 89'378 Zellenleiter. Unter Berücksichtigung der Mitarbeiter in den zentralen Parteistellen umfasste der Apparat der Hitlerpartei 300'000 Personen.

Gestützt auf diesen gigantischen Terrorapparat, hielt die faschistische Führung das deutsche Volk unter ständiger Aufsicht. Der antifaschistische Kampf war daher mit grossen Gefahren verbunden und erforderte strengste Konspiration.

Über ganz Deutschland wurde ein Netz von Konzentrationslagern errichtet. In ihnen wurden Millionen Kämpfer gegen den Faschismus und Kriegsgefangene verschiedener Nationen, die gemäss der faschistischen Rassendoktrin ausgerottet werden sollten, von den Nazis umgebracht. Im Jahre 1942 bestanden allein in Deutschland 15 grosse Konzentrationslager, ohne die sogenannten Arbeitslager, Durchgangslager u.a. Insgesamt waren in diesen Lagern 750'000 bis 1,2 Mill. Menschen inhaftiert. Davon wurden 500'000-600'000 Menschen aus politischen Gründen in den Konzentrationslagern festgehalten. Allein diese Zahlen lassen das Ausmass des grausamen Hitlerterrors erkennen.

Der Terror traf vor allem die deutschen Kommunisten, die standhaftesten antifaschistischen Kämpfer des deutschen Volkes. Von 300'000 Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden 150'000 von den Faschisten verfolgt, eingekerkert oder ins KZ verschleppt. Viele waren gezwungen, aus Deutschland zu emigrieren. Während des Krieges wurden einige hundert Prozesse gegen kommunistische Widerstandsgruppen und ihre Führer durchgeführt. Zehntausende deutscher Kommunisten wurden ohne Gerichtsurteil hingerichtet oder in den Konzentrationslagern zu Tode gequält. Der faschistische Terror traf darüber hinaus die gesamte Oppositionsbewegung in Deutschland; ihm fielen Zehntausende Kämpfer gegen den Faschismus aus den Reihen der Sozialdemokratischen

Partei und aus den bürgerlichen Parteien zum Opfer. Jede antifaschistische Tätigkeit wurde mit jahrelanger Haft im Konzentrationslager oder mit dem Tode bestraft.

Die faschistische Schreckenherrschaft hat zweifellos die Kräfte des Widerstandes geschwächt. Sie konnte jedoch den Willen der Antifaschisten nicht brechen, die trotz der drohenden drakonischen Strafen mit den Kommunisten an der Spitze standhaft gegen den Faschismus kämpften.

Zu dem physischen Terror der Hitlerfaschisten gegen die deutsche Bevölkerung kam noch der ideologische Terror hinzu. Die Faschisten beseitigten die demokratischen Rechte des deutschen Volkes. Die gesamte Propaganda, die Literatur und die Kunst wurden «gleichgeschaltet». Viele Jahre hindurch waren Millionen Deutsche der ständigen Einwirkung der Hitlerpropaganda ausgesetzt. Sie waren von allen Informationsquellen, die die Wahrheit über das Hitlerregime und seine Verbrechen hätten aufdecken können, abgeschnitten.

Für die ideologische Beeinflussung der Massen nutzte die faschistische Führung auch die Erfolge der deutschen Wehrmacht in den ersten Kriegsjahren aus. Sie verbreitete den Mythos von der Unbesiegbarkeit der Hitlerwehrmacht und vom unausbleiblichen Sieg Deutschlands. Sie verstand es, auf einen bedeutenden Teil der Bevölkerung so einzuwirken, dass er Hitler bis zum Ende des Krieges unterstützte.

Besonders in den Kriegsjahren korrumpierten die Hitlerfaschisten auch bestimmte Schichten des deutschen Volkes durch die aus den besetzten Ländern geraubten Güter, sie zogen mit Vorliebe bestimmte Bevölkerungsschichten in ihre Räubereien mit hinein und machten auf diese Weise viele Deutsche zu Mitschuldigen an ihren Verbrechen. Damit sollte zwischen der Hitlerführung und einer breiten Schicht des deutschen Volkes eine Art «Gemeinsamkeit in den Verbrechen» geschaffen werden. Es gelang ihr, die Massen mit diesen Methoden vorübergehend in ihrer Botmässigkeit zu halten, selbst als sich bereits die unvermeidliche Niederlage Deutschlands abzeichnete.

Auch die Schwäche der Arbeiterbewegung in Deutschland behinderte die Entfaltung eines Massenkampfes gegen das Hitlerregime. Man kann der Meinung Einickes zustimmen, dass die Hauptschwäche der Arbeiterbewegung, die es den Hitlerfaschisten ermöglichte, sich

bis zum Zusammenbruch des faschistischen Reiches an der Macht zu halten, in der fehlenden Einheit der Arbeiterklasse Deutschlands bestanden hat. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei, die nach dem Verbot der SPD aus Deutschland emigriert waren, betrieben auch weiterhin die Spaltung in den Reihen der deutschen Arbeiter. Sie traten gegen die Aktionseinheit der Sozialdemokraten und Kommunisten auf. Entgegen dieser Linie kämpften jedoch im faschistischen Deutschland viele einfache Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit den Kommunisten.

In der Endphase des Krieges erhielt der antifaschistische Kampf durch die zunehmenden Misserfolge der faschistischen Führung immer neuen Auftrieb. Diese Misserfolge ernüchterten die Massen und hatten zur Folge, dass sich eine grosse Zahl Deutscher von dem vererblichen Einfluss der faschistischen Propaganda frei machte.

Das Jahr 1943 brachte nicht nur den militärischen Umschwung an den Fronten des zweiten Weltkrieges, sondern in diesem Jahr reifte auch eine schwere innenpolitische Krise in Deutschland heran. Ausgangspunkt für die Entwicklung der Krise war die Niederlage der Hitlertruppen an der Wolga. Deshalb müssen die innenpolitischen Folgen der Stalingrader Schlacht etwas ausführlicher betrachtet werden.

Um die Reaktion verstehen zu können, die die Niederlage der 6. Armee in Deutschland auslöste, müssen die folgenden Tatsachen berücksichtigt werden. Erstens war die Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands in dem festen Glauben an die Unbesiegbarkeit der deutschen Wehrmacht erzogen worden. Die chauvinistische Propaganda in Deutschland hatte es nach dem ersten Weltkrieg vermocht, weite Kreise davon zu überzeugen, dass das deutsche Heer keine Niederlage im Krieg von 1914-1918 erlitten habe und die Kapitulation Deutschlands nur durch innenpolitische Ursachen zu erklären sei. Die Erfolge der Hitlertruppen in den Jahren 1939 bis 1941 hatten die Deutschen in dieser Überzeugung noch bestärkt.

Die Zerschlagung der deutschen Truppen an der Wolga widerlegte jedoch anschaulich die Hitlersche These von der Unbesiegbarkeit der deutschen Wehrmacht. Die Hitlerführung war erstmalig gezwungen, öffentlich zuzugeben, dass die deutschen Truppen eine schwere Niederlage erlitten hatten.

Zweitens wurde die Stimmung der Massen in Deutschland dadurch beträchtlich beeinflusst, dass Hitler und die gesamte faschistische

Propaganda ständig die Bedeutung der Einnahme Stalingrads betont hatten. Am 30. September 1942 hatte Hitler in seiner Rede im Sportpalast gesagt: «Das ist nun abgeschnitten» (gemeint ist die Wolga – d. Verf.), «und zwar schon seit längerer Zeit. Jetzt ist es insbesondere die Inbesitznahme von Stalingrad selbst – die abgeschlossen werden wird wodurch dieser Riegel vertieft und verstärkt wird. Und Sie können der Überzeugung sein, dass uns kein Mensch von dieser Stelle mehr wegbringen wird.»¹² Göring wiederholte diese Gedanken Hitlers und erklärte mehrfach, dass Deutschland mit der Einnahme der Wolgafestung im Überfluss russisches Getreide sowie Kohle, Eisen und Öl haben werde. Auch Goebbels brachte am 18. Oktober 1942 in seiner Rede in München zum Ausdruck, dass nach der Einnahme Stalingrads durch die deutschen Truppen die Schlacht um den Kaukasus zu Ende geführt werden würde, und sagte wörtlich: «. . . dann werden wir die reichsten Ölgebiete Europas in unserer Hand haben. Wer aber Weizen, Öl, Eisen und Kohle besitzt. . . , der wird den Krieg gewinnen.»¹³ In einer Meldung des deutschen Oberkommandos der Wehrmacht vom 27. Januar 1943, als die 6. Armee fast vernichtet war, hiess es noch, dass keine Macht den Widerstand der deutschen Truppen werde brechen können und dass über dem höchsten Gebäude Stalingrads nach wie vor die Fahne mit dem Hakenkreuz wehe.

Einige Tage später, am 2. Februar 1943, endete die historische Schlacht an der Wolga mit der Kapitulation der letzten deutschen Truppen. Hitler konnte diese Tatsache vor dem deutschen Volk nicht mehr verschweigen, und am 3. Februar wurde in einer Sondermeldung des Oberkommandos der Wehrmacht die Beendigung der Stalingrader Schlacht und die Einnahme der Stadt durch sowjetische Truppen bekanntgegeben. Die deutsche Propaganda schlug nun einen anderen Ton an. Die Faschisten begannen Alarm zu schlagen und die ernste Gefahr zu betonen, die über Deutschland schwebte. In ganz Deutschland wurde eine dreitägige Trauer angeordnet. Die Nachricht von der Zerschlagung der 6. Armee kam für Millionen Deutsche ganz plötzlich und unerwartet, die Unzufriedenheit über den Krieg nahm stark zu. Viele Vertreter des städtischen Kleinbürgertums, die sich vom chauvinistischen Taumel hatten mitreissen lassen, begriffen, dass der Krieg einen lang andauernden, für

¹² *Völkischer Beobachter*, 2. Oktober 1942.

¹³ *Völkischer Beobachter*, 19. Oktober 1942.

das Land verderblichen Charakter annahm. Das deutsche Offizierskorps erkannte, dass der versprochene Sieg ausbleiben würde, und viele begriffen, dass unvermeidlich die zweite Front in Westeuropa errichtet werden würde.

Am schlimmsten für die nazistische Führungselite war aber, dass die Stalingrader Niederlage auf die breiten Schichten der Werktätigen ernüchternd wirkte und eine Verstärkung der antifaschistischen Bewegung unter der deutschen Bevölkerung zur Folge hatte. Zu Beginn des Jahres 1943 schätzte Walter Ulbricht die Perspektiven für die Entwicklung der innenpolitischen Krise wie folgt ein: «In dem Masse wie die militärischen Niederlagen bei Stalingrad und am Don in Deutschland bekannt werden, wird die Opposition in den Reihen der Werktätigen gegen den Hitlerfaschismus wachsen. Die Bedingungen für den organisatorischen Zusammenschluss der antifaschistischen Kräfte in Deutschland sind günstiger geworden.»¹⁴ Diese Einschätzung der Lage in Deutschland wurde durch die Ereignisse der letzten Kriegsjahre voll und ganz bestätigt.

In nicht geringem Masse trugen zur weiteren Verschärfung der innenpolitischen Krise auch die Massnahmen der Hitlerfaschisten an der «inneren Front» bei, die sie infolge der Verschlechterung der militärischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands ergreifen mussten. Besonders weitgehende Folgen hatte in dieser Hinsicht die totale Mobilmachung, die sofort nach der Niederlage bei Stalingrad, im Februar 1943, proklamiert worden war.

Noch vor der offiziellen Verkündung des «totalen Krieges» waren Massnahmen getroffen worden, um der Armee und der Rüstungsproduktion einen Millionen-»Ersatz« zuzuführen. Im Dezember 1942 erhielt General von Unruh – Sonderbeauftragter für die Nachprüfung des Kriegseinsatzes – Sondervollmachten. Am 27. Januar 1943 erliess der Generalbevollmächtigte für den deutschen Arbeitseinsatz, Sauckel, eine Verordnung zur Einführung der Arbeitspflicht für alle Männer im Alter von 16 bis 65 Jahren und für Frauen von 17 bis 45 Jahren. Am 4. Februar 1943 folgte eine weitere Verordnung des Wirtschaftsministers Hermann Funk über die Schliessung aller «für die Kriegführung nicht benötigten» Handels- und Handwerksbetriebe. Am 18. Februar 1943 verkündete Goebbels im Berliner Sportpalast eine Reihe von Massnahmen, u.a. die Schliessung vieler Restaurants und Vergnügungsstätten.

¹⁴ Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, S. 17.

Zwei Massnahmen, die von Goebbels verkündet wurden, waren für die Verwirklichung der Pläne einer totalen Mobilisierung von grosser Bedeutung: die Einführung der Arbeitspflicht und die Schliessung zahlreicher Handels- und Handwerksbetriebe.

Nach der Einführung der Arbeitspflicht wurde eine Pflichtregistrierung aller nicht in der Wirtschaft beschäftigten arbeitsfähigen Personen durchgeführt. Die Meldepflicht rief grosse Unzufriedenheit unter der Bevölkerung hervor. Diese Tatsache gaben alle faschistischen Zeitungen zu. So schrieb beispielsweise die «Deutsche Allgemeine Zeitung» am 7. Juli 1943, dass nicht eine einzige Massnahme der deutschen Innenpolitik auf so viel Ablehnung gestossen sei wie die Einführung der Meldepflicht.¹⁵ Die Registrierung liess erkennen, wie begrenzt die inneren Arbeitskraftreserven waren. Die Zeitung «Das Reich» schrieb am 15. August: «Auf Grund der Meldepflichtverordnung vom 27. Januar 1943 haben sich rund 500'000 Männer gemeldet. Es handelt sich vor allem um ältere und körperlich nicht mehr voll leistungsfähige Leute.»¹⁶ Die «Frankfurter Zeitung» schrieb, dass nach Inkrafttreten der Meldepflichtverordnung im wesentlichen nur noch solche Arbeitskräfte vorhanden waren, deren Verpflichtungen gegenüber der Familie und deren schlechter Gesundheitszustand es erschwerten oder völlig unmöglich machten, sie in der Produktion einzusetzen.¹⁷

Am 5. Juli 1943 erklärte Goebbels, dass 3,5 Mill. Registrierkarten für arbeitsfähige Personen ausgefüllt worden seien. Dennoch beklagten viele deutsche Zeitungen, dass die Registrierbüros mit Attesten über Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit überschwemmt würden, die sich die Bevölkerung verschafft hätte, um nicht zur Arbeit gezwungen werden zu können.

Die Mobilmachungsmassnahmen konnten trotz ihres grossen Umfangs den Bedarf der Armee nicht decken, da die riesigen Menschenverluste der deutschen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front von Tag zu Tag grösser wurden.

Die Schliessung der Handels- und Handwerksbetriebe konnte ebenfalls die Lage im Land nicht mehr entscheidend verändern, im Gegenteil, diese Massnahmen beeinflussten die Stimmung des Kleinbürgertums negativ.

¹⁵ *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 7. Juli 1943.

¹⁶ *Das Reich*, 15. August 1943.

¹⁷ *Frankfurter Zeitung*, 29. April 1943.

Berechnungen, die nach dem Krieg durchgeführt wurden, zeigten, dass von dem Zeitpunkt an, als die Massnahmen zur totalen Mobilmachung getroffen wurden, bis zur faktischen Einstellung der Mobilmachungsmassnahmen Ende 1944 aus dem Handel ungefähr 350'000 Personen mobilisiert wurden. Insgesamt erhielten im Ergebnis des totalen Kriegseinsatzes Armee und Rüstungsindustrie zusätzlich ungefähr 2 Mill. Menschen.

Die totale Mobilmachung rief besonders unter der städtischen Bevölkerung grosse Unzufriedenheit hervor. Goebbels versuchte in der Zeitung «Das Reich», diesen Teil der Bevölkerung mit folgenden Worten zu «beruhigen»: «Es werden beispielsweise im Zuge des totalen Krieges eine ganze Menge von Geschäften geschlossen... Das ist höchst bedauerlich ... Aber ändern kann sie» (d.h. die Hitlerregierung – d. Verf.) «ihre Massnahmen nicht. Würde sie diese und viele ähnliche nicht treffen, dann liefen wir Gefahr, unter Umständen den Krieg zu verlieren ... Es nützt also gar nichts, über diese natürliche Ungleichheit der Verpflichtungen nachzugrübeln. Sie kann gar nicht abgeschafft werden; sie entspringt aus dem Leben selbst...»¹⁸

Die Stimmung der Geschäftsinhaber, denen die Läden geschlossen worden waren, brachte beispielsweise die «Kölnische Zeitung» vom 1. April 1943 zum Ausdruck, die schrieb, dass in jenen Tagen viele Inhaber von Geschäften die Verfügung erhalten hätten, ihre Geschäfte zu schliessen. Ungeachtet dessen, dass der Bevölkerung die Notwendigkeit klagemacht worden sei, eine Reihe von Handelsbetrieben zu schliessen, wirke diese Verordnung auf jene, die von ihr unmittelbar betroffen würden, niederschmetternd. Nach dem ersten Schrecken läsen sie die Verfügung aufmerksam durch, um eine besondere Begründung zu finden, warum gerade sie von ihr betroffen würden. Dann würden Proteste laut, doch enthalte die Verfügung über die Schliessung einen Zusatz, der sehr schnell ernüchtere. Gegen diese Verfügung könne nämlich kein Einspruch erhoben werden.

Carl Goerdeler verfasste im März 1943 eine ausführliche, für die faschistische Generalität bestimmte Denkschrift, in der er überaus bildhaft die Folgen der faschistischen Massnahmen für die innenpolitische Lage in Deutschland schilderte. Goerdeler, der besonders auf die Massnahmen zur Mobilisierung des Kleinbürgertums ein-

¹⁸ *Das Reich*, 28. März 1943.

ging, schrieb: «Das ist um so unverantwortlicher, als mit diesen Massnahmen eine breite Schicht des Mittelstandes vernichtet wird.»¹⁹ Weiter wies Goerdeler darauf hin, dass schon allein der Anblick der geschlossenen Kaufhäuser und Läden derart bedrückend wirke, dass dies die innenpolitische Lage des Landes bedeutend verschlechtern werde. Nur wer absichtlich die Stimmung im Heimatkriegsgebiet zu verschlechtern bestrebt sei, könne solche Massnahmen ergreifen.

Unter dem Einfluss der Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front und der totalen Mobilmachung im Hinterland verschlechterten sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Bevölkerung und die Versorgung immer mehr. Goerdeler charakterisierte die Lebensmittelversorgung Deutschlands folgendermassen: «In der *Ernährung* werden wir nunmehr in kürzester Frist ebenfalls eine dauernd abfallende Linie betreten ... Irgendwelche Brotgetreidereserven sind nicht mehr vorhanden ... Die jetzige Fleischration wird aufrechterhalten durch Abschlachten von Milchkühen. Je länger man sich scheut, die Lüge einzugestehen, je schlimmer muss diese Massnahme auf die künftige Milch- und Fettversorgung wirken.»²⁰

Am 31. Mai 1943 wurde die Kürzung der Fleischration um weitere 100 g pro Woche verkündet (nach der Kürzung betrug diese Ration nur noch 250 g pro Woche). Die «Leipziger Neuesten Nachrichten» schrieben in diesem Zusammenhang: «Über keines dieser Themen ist soviel geredet und gemunkelt und gemeckert worden, wie – begreiflicherweise (!) – über die Beschränkung der Fleischration.»²¹ Noch mehr Unzufriedenheit rief die Kürzung der Zuteilung von Kartoffeln, einem der Hauptnahrungsmittel, hervor. Betrug die Zuteilung im Winter 1942/43 noch pro Woche und Person 3,5 kg Kartoffeln, so war sie im Winter 1943/44 auf 2,5 kg und in einigen Bezirken sogar bis auf 1,5 kg gesunken. Die einschneidende Kürzung der Kartoffelzuteilung konnte auch nicht durch die geringe Erhöhung der Brotration um 100 g pro Woche kompensiert werden, die am 22. September 1943 verkündet wurde (nach dieser Erhöhung betrug die Brotration dann 2425 g pro Woche oder ungefähr 345 g pro Tag).

¹⁹ Gerhard. Ritter. Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 577.

²⁰ Ebenda.

²¹ Leipziger Neueste Nachrichten, 8. Juni 1943.

Die deutschen Zeitungen stellten Mitte des Jahres 1943 hinsichtlich der Aussichten für die Ernährungslage Deutschlands düstere Prognosen. So schrieben die «Mitteilungen der Landwirtschaft» des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bereits im Herbst 1943, dass sich die Ernährungslage im Verlaufe der weiteren Kriegsjahre verschlechtern werde. «Nach vier Jahren Krieg ...», so hiess es in den «Mitteilungen», «... werde ein Engpass in der Nahrungsmittelversorgung absolut unvermeidlich sein.»²² Die Zeitung «Der Angriff» schrieb Anfang 1944: «Der Engpass in der deutschen und europäischen Ernährung liegt jetzt zweifellos in der Fettversorgung.»²³

Audi der Ton der deutschen Propaganda hinsichtlich der Aussichten, Nahrungsmittel aus den eroberten Ländern, insbesondere aus den besetzten Gebieten der UdSSR, zu bekommen, veränderte sich allmählich. Ende 1942 hatten die Hitlerfaschisten der deutschen Bevölkerung noch ein sattes Leben auf Kosten der Völker der UdSSR versprochen. Göring erklärte am 4. Oktober 1942, dass mit der Eroberung des Territoriums der Sowjetunion die Ernährungsfrage Deutschlands endgültig gelöst sein werde. Sogar im Jahre 1943 spekulierten die Hitlerfaschisten noch darauf, dass es den deutschen Truppen weiterhin gelingen werde, die ausgedehnten Gebiete Belorusslands, der RSFSR und der Ukraine zu halten. «Der Deutsche Volkswirt» schrieb im Sommer 1943, dass die in blutigen Kämpfen im Osten eroberten Gebiete dazu beitragen könnten, den Ausfall jener Güter zu kompensieren, deren Mangel die Ernährungslage unausweichlich verschlechtern müsste.²⁴

Da jedoch 1942 keine Verbesserung der Ernährungslage eintrat, sondern sich diese 1943 vielmehr beträchtlich verschlechterte, erkannte die deutsche Bevölkerung, besonders nach der Schlacht an der Wolga, dass die Hoffnungen auf eine bessere Lebensmittelversorgung illusorisch waren. Ende 1943 musste dann auch die Hitlerpropaganda offen erklären, dass nun keine Aussichten mehr bestünden, Lebensmittel aus der Sowjetunion zu erhalten. Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» schrieb dazu, dass «... wir nach anderen Ausgleichsmöglichkeiten ...» in der Versorgung suchen müssten.²⁵ Im gleichen Sinne sprachen sich auch andere deutsche Zeitungen aus.

²² *Mitteilungen der Landwirtschaft*, Nr 27, 1943.

²³ *Der Angriff*, 24. März 1944.

²⁴ *Der Deutsche Volkswirt*, Nr 16, 1943.

²⁵ *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 8. März 1944.

Trotz des starken Mangels an Lebensmitteln machten die Hitlerfaschisten verzweifelte Anstrengungen, um die Rüstungsproduktion auf dem erforderlichen Stand zu halten. Diese Anstrengungen hatten dann auch zur Folge, dass die Produktion des wichtigsten Kriegsmaterials bis Mitte 1944 nicht zurückging, sondern teilweise noch zunahm. Hans Kehrl bemerkt in seiner Arbeit «Kriegswirtschaft und Kriegsindustrie», Deutschland habe im Jahre 1944 so viel Kriegsmaterial erzeugt, dass es ausgereicht hätte, 225 Infanteriedivisionen und 45 Panzerdivisionen vollständig zu bewaffnen und auszurüsten.²⁶

Seit Anfang Juli 1944 ging jedoch die Produktion in der Rüstungsindustrie unaufhaltsam zurück. Ein noch stärkerer Rückgang war in der Produktion von Konsumgütern zu beobachten. Mitte des Jahres 1944 erwiesen sich die Reserven an Rohstoffen und Produktionskapazitäten faktisch als erschöpft. Die Konturen einer Wirtschaftskatastrophe begannen sich immer deutlicher abzuzeichnen.

Den Rückgang der Produktion in der Grundstoffindustrie für das Jahr 1944 kann man aus folgenden Angaben ersehen.²⁷

Die deutsche Grundstoffproduktion im Jahre 1944 (in 1'000 t)

in den Monaten:	März	Juli	Oktober	Dezember
Steinkohle	24'700	22'600	16'200	14 300
Rohstahl	2'700	2'500	2'000	1'000
Mineralöle	733	346	—	200
Stickstoff	84	57	37	20
Synthetischer Kautschuk	12	10	5	1,8

Dieser starke Rückgang der kriegswichtigen Grundstoffproduktion war nicht nur eine Folge der Bombardierungen – wie das die amerikanischen und englischen Ökonomen glaubhaft zu machen versuchen –, sondern weit mehr eine Folge der militärischen Niederlagen, eine Folge des Verlustes an ökonomischen Hilfsquellen, in einer Reihe von Ländern, die von den alliierten Truppen befreit worden waren, und der allgemeinen Desorganisation der Wirt-

²⁶ Zit. nach Bilanz des zweiten Weltkrieges, S. 282.

²⁷ Ebenda.

schaft. Besonders spürbar war der Verlust der ökonomischen Hilfsquellen Rumäniens, das Deutschland grosse Mengen an Erdöl geliefert hatte. «Die industrielle Produktion erlitt durch den Wegfall der Zulieferungen aus den ehemals besetzten Gebieten und die Gefährdung der Produktion der Grenzgebiete ...» (gemeint sind die Gebiete, die sich infolge des Herannahens der Sowjetarmee an die deutsche Grenze im Bereich der Kampfhandlungen befanden – d. Verf.) «... schwere Erschütterungen.»²⁸ Nach der Verlagerung der Kampfhandlungen auf deutsches Gebiet wurde die gesamte deutsche Wirtschaft von einer fortschreitenden Lähmung erfasst. Die Verschlechterung der ökonomischen Lage, der drohende Zusammenbruch der gesamten Kriegswirtschaft, all das übte einen grossen Einfluss auf die allgemeine Lage aus und vergrösserte sowohl die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung als auch innerhalb der herrschenden Klasse selbst.

Goerdeler schrieb in seiner bereits zitierten Denkschrift, dass in allen Bevölkerungsschichten, darunter auch in «führenden Kreisen der Partei», erkannt worden sei, dass die Lage «verändert» werden müsse: «Das deutsche Volk hat in allen seinen Schichten, insbesondere in der Arbeiterschaft dies erkannt. Stalingrad, die Zerstörungen durch Luftangriffe und die Schliessungen von Geschäften haben diese Erkenntnis wesentlich gefördert. Das Volk hat, von Teilen der Intellektuellen abgesehen, das Vertrauen zu Hitler verloren . . .»²⁹

Wir sehen, dass die konservativen Politiker der bürgerlichen Opposition immer mehr begriffen, dass die grundlegende Verschlechterung der innen- und aussenpolitischen Lage Deutschlands unvermeidlich die antifaschistische Bewegung aktivierte. Goerdeler schrieb, dass eine zunehmende Radikalisierung unter den Massen, d.h. ein verstärkter Einfluss der wahren Antifaschisten, die das Volk zum Sturz des Hitlerregimes aufriefen, zu befürchten sei.

Besonders unter der Jugend nahm in jener Periode die Aktivität der antifaschistischen Kräfte zu. Davon zeugen sehr anschaulich die Ereignisse an der Münchner Universität Anfang 1943. Im Februar 1943 organisierten die Studenten Münchens offene Aktionen gegen das Hitlerregime, die im ganzen Land grossen Widerhall fanden. Das nach dem Krieg veröffentlichte Material über diese Aktionen zeugt

²⁸ Ebenda, S. 284.

²⁹ Ritter, S. 586.

davon, dass die Niederlage der deutschen Truppen an der Wolga den unmittelbaren Anstoss zu den Aktionen gegeben hat, an deren Spitze Hans und Sophie Scholl standen. Die Studenten hatten während einer Rede des Gauleiters von Oberbayern an der Universität eine offene antifaschistische Demonstration organisiert. Sie unterbrachen die Rede des Gauleiters, in der er die neuen Mobilmachungsmassnahmen entsprechend den Verordnungen über den «totalen Krieg» verkündete, mit Missfallenskundgebungen. Einige Studenten verliessen während seiner Rede den Saal.

Ende Februar wurden die Hauptorganisatoren dieser Manifestation und mit ihnen die Führer der illegalen Studentengruppe, Hans Scholl, Christopher Probst und Sophie Scholl, die antifaschistische Flugblätter verbreitet hatten, verhaftet. Hans Scholl und Christopher Probst waren nach ihrer Verwundung von der Front zurückgekehrt. Hans Scholl hatte an der Stalingrader Schlacht teilgenommen, Christopher Probst hatte an anderen Abschnitten der deutsch-sowjetischen Front gekämpft. Beide waren den üblichen Weg der «Erziehung» in Hitlerorganisationen gegangen: als Mitglieder der Hitlerjugend, des NS-Studentenbundes und der nazistischen Studentensportorganisation. Vor dem Nazigericht wurde erwähnt, dass Probst und Scholl sich sogar durch besondere Aktivität in diesen Organisationen ausgezeichnet hatten. An der Front waren sie ebenfalls als ergebene Anhänger des Hitlerregimes bekannt gewesen. Das trifft bis Ende 1942 zu. Später war in ihrem Bewusstsein eine Wandlung eingetreten. Nach der Rückkehr von der Front kamen sie unter dem Druck der Ereignisse zu der Erkenntnis, dass die Niederlage der Hitlerarmee unvermeidlich und eine Fortsetzung des Krieges sinnlos sei. Das führte sie in die Reihen der aktiven Widerstandsbewegung gegen das Hitlerregime.³⁰

Hier folgt der Text eines von Hans Scholl verfassten und an der Münchner Universität verbreiteten Flugblattes:

«Studenten! Die Niederlage unserer Soldaten in Stalingrad hat unser Vaterland bis ins Mark erschüttert. Sinnlos und unverantwortlich sind 330'000 deutsche Männer durch die Strategie eines Feldwebels in Tod und Verderben geführt worden. Mein Führer, wir danken dir!

³⁰ Vgl. *Inge Scholl*, *Die Weisse Rose*, Frankfurt am Main 1952.

Das deutsche Volk beginnt störrisch zu werden. Sollen wir weiter einem Amateur das Schicksal unserer Armee anvertrauen? Sollen wir die Überbleibsel der deutschen Jugend den niedrigen Instinkten der machtlüsternen Parteidictatoren opfern? Niemals!

Der Tag der Rache ist gekommen. Es ist Zeit für unsere deutsche Jugend, mit der verhasstesten Tyrannei, die jemals unser Volk erleiden musste, abzurechnen.

Im Namen des gesamten deutschen Volkes verlangen wir von dem Staat Adolf Hitlers die Rückgabe der persönlichen Freiheit, unseres köstlichen Gutes, um das wir in der elendsten Art betrogen worden sind. Wir sind in einem Staat gross geworden, in dem rücksichtslos jede freie Meinungsäusserung geknebelt worden ist. Die HJ, die SA und die SS haben die verbrecherischsten Mittel gebraucht, um uns in den empfänglichsten Jahren unseres Lebens zu reglementieren und zu narkotisieren. ‚Ideologische Schulung‘ nennen sie ihre verächtliche Methode, in einem Schwall leerer Phraseologie jeden Keim eines Versuches selbständigen Denkens zu ersticken.

Eine ebenso teuflische wie engherzige ‚Führerauslese‘ zieht in ihren Ordensburgen eine ebenso gottlose wie schamlose und kopflose Generation skrupelloser Ausbeuter und Mörder als Parteiführer der Zukunft gross ... Selbst dem Dümmden aller Deutschen müssen die Augen aufgegangen sein durch dieses entsetzliche Blutbad, in das sie ganz Europa im Namen von ‚Freiheit und Ehre‘ gerissen haben. Sie tun es noch immer, Tag für Tag, und haben Schande und Unehre auf den Namen Deutschlands gebracht – dauernde Schande und Unehre, wenn nicht die deutsche Jugend sich endlich erhebt, um seine Zerstörer zu vernichten und am Wiederaufbau eines neuen Europas mitzuhelfen.

Studenten! Das deutsche Volk blickt auf uns, dass wir dem Vorbild der akademischen Jugend von 1813 nacheifern und den Terrorismus von 1933 durch die Macht des Geistes brechen.

Beresina und Stalingrad sind die Fackeln, die im Osten aufgeflammt sind; die Toten von Stalingrad rufen uns zu: ‚Frisch auf, mein Volk! die Flammenzeichen rauchen.‘³¹

Die Gruppe Scholl-Probst, die den Namen «Weisse Rose» annahm, verbreitete viele tausend Exemplare antifaschistischer Flugblätter,

³¹ Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933-1945, Berlin 1958, S. 192 f.

die zum Sturz des Hitlerregimes aufriefen. Im Urteil des Nazigerichts (zuerst im Buch des bekannten westdeutschen Schriftstellers und Publizisten Weisenborn «Der lautlose Aufstand» veröffentlicht) wird erwähnt, dass Scholl und seine Freunde einige tausend Flugblätter in Salzburg, Linz, Wien, Frankfurt a. M., Augsburg und Stuttgart verbreitet hätten. Tausende von Flugblättern wurden in München selbst verteilt. Dreimal wurden im Februar 1943 von den Mitgliedern der Gruppe Scholl in den Strassen Münchens mit Ölfarbe antifaschistische Losungen angebracht: «Nieder mit Hitler!» «Hitler der Massenmörder!»³²

Die Hinrichtung von Hans und Sophie Scholl und von Christopher Probst konnte die antifaschistische Bewegung unter den Münchner Studenten nicht zum Erliegen bringen. Anfang April 1943 wurde eine zweite Gruppe von Teilnehmern an der antifaschistischen Bewegung verhaftet. Unter ihnen befanden sich ein Professor und 12 Studenten. Am 19. April fand die Verhandlung gegen die Verhafteten statt. Prof. Kurt Huber sowie die Studenten Alexander Schmorell und Wilhelm Graf wurden zum Tode, die übrigen 10 Angeklagten zu Freiheitsstrafen verurteilt. An der Urteilsbegründung ist beachtenswert, dass diese Antifaschisten beschuldigt wurden, die Bevölkerung zu Sabotageakten in der Rüstungsindustrie aufgerufen zu haben. Es muss auch erwähnt werden, dass nicht nur Studenten der Münchner Universität, sondern auch Werk­tätige aus Stuttgart, Freiburg und Ulm angeklagt waren.

Die Teilnehmer der antifaschistischen Studentenbewegung in München und in anderen Städten Deutschlands waren trotz ihrer verschwommenen Ansichten ein Musterbeispiel für die Standhaftigkeit, Tapferkeit und den Glauben an die Zukunft ihres Volkes. Unter der deutschen Jugend gab es nicht wenige echte Patrioten, ergebene Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse.

Der verstärkten antifaschistischen Tätigkeit begegneten die Hitlerfaschisten mit neuen Terrormassnahmen. Am 25. August 1943 wurde der Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Reichsinnenminister ernannt. In der offiziellen Mitteilung dazu wurde gesagt, dass die Ernennung Himmlers die Voraussetzungen für eine weitere Konzentrierung der Kräfte und Stärkung der inneren Front schaffen solle. In der Sprache der Nazis bedeutete das die Durchführung neuer Mobilisierungsmassnahmen und die Verschärfung des Gestapo-

³² Vgl. *Günther Weisenborn*, *Der lautlose Aufstand*, Hamburg 1954, S. 270.

terrors. In den deutschen Zeitungen erschienen zahlreiche Mitteilungen über Hinrichtungen und Verhaftungen. Die Zeitung «Das Reich» deckte am 24. Oktober 1943 den Sinn solcher Mitteilungen auf. «Die Bekanntgabe dieser Todesurteile», so schrieb die Zeitung zynisch, habe durchaus einen «pädagogischen Zweck». Sie solle das Gefühl der «Verantwortlichkeit» wieder wachrufen.³³

Im Jahre 1943 stieg die Zahl der von den faschistischen Gerichten gefällten Todesurteile rapide an. Massenverhaftungen waren an der Tagesordnung. 1943 wurden nach offiziellen Angaben des Reichsjustizministeriums 5'684 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das ist aber nur ein geringer Teil der Opfer des faschistischen Terrors, da hier weder die KZ-Opfer noch die Personen, die in Gestapokellern ohne Gerichtsurteil umgekommen sind, noch die auf Grund eines Urteils der faschistischen Kriegsgesichte Hingerichteten mitgerechnet wurden.

Im Jahre 1944, als sich die militärische Lage Deutschlands ausserordentlich verschärfte und die Widerstandsbewegung ihre Aktivität erhöhte, setzte eine weitere Welle von Hinrichtungen und Verhaftungen ein. Davon zeugen die Angaben des Reichsjustizministeriums in den geheimen Lageberichten.³⁴ Danach wurden 1944 im Januar 42'580, im Februar 45'044 und im März 46'302 Personen verhaftet. Insgesamt wurden in diesen drei Monaten des Jahres 1944 133'926 Menschen festgenommen. In den folgenden drei Monaten wurde die «Sonderaktion Thierack», benannt nach dem faschistischen Justizminister, durchgeführt. Während dieser dreimonatigen Aktion (von April bis Juni 1944) wurden 170'670 Personen verhaftet. Im ersten Halbjahr 1944 waren somit 304'596 Personen verhaftet worden. Für das ganze Jahr 1944 muss man mindestens eine halbe Million Verhaftungen annehmen. Diese Zahl vermittelt eine überzeugende Vorstellung von der verstärkten antifaschistischen Bewegung in den letzten Kriegsjahren.

In dem Buch von Günther Weisenborn «Der lautlose Aufstand» sind interessante Angaben enthalten, die ein Licht auf die Klassenzugehörigkeit der Verhafteten werfen. Weisenborn untersucht deren soziale Herkunft für Hamburg. In dieser Stadt waren 66,5 Prozent der Eingekerkerten Arbeiter, Angestellte oder Bauern, 13,5 Prozent Militärpersonen, 8 Prozent Industrielle und Kaufleute und 2,4 Pro-

³³ *Das Reich*, 24. Oktober 1943.

³⁴ *Die Lage*, Folge 120, August 1944.

zent Angehörige der Intelligenz.³⁵ In dem Buch werden weiter Angaben gemacht über Personen, die auf Grund eines Urteils der faschistischen Gerichte im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet wurden. Hier wurden während des Krieges aus politischen Gründen 1'807 Personen ermordet, darunter 755 Arbeiter, 363 Angehörige technischer Berufe, 234 Angestellte, 111 Gelehrte, Künstler und Journalisten, 35 Offiziere, 22 Studenten und 21 Geistliche.³⁶

Diese Zahlen bestätigen, dass sich der faschistische Terror hauptsächlich gegen die Vertreter der Arbeiterklasse richtete. Gerade sie hatte die grösste Aktivität im antifaschistischen Kampf entfaltet und die höchste Zahl an Opfern zu beklagen.

Die reaktionären Historiker in Westdeutschland haben nicht wenig Kraft aufgewendet, um zu beweisen, dass die aktivsten antifaschistischen Kräfte in Deutschland der Adel und der Klerus gewesen sind. Diese Anstrengungen waren jedoch vergeblich, denn die Tatsachen zeigen unwiderlegbar, dass die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei Deutschlands, an der Spitze der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes im Kampf gegen die Hitlerdiktatur standen.

Der bekannte Schriftsteller und aktive Teilnehmer der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland, Ernst Wiechert, schreibt über die Kämpfer gegen das faschistische Regime in Hitlerdeutschland: «Hinter ihnen gab es wenige vom Adel und nicht sehr viele aus den Reihen des reinen Geistes . . . aber sie alle traten zurück hinter den langen Zügen, die aus den Hütten des armen Mannes ... ihren Todesweg antraten.»³⁷

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Hitlerregime wurde durch mehrere Faktoren erschwert. Vor allem fehlte die Einheit innerhalb der Arbeiterklasse. Ausserdem muss berücksichtigt werden, dass während des Krieges grosse Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse Deutschlands vor sich gegangen waren. Zahlreiche Angehörige der kleinbürgerlichen Schichten, die für die Arbeit in der Industrie mobilisiert worden waren, strömten in die Arbeiterklasse ein. Unter diesen Bedingungen war eine antifaschistische revolutionäre Arbeit bedeutend schwieriger.

³⁵ Weisenborn, S. 38.

³⁶ Ebenda, S. 40.

³⁷ Ebenda, S. 145.

Ausser der Mobilisierung der Bauern, Handwerker, Kaufleute und anderer Vertreter der mittleren Bevölkerungsschichten für die Arbeit in der Industrie wirkte sich auch noch die weitgehende Einbeziehung der Frauen und Jugendlichen in die Produktion auf die Zusammensetzung der Arbeiterklasse aus. Schliesslich hatte der starke Zustrom der ausländischen Zwangsarbeiter nach Deutschland einen grossen Einfluss auf die Lage und den Kampf der Arbeiterklasse. Die «Frankfurter Zeitung» bezifferte die Zahl der ausländischen Arbeiter Ende 1942 mit 5,5 Mill. (einschliesslich der Kriegsgefangenen).³⁸ Im Sommer 1943 stieg diese Zahl auf 6,5 Mill. und Ende September 1944 sogar auf 7,5 Mill. an.

Wie stark der Zustrom an ausländischen Arbeitern die Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften beeinflusst hat, kann man an folgenden Beispielen erkennen. Die Zeitung «Der Angriff» schrieb im Mai 1943: «In einem Betrieb in Mitteldeutschland ist die Zahl der Ausländer und Kriegsgefangenen doppelt so gross wie die der deutschen Gefolgschaftsmitglieder.»³⁹ Die «Frankfurter Zeitung» schrieb, dass in einem Frankfurter Betrieb Arbeiter zehn bis fünfzehn verschiedener Nationalitäten arbeiteten und mit vollem Recht angenommen werden könnte, dass dort mehr Ausländer als Deutsche wären.⁴⁰

Die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterklasse erforderte die Anwendung neuer Formen der antifaschistischen, revolutionären Tätigkeit. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in ihren programmatischen Dokumenten mehrfach die Aufmerksamkeit der Kommunisten auf diesen Umstand gelenkt. Auf Anweisung des ZK der KPD leisteten die kommunistischen Widerstandsgruppen eine aktive Aufklärungsarbeit unter den in die Arbeiterklasse neu eingeströmten Angehörigen anderer Bevölkerungsschichten. Sie stellten Kontakte zu den ausländischen Arbeitern her und schufen gemeinsame antifaschistische Widerstandsgruppen der deutschen und ausländischen Arbeiter.

Ungeachtet aller objektiven und subjektiven Schwierigkeiten entfaltete sich in der deutschen Arbeiterklasse die antifaschistische Bewegung, und wir können besonders in den Kriegsjahren die Entwicklung aktiver Formen des antifaschistischen Widerstandes beob-

³⁸ Vgl. *Frankfurter Zeitung*, 25. Dezember 1942.

³⁹ *Der Angriff*, 29. Mai 1943.

⁴⁰ *Frankfurter Zeitung*, 29. Juli 1943.

achten. Wir wollen einige solcher spezifischer Formen des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen das Hitlerregime und gegen den Krieg anführen.

Am meisten waren während des Krieges verschiedene Formen der Sabotage in der Produktion, besonders in der Rüstungsindustrie, verbreitet. Die antifaschistischen Arbeiter nutzten alle Möglichkeiten, um den Produktionsausstoss zu senken, und bedienten sich zu diesem Zweck der versteckten Sabotage, indem sie langsam arbeiteten, Krankheit vortäuschten usw. Wo es durchführbar war, gingen die fortschrittlichen Arbeiter sogar zur Organisation von Streiks über.

Die Nazibehörden klagten ständig über den Rückgang der Arbeitsproduktivität in den Betrieben. Sie gaben offen zu, dass die niedrige Arbeitsproduktivität nur mit der Sabotage der Arbeiter erklärt werden könne.

Die Zeitschrift «Deutsche Volkswirtschaft» berichtete im September 1943, dass die Arbeiter eines Hüttenwerkes als Antwort auf die Verlängerung des Arbeitstages von 8 auf 12 Stunden die Arbeitsproduktivität stark gesenkt hätten. Der Verlust an Arbeitsstunden durch Krankheit, so schrieb die Zeitschrift, sei ungefähr auf 30 Prozent gestiegen.⁴¹

Die faschistische Zeitung «Das schwarze Korps» erklärte ebenfalls, dass von 100 Krankheitsfällen ungefähr 30 Fälle vorgetäuscht wären. Die Abteilung für Sozialversicherung bei der Deutschen Arbeitsfront gab Ende 1943 ein Rundschreiben heraus, in dem die Ärzte darauf aufmerksam gemacht wurden, dass Arbeitsbefreiungen nur in Fällen ernsthafter Erkrankungen erlaubt seien.⁴² Die vorgetäuschten Krankheitsfälle nahmen so grosse Ausmasse an, dass die deutschen Zeitungen gezwungen waren, Artikel zu veröffentlichen, in denen das Pflichtgefühl der Deutschen angesprochen wurde und in denen die «böswilligen Saboteure» der Produktion mit Drohungen überhäuft wurden.

In der deutschen Presse häuften sich Ende 1943 auch die Mitteilungen über Gerichtsurteile wegen Arbeitsverweigerung. Ich möchte dafür einige Beispiele anführen, die die weite Verbreitung einer versteckten Sabotage veranschaulichen. So berichtete die «Frankfurter Zeitung» am 21. August 1943 über die Verurteilung eines sieb-

⁴¹ Zitiert nach *M. Seydewitz*, *Civil Life in Wartime Germany*, New York 1945, S. 322.

⁴² Ebenda.

zehnjährigen Arbeiters in der Stadt Hanau, weil er trotz aller Warnungen der Gestapo die Arbeit verweigert hatte, und am 25. August 1943 über die Verurteilung einer Arbeiterin in Berlin wegen «Arbeitsverweigerung». Die «Berliner Börsenzeitung» berichtete am 22. Oktober 1943 von einem Fall, in dem sich ein Eisenbahner in Berlin widersetzt hatte, die Arbeit an einem anderen Arbeitsplatz aufzunehmen, wofür er verurteilt wurde. Am 19. November 1943 brachten die «Münchener Neuesten Nachrichten» eine Mitteilung über die Verurteilung eines älteren Arbeiters, der unter dem Vorwand von Krankheit die Arbeit verweigerte. Auch die anderen Zeitungen brachten viele ähnliche Mitteilungen.

In den letzten beiden Monaten des Jahres 1943 ging man dazu über, nicht nur die Verurteilungen von Arbeitern, sondern auch das Strafmaß bekanntzugeben; diese Urteile waren in der Regel sehr hart. So berichtete das «Münchener Tageblatt» am 26. November über die Verurteilung eines Arbeiters aus Ludwigshafen zu lebenslänglicher Haft im Konzentrationslager wegen Arbeitsverweigerung. Die gleiche Zeitung berichtete, dass in Frankfurt a. M. eine Arbeiterin wegen Arbeitsverweigerung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Die Fälle von Verletzungen der Arbeitsdisziplin stiegen in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 ebenfalls rapide an. Es kam in manchen Fällen auch zu Sabotageakten, welche die Arbeiter tarnten, indem sie sich die geringe Qualifikation der nazistischen Führungskader in den Betrieben zunutze machten und deren unsinnige Anordnungen peinlich genau ausführten, wodurch der Produktion Schaden zugefügt wurde. Die Zeitung «Das schwarze Korps» schrieb am 24. August 1943, der deutsche Arbeiter wisse sehr gut, dass der neue Chef, der nur infolge des Krieges auf diesem Posten eingesetzt wurde, Fehler mache, doch halte er sich hartnäckig an das Führerprinzip, das, wie dieser «gute» Bürger vermute, nicht zulasse, Befehle des Chefs zu verändern. Mehr noch, er befolge mit teuflischem Vergnügen falsche Anordnungen und versuche sich selbst hinter der Phrase «Befehl ist Befehl» zu verbergen.

Eine andere Form der versteckten Sabotage war das Langsamarbeiten. In den offiziellen Mitteilungen wurde diese Art der Sabotage «Verletzung der Dienstpflicht» genannt. Sie wurde mit langjähriger Gefängnishaft oder auch mit dem Tode bestraft. In den deutschen Provinzblättern kann man häufig von Urteilen lesen, die für lang-

sames Arbeiten verhängt wurden. Die «Essener National-Zeitung» berichtete am 22. Januar 1944 über die Verurteilung einer 21-jährigen Arbeiterin zu langjähriger Haft im Konzentrationslager wegen «Verletzung der Dienstpflicht». Die «Essener Allgemeine Zeitung» veröffentlichte am 17. Februar 1944 eine Nachricht über die Verbreitung der Langsamarbeit unter den Arbeitern der Rüstungsbetriebe in Essen. Es wurden einige Mitteilungen über Todesurteile für diese «Langsamarbeit» veröffentlicht. Ich führe hier eines der im «Ulmer Tageblatt» am 8. August 1944 veröffentlichten Urteile an. Die Zeitung berichtete, ein Nazigericht habe einen Arbeiter mit der Begründung zum Tode verurteilt, dass er mit den Arbeitern eines Rüstungsbetriebes bolschewistische Gespräche geführt habe. Um die Produktion zu sabotieren, habe er langsam und schlecht gearbeitet und versucht, dazu auch seine Kameraden zu bewegen.

Auch gegen die ausländischen Arbeiter ergriffen die Hitlerbehörden drakonische Massnahmen. Diese sabotierten die Arbeit besonders stark, und ihre Arbeitsproduktivität war äusserst niedrig. In einem Rundschreiben Sauckels vom 3. April 1942 werden folgende Angaben über die Arbeitsproduktivität der ausländischen Arbeiter im Vergleich zu den deutschen Arbeitern gemacht: Wenn die Arbeitsproduktivität eines deutschen Arbeiters mit 100 angenommen wird, so betrug die Arbeitsproduktivität eines

französischen Arbeiters	80-90
belgischen Arbeiters	75-85
polnischen Arbeiters	65-75
serbischen Arbeiters	60-70
russischen Arbeiters	40-50

Diese Zahlen bezogen sich jedoch auf das Jahr 1942. In den Jahren 1943 und 1944 ging die Arbeitsproduktivität der ausländischen Arbeiter noch mehr zurück. Hinzu kam noch ihre Massenflucht aus den Betrieben. Anfang 1944 schrieb der Berliner Korrespondent der Baseler «National-Zeitung», nach offiziellen Angaben betrage die Zahl der geflohenen ausländischen Arbeiter durchschnittlich 50'000 bis 60'000.⁴³ Diese ausländischen Arbeiter desorganisierten die Verwaltung ausserordentlich und banden starke Polizeikräfte. In den Provinzblättern warnten die Polizeibehörden ständig vor den «ausländischen Banden», die das Land überschwemmen. Den Bauern

⁴³ *National-Zeitung*, 28. April 1944.

wurde empfohlen, Sondertrupps zu ihrer «Unschädlichmachung» zu bilden. Für die Hitlerjugend wurde ein besonderes Training eingeführt, in dem sie sich «Kampfmethoden gegen das ausländische Bandenunwesen» aneignen konnte. Der Polizeipräsident von Hamburg gab am 9. Oktober 1943 in der Zeitung «Hamburger Fremdenblatt» bekannt, dass in der letzten Zeit viele Ausländer ihre Arbeitsstätte verlassen hätten, weshalb befohlen worden sei, alle in Hamburg lebenden Ausländer zu registrieren. Die «Westfälische Landeszeitung» rief am 17. Juli 1944 alle Bauern auf, beim Auftauchen von geflohenen ausländischen Arbeitern das nächste Polizeirevier telefonisch zu benachrichtigen.

Es ist selbstverständlich, dass in Kriegszeiten der Streikkampf eng begrenzt ist. Trotzdem konnten in einigen Fällen ausländische Arbeiter Streiks durchführen. So fanden in zwei sächsischen Betrieben kurzfristige Streiks ausländischer Arbeiter statt. Nach dem Sturz der Regierung Mussolini traten 3'000 italienische Arbeiter in Lützkendorf in den Streik und forderten ihre unverzügliche Rückführung in die Heimat.⁴⁴ Aus einem Bericht der Gestapo über die Lage in den Betrieben geht hervor, dass in den ersten drei Monaten 1944 30'000 Fälle von Arbeitsniederlegungen ausländischer Arbeiter und 2'300 Fälle von Arbeitsverweigerungen deutscher Arbeiter gemeldet wurden.⁴⁵

All diese Tatsachen beweisen, dass sich die Unzufriedenheit unter den deutschen Arbeitern in den Jahren 1943 und 1944 verstärkte und die Antikriegsstimmung immer mehr zunahm. Nicht einmal die faschistischen Zeitungen konnten diese Tatsache vertuschen. Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» berichtete am 11. September 1943: «Versucht man einmal vorurteilslos in die wahre Stimmung der Betriebe hineinzuleuchten, so ergibt sich – heute noch – ein gewisser Interessengegensatz zwischen der Führerschaft des Betriebes und der Gefolgschaft.» Die faschistischen Redakteure der Zeitung waren natürlich nicht in der Lage, zu erkennen, dass in diesem Widerspruch in Wirklichkeit die Verschärfung des Klassenkampfes zum Ausdruck kam, und durften auch nicht zugeben, dass es sich hierbei um offene Zusammenstöße zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern handelte.

⁴⁴ Vgl. *Winzer*, S. 229.

⁴⁵ Vgl. *Walter Bartel*, *Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur, 1933-1945*, Berlin 1956, S. 243.

Aus diesen Gründen war auch die Hitlerführung Ende 1943 und Anfang 1944 gezwungen, neue harte Massnahmen gegen die Arbeiter anzuordnen. Die Arbeiter sollten unter schärfere Kontrolle gestellt werden. Bereits zu Beginn des Jahres 1943 war eine neue «Reichsinspektion» geschaffen worden, die die Einhaltung der faschistischen Arbeitsgesetze kontrollieren sollte. Die «Reichsinspektion», an deren Spitze Gauleiter Jung gestellt wurde, unterstand dem Generalbevollmächtigten für den deutschen Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel. Die «Reichsinspektionen» wurden in allen Betrieben, Fabriken und in allen Ämtern ernannt und mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet; sie unterstanden nicht den öffentlichen Behörden. Mitte 1943 wurde dann noch eine Verordnung über die lagermässige Unterbringung von Arbeitskräften während des Krieges erlassen. In dieser Verordnung kam zum Ausdruck, dass alle Arbeiter der Rüstungsindustrie in Lagern untergebracht werden sollten. Wörtlich hiess es: «Um die durch den Krieg gestellten Aufgaben zu erfüllen, müssen in steigendem Masse in- und ausländische Arbeitskräfte am Betriebsort oder in dessen Nähe in Gemeinschaftslagern untergebracht werden.»⁴⁶ Dieser Plan, alle Rüstungsbetriebe in Kasernen zu verwandeln, konnte jedoch nie ganz verwirklicht werden. Ein bestimmter Teil der Arbeiter wurde aber tatsächlich kaserniert und unter militärische Kontrolle gestellt.

In Hitlerdeutschland traten alle charakteristischen Züge des Militarismus sowohl in der Aussenpolitik als auch in der Innenpolitik besonders deutlich zutage. W.I. Lenin wies auf die zwei Hauptscheinungsformen des modernen Militarismus hin: «... als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äusseren Zusammenstössen einsetzen („Militarismus nach aussen“, wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats („Militarismus nach innen“).»^{46 47}

Diese beiden Funktionen erfüllte der deutsche Faschismus, der eine Schöpfung des reaktionärsten und chauvinistischsten Flügels des deutschen Finanzkapitals war. Der Hitlerfaschismus, der mit der Befreiungsbewegung des Proletariats besonders bestialisch abrechnete, konnte jedoch nicht die Gesetze des Klassenkampfes aufheben.

⁴⁶ Reichsarbeitsblatt, Jg. 1943, Teil I, Nr 21, S. 373.

⁴⁷ W.I. Lenin, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, in: W.I. Lenin, Werke, Bd 15, Berlin 1962, S. 187.

Ungeachtet des Terrors und des ideologischen Drills ging der Kampf gegen die Monopolbourgeoisie weiter; dieser Kampf verschärfte sich in den letzten Kriegsjahren noch beträchtlich. Auch unter der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum und unter der Intelligenz nahm die Empörung gegen das Hitlerregime zu. Dem faschistischen Regime gelang es allerdings, beträchtliche Teile der Werktätigen unter seinem Einfluss zu halten. Deshalb konnte in Hitlerdeutschland die Widerstandsbewegung keinen solchen Massencharakter annehmen wie in den anderen vom Faschismus unterjochten europäischen Ländern. Doch kämpfte der fortschrittliche Teil der Arbeiterklasse trotz der unerhört schweren Bedingungen tapfer und aufopferungsvoll gegen die faschistische Herrschaft. An der Spitze der deutschen Widerstandsbewegung standen die Kommunisten, die Beispiele an Heldentum und Selbstaufopferung im Kampf gegen die blutige Hitlerdiktatur gaben.

*Die Kommunistische Partei Deutschlands als Avantgarde
im Kampf der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes
gegen die Hitler Tyrannie*

In der Zeit der Nazibarbarei erwiesen sich die Kommunisten als die standhaftesten, entschlossensten Kämpfer gegen die faschistische Diktatur. Nachdem die Kommunistische Partei Deutschlands in die Illegalität getrieben worden war, passte sie ihre Tätigkeit den schwierigen Bedingungen des illegalen Kampfes an. Während andere politische Parteien aus der Weimarer Zeit nach ihrem Verbot durch Hitler praktisch zerfielen, blieb die KPD als geschlossene, organisierte Kraft, als eine echte proletarische politische Partei und als Vorhut der Arbeiterklasse Deutschlands erhalten.

Die deutschen Kommunisten liessen sich in ihrem Kampf von den Weisungen ihres Zentralkomitees leiten, das nach dem Verbot der KPD emigrieren musste. Die prinzipiellen Festlegungen für die Arbeit der Partei unter den Bedingungen der Herrschaft des Faschismus wurden in den beiden Konferenzen der KPD, in Brüssel (Oktober 1935) und in Bern (Januar 1939), ausgearbeitet. Auf der Brüsseler Konferenz analysierte die KPD die antinationale aggressive Politik Hitlers und wies darauf hin, dass diese Politik zur nationalen Katastrophe für Deutschland, zur Entfesselung eines Krieges führen

und dem deutschen Volk und auch den Völkern anderer Länder unerhörtes Leid bringen werde. «Wir Kommunisten . . .», hiess es in dem von der Konferenz angenommenen Aufruf an das deutsche Volk, «. . . rufen zum Kampfe für die Erhaltung des Friedens auf, gegen die Kriegspolitik der Hitlerregierung!»⁴⁸

Auf der Berner Konferenz stellte die KPD das Kampfprogramm für ein einheitliches demokratisches unabhängiges Deutschland auf und wies darauf hin, dass die Verwirklichung dieses Programms nicht nur den Interessen einer Klasse, sondern den Interessen der gesamten deutschen Nation entspricht. Der Kampf, den die KPD führt, hiess es im Beschluss der Konferenz, ist ein «Kampf um die Interessen des ganzen Volkes und um die Rettung der deutschen Nation».⁴⁹ Die Konferenz wies den Kämpfern gegen das faschistische Regime den Weg und rief sie auf, die antifaschistischen Kräfte zum Sturz der Hitlerdiktatur zu vereinigen, ohne Rücksicht auf ihre politischen und religiösen Anschauungen.

An der Spitze der deutschen Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus standen tapfere und erfahrene Streiter für die Sache der Arbeiterklasse, wie Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht u.a. Die Hitlerfaschisten warfen nach ihrem Machtantritt den Führer der deutschen Kommunisten, Ernst Thälmann, ins Gefängnis und ermordeten ihn im August 1944. Wilhelm Pieck schrieb über die Rolle Ernst Thälmanns im Kampf der deutschen Kommunisten und aller fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes: «Elfeinhalb Jahre war er in der Einzelhaft der Nazizuchthäuser drangsaliert worden. Wo in der ganzen Welt von dem Kampf deutscher und ausländischer Antifaschisten gegen das barbarische Naziregime gesprochen wurde, nannten Arbeiter, Bauern, Jugend und Geistes-schaffende den Namen Ernst Thälmann. Er wurde zum Inbegriff des unerschrockenen und kompromisslosen Kämpfers gegen die Blutherrschaft der Hitlerbande.»⁵⁰

In den Jahren der faschistischen Tyrannei mussten auch solche hervorragenden Organisatoren der deutschen illegalen antifaschistischen Bewegung wie Anton Saefkow, Franz Jacob, Bernhard Bästlein, John Scheer, Ernst Schneller, Walter Stoecker, Theodor Neu-

⁴⁸ Zur Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung, S. 57.

⁴⁹ Ebenda, S. 156.

⁵⁰ Willi Bredel, Ernst Thälmann. Ein Beitrag zu einem politischen Lebensbild. Berlin 1948, S. 5.

bauer, Georg Schumann, Robert Uhrig, Katja Niederkirchner und viele andere ihr Leben im Kampf für die Sache der Arbeiterklasse hingeben.

Ausgehend von den Beschlüssen der Brüsseler und Berner Konferenz, arbeitete die KPD, unter Berücksichtigung der realen Lage in den einzelnen Etappen des Krieges, die konkreten Kampfaufgaben aus. In allen Etappen des Kampfes gegen den Faschismus stellte die KPD die Aufgabe in den Vordergrund, alle Gegner des Faschismus und des Krieges in einer gemeinsamen antifaschistischen Front zu vereinigen, alle fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes zum Sturz des Hitlerregimes und zur Rettung der deutschen Nation zusammenzuschliessen.

Diese Aufgabe stellte sich auch das von deutschen Patrioten im Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau gebildete Nationalkomitee «Freies Deutschland». In ihm waren Vertreter der verschiedensten Klassen, Schichten und Bevölkerungsgruppen Deutschlands vereinigt. Als Vertreter der KPD gehörten dem Komitee Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Wilhelm Florin an. Zum Präsidenten des Nationalkomitees war Erich Weinert gewählt worden.

Walter Ulbricht schrieb über die Ziele des Nationalkomitees «Freies Deutschland» folgendes: «Die Aufgabe bestand darin, gegenüber der Hitlerherrschaft in Deutschland eine nationale Führung zu schaffen, die in ähnlicher Weise, wie es einst General von Yorck getan hatte, die Führung des Kampfes zur Rettung Deutschlands in ihre Hände nahm und durch ihre Massnahmen den illegalen antifaschistischen Gruppen in Deutschland eine breitere Basis schuf und die Bildung von Gruppen der Hitlergegner in Deutschland unter den verschiedensten Bezeichnungen und in den vielfältigsten Formen förderte.»⁵¹

Im September 1943 wurde der «Bund Deutscher Offiziere» gebildet, der sich der Bewegung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» anschloss. Diesem Bund gehörten bekannte Offiziere der deutschen Wehrmacht an, die von der Sowjetarmee gefangengenommen worden waren. Sie richteten einen Aufruf an alle deutschen Soldaten und Offiziere, in dem sie die räuberische Politik Hitlers anprangeren und auf die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage Deutschlands hinwiesen. Diese patriotischen Offiziere riefen die Soldaten

⁵¹ Zur Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes, S. 208.

und Völker auf, den Krieg zu beenden und für eine friedliche und demokratische Zukunft Deutschlands zu kämpfen.⁵²

Die Tätigkeit des Nationalkomitees «Freies Deutschland» sowie des «Bundes Deutscher Offiziere» fand in Deutschland und in der deutschen Wehrmacht beachtlichen Widerhall. In Deutschland bildeten sich einzelne Widerstandsgruppen, die sich dem Nationalkomitee «Freies Deutschland» anschlossen. Die führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei in Deutschland (Anton Saefkow, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Georg Schumann und Otto Engert) arbeiteten eine Plattform unter der Bezeichnung «Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ «aus, in der sie ihre volle Unterstützung für das Programm des Nationalkomitees zusagten. In diesem Dokument hiess es wörtlich: «Wir Kommunisten stehen mitten in den Massen. Wir dürfen uns nicht mehr von ihnen entfernen. Wir haben aus der Vergangenheit und aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und Revolutionen unsere Lehren gezogen. Wir werden die Massen zum Kampf führen unter Anwendung richtiger Losungen und der Zeit entsprechenden Kampfprogramme und werden uns von radikalistischen Kindsköpfen nicht hindern lassen. Diese Losungen sind heute: Fort mit Hitler! – Schluss mit dem Krieg! Für ein freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland!»^{53 54}

Das war das Programm der Kommunisten, die in Deutschland gegen die faschistische Diktatur kämpften; dieses Dokument gab allen Kämpfern gegen das Hitlerregime die richtige Orientierung. Otto Winzer unterstreicht in seiner Arbeit: «Dieses Dokument stellte die Übereinstimmung der politischen Linie des Kampfes der Kommunisten in Deutschland mit der politischen Linie her, die das Politbüro des Zentralkomitees der KPD festgelegt hatte ..

In den letzten Kriegsjahren wurde das Netz der illegalen kommunistischen Gruppen, die in Deutschland tätig waren, beträchtlich ausgedehnt. Der heldenhafte Kampf, den die deutschen Kommunisten in der Illegalität für Demokratie und Sozialismus, gegen Faschismus und Krieg führten, war überaus kompliziert und vielseitig. In der von uns behandelten Periode hatte er besonders an Aktivität zugenommen. Die grösste Bedeutung im Kampf der Kommunisten

⁵² Vgl. *Erich Weinert*, Das Nationalkomitee «Freies Deutschland», Berlin 1957, S. 32.

⁵³ Zit. nach *Gerhard Nitzsche*, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957, S. 59.

⁵⁴ *Winzer*, S. 222.

in dieser Periode hatte die Tätigkeit der drei kommunistischen Gruppen in Berlin, Sachsen und Thüringen.

In den Jahren 1943 und 1944 entwickelte sich in Berlin besonders die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. In dieser Gruppe waren viele alte Kommunisten vereinigt, die an verschiedenen Orten Deutschlands illegal gegen den Faschismus kämpften. Die Hitlerfaschisten hatten in den Jahren 1939 und 1940 einige führende Kommunisten aus den Konzentrationslagern entlassen, in der Annahme, die vieljährige Haft in den nazistischen Folterkammern würde ihren Widerstandswillen gebrochen haben, so dass sie keine Gefahr mehr für das faschistische Regime darstellten. Unter ihnen hatten sich auch die Kommunisten Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein befunden.

Jacob und Bästlein waren in ihre Heimatstadt Hamburg zurückgekehrt, wo sie zusammen mit Robert Abshagen und anderen alten kommunistischen Funktionären eine Widerstandsgruppe bildeten. Im Jahre 1942 spürte die Gestapo diese Gruppe auf. Bästlein und Jacob wurden verhaftet, doch gelang es Jacob, die Wache zu überlisten und nach Berlin zu entkommen.

In Berlin aktivierte zu dieser Zeit Anton Saefkow die antifaschistische Tätigkeit. Ihm schloss sich Jacob an. Anfang 1944 gelang es auch Bästlein, aus dem faschistischen Gefängnis Plötzensee zu entfliehen; er schloss sich ebenfalls Saefkow an. Auf diese Weise hatte sich ein Führungskern der Berliner Widerstandsgruppe aus den drei kommunistischen Funktionären Saefkow, Jacob und Bästlein herausgebildet.

Die Berliner Gruppe wurde zu einem wichtigen Zentrum des Widerstandes, zu einem Hauptstützpunkt der Kommunistischen Partei in Deutschland. Zu ihr stiessen die Kader einer Reihe anderer kommunistischer Gruppen, die wegen des grausamen Terrors gezwungen waren, ihre selbständige Existenz aufzugeben. So vereinigte sich die von Robert Uhrig geführte kommunistische Gruppe, deren Tätigkeit im Wesentlichen in die Jahre von 1938 bis 1942 fällt, mit der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe⁵⁵; auch schlossen sich viele Mitglieder

⁵⁵ Robert Uhrig begann sofort nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager im Jahre 1936 eine kommunistische Widerstandsgruppe aufzubauen. Zusammen mit anderen Berliner Kommunisten gelang es ihm 1938, eine grosse kommunistische Gruppe zu gründen; sie stützte sich auf ein ganzes Netz von Zellen, die in einer Reihe von Berliner Betrieben, darunter auch in Rüstungsbetrieben, gegründet worden waren. Die Gruppe stand mit Kommunisten in Essen, Hannover, München, Hamburg und in anderen Städten

der Gruppe Schulze-Boysen-Harnack an, die ebenfalls eine verzweigte kommunistische Organisation geschaffen hatten. Die Gruppe setzte sich im Wesentlichen aus Angehörigen der Intelligenz, der Beamtschaft und der Wehrmacht zusammen.⁵⁶ Eine der zur Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe gehörenden Organisationen, die jedoch als selbständige kommunistische Zelle tätig war, und zwar die Organisation «Innere Front», setzte ihre Tätigkeit bis zum Jahre 1944, d.h. bis zur Verhaftung ihres Führers John Sieg, fort.

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe bildete zahlreiche Zellen in den Betrieben. Das Netz dieser Zellen umfasste die grössten Berliner Betriebe, darunter auch Rüstungsbetriebe. Die grösste Aktivität entfaltete diese Gruppe in den Betrieben des Siemens-Konzerns, der AEG, in den Daimler-Benz-Werken, bei Askania und Telefunken. Das Ausmass der Tätigkeit der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe wird dadurch deutlich, dass die Gestapo im Askaniabetrieb in Mariendorf 80 deutsche und ausländische Arbeiter verhaftete. In den Rüstungsbetrieben der Borsigwerke in Berlin-Tegel und bei der Alfred Tewes AG in Berlin-Wittenau wurden Zellen gebildet, der sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten angehörten. Die Zelle bei der Tewes AG war 40 Mann stark. Von vierzehn verhafteten Mitgliedern der Zelle wurden sieben von einem faschistischen Gericht zum Tode verurteilt. Im Rüstungsbetrieb des Siemens-Konzerns in Berlin-Marienfelde wurden ebenfalls viele Verhaftungen vorgenommen. Von den hier verhafteten Kommunisten wurden drei zum Tode verurteilt.

Eine ziemlich grosse kommunistische Zelle der Saefkow-Jacob-

in Verbindung. Im Jahre 1942 wurden die wichtigsten Führer der Gruppe, Uhrig, Budcus und Beppo Roemer, verhaftet. Die Faschisten brachten mehr als 80 Mitglieder der Gruppe um, doch gelang es ihnen nicht, alle Zellen aufzudecken. Die Kommunisten, die in diesen übriggebliebenen Zellen arbeiteten, schlossen sich der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe an.

⁵⁶ Zur Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe gehörten nicht nur Kommunisten, sondern auch parteilose Widerstandskämpfer, darunter auch solche aus bürgerlichen Kreisen, die sich mit den Kommunisten zum Sturz des Hitlerregimes vereinigt hatten. Die Gruppe unterhielt zu zahlreichen kommunistischen Zellen sowohl innerhalb Deutschlands als auch im Ausland Kontakte. Welchen Umfang die Tätigkeit dieser Gruppe angenommen hatte, davon zeugt die Tatsache, dass die Gestapo, die im Jahre 1942 der Gruppe auf die Spur kam, 600 ihrer Mitglieder verhaftete. Es gelang ihr aber bei weitem nicht, alle Mitglieder dieser Organisation aufzuspüren. Viele von ihnen stiessen zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. 55 Mitglieder der Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe wurden zum Tode verurteilt. Ausserdem wurden viele Mitglieder der Gruppe ohne Gerichtsverfahren von der Gestapo erschossen.

Bästlein-Gruppe bestand im «Deutschen Verlag». Sie verteilte Flugblätter, sammelte Geld für die illegalen Organisationen und sabotierte systematisch die Herausgabe nazistischen Propagandamaterials. In die Bücher und Broschüren, die der «Deutsche Verlag» herausgab, schmuggelten die Mitglieder der kommunistischen Zelle Flugblätter ein, in denen zum Sturz des Hitlerregimes aufgerufen wurde.⁵⁷

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe unternahm grosse Anstrengungen, um eine Verbindung mit ausländischen Arbeitern herzustellen. In einem von der Gruppe im Februar 1944 herausgegebenen Rundschreiben wurde besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, gemeinsame Aktionen der deutschen und ausländischen Arbeiter zu organisieren. Die Mitglieder der Gruppe stellten auch Kontakte zu Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern her, insbesondere zu den sowjetischen, französischen und jugoslawischen Kriegsgefangenen, die sich im Lager in Fürstenberg a. d. O. befanden.

Es ist ein Schreiben einer Gruppe französischer Gefangener an die Führer der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe erhalten geblieben, in dem die französischen Kommunisten ihre Sympathien mit dem Kampf der deutschen Antifaschisten zum Ausdruck bringen.⁵⁸

Entsprechend den Weisungen des Zentralkomitees der KPD entfaltete diese Gruppe ihre Tätigkeit unter den verschiedensten Bevölkerungsschichten und versuchte, eine nationale Kampffront gegen den Faschismus zu schaffen. Die Führer der Gruppe waren bestrebt, Vertreter der Bauernschaft in den antifaschistischen Kampf mit einzubeziehen. Im Auftrag der Gruppe arbeitete das ehemalige Reichstagsmitglied der KPD, Willi Skamira, ein besonderes Programm für die Bauern aus. In diesem Programm wurde darauf hingewiesen, dass es notwendig sei, ein enges Bündnis der Arbeiter mit den Bauern im Kampf gegen den Faschismus herzustellen.

Die Antifaschisten führten regelmässig Diskussionen mit Offizieren, Geistlichen u.a. durch. Sie stellten enge Verbindungen zu vielen fortschrittlich gesinnten Vertretern der Intelligenz her. Besondere Aktivität entfaltete Dr. Kreiselmeier, Chef eines Wehrmachtslazaretts. Er erwies der Gruppe auch grosse finanzielle Hilfe. Vor der Gestapo, die ihn im Jahre 1944 verhaftete, sagte Kreiselmeier aus: «Ich bin zu dieser Verpflichtung durch das Erlebnis von Stalingrad

⁵⁷ Vgl. *Nitzsche*, S. 43 f.

⁵⁸ *Ebenda*, S. 49 f.

gekommen. Ich wollte in irgendeiner Weise meinem Volke helfen .. ,»⁵⁹

Grosse Hilfe erhielt die Gruppe auch von Angehörigen bürgerlicher Kreise, darunter von einigen kleinen und mittleren Unternehmern. Der Eigentümer des optischen Betriebes Friedrich Nitzschke gewährte Jacob Obdach, gestattete in seinem Betrieb die Anfertigung von Fotokopien einer Reihe von Dokumenten und verteilte selbst Flugblätter.

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe stellte auch Kontakt zu den Organisatoren der Verschwörung gegen Hitler her. Die Frage nach den Beziehungen der Gruppe zur Verschwörung vom 20. Juli 1944 wird noch ausführlicher behandelt werden. In seiner Darstellung über die Tätigkeit der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe hebt Gerhard Nitzsche hervor: «Die gesamte Tätigkeit der Widerstandsgruppe beweist, dass es vor allem Kommunisten waren, die grosse Anstrengungen unternahmen und keine Opfer scheuten, um die vielfältigen Stimmungen, die in allen Schichten der Bevölkerung gegen den faschistischen Krieg gärten, in einer gemeinsamen Kampffront zusammenzuschliessen.»⁶⁰

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe wurde zu einem wichtigen Organisationszentrum des Kampfes gegen den Faschismus. Sie hielt mit den kommunistischen Organisationen in vielen Grossstädten wie München, Leipzig, Dresden, Hamburg, Düsseldorf enge Verbindung aufrecht. Sie stellte auch den Kontakt zu antifaschistischen Kreisen im Ausland her und sandte beispielsweise über den Mitarbeiter der schwedischen Botschaft in Berlin, Arvid Lundgren, Material und Informationen über die Tätigkeit der Gruppe in das Ausland.

Den Führern der Gruppe gelang es, eine Druckpresse zu bekommen, mit der sie eine grosse Anzahl antifaschistischer Flugblätter druckten. Die Faschisten konnten schliesslich, mit Hilfe eines Spitzels, die Führer dieser Gruppe aufspüren; sie wurden verhaftet und eingekerkert. In der Anklageschrift gegen Saefkow, Jacob und Bästlein hiess es:

«. .. Jacob wandte sich nach Berlin und trat hier mit Anton Saefkow in Verbindung, Saefkow hatte inzwischen in Berlin im Sinne des Kampfes gegen den nationalsozialistischen Staat Verbindungen aufgenommen. Beide kamen nun in Übereinstimmung ihrer Ansichten,

⁵⁹ Ebenda, S. 64.

⁶⁰ Ebenda, S. 65.

dass Deutschland seit dem Fall von Stalingrad den Krieg nicht mehr gewinnen könne, zu dem Entschluss, zu ihrem Teil weiter alles zu tun, um die Niederlage (!) des Dritten Reiches und die Herbeiführung (!) des Friedens zu beschleunigen. Sie sahen dabei folgende Massnahmen vor:

Errichtung von Betriebskadern bzw. Betriebsgruppen in den Berliner Grossbetrieben, vor allem im Rüstungssektor.

Werbung geeigneter Funktionäre, welche insbesondere die Kadergruppen führen sollten.

Zusammenschluss von Soldaten in der Heimat und an der Front zu Widerstandsgruppen, Übersendung von Propagandaschriften an die Front durch Feldpostbriefe.

Bildung eines besonderen AM-Apparates für die Beschaffung von Nachrichten, Waffen und Ausweispapieren für illegal lebende Antifaschisten.

Herstellung und Verbreitung von aufklärenden Schriften.

Aufnahme von Verbindungen nach Orten ausserhalb der Reichshauptstadt.

Herstellung von Beziehungen zu anderen kommunistischen sowie sozialdemokratischen Widerstandsgruppen (!), zu antifaschistisch eingestellten Bürgerlichen (!), Künstlern und anderen Personen.. ,»⁶¹

Die Urteilsbegründung im Prozess gegen Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein schliesst mit äusserst symptomatischen Feststellungen: «Sie sind von tiefem Hass gegen Adolf Hitler und den nationalsozialistischen Staat erfüllt... Die wegen Vorbereitung zum Hochverrat von ihnen verbüssten Strafen haben ebenso wenig Eindruck bei ihnen hinterlassen wie ihre nachfolgende Haft im Konzentrationslager. Sie haben die Kommunistische Partei und andere Widerstandsgruppen in einem derartigen Umfang wieder aufgebaut und die Wehrmacht zu zersetzen gesucht, dass hieraus für das nationalsozialistische Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschwoeren wurden.»⁶²

Am 18. September 1944, also nur wenige Monate vor dem Einmarsch der Sowjetarmee in Deutschland, fällte das faschistische Gericht gegen die Führer der Gruppe das Todesurteil, das am glei-

⁶¹ Erstmals veröffentlicht in *Neues Deutschland*, 17. 7. 1946.

⁶² *Neues Deutschland*, 17. 7. 1946.

chen Tage vollstreckt wurde. Ausser Saefkow, Jacob und Bästlein brachten die faschistischen Henker noch weitere 400 Mitglieder dieser Widerstandsgruppe um.

In Thüringen bestand ebenfalls eine starke kommunistische Gruppe. Sie hatte sich nach der Vereinigung einer Reihe einzelner kommunistischer Zellen, die in verschiedenen Städten Thüringens tätig waren, gebildet. Die von Magnus Poser geführte Gruppe im Gebiet von Jena und die unter Führung von Theodor Neubauer im Gebiet der Stadt Gotha tätige Gruppe erlangten grosse Bedeutung. Diese alten kommunistischen Funktionäre waren noch vor dem Krieg aus den Konzentrationslagern entlassen worden (Poser im Jahre 1936 und Neubauer im Jahre 1939) und hatten unverzüglich ihre antifaschistische Tätigkeit wieder aufgenommen. Im Jahre 1941/42 vereinigten sich diese beiden Organisationen. Aus dieser Vereinigung ging eine starke und geschlossene Gruppe hervor, die in der Geschichte als Neubauer-Poser-Gruppe bekannt wurde. Auch sie verfügte über eine illegale Druckerei und verbreitete antifaschistische Flugblätter. So wurden u.a. Flugblätter unter folgenden Losungen gedruckt und verbreitet: «Hitlers Krieg ist verloren!» (1'500 Exemplare); «Bericht zur Lage» (700 Exemplare); «Ihr wisst, dass Hitler seinen Krieg verloren hat!» (1'500 Exemplare).⁶³ In einem der ersten Flugblätter hiess es: «Heute fragt jeder: was soll nach Hitlers Sturz werden? Schon ist ein grosser Teil der deutschen Bourgeoisie bereit, um ihre Existenz als Ausbeuterklasse zu retten, ganz Deutschland an den englisch-amerikanischen Imperialismus zu verkaufen . . . Für das arbeitende Volk Deutschlands gibt es nur eine Rettung: Sturz Hitlers und des Finanzkapitals, Errichtung einer Regierung des werktätigen Volkes . . .»⁶⁴

Dieses Flugblatt wurde im September 1943 veröffentlicht. Es ist erfüllt von der tiefen Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und definiert präzise die Ziele des antifaschistischen Kampfes. Die deutschen Kommunisten traten als echte Vorhut der demokratischen und patriotischen Kräfte, als prinzipielle und entschlossene Kämpfer gegen den Faschismus auf.

Ähnlich wie die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe aktivierte die Gruppe Neubauer-Poser die Agitation der Zellen in den Betrieben Thüringens. Besonders aktiv waren die Zellen in der Maschinen-

⁶³ Gertrud. Glondajewski / Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957, S. 36.

⁶⁴ Ebenda, S. 38.

fabrik Henry Pels in Erfurt, in den Erfurter Gummiwerken und in der Olympia-AG. Die Gruppen stellten enge Kontakte zu den ausländischen Arbeitern her und verteilten unter ihnen eine grosse Zahl von Flugblättern, die teilweise auch in russischer Sprache herausgegeben wurden. Magnus Poser wurde am 14. Juli 1944 verhaftet und in der Nacht vom 20. zum 21. Juli bei einem Fluchtversuch ermordet. Neubauer wurde von der Gestapo ebenfalls am 14. Juli verhaftet. Bei seiner Verhaftung versuchte er zu fliehen und wurde verwundet. Neubauer wurde von den Faschisten grausam gefoltert. Im Januar 1945 wurde er vor ein faschistisches Gericht gestellt und am 5. Februar 1945, nur drei Monate vor dem Zusammenbruch, hingerichtet. Ein weiterer wichtiger Stützpunkt für die illegale Tätigkeit der Kommunistischen Partei in Deutschland wurde in Sachsen geschaffen. An seiner Spitze stand der ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD, Georg Schumann. Seine engsten Mitarbeiter waren Otto Engert und Kurt Kress. Leipzig war das Zentrum dieser Gruppe. Während des Krieges gelang es den sächsischen Kommunisten, in fünfzehn wichtigen Leipziger Betrieben, darunter in den Betrieben «Meier & Weichelt», «Pittier AG», «Metallguss GmbH», Zellen zu gründen. Die Schumann-Gruppe stellte die Verbindung zu den Antifaschisten in den «Leuna-Werken» und «Buna-Werken» her. Sie unterhielt auch Kontakte mit den Kommunisten in Dresden, Halle und Merseburg. Besonders unter der Jugend leistete sie wichtige Arbeit. Die Jugendorganisation, die sich der Gruppe anschloss, zählte 120 Mitglieder. Auch dieser Gruppe gelang es, ausländische Arbeiter in den revolutionären Kampf einzubeziehen. Sie vermochte sogar in zwei Betrieben Sachsens kurze Streiks der ausländischen Arbeiter zu organisieren.

Einige programmatische Dokumente der Gruppe weisen jedoch ernsthafte theoretische Mängel auf, die von Otto Winzer kritisiert werden. In dem Dokument, das die Bezeichnung «Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft» trägt und von Otto Engert verfasst worden war, hiess es, die unmittelbare Aufgabe der Kommunisten sei die Organisation «der revolutionären Erhebung»; sie sollten «die kapitalistische Macht niederreissen». Eine solche Orientierung widersprach Ende 1943/Anfang 1944 der Aufgabe, eine gesamt nationale einheitliche Kampf front gegen die Naziherrschaft zu schaffen.⁶⁵ In ihrer praktischen

⁶⁵ Vgl. Winzer, S. 218 f.

Arbeit vermochte die Gruppe jedoch ihre sektiererische Einstellung im Wesentlichen zu überwinden. Die Mitglieder der Gruppe stellten zu Angehörigen der verschiedensten Bevölkerungsschichten Verbindungen her und versuchten, in der Praxis eine nationale Front des antifaschistischen Kampfes zu organisieren. Georg Schumann nahm sogar Verhandlungen mit Carl Goerdeler auf. Diese Verhandlungen führten allerdings zu keinem positiven Ergebnis. «Mit der im April 1944 erschienenen illegalen Zeitung ‚Widerstand‘ stellte sich die Leitung der Leipziger Gruppe dann eindeutig auf den Boden der Bewegung ‚Freies Deutschland‘.»⁶⁶

Die Herstellung des Kontaktes zwischen den drei Gruppen – der Berliner, der thüringischen und der sächsischen Gruppe – war für den illegalen kommunistischen Kampf in Deutschland von grösster Bedeutung. Die Kommunisten Anton Saefkow, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Georg Schumann und Otto Engert kamen mehrfach in Berlin, Leipzig und Gotha zusammen. Auf diesen Begegnungen wurden sowohl allgemeine Fragen, die die Ausarbeitung der politischen Linie oder der Plattform des Kampfes betrafen, als auch organisatorische Probleme beraten. «So wurde durch die politischen Beratungen und die organisatorische Zusammenarbeit der leitenden Genossen der drei Zentren kommunistischer Organisationen faktisch eine zentrale operative Leitung im Lande geschaffen», schrieb Otto Winzer.⁶⁷

Die Tatsachen beweisen, dass die deutschen Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus niemals die Waffen aus der Hand gelegt haben. Sie haben im Kampf um die Freiheit und das Glück ihres Volkes weder ihre Kräfte noch ihr Leben geschont. Sie verkörpern den wahren antifaschistischen Widerstand in Deutschland. Das Hitlerregime wurde jedoch nicht von inneren, sondern von äusseren Kräften – von der heldenhaften Sowjetarmee und ihren Verbündeten – vernichtet. Die deutsche Arbeiterbewegung hat aber zahlreiche Beispiele des Heldentums und des Wagemutes im Kampf für die Ideale der Arbeiterklasse geliefert. Der Kampf der deutschen Kommunisten in der Illegalität schuf wichtige Voraussetzungen für die Vereinigung der Arbeiterklasse, die sich in Ostdeutschland nach dem Krieg vollzog, um ein neues sozialistisches Deutschland – die Deutsche Demokratische Republik – aufzubauen.

⁶⁶ Ebenda, S. 219.

⁶⁷ Ebenda, S. 231.

Der Prozess der fortschreitenden Zersetzung, der sich in Deutschland in den letzten Kriegsjahren vollzog, die zunehmende Unzufriedenheit mit dem Krieg und mit dem Hitlerregime sowie schliesslich der verstärkte antifaschistische Widerstand gegen die Nazidiktatur konnten auf die deutsche Monopolbourgeoisie und die junkerlichen Kreise, das Beamtentum, das Offizierskorps usw. nicht ohne Einfluss bleiben. Viele Vertreter des herrschenden Lagers erkannten unter dem Eindruck des siegreichen Vormarsches der Sowjetarmee, dass Hitlerdeutschland zum Untergang verurteilt war. Die herrschenden Kreise des faschistischen Deutschlands fürchteten sowohl die nahende unvermeidliche militärische Katastrophe als auch den heranreifenden inneren Zusammenbruch des Hitlerregimes. In dieser Lage suchten sie nach einem rettenden Ausweg für das Monopolkapital und den Militarismus in Deutschland. Hieraus erklärt sich die «Opposition» einer Reihe von Vertretern jener Klassen und Schichten, die auf Treu und Glauben dem faschistischen Regime gedient hatten, gegen Hitler.

Diese Erkenntnis setzte sich in erster Linie in bestimmten militärischen Kreisen durch. Es wäre falsch, die Verschwörung gegen Hitler, die nach der Zerschlagung der faschistischen deutschen Armee an der Wolga immer mehr Gestalt annahm, als «Generalsverschwörung» zu bezeichnen. Das widerspräche der historischen Wahrheit. Man muss aber unterstreichen, dass weitgehend militärische Kreise an der Verschwörung beteiligt waren und dass die Pläne für die «Palastrevolution» gegen Hitler in militärischen Kreisen aufkamen.

II. DIE URSACHEN DER VERSCHWÖRUNG GEGEN HITLER UND DIE WICHTIGSTEN ETAPPEN IHRER ENTWICKLUNG

Die Generäle und Hitler.

Die Entstehung der Opposition in der faschistischen Armee

Die klassenmäßige Zusammensetzung der deutschen Militärkaste war ziemlich einheitlich. Den eigentlichen Stamm der Militärs hatte schon immer das Junkertum gestellt. Die Vorherrschaft der Gutsbesitzer war ein charakteristischer Wesenszug für das imperialistische Deutschland bis zur Niederlage des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg. Das Junkertum konnte sich auch in den nachfolgenden Jahren in bedeutendem Masse seine Macht und seine Privilegien bewahren. «In England und in Frankreich», schrieb Lenin, «herrscht die Bourgeoisie unumschränkt und beinahe (mit geringen Ausnahmen) unmittelbar, während in Preussen die Feudalherren, die Junker und der monarchistische Militarismus den Vorrang haben.»¹

Lenin betonte, dass im monarchistischen Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen der Vorherrschaft des Militarismus und der Macht des Junkertums bestanden hat. Der monarchistische Militarismus und in der Folge der «demokratische» Militarismus der Weimarer Zeit sowie der faschistische Militarismus stützten sich auf einen junkerlichen Kern; stellte doch das Junkertum nach wie vor die Masse des Offizierskorps.

Die Militärkaste hielt an ihren Privilegien fest, denn sie genoss eine gewisse «Autonomie» im staatlichen Leben Deutschlands. Karl Liebknecht schrieb über die Stellung und den Einfluss der Militärkaste in Deutschland, dass sie «nicht nur ein Staat im Staate, sondern geradezu ein Staat über dem Staate geworden» sei.²

Die Niederlage des deutschen Militarismus im ersten Weltkrieg hatte zu einer gewissen Umgruppierung der Kräfte innerhalb der Militärkaste geführt; die faschistische Partei begann sich aus ihr

¹ W.I. Lenin, Über alte, doch ewig neue Wahrheiten, in: W.I. Lenin, Werke, Bd 17, Berlin 1962, S. 197.

² Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung von Dr. Karl Liebknecht, Leipzig 1907, S. 16.

einen Stamm anzuwerben. Ein anderer Teil des Offizierskorps fand in der deutschen Reichswehr Zuflucht, die in ein Zentrum zur Aufstellung einer neuen deutschen Armee, in ein Führungsorgan zur Wiederherstellung der deutschen Kriegsmaschine verwandelt wurde. Es gab also zwei Richtungen in der Entwicklung des deutschen Militarismus zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg. Ein ausserordentlich chauvinistischer und abenteuerlicher Flügel der Militärkaste ging zur faschistischen Partei, zur SA und SS über. Der Teil, der in der Reichswehr Fuss fasste, wurde zu einem Zentrum der alten militaristischen Kräfte, die die Wiederherstellung aller ehemaligen Privilegien der Militär- und Junkerkaste anstrebten; dieser Teil wahrte die alten preussischen Traditionen. Er übernahm nach 1933 «kritisch» die faschistischen Militärdoktrinen und war von Anfang an geneigt, eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Unter den alten Reichswehrgenerälen und -Offizieren gab es aber auch Vertreter, die den abenteuerlichen Charakter der aggressiven Politik Hitlers frühzeitig erkannten und ahnten, dass diese Politik zu einer Katastrophe für Deutschland führen könne.

Als Vertreter dieser beiden Gruppen des deutschen Militarismus traten in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg Ludendorff und von Seeckt in Erscheinung. Ludendorff sammelte die abenteuerlichsten Elemente des deutschen Militarismus um sich. Seine reaktionären Anschauungen brachte er in seinem Buch über den totalen Krieg zum Ausdruck, in dem er die Errichtung der offenen Diktatur in Deutschland zu seinem Ideal erhob. Mit Hilfe dieser Diktatur sollten alle Kräfte und Mittel des deutschen Staates für die Vorbereitung und Führung des «totalen» Krieges mobilisiert werden. Nach den Plänen Ludendorffs sollte dieser Krieg alle Kennzeichen eines «Vernichtungskrieges» tragen. Diese Anschauungen lagen später der Hitlerstrategie des «totalen» Krieges und des «Blitzkrieges» zugrunde. Anfänglich konnte Ludendorff nur wenige Anhänger aus der alten Generalität gewinnen. Allmählich aber erweiterte sich der Kreis seiner Gesinnungsgenossen aus den Reihen der ehemaligen Offiziere der deutschen Armee.

Einen etwas anderen Charakter trug die Offiziersclique, die sich um Seeckt gruppiert und in der deutschen Reichswehr Zuflucht gefunden hatte. Der Gründer der Reichswehr, Hans von Seeckt, war im ersten Weltkrieg Stabschef in der Armee Mackensens gewesen. Am 7. Juli 1919 wurde er Chef des «Allgemeinen Truppenamtes» im

Reichswehrministerium.³ Zu diesem Amt gehörten teilweise die Funktionen des Generalstabs, der, entsprechend den Bedingungen des Versailler Friedensvertrages, nach Beendigung des Krieges offiziell aufgehört hatte zu bestehen. Aus dem «Truppenamt» kam eine Reihe bekannter deutscher Generäle, darunter auch der künftige Chef des Generalstabs des Heeres und einer der Führer der Verschwörung, Ludwig Beck.

Das «Allgemeine Truppenamt» wurde unter der Leitung von Seeckt zum Organisationszentrum für die Wiederherstellung der Kriegsmacht Deutschlands. Über die Arbeit, die in dieser Richtung geleistet wurde, schreibt der Mitarbeiter des Generalstabs, Major Gerhard Thomee, in seinem Buch «Der Wiederaufstieg des deutschen Heeres»: «Trotz alledem war es gelungen, dem Zugriff des Feindes nicht unerhebliche Bestände zu entziehen ..Für die Lagerung der Waffen wurden «Luftheizungsrohre alter Verwaltungsgebäude .. Wohnungen von Offizieren ... ausgenutzt. Ein beliebtes Mittel war ferner das ‚Vermieten‘ heereiseigener Gebäude. An anderen Stellen mussten Lastkähne erhalten. Sie wurden ... beladen und dann irgendwo in einem entlegenen See oder Flussarm unter Aufsicht eines geeigneten Gewährsmannes oder auch in Zivil gesteckter Soldaten verankert. Zeitweilig erfolgte die Bearbeitung unter bewusster Ausschaltung der Kommandeure nur von Adjutant zu Adjutant. Landwirtschaft und Industrie gaben, was das Reich nicht geben konnte oder wollte. Erst spärlich, dann ... immer reichlicher, flössen den Wehrkreiskommandos... die Mittel zu. Sie ermöglichten... auch die Einstellung ziviler Hilfskräfte.»⁴ Diese gesamte illegale Tätigkeit leitete bis zum Jahre 1925 von Seeckt. In diesem Jahr war er gezwungen, seinen Abschied zu nehmen. Ihn löste Generaloberst Wilhelm Heye ab. Etwas später fuhr von Seeckt nach China. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland diente er nicht mehr aktiv im Heer. Er hatte jedoch bis zu seinem Tode im Jahre 1936 in militärischen Kreisen grossen Einfluss, seine Ansichten waren bei dem deutschen Offizierskorps überaus populär.

In dem Masse wie im herrschenden Lager Deutschlands die Pläne zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges heranreiften, verlor die

³ Vgl. *Friedrich v. Rabenau*, Von Seeckt, aus seinem Leben, Leipzig 1940, S. 117. – Alle Angaben über Seeckt sind dem zweibändigen Werk Rabenaus über Seeckt entnommen.

⁴ *Gerhard Thomee*, Der Wiederaufstieg des deutschen Heeres 1918-1938, Berlin 1939, S. 74.

Gruppe um Seeckt ihren Einfluss. Die Pläne des Vernichtungs- und Blitzkrieges Ludendorffs traten in den Vordergrund. Um Ludendorff gruppieren sich die abenteuerlichsten Kreise des Offizierskorps, die nach dem Machtantritt Hitlers völlige Handlungsfreiheit erhielten.

Die unterschiedlichen politischen Tendenzen innerhalb des deutschen Offizierskorps nach dem ersten Weltkrieg fanden auch in der strategischen und aussenpolitischen Konzeption der Reichswehrführung ihren Ausdruck, und zwar einerseits in der Konzeption der alten Generalität, die von den Generälen von Seeckt, Groener, von Schleicher, Falkenhayn u.a. repräsentiert wurde, sowie zum anderen in der Konzeption der Hitlerschen militärischen und politischen Führung – deren Vertreter Hofmann, Rechberg, Haushofer u.a. waren. Eine Untersuchung dieser beiden Konzeptionen lässt uns die Ursachen erkennen, welche einen Teil der Generalität auf den Weg der Verschwörung führten.

Im literarischen Nachlass von Seeckts finden wir u.a. die Schriften: «Die Zukunft des deutschen Reiches», «Die Reichswehr» und «Gedanken eines Soldaten».⁵ In dem Buch «Die Zukunft des deutschen Reiches» legt er seine strategischen und militärpolitischen Anschauungen dar. Seeckt ist kein Politiker, er stellt sich nicht die Aufgabe, ein Bild der politischen Struktur Europas zu zeichnen, sondern er operiert mit rein militärischen Begriffen. Frankreich ist für ihn die linke Flanke, Russland die rechte Flanke, der Westen ist die Front und der Osten das «strategische Hinterland». Die wichtigste Schlussfolgerung, die von Seeckt aus der Erfahrung des ersten Weltkrieges zieht, lautet, dass man nicht gleichzeitig an der linken und an der rechten Flanke, d.h. nicht an zwei Fronten kämpfen dürfe und dass man sich in einem Einfrontenkrieg ein «ruhiges strategisches Hinterland» sichern müsse. Einen Zusammenstoß an der Westfront hielt von Seeckt für unausweichlich und forderte die Deutschen auf, sich für diesen Zusammenstoß vorzubereiten. Die wichtigste Gewähr für einen Sieg Deutschlands in diesem Zusammenstoß sahen von Seeckt und eine Reihe anderer deutscher Strategen darin, ein zuverlässiges Hinterland zu gewährleisten und einen militärischen Konflikt mit Russland zu vermeiden.

⁶ *Hans von Seeckt*, Die Zukunft des deutschen Reiches, Berlin 1929; derselbe, Gedanken eines Soldaten, Berlin 1929; derselbe, Die Reichswehr, Leipzig 1933.

Man muss berücksichtigen, dass die Meinung von Seeckts von einem grossen Teil der Reichswehrgeneräle geteilt wurde, die auch im Hitlerschen Generalstab verantwortliche Posten bekleideten. Vor Beginn des Krieges mit der Sowjetunion kam dieser Gesichtspunkt mehr oder weniger offen nicht nur in den Arbeiten von Seeckts und Groeners, sondern auch in den Arbeiten Falkenhayns (1937), Wetzel (1937), von Metschs (1938), Kabischs (1939), Freytag-Loringhovens (1939-1940) und anderer zum Ausdruck.

Hitlers aussenpolitische Konzeption und Militärdoktrin waren auf den Plänen eines «Kreuzzuges» gegen die UdSSR begründet und widersprachen von allem Anfang an den Ansichten nüchtern denkender Vertreter der Militärkaste. Kein anderer als Ludendorff hatte zum ersten Mal Pläne für einen Feldzug gegen die UdSSR aufgestellt. Bereits im Jahre 1919 hatte er vorgeschlagen, eine «Kreuzfahrer»-Armee unter dem Befehl von Foch aufzustellen. Er selbst beanspruchte in dieser Armee den Posten eines Generalquartiermeisters. Die Pläne eines «Kreuzzuges» gegen die Sowjetunion wurden später in den Arbeiten der faschistischen Führer und in den «Untersuchungen» der faschistischen Dunkelmänner, von der Art eines Haushofer oder Banse, bis in alle Einzelheiten entwickelt. Die aussenpolitische Doktrin des deutschen Faschismus war auf einem Bündnis mit England und Italien begründet; dieses Bündnis sollte dem deutschen Militarismus Handlungsfreiheit im Osten sichern und die Verwirklichung der alten Träume der deutschen Imperialisten vom «Drang nach Osten» ermöglichen. Diese Doktrin wurde von einem grossen Teil der preussisch-deutschen Militärclique mit Begeisterung aufgenommen. Doch nicht wenige Reichswehroffiziere erkannten auch deren abenteuerlichen Charakter. Sie sahen, dass die Verwirklichung dieser Doktrin unvermeidlich zu einem Zweifrontenkrieg führen würde.

Gleichzeitig traten einige Vertreter der Reichswehrgeneralität auch gegen die abenteuerlichen strategischen Prinzipien Hitlers von einem «totalen» Krieg und gegen seine «Blitzkrieg-Strategie» auf. Sie hatten in der Frage der beschleunigten Vorbereitung der Aggression, des Termins des Losschlagens, der ersten Stossrichtung und der Methoden der Kriegführung ihre eigenen Ansichten. Darin ist zweifellos eine der Ursachen für die Meinungsverschiedenheit zwischen der Hitlerführung und einem Teil der Generalität zu suchen. Es muss jedoch betont werden, dass die aussenpolitischen und strategi-

sehen Grundsätze Hitlers trotzdem von der überwiegenden Mehrheit der Generäle unterstützt wurden. Nach der Säuberung von 1938, nachdem alle bedeutenden «Gegner» Hitlers entfernt worden waren, gewannen diese Grundsätze die Oberhand. Der «Drang nach Osten» stiess bei der Generalität bis zu den ersten grossen Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front auf keinen ernsthaften Widerstand mehr. Die Hitlerstrategie, die im Grossen und Ganzen auf dem Grundsatz eines «Blitzkrieges» und «Vernichtungskrieges» aufgebaut war, wurde von den Generälen ebenfalls unterstützt und durchgeführt, darunter auch von jenen, die sich im Jahre 1944 an dem Versuch beteiligten, Hitler zu beseitigen, um wenigstens einen Teil der deutschen Kriegsmacht zu retten.

In seinen Aussagen im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher wies der ehemalige Kriegsminister General von Blomberg darauf hin, dass bis zu Beginn des zweiten Weltkrieges zwischen Hitler und den deutschen Generälen keine Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. «Es war kein Grund vorhanden», sagte er aus, «gegen Hitler zu opponieren, da er die Erfolge brachte, welche sie erwünschten. Nach diesem Zeitpunkt begannen einige Generale seine Methoden zu verabscheuen ... Sie haben es jedoch allgemein daran fehlen lassen, eine erkennbare Stellung gegen ihn einzunehmen .. .»⁶

Man kann sich auch auf den bekannten Verschwörer, den Diplomaten und Vertreter einer reichen Junkerfamilie Ulrich von Hassell, berufen, der die Haltung der Generäle in seinem Tagebuch wie folgt einschätzt: «Der Mehrzahl von ihnen (der Generäle – d. Verf.) sind ausserdem die Karriere in niedrigem Sinne, die Dotationen und der Feldmarschallstab wichtiger als die grossen, auf dem Spiel stehenden Gesichtspunkte und sittlichen Werte.»⁷

Nachdem Hitler zur Macht gekommen war, galt seine erste Sorge der Durchführung einer Reihe von Massnahmen, mit deren Hilfe die Armee restlos der faschistischen Führung unterstellt und jenen Generälen, die gegen die faschistische Militärdoktrin auftraten, jede Möglichkeit einer Opposition genommen werden sollte. Zuerst mussten die für Hitler unbequemen Generäle aus der Armee ausgeschaltet werden. Es handelte sich hier vor allem um einen Teil der

⁶ John W. Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945*. Düsseldorf 1954, S. 406.

⁷ Ulrich von Hassell, *Vom andern Deutschland. Tagebuch, Zürich 1948*, S. 274.

alten Reichswehrgeneräle, die sich um Seeckt gruppierten. Hans von Seeckt wurde bis zu seinem Tod nicht mehr zum aktiven Militärdienst zugelassen. Das traf auch auf den alten Reichswehrgeneral Wilhelm Groener zu. Er ist einer der ersten unter den Generälen gewesen, der erkannt hatte, dass das monarchistische Regime in Deutschland nach der Revolution von 1918 nicht wiederhergestellt werden konnte, und der auf die Seite der republikanischen Regierung übergegangen war. Vor dem Machtantritt Hitlers hatte Groener verschiedene Ministerposten bekleidet, er ist u.a. Verkehrsminister (1924-1925), Reichswehrminister (1928-1930) und Reichsinnenminister (1931-1932) gewesen. In seinen Arbeiten, besonders in dem Buch «Das Testament des Grafen Schlieffen», zieht Groener die Lehren aus dem ersten Weltkrieg und gelangt zu Schlussfolgerungen, die mit denen Seeckts voll und ganz übereinstimmen. Es ist klar, dass ein solcher Offizier nicht das Vertrauen Hitlers geniessen konnte.⁸ Groener starb im Jahre 1939.

Zu den unliebsamen Reichswehrgenerälen gehörte auch Kurt von Schleicher, der einzige der Generäle, der auf eine führende politische Rolle im deutschen Staat Anspruch erheben konnte und deshalb für Hitler besonders gefährlich war. Schleicher war der Begründer der «Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft», hinter der sich faktisch auch der Generalstab verbarg. Während des Krieges von 1914 bis 1918 hatte er als «politischer Beobachter» die Aufgabe, den moralischen Zustand im Hinterland und unter den Verbündeten Deutschlands zu überwachen. Nach dem Krieg blieb er auf diesem Posten im Reichswehrministerium und unterhielt weiterhin die Verbindung zwischen der Reichswehr und den politischen Parteien und anderen Organisationen. Schleicher, der eng mit Groener befreundet war, wurde 1929, als Groener Reichswehrminister war, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, nach dem Sturz Groeners Reichswehrminister und schliesslich sogar Kanzler. Er war über das Spiel der Politiker hinter den Kulissen immer auf dem laufenden, und es war ihm gelungen, alle Fäden der politischen Intrigen der damaligen Zeit in seiner Hand zu halten. Er war daher der Hitlerclique besonders unangenehm. Am 30. Juli 1934, als die Hitlerfaschisten mit der oppositionellen SA abrechneten, wurde Schleicher zusammen mit

⁸ Vgl. besonders *G. Craig*, Reichswehr and National Socialism. The Policy of Wilhelm Groener, in: *Political Science Quarterly*, 1948, June.

seinem Adjutanten, Oberst Bredow, von der Gestapo ermordet.

Die zweite Gruppe der alten Generäle, die Hitler noch vor dem Krieg aus der Armeeführung ausschalten wollte, waren die unmittelbaren Schüler und Anhänger Seeckts. Zu ihnen gehörten Kriegsminister von Blomberg sowie der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch und der Chef des Generalstabes Beck. Sie übten Kritik an dem militärischen Dilettantismus Hitlers. Sie sprachen offen ihre Befürchtungen aus, dass er die gesamte von diesen Generälen geleistete Arbeit zur Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht zunichte machen werde, was den Verlust der letzten Chancen Deutschlands zur Erkämpfung eines «Platzes an der Sonne», d.h. den Verlust der Vorherrschaft in Europa oder der Weltherrschaft herbeiführen könne. Kurz vor dem Krieg sorgte Hitler dafür, dass auch diese Vertreter von ihren führenden Funktionen entfernt wurden. Die Ausschaltung des führenden Dreigespanns der Reichswehr fiel in die Zeit der «Generalskrise» 1938, deren Einzelheiten auf dem Nürnberger Prozess aufgedeckt wurden.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Fritsch, war einer der engsten Mitarbeiter von Seeckts. Im Jahre 1926 ernannte ihn Seeckt zum Chef der Abteilung I des «Allgemeinen Truppenamtes». Im Jahre 1934 wurde er auf Drängen Hindenburgs zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt. Fritsch war einer der Generäle, die der faschistischen Militärdoktrin kritisch gegenüberstanden. Über die Stimmung Fritschs in den ersten Jahren nach dem Machtantritt Hitlers schrieb der Berliner Korrespondent der amerikanischen Rundfunkgesellschaft «Columbia Broadcasting System», William Shirer, in seinem «Berlin Diary» folgendes: «Hitler traf heute nachmittag in Saarbrücken ein und veranstaltete eine Besichtigung der SS. Vor Beginn der Parade stand ich neben Fritsch. Ich war einigermaßen erstaunt über das, was er sagte. Er machte eine giftige Bemerkung nach der anderen über die SS, die Partei, die verschiedenen Parteiführer, sowie er ihrer ansichtig wurde. Er verließ seiner grossen Unzufriedenheit mit ihnen Ausdruck. Als der Wagen Hitlers auftauchte, brummte er etwas vor sich hin und stellte sich während der Besichtigung unmittelbar hinter den Führer.»⁹

Diese Einstellung hinderte Fritsch aber nicht daran, den Plänen der militärischen Aggression zuzustimmen und sich führend an der Aus-

⁹ William L. Shirer, Berlin Diary, New York 1941, S. 101.

arbeitung der Operationen für die Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei zu beteiligen. Sehr bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch die Rede Fritschs auf der Beratung bei Hitler am 5. November 1937, an der ausser Fritsch noch Blomberg, Raeder und von Neurath teilnahmen. Ein von Oberst Hossbach aus dem Gedächtnis auf gezeichnetes Protokoll dieser Beratung vom 10. 11. 1937 wurde der amerikanischen Anklage auf dem Nürnberger Prozess vorgelegt. Sowohl Blomberg als auch Fritsch stimmten den von Hitler dargelegten Aggressionsplänen zu und erklärten sich bereit, an deren unverzügliche Verwirklichung zu schreiten. In den Aufzeichnungen des Obersten Hossbach heisst es: «Generaloberst von Fritsch erwähnte, dass es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeit der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, dass er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen.» Im gleichen Sinne hatte sich auch Blomberg ausgesprochen.

Aufschlussreich ist ausserdem die Reaktion des Generals von Beck auf die Aggressionspläne Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei. Diese Pläne wurden von Hitler auf der Generalsberatung am 5. November 1937 dargelegt. Unmittelbar nach dieser Beratung schrieb Beck: «Die Zweckmässigkeit, den Fall Tschechei (evtl. auch Österreich) zu bereinigen und dafür Überlegungen anzustellen und Vorbereitungen im Rahmen des Möglichen zu treffen, wird nicht bestritten. Die über die Voraussetzungen einer solchen Gelegenheit angestellten Betrachtungen bedürfen aber einer weit gründlicheren und umfassenderen Untersuchung, als sie aus der Niederschrift der Besprechung entnommen werden kann.»¹⁰ Diese offenen Worte Fritschs, Blombergs und Becks beweisen, dass von prinzipiellen Unstimmigkeiten zwischen ihnen und der Hitlerclique keine Rede sein konnte. Die «Opposition» dieser Generäle kam nur in der Kritik an einzelnen Seiten der Hitlerpolitik zum Ausdruck und entsprang den Befürchtungen, Hitler könnte Deutschland in einen Zweifrontenkrieg hineinziehen.

Im Jahre 1938 erhielt zuerst der Kriegsminister Blomberg den Abschied. Als Anlass für die Ausschaltung diente seine Heirat mit einer

¹⁰ Wolfgang Foerster, Ein General kämpft gegen den Krieg, München 1949, S. 64.

Frau, die als Prostituierte in sieben deutschen Städten registriert war. Zunächst hatten die faschistischen Machthaber an der Vergangenheit der Frau Blombergs absolut keinen Anstoss genommen. Hitler und Göring waren sogar bei der Trauung Blombergs am 12. Januar 1938 zugegen gewesen. Ende Januar 1938 wurde eine Sonderberatung der Generäle bei Hitler einberufen, auf der der faschistische Diktator erklärte, die «skandalöse Heirat Blombergs» mache es diesem unmöglich, den «hohen Posten» des Kriegsministers zu bekleiden. Blomberg selbst sagte auf dem Nürnberger Prozess als Zeuge aus, dass sich Hitler im Januar 1938 mit ihm über die Kandidatur seines Nachfolgers beraten habe. Aus dieser Aussage ist nebenbei bemerkt auch zu ersehen, wie gross die «Opposition» Blombergs in Wirklichkeit war. Blomberg sagte, zwischen ihm und Hitler hätten keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestanden, obwohl er einige Massnahmen Hitlers kritisiert habe. Blomberg, der Keitel für den Posten des Chefs des Generalstabes empfahl, motivierte in dieser Aussage den Vorschlag damit, dass Keitel kein Gegner Hitlers gewesen sei; er sei deshalb geeignet gewesen, eine Übereinstimmung zwischen Hitler und der Wehrmacht herzustellen, die er selbst gewollt und als Minister und Oberbefehlshaber gefördert habe.¹¹ Fritsch wurde ausgeschaltet, nachdem die Gestapo, die sich die Aussage eines von ihr verhafteten Kriminellen zunutze machte, den Vorwurf der Homosexualität gegen ihn erhoben hatte. Nach einer Gegenüberstellung mit dem verhafteten Kriminellen fand eine Beratung der Generäle statt, auf der Hitler die Absetzung Fritschs bekanntgab.¹²

Nach dem Abgang Blombergs und Fritschs schritt Hitler an eine grundsätzliche Reorganisierung der Wehrmachtsführung. Am 4. Februar 1938 wurde das Gesetz über die Konzentration der Befehlsgewalt in der Hand Hitlers bekanntgegeben; das Reichswehrministerium wurde aufgelöst und das Oberkommando der Wehrmacht gebildet. Artikel 1 dieses Gesetzes lautete: «Die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht übe ich von jetzt an unmittelbar persönlich aus. Das bisherige Wehrmachtsamt im Reichskriegsministerium tritt

¹¹ *npaeda*, 6. Januar 1946.

¹² Das Verfahren gegen Fritsch wurde dem Reichskriegsgericht überwiesen. Die Untersuchung leitete der Chefrichter des Heeres, Dr. Sack, der sich später der Verschwörung gegen Hitler anschloss und nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Das Gericht sprach Fritsch frei, doch kehrte dieser nicht mehr auf seinen Posten in der Heeresleitung zurück. Er fiel im September 1939 bei Warschau.

mit seinen Aufgaben als ‚Oberkommando der Wehrmacht‘ und als mein militärischer Stab unmittelbar unter meinen Befehl. An der Spitze des Stabes des Oberkommandos der Wehrmacht steht der bisherige Chef des Wehrmachtsamtes als ‚Chef des Oberkommandos der Wehrmacht‘. Er ist im Range den Reichsministern gleichgestellt. Das Oberkommando der Wehrmacht nimmt zugleich die Geschäfte des Reichskriegsministeriums wahr, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht übt in meinem Auftrage die bisher dem Reichskriegsminister zustehenden Befugnisse aus. Dem Oberkommando der Wehrmacht obliegt im Frieden nach meinen Weisungen die einheitliche Vorbereitung der Reichsverteidigung auf allen Gebieten.» Die Oberbefehlshaber des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe wurden unmittelbar der Befehlsgewalt Hitlers unterstellt. Die gleiche Konzentration der gesamten Macht in einer Person wurde bei der Luftwaffe durchgeführt. Die Rechte und Vollmachten Görings wurden beträchtlich erweitert; ihm wurde sowohl die Führung der Luftwaffe als auch der zivilen Luftfahrt übertragen. Gleichzeitig mit der Reorganisation wurde eine Säuberung in der Heeresführung durchgeführt. Die Anhänger Fritschs wurden in den Ruhestand versetzt. An die Stelle von Fritsch trat von Brauchitsch.

Hitler schuf neben dem Generalstab seinen persönlichen Stab, dem Keitel, Jodl, Warlimont und Guderian angehörten.

Nach der im Jahre 1938 durchgeführten Reorganisation wurde folgende Struktur des Oberkommandos der Wehrmacht festgelegt. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht war Hitler selbst. Sein Stab war das OKW (Oberkommando der Wehrmacht), zu dessen Chef Keitel ernannt wurde. Die wichtigste Abteilung dieses Stabes war der Operative Stab, an dessen Spitze Jodl stand. Dann folgten die drei Waffengattungen: das Heer, die Kriegsmarine und die Luftwaffe. Oberbefehlshaber der Kriegsmarine blieb auch nach 1938 Raeder, Oberbefehlshaber der Luftwaffe war Göring. Im Jahre 1941, nach der Niederlage der deutschen Truppen vor Moskau, wurde von Brauchitsch als Oberbefehlshaber des Heeres abgesetzt, und Hitler übernahm persönlich den Oberbefehl. Im Jahre 1943 wurde Raeder von Dönitz abgelöst, und nur Göring verblieb bis zum Kriegsende auf dem Posten des Oberbefehlshabers der Luftwaffe. Das OKW sowie auch die Oberkommandos des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe hatten ihren eigenen Stab. Der Stab des Heeres nannte sich Generalstab.

Durch diese Reorganisation wurde die Armee restlos der faschistischen Führung unterstellt. Die uralten Privilegien der Militärkaste und die uneingeschränkte Herrschaft des Militärs, die der Armee einen ungeheuren Einfluss im gesamten staatlichen Leben gesichert hatten, wurden dadurch empfindlich berührt. Die Reorganisation rief deshalb beim alten Stamm der Armee starke Unzufriedenheit hervor. Einige Offiziere empfanden die Massnahmen als einen Angriff auf ihre alten Klassenprivilegien. Andere, besonders die älteren Militärs, befürchteten darüber hinaus jetzt mehr denn je, dass die zügellosen Aggressionspläne Hitlers immer unaufhaltsamer in krassen Widerspruch zu den realen Möglichkeiten Deutschlands geraten würden. Die Vertreter der Militärkaste selbst waren nicht weniger abenteuerlich, doch die Erfahrung des ersten Weltkrieges hatte sie gelehrt, dass die aggressiven Pläne mit den Möglichkeiten der deutschen Streitkräfte und der deutschen Kriegswirtschaft sorgfältiger in Übereinstimmung gebracht werden mussten. Wir haben bereits *gesagt, dass* die weitsichtigsten Militärs einen Zweifrontenkrieg befürchteten. Sie wussten, dass durch die abenteuerliche Kriegspolitik Hitlers Deutschland in einen «totalen Krieg» auf allen Kriegsschauplätzen hineingezogen werden konnte. Von den zu dieser Zeit im Heeresdienst stehenden Vertretern der «alten Schule» der deutschen Armee erkannten die Generäle von Hammerstein und Beck diese Gefahr am deutlichsten.

General von Hammerstein war unter den Militärs der eifrigste Vertreter der «Seecktschen» Richtung. Er war mit den Generälen Kurt von Schleicher und Wilhelm Groener aufs engste befreundet. Hammerstein warnte vor dem Machtantritt der Faschisten und versuchte, den Generalfeldmarschall von Hindenburg als Reichspräsidenten zu beeinflussen, um die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu verhindern. Selbstverständlich betrafen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hammerstein und den Hitlerfaschisten rein taktische Fragen. Hammerstein erkannte jedoch, dass der Faschismus die Existenz Deutschlands gefährden könne, wenn er Deutschland in einen hoffnungslosen Krieg hineinzöge. Bereits im Jahre 1934 wurde Hammerstein von seinem Posten als Chef der Heeresleitung abberufen. Bis zu seinem Tod im Jahre 1943 blieb er ein entschiedener Gegner der faschistischen Methoden der Kriegführung.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Beck und der faschistischen Führung traten keineswegs sofort nach der Machtübernahme

Hitlers in Erscheinung. Es ist vielmehr bekannt, dass Beck unmittelbar vor der Machtergreifung der Faschisten zwei Offiziere verteidigte, die aus der Reichswehr entlassen werden sollten, weil sie offene Sympathien zu Hitler bekundet hatten. Die Nazis haben diese Geste Becks sehr hoch eingeschätzt. In den ersten Jahren nach dem Machtantritt der Faschisten diente Beck Hitler auf Treu und Glauben. Sogar Wheeler-Bennett versichert in seinem Buch, dass Beck, während der grösste Teil des alten Stammes der deutschen Militärs in Opposition zu Hitler gestanden habe, «anfangs bereit war, als militärischer Opportunist mit dem Nationalsozialismus zu markten, weil er dazu dienen könnte, Deutschland wieder zu einer vorherrschenden Stellung unter den Nationen emporzuführen».¹³ Im Jahre 1938 aber, als Hitler sich anschickte, den Krieg zu entfesseln, hielt Beck Deutschland noch nicht für ausreichend vorbereitet, um diese «vorherrschende Stellung» erreichen zu können.

Wir haben bereits erwähnt, dass Hitler die Vorbereitung der Aggression gegen die Tschechoslowakei zum ersten Mal auf der Beratung mit den Generälen am 5. November 1937 erwähnte. Anfang 1938 befahl Hitler, den «Plan Grün», d.h. den Plan zum Überfall auf die Tschechoslowakei, auszuarbeiten. Am 28. Mai 1938 erhielt der Chef des OKW, Keitel, eine schriftliche Weisung von Hitler, die mit folgenden Worten begann: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.»¹⁴

Am 30. Mai wurde diese Weisung auf der Geheimberatung der Generalität in der Jüterboger Artillerieschule bekanntgegeben. Es wurde befohlen, zum 1. Oktober 1938 den Plan für den militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei auszuarbeiten.

Die Entscheidung Hitlers, die Aggression bereits im Jahre 1938 zu entfesseln, veranlasste Beck, besondere Memoranden abzufassen, in denen er zu beweisen suchte, dass man sich mit dem Krieg Zeit lassen müsse. Es sind drei Denkschriften Becks aus dieser Zeit erhalten geblieben. In der Denkschrift vom 29. Juli erklärte er, falls im Jahr 1938 ein Krieg entfesselt werde, sei die Gefahr einer Katastrophe so gross für Deutschland, dass die Wehrmacht entweder Hitler von seinen Plänen abbringen oder sich selbst in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes einmischen müsse. Der

¹³ Wheeler-Bennett, S. 321.

¹⁴ Ebenda. S. 421. – Der «Plan Grün» wurde auf dem Nürnberger Prozess vorgelcgt.

westdeutsche Historiker Rothfels erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Denkschrift Becks vom 29. Juli 1938 den «ersten Keim für eine Staatsstreichplanung darstelle».¹⁵

Was bewog den ehemals Hitler treu ergebenen Beck zu derart entschlossenen Schritten?

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich etwas ausführlicher mit der umfangreichen Denkschrift vom 16. Juli bekanntmachen, in der seine Ansichten ausführlicher dargelegt sind. Diese Denkschrift ist das einzige Dokument, in dem die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gruppe von Generälen, an deren Spitze Beck stand, und der Hitlerclique kurz vor dem Krieg fixiert wurden.

Die Denkschrift Becks gliedert sich in fünf Abschnitte. Im ersten Abschnitt wird von den ungünstigen Symptomen der innenpolitischen Lage gesprochen und auf den schlechten moralischen Zustand der deutschen Bevölkerung hingewiesen, der sie unfähig mache, einen langen Krieg durchzuhalten. Infolge des schlechten moralischen Zustandes des Volkes, heisst es am Schluss dieses Abschnittes, müsse im Falle eines Krieges die gesamte militärische und politische Macht den Militärbehörden übertragen werden. Im zweiten Abschnitt wird der schlechte Zustand der Wehrmacht beschrieben und auf einige Fälle hingewiesen, in denen einfache Soldaten die Befehle der Offiziere nicht ausführten. Im dritten Abschnitt werden die ernsthaften Mängel in der Rüstung Deutschlands aufgezählt. Besondere Aufmerksamkeit wird dem unbefriedigenden Zustand einiger Abschnitte der «Siegfriedlinie» und dem Fehlen von Befestigungslinien im Raum von la Chapelle und Saarbrücken geschenkt. Im vierten Abschnitt werden ausführlich die Folgen einer militärischen Niederlage Deutschlands analysiert. Im fünften Abschnitt wird dargelegt, warum eine Niederlage unvermeidlich sein werde, falls sich der Krieg zu einem allgemeinen Krieg ausweite. Nach Meinung Becks konnte die Ostfront nicht gehalten werden, falls die russische Armee der Tschechoslowakei zu Hilfe käme. In diesem Abschnitt wird auch noch darauf hingewiesen, dass nicht mehr als 20 Prozent der Reichswehroffiziere an die Möglichkeit eines Sieges Deutschlands glaubten. Im Anhang der Denkschrift heisst es, die Tschechoslowakei werde sich sogar ohne Verbündete länger als drei Monate halten können. Deutschland sei nur in der Lage, einen Teil seiner

¹⁵ Rothfels, S. 64.

Kräfte gegen die Tschechoslowakei zu werfen, da ein beträchtlicher Teil an der polnischen und französischen Grenze sowie auch an der Ostsee- und Nordseeküste gebunden sein werde. Ausserdem würden nach Meinung Becks mindestens 250'000 Soldaten und Offiziere in Österreich zur Unterdrückung möglicher Unruhen sowie zur Verhinderung von Angriffsoperationen seitens der Tschechoslowakei notwendig sein.

Die Schlussfolgerung Becks lautete: «Auf Grund meiner vorausgegangenen Darlegungen halte ich mich heute für verpflichtet, die dringende Bitte auszusprechen, *den Obersten Befehlshaber der Wehr macht*» (d.h. Hitler – d. Verf.) «zu veranlassen, die von ihm befohlenen Kriegsvorbereitungen einzustellen und die Absicht der gewaltsamen Lösung der tschechischen Frage solange zurückzustellen, bis sich die militärischen Voraussetzungen dafür grundlegend geändert haben. Zur Zeit halte ich sie für aussichtslos..»¹⁶

Zwischen Beck und Hitler bestanden somit keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der Frage einer Aggression gegen die Tschechoslowakei. Es ging lediglich um die Termine der Verwirklichung dieser Aggression. Beck war der Meinung, die Generäle müssten alles tun, um einen Aufschub der Kampfhandlungen zu erreichen. Er schlug den Generälen vor, ihre Posten niederzulegen, falls Hitler den Beginn der Kampfhandlungen nicht auf einen späteren Zeitpunkt verlegen sollte. Das war die wirkliche «Opposition» Becks. Es ist ganz klar, dass die Ansichten Becks nichts mit den Ansichten der wahren Gegner des Hitlerregimes gemein hatten. Ausserdem waren die Pläne Becks, Hitler zu beeinflussen, äusserst unrealistisch.

Hitler, der die Denkschrift Becks zur Kenntnis genommen hatte, berief zum 10. August 1938 eine Beratung der faschistischen Generäle ein. Auf dieser Beratung deutete nicht einmal einer der Generäle auch nur mit dem leisesten Wort seinen Rücktritt an. Der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, der vorher der Denkschrift Becks zugestimmt hatte, lehnte es kategorisch ab, seinen Rücktritt zu erklären. «Brauchitsch schlägt den Kragen hoch und sagt: ‚Ich bin Soldat und habe zu gehorchen‘», trug von Hassell in sein Tagebuch ein.¹⁷ Nur Beck allein bat um seinen Abschied. An

¹⁶ Foerster. S. 98.

¹⁷ Ulrich von Hassell, S. 19.

seine Stelle trat Haider. Die Umbesetzung in der Heeresleitung wurde jedoch erst im Oktober 1938, nach der Münchner Konferenz, bekanntgegeben.¹⁸

Um den in Ungnade gefallenen Beck und den ihn unterstützenden General Erwin von Witzleben, den Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin-Brandenburg), begannen sich jene oppositionell gesinnten Offiziere zu sammeln, die die ganze Abenteuerlichkeit der Kriegspolitik Hitlers erkannt hatten und fürchteten, dass die Faschisten in einer für den deutschen Militarismus hoffnungslosen Situation den Krieg entfesseln könnten. Unter diesen Offizieren entstand der Plan, Hitler gewaltsam zu bewegen, seine Pläne aufzugeben oder, genauer gesagt, deren Verwirklichung «auf bessere Zeiten» zu vertagen. Der Versuch, diesen Plan zu verwirklichen, führte zu den Ereignissen im Herbst 1938, die von der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung als «erste Verschwörung» der Generäle gegen Hitler dargestellt werden.

Was ist im Herbst 1938 in Wirklichkeit geschehen?

Wie wir bereits oben erwähnt haben, war eine Gruppe von Offizieren der Meinung, Deutschland sei im Jahr 1938 für einen Krieg nicht genügend vorbereitet; der Zeitpunkt für einen Angriff gegen die Tschechoslowakei sei deshalb ungünstig. Die Generäle gingen dabei von der Annahme aus, dass die Verbündeten der Tschechoslowakei im Westen entschlossen handeln und eine Annexion tschechoslowakischen Territoriums durch faschistische Truppen nicht zulassen würden. Diese Einstellung der deutschen Generäle und Offiziere beweist nochmals die Tatsache, dass ohne das Münchner Abkommen das in jenen Jahren bestehende Kräfteverhältnis in der Welt es gestattet hätte, die faschistische Aggression im Keim zu ersticken. Sogar faschistische Militärs begriffen, dass Hitlerdeutschland nicht über ausreichende Hilfsmittel verfügte, um sich gegenüber einer Koalition der europäischen friedliebenden Staaten behaupten zu können. Wie die Ereignisse aber gezeigt haben, setzten die Politiker in London und Paris den Plänen Hitlers keinen entschlossenen Widerstand entgegen, im Gegenteil, sie leisteten ihm bei deren Verwirklichung noch Vorschub.

Das Ziel des geplanten «Staatsstreiches» war also lediglich der Versuch, den Termin der Aggression hinauszuzögern. Weiterhin wollten

¹⁸ *Friedrich Hossbach*, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934-1938, Wolfenbüttel und Hannover 1949, S. 221.

die «oppositionellen Offiziere», die sich auf den General Beck orientiert hatten, die durch die Heeresreorganisation von 1938 erschütterte Stellung des preussischen Offizierskorps in der Armee wiederherstellen und alle seine Privilegien verteidigen.

Und schliesslich wollten sie enge Kontakte zu den Westmächten herstellen, denn sie erkannten, dass ihre Pläne ohne solche Kontakte zum Scheitern verurteilt wären. Das Projekt eines «Staatsstreichs» begründete die Gruppe Beck von allem Anfang an auf die Hilfe von seiten der herrschenden Kreise Englands. Sie informierte ständig die englische Regierung über alle Schritte, die von der Opposition unternommen wurden.

Wie stellten sich nun die Generäle die Erreichung ihrer Ziele konkret vor? Ihre Hoffnungen gründeten sich auf die Organisierung einer blitzartigen «Palastrevolution» in Berlin. Die konkrete Ausarbeitung des Planes für den Putsch übernahm Hans Oster, der engste Mitarbeiter des Leiters des Amtes Ausland/Abwehr im OKW, Admiral Canaris. Von der Gruppe Canaris-Oster wird noch die Rede sein. Es soll jedoch hier bereits erwähnt werden, dass die «Abwehr»-Offiziere eine sehr wichtige Rolle unter den Verschwörern gespielt haben. Die Gruppe Oster hatte auch den ursprünglichen Plan für einen «Staatsstreich» in Berlin aufgestellt.¹⁹

In der Hauptstadt konnten sich die Verschwörer auf ziemlich einflussreiche Kräfte stützen. Ihnen schlossen sich die Generäle von Hammerstein-Equord und Graf Erich von Brockdorff-Ahlefeldt (Kommandeur der Potsdamer Garnison) an. Ausserdem zählten der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf, und sein Mitarbeiter Graf Fritz von der Schulenburg zu den Verschwörern. Schliesslich erklärte sich auch der Befehlshaber einer in Thüringen stehenden Panzerdivision, General Erich Hoepfner, mit den Plänen der Verschwörung einverstanden. Die Verschwörer hatten beschlossen, Hitler zu verhaften (sobald er den Angriff gegen die Tschechoslowakei befahl) und ihn für psychisch anormal zu erklären. Für den Posten des Reichskanzlers hatten sie den damaligen Reichsaussenminister und späteren Reichsprotektor von Böhmen und Mähren von Neurath ausersehen.²⁰

¹⁹ Vgl. *Karl Heinz Abshagen*, Canaris, Stuttgart 1949, S. 173.

²⁰ Ausführlich siehe bei *Hans Bernd Gisevins*, *Bis zum bitteren Ende*, Bd II, Zürich 1946, S. 22 ff.; *Ritter*, S. 187; *Rudolf Pechel*, *Deutscher Widerstand*, Erlenbach-Zürich 1947, S. 151.

Es muss noch erwähnt werden, dass kein auch nur etwas detaillierter Plan für eine «Palastrevolution» vorhanden war. Die Generäle hatten nur allgemeine Erwägungen angestellt, und sie gingen ohnehin nicht zum praktischen Handeln über. Die westdeutschen Historiker erklären das damit, dass die Notwendigkeit eines «Staatsstreichs» entfallen sei, da die Westmächte die Tschechoslowakei freiwillig an Hitler «abgetreten» hätten. Wenn man den Behauptungen der westdeutschen Historiker glauben darf, so kann die Tatsache nicht angezweifelt werden, dass zwischen Hitler und der oppositionellen Generalsgruppe am Vorabend des Krieges keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten bestanden haben.

Die Verschwörer standen in sehr enger Verbindung zur englischen und amerikanischen Spionage. Sie informierten die Geheimdienste Englands und der USA über alle Pläne der Beck-Gruppe. Eine solche Information gelangte z.B. kurz vor der Münchner Beratung über spezielle Emissäre der Opposition nach England. Besondere «Verdienste» in der Frage einer separaten Generalsverschwörung mit London erwarben sich die Teilnehmer der Verschwörung Ewald von Kleist-Schmenzin sowie der Botschaftsrat der deutschen Botschaft in England, Theodor Kordt.

Ewald von Kleist traf am 18. August in London ein, wo er eine ausführliche Unterredung mit Vansittart und Churchill hatte. Er teilte ihnen mit, dass Hitler fest entschlossen sei, einen Krieg zu entfesseln, und den Einmarsch in die Tschechoslowakei nach dem 27. September befohlen habe. Diese Mitteilung wurde dem britischen Premierminister Chamberlain übermittelt.²¹

Einige Zeit später sandten Beck und seine Gruppe dem Botschaftsrat in London und Teilnehmer an der Verschwörung, Kordt, ein Geheimschreiben, das dieser der englischen Regierung übergeben sollte. In der Nacht zum 7. September wurde Kordt auch vom Aussenminister Lord Halifax im Aussenministerium empfangen. In der Unterredung mit Halifax legte Kordt den Inhalt des aus Berlin eingetroffenen Schreibens dar, in dem es hiess, dass der Krieg abgewendet werden könne, falls sich England bereit erkläre, der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten. Sollte aber Hitler trotzdem die Kampfhandlungen beginnen, so werde die Opposition gegen Hitler vor-

²¹ Vgl. Documents on British Foreign Policy (1919-1939), 3. Serie, Bd II, London 1949, S. 683. – Hans Rothfels nimmt an, dass die Wilhelmstrasse (das deutsche Auswärtige Amt) von der Reise Kleists Kenntnis hatte (vgl. *Rothfels*, S. 190).

gehen.²² Die Londoner herrschenden Kreise gingen aber auf den Brief aus Berlin nicht ein. Zu dieser Zeit waren sie fest entschlossen, die faschistische Aggression zu unterstützen, da sie hofften, das faschistische Deutschland werde seine Aggression gegen die Sowjetunion ausweiten. Da die Nazigeneräle in London keine Unterstützung fanden, schwenkten sie sehr schnell um und unterstützten die Militärdoktrin Hitlers. Nur einige nüchtern denkende deutsche Generäle, darunter von Hammerstein und Beck, verhielten sich den Plänen Hitlers gegenüber weiterhin misstrauisch, da sie der Meinung waren, die faschistischen Abenteurer würden Deutschland letzten Endes in die Katastrophe stürzen. Die deutschen Generäle hatten nach dieser Aktion vom Herbst 1938 bis zu den ersten Niederlagen der Hitlerarmee an der deutsch-sowjetischen Front keine wesentlichen Aktionen mehr gegen Hitler unternommen. Sie hatten Hitler 1938 keineswegs daran gehindert, die gesamte Tschechoslowakei zu annektieren. Im Gegenteil, sie begrüßten mit grosser Begeisterung den Erfolg dieses frechen Aggressionsaktes. Als man die Pläne für den «Fall Weiss» (Plan zur Besetzung Polens) auszuarbeiten begann, hat keiner der Generäle auch nur noch mit einem einzigen Wort von der Notwendigkeit gesprochen, gegen Hitler aufzutreten. Am 22. August 1939 erklärte Hitler auf einer Beratung mit den Militärs seine Absicht, Polen zu zerschlagen, und erteilte den in seiner Grausamkeit und seinem Zynismus beispiellosen Befehl zur Ausrottung der Polen. «So habe ich», sagte er, «einstweilen nur im Osten meine Totenkopfverbände bereitgestellt mit dem Befehl, unbarmherzig und mitleidslos Mann, Weib und Kind polnischer Abstammung und Sprache in den Tod zu schicken.» Diesmal sprach der Diktator mit seinen Generälen eine ziemlich offene Sprache. Doch keiner der Teilnehmer der Beratung kam auf den Gedanken, dass der von Hitler beabsichtigte Krieg barbarisch und kannibalisch sei. Diese verbrecherischen Pläne beunruhigten die Generäle keineswegs und veranlassten sie nicht zu irgendwelchen oppositionellen Aktionen. Die Generäle gaben nur dann ihrer Unzufriedenheit Ausdruck, wenn ihnen der Erfolg der von Hitler unternommenen militärischen Operationen fraglich erschien. Bei der Bewertung der Position der faschistischen Generalität am Vorabend des Krieges berufen wir uns wiederum auf Wheeler-Bennett. «Keiner der Teilnehmer an der Führerkonferenz des 22. August 1939 ...» – schreibt er – «konnte

²² Vgl. *Rothfels*, S. 66 f.

nachher zu seiner Entlastung behaupten, er wisse von alledem nichts. .. Wortlos hatten sie sich zu Komplizen von Verbrechen machen lassen.»²³

Keiner der Generäle erhob seine Stimme zum Protest, als Hitler mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg entfesselte.

«Nach den Urkunden ist klar» – fährt Wheeler-Bennett fort –, «dass weder der Oberbefehlshaber des Heeres noch der Chef des Generalstabes auch nur im entferntesten an Widerstand gegen die offenkundige Absicht des Führers, zum Kriege zu schreiten, gedacht hat..

Die Tatsachen zeugen jedoch davon, dass auch in jeder Periode einige Vertreter des deutschen Militarismus begriffen hatten, dass die Erfolge Hitlers nicht von langer Dauer sein konnten. Ende September 1939, bereits nach Ausbruch des Krieges gegen Polen, entstand z.B. bei General von Hammerstein der Plan, Hitler bei seinem Eintreffen im Stab der Heeresgruppe, die unter dem Oberbefehl von Hammerstein operierte, zu verhaften. Diese Heeresgruppe lag im Westen, um einen eventuellen Angriff der Westmächte abzuschirmen, während die Hauptkräfte der deutschen Streitkräfte in Polen operierten. Hammerstein beabsichtigte, Hitler in sein Stabsquartier nach Köln einzuladen und ihn dort zu verhaften. Schlabrendorff setzte den britischen Geschäftsträger, Georg Ogilvie-Forbes, der noch in Berlin verblieben war, von der Absicht Hammersteins in Kenntnis. Zu diesem Zweck traf sich von Schlabrendorff mit Ogilvie-Forbes im Hotel Adlon.²⁰

Der Plan von Hammersteins war äusserst vage. Seine Verwirklichung hing voll und ganz davon ab, ob Hitler geneigt sein würde, dem General in seinem Stabsquartier in Köln einen Besuch abzustatten oder nicht. Es stellte sich sehr bald heraus, dass der «Führer» nicht in die ihm gestellte Falle gehen wollte. So scheiterte rühmlos eine weitere Generalsaktion. Bald darauf wurde von Hammerstein zum Stellvertretenden Befehlshaber des Wehrkreises VIII in Schlesien ernannt und später in den Ruhestand versetzt. Er verlor völlig den Glauben daran, dass die deutschen Generäle fähig sein würden,

²³ *Wheeler-Bennett*, S. 471 f.

²⁴ *Ebenda*. S. 478.

²⁵ *Fabian v. Schlabrendorff*, *Offiziere gegen Hitler*, Zürich 1951, S. 37. – Wheeler-Bennett teilt mit, dass Forbes, an den er sich mit der Bitte gewandt hatte, seine Informationen über die Aktionen Hammersteins und Schlabrendorffs mitzuteilen, diese Vorgänge bestätigt hat (*Wheeler-Bennett*, S. 481).

entschlossen zu handeln, und erklärte vor seinem Abschied einem seiner Gesinnungsgenossen, Rudolf Pechel: «Doktor Pechel, mich alten Soldaten haben diese Leute... zum Antimilitaristen gemacht.»²⁶

In jener Periode kannte die Generalsopposition nur eine Sorge: die Aufrechterhaltung ihrer Verbindungen mit dem Westen. Die Generäle träumten davon, im Bund mit den westeuropäischen Imperialisten eine einheitliche erzreaktionäre Koalition gegen die Sowjetunion schmieden zu können. Es ist bezeichnend, dass die Orientierung der Generäle auf eine Verbindung mit dem Westen von vielen führenden Mitarbeitern des faschistischen Nachrichtendienstes und auch von einem Teil des Beamtentums aktiv unterstützt wurde. Wir möchten vorwegnehmen, dass sogar einige faschistische Führer über derartige Schritte gut informiert waren, die die Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli 1944 zur Herstellung der Verbindung mit dem Westen unternahmen. Gerade in dieser Frage können wir bestimmte Berührungspunkte zwischen faschistischen Führern und den Spitzen der Verschwörung feststellen. Das ist übrigens nicht erstaunlich: in einer bestimmten Phase des Krieges waren sowohl die einen als auch die andern bestrebt, eine «gemeinsame Front» mit der anglo-amerikanischen Reaktion sowie ein «gutes Einvernehmen» zwischen den Imperialisten der verschiedensten Nationen herzustellen und eine einheitliche imperialistische Koalition zu bilden. Einige der führenden Kräfte der faschistischen «Abwehr» liessen durch ihre Agenten der englischen und amerikanischen Regierung Informationen über die nächsten Aggressionspläne Hitlers zukommen. Sie entsandten auch Emissäre zur Ausarbeitung der Friedensbedingungen mit den Westmächten nach England. Als Hitler befahl, in Holland einzumarschieren (ursprünglich war der Einmarsch auf den 12. November 1939 festgesetzt worden)²⁷, liess der Stellvertreter Canaris', Hans Oster, über seinen Agenten Albrecht Bernstorff die belgische und die holländische Botschaft in Berlin wissen, dass am 14. November 1939 die Kampfhandlungen gegen Holland und Belgien eingeleitet werden würden. Oster informierte auch weiterhin die holländische und belgische Regierung über die Pläne des Hitler'schen Oberkommandos. Im Mai 1940, d.h. unmittelbar vor Beginn

²⁶ Pechel, S. 154.

²⁷ In der Zeit vom 7. November 1939 bis zum 9. Mai 1940 wurde der Termin des Überfalls auf Holland und Belgien von Hitler vierzehnmahl verschoben.

der Aggression gegen Belgien und Holland traf Oster mit dem holländischen Militärattaché Oberst Sas zusammen und erklärte ihm, Deutschland werde Holland Anfang Mai überfallen. Am 4. Mai berichtete Oberst Sas über seine Unterredung mit Oster nach Den Haag. Schon vorher, am 1. April, hatte Oster über Sas den dänischen Marineattaché von dem bevorstehenden Überfall Deutschlands auf Dänemark und Norwegen in Kenntnis gesetzt. Der Marineattaché fuhr nach Dänemark, um die erhaltenen Informationen nach Kopenhagen weiterzuleiten. Diese Informationen wurden jedoch von der dänischen und der holländischen Regierung nicht ernst genommen.

Es kann als bewiesen angesehen werden, dass die herrschenden Kreise der westeuropäischen Länder sowohl vor dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die westeuropäischen Länder als auch im weiteren Verlauf des Krieges über die militärischen Pläne Hitlerdeutschlands voll und ganz informiert waren.

Lange Zeit hindurch legte die Opposition grosse Aktivität an den Tag, um eine Annäherung an England zu erreichen. So sandte Oster seinen Beauftragten Joseph Müller nach Rom. Dieser sollte über den Papst zu erfahren suchen, unter welchen Bedingungen Grossbritannien mit Deutschland Frieden schliessen könne. Müller stellte über den Privatsekretär des Papstes, Pater Laiber, und über den früheren Vorsitzenden der «Zentrums»-Partei Kaas die Verbindung zum Papst her und versicherte sich dessen Unterstützung. Über die Mission Müllers hatten der Papst und sein Privatsekretär Laiber eine Unterredung mit dem britischen Gesandten am Vatikan, Osborne.

Auf Grund der Mitteilungen Müllers verfasste sein unmittelbarer Chef Dohnányi ein Memorandum, das unter der Bezeichnung «X-Bericht» bekannt ist. Es heisst darin, dass die britische Regierung unter bestimmten Bedingungen bereit sei, mit Deutschland Frieden zu schliessen. Bezeichnend ist, dass eine dieser Bedingungen die Regelung der Ostfrage zugunsten Deutschlands war. Die reaktionären Kreise Englands waren also bereit, alle Osteuropa betreffenden Forderungen der Faschisten zu erfüllen. Sie hofften die Gefahr von sich abwenden und die deutsche Aggression nach dem Osten lenken zu können.²⁸

²⁸ Vgl. Weisenborn, S. 89; Aus Politik und Weltgeschehen, in: *Das Parlament*, 16. März 1955, Beilage.

Wiederholte Versuche, eine Verbindung mit den herrschenden Kreisen Englands herzustellen, unternahm auch der ehemalige deutsche Botschafter in Italien, Ulrich von Hassell, der sich der Verschwörung anschloss. Der Schwiegersohn Hassells, der italienische Industrielle Biroli, stellte den Kontakt zu Bryans her, der Halifax nahestand. Bryans informierte Lord Halifax, dass Hassell beabsichtige, der englischen Regierung die von den Führern der Opposition formulierten Friedensbedingungen zu übergeben. Am 22. Februar 1940 fand in der Schweiz die Begegnung zwischen Hassell und Bryans statt.²⁹ Hassell überreichte das an Halifax adressierte Memorandum, in dem die Friedensbedingungen formuliert waren. Insbesondere wurde in diesem darauf hingewiesen, dass Deutschland beabsichtige, Österreich und das Sudetengebiet zu behalten. Von dem Memorandum Hassells wurden Chamberlain und Lord Halifax in Kenntnis gesetzt, die es, wie der englische Historiker Wheeler-Bennett berichtet, mit Sympathie aufnahmen.³⁰ Im weiteren fanden zwischen Hassell und Bryans noch einige Begegnungen statt. Doch zu dieser Zeit brauste der Krieg bereits über ein riesiges Gebiet hinweg. In einer solchen Situation mussten deshalb alle Versuche, eine Verschwörung zwischen den englischen Reaktionären und den in Ungnade gefallenen Generälen sowie den Leuten der «Abwehr» zu schmieden, ein Fiasko erleiden.

Die Generäle sondierten nicht nur in England, sondern auch in den Vereinigten Staaten von Amerika den Boden hinsichtlich der Friedensbedingungen. Einer der künftigen Verschwörer, Trott zu Solz, reiste in einer besonderen Mission über den Ozean. Es ist bezeichnend, dass er in Kenntnis und mit Billigung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Weizsäcker reiste. Trott zu Solz überreichte den amerikanischen herrschenden Kreisen ebenfalls das Memorandum Hassells.

Wir haben bereits erwähnt, dass die Aktionen der Verschwörer, die den Boden für den Abschluss eines Separatfriedens zwischen Deutschland und England vorbereiten sollten, parallel mit analogen Aktionen der faschistischen Machthaber liefen. Eine besondere Aktivität bei der Sondierung der Bedingungen für einen Friedensschluss mit den Westmächten entfaltete der bekannte Aristokrat Fürst Max zu Hohenlohe, einer der grössten Grundbesitzer Deutschlands. Den

²⁹ Vgl. *Ulrich von Hassell*, S. 126; *Lonsdale Bryans*, *Blind Victory*, London 1951, S. 60.

³⁰ *Wheeler-Bennett*, S. 512.

Landbesitz der Familien Hohenlohe hatte Bismarck respektvoll als den ausgedehntesten Grundbesitz in Europa bezeichnet. Ein Vorfahr Max Hohenlohes, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, war von 1894 bis 1900 Reichskanzler gewesen. Die Familie Hohenlohe stand in Beziehungen zum englischen Grundadel. Die Frau Hohenlohes, eine spanische Marquise, besass umfangreiche Ländereien in England und hatte Zutritt zum Buckinghampalast. Im Auftrag von Ribbentrops führte Hohenlohe in Madrid, Bern und Stockholm Verhandlungen mit Vertretern der englischen Aristokratie. Ausserdem traf er mit Kenntnis Ribbentrops mit dem amerikanischen Geheimdienstchef, Allen Dulles, der sich zu diesem Zeitpunkt in der Schweiz aufhielt, zusammen. Hohenlohe spielte auch noch eine wichtige Rolle bei den Separatverhandlungen, die in Spanien geführt wurden zwischen dem englischen Botschafter Samuel Hoare und Franco, der als unmittelbarer Sprecher der Naziführer auftrat.³¹

Zwischen den künftigen Verschwörern und der faschistischen Regierung in Deutschland bestand somit in der Frage eines Friedensschlusses mit England eine weitgehende «Einheitlichkeit der Auffassungen». Die Versuche der bürgerlichen Historiker, die Reisen der Emissäre der Opposition zwecks Sondierung der Möglichkeiten für einen Friedensschluss mit Grossbritannien als Ausdruck ihrer «antifaschistischen Tätigkeit» darzustellen, sind irreführend. Von Anfang des Jahres 1939 bis zu den ersten Niederlagen der faschistischen Wehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front bestand vielmehr die gesamte Tätigkeit der Opposition lediglich in der Entsendung solcher Emissäre.

Die künftigen Verschwörer, und zwar sowohl die Militärs als auch die Zivilisten, haben keinerlei Aktionen gegen die Aggression in Polen, Dänemark, Norwegen und Frankreich unternommen. Sie traten auch nicht gegen Hitler auf, als sich der braune Diktator entschloss, in die UdSSR einzufallen.

Mit der Ausarbeitung der Pläne zum Überfall auf die Sowjetunion war bereits im Sommer 1940, unmittelbar nach der Besetzung Frankreichs, begonnen worden. Ende August war der erste Entwurf des

³¹ Nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion fand im September 1941 in Lissabon eine Begegnung zwischen dem Sohn Bacverbrooks, Aitken, einem Beauftragten Churchills, und dem Beauftragten Ribbentrops, Gustav von Kewer, statt. Auf dieser Zusammenkunft wurden wiederum die Bedingungen eines Separatfriedens zwischen England und Deutschland erörtert.

Operationsplanes gegen die UdSSR fertig. Am 18. Dezember erliess Hitler die sogenannte «Weisung Nr. 21», in der die «strategischen Ziele» der Operation «Barbarossa», d.h. der Operation zum Einfall in die UdSSR, formuliert waren. In der «Weisung» erklärte Hitler, dass er beabsichtige, «auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen». Die faschistischen Führer befahlen, alle Vorbereitungen für die Aggression gegen die UdSSR bis zum 15. Mai 1941 abzuschliessen. Am 17. März 1941 fand eine ausserordentliche Beratung der höchsten faschistischen Truppenführer statt. Auf dieser Beratung wurden die Ansichten Hitlers über die Aggression gegen die Sowjetunion dargelegt, die von einem unerhörten Zynismus gekennzeichnet waren. Den Generälen wurde insbesondere der Kommissarbefehl Hitlers, d.h. der Befehl über die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener, vorgelesen. Auf dieser Beratung waren auch die sogenannten «oppositionellen» Generäle anwesend. Doch trat keiner von ihnen gegen die verbrecherischen Pläne Hitlers auf.

Die späteren Ereignisse zeigten, dass die deutsche Generalität nicht nur die Direktiven zur Ausrottung der friedlichen Bevölkerung und die Befehle zu den furchtbaren Grausamkeiten in den besetzten Gebieten bedingungslos ausführte, sondern auch selbst ähnliche Direktiven und Befehle erliess.

Exzesse, Pogrome, Raub und Greuertaten waren ein charakteristischer Zug der faschistischen Soldateska. Dieser Wesenszug entsprach voll und ganz der Zielsetzung des deutschen Generalstabes. Davon zeugen unzählige Dokumente. Es genügt, ein einziges davon, den Befehl des Generalfeldmarschalls von Reichenau, des ehemaligen Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Nord, in das Gedächtnis zurückzurufen. In diesem Befehl hiess es: «Das Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen ... ist eine ebenso missverständene Menschlichkeit... Die Truppe hat nur soweit Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen. Im Übrigen liegt das Verschwinden . . . von Gebäuden im Rahmen des Vernichtungskampfes. Weder geschichtliche noch künstlerische Rücksichten spielen hierbei im Ostraum eine Rolle . . . Wird im Rücken der Armee Waffengebrauch einzelner Partisanen festgestellt, so ist mit drakonischen Massnahmen durchzugreifen. Diese sind auch auf die männliche Bevölkerung auszudehnen, die in der Lage gewesen wäre, Anschläge zu verhindern oder zu melden.»

Durch dokumentarische Beweise ist die Beteiligung einer grossen Zahl von faschistischen Generälen an Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung festgestellt worden. Viele von ihnen sind durch das Material der ausserordentlichen staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung von Verbrechen der faschistischen deutschen Okkupanten und ihrer Helfershelfer überführt worden. So zerstörten beispielsweise auf direkte Weisung der Generalfeldmarschälle von Leeb und Kückler deutsche Soldaten Kunstdenkmäler in Petrodworez, Puschkin und Pawlowsk. Generalfeldmarschall von Manstein befahl Zerstörungen in Kiew, Misshandlungen und physische Vernichtung von Kriegsgefangenen und friedlichen Sowjetmenschen in den besetzten Gebieten. Generaloberst Heinerich befahl die Zerstörung sowjetischer Städte, Arbeitersiedlungen, Dörfer und die Vernichtung der friedlichen Bevölkerung in Wjasma, Gshatsk und anderen Städten, Generaloberst Harpe, Generalleutnant Weidemann, Generalmajor von Hindenburg und viele andere tragen Schuld an der verbrecherischen Ausrottung Hunderttausender friedlicher Menschen.

Auf der Liste der verbrecherischen Generäle stehen Hunderte von Namen; sie beweisen, dass der überwiegende Teil der faschistischen Generalität an den Verbrechen teilgenommen hat, die die Hitlerfaschisten in den vorübergehend besetzten Gebieten begangen haben.

Die deutschen Generäle hofften, berauscht von den leichten Siegen im Westen, den Feldzug gegen den Osten ebenso schnell und leicht beenden zu können. Solange die deutschen Truppen keine schweren Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front erlitten hatten, zogen die deutschen Militärs auch keine Lehren aus den Ereignissen der Vergangenheit. Sie dachten an diese erst nach den vernichtenden und immer stärker werdenden Schlägen durch die Sowjetarmee. Wie auch zu erwarten war, «ernüchterten» wiederum zuerst die alten Reichswehrgeneräle, die genügend Erfahrungen und militärische Kenntnisse besaßen und die Hoffnungslosigkeit des Kampfes der deutschen Armee im Osten erkannten. Nach den ersten Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front war ein Teil der Generalität enttäuscht über die militärischen Fähigkeiten Hitlers.

Zur Zeit der Blitzsieg im Westen hatten die Generäle geglaubt, Hitler werde ihnen nicht nur Waffen geben, sondern auch militäri-

sehen Ruhm bringen können. Es zeigte sich jedoch, dass Deutschland eine unvermeidliche militärische Katastrophe drohte. Das Erkennen dieser Tatsache war die Ursache dafür, dass die Opposition gegen Hitler beträchtlich um sich griff.

Die ersten Anzeichen einer Aktivierung der Opposition waren sofort nach der Niederlage der deutschen Armee im Winter 1941 vor Moskau zu bemerken. Hitler versuchte die ganze Schuld für diese Niederlage auf die Generalität abzuwälzen. Am 19. Dezember 1941 wurde bekanntgegeben, dass Hitler den Oberbefehl über das Heer übernommen habe. Feldmarschall von Brauchitsch wurde in den Ruhestand versetzt. Gleichzeitig gingen die Feldmarschälle von Leeb und von Witzleben in den Ruhestand. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne fielen an der Front oder endeten durch Selbstmord solche Stützen des deutschen Militarismus wie Reichenau, Todt, Udet, Jeschonnek u.a. Die Zeit der leichten Siege war zu Ende. Die faschistische Armee ging in die schwere Winteroffensive, in deren Verlauf sie ungeheure Verluste erleiden sollte. Es wurde klar, dass die Hitlerwehrmacht an der deutsch-sowjetischen Front nur noch rühmlose Niederlagen zu erwarten hatte.

Nach der Niederlage vor Moskau konzentrierte sich der Kern der künftigen Verschwörer an der deutsch-sowjetischen Front. Es darf nicht als Zufall angesehen werden, dass eine Gruppe von Offizieren, die am Mittelabschnitt der Front im Stab des Feldmarschalls Bock und, nach dessen Entfernung, des Feldmarschalls Kluge operierte, zum Mittelpunkt der Generalsopposition wurde. Hatten doch insbesondere am Mittelabschnitt der deutsch-sowjetischen Front, d.h. vor Moskau, die Hitlertruppen die ersten grossen Niederlagen erlitten.

Die bekannteste Gestalt unter den mit Hitler unzufriedenen Militärs am Mittelabschnitt war Generalmajor Henning von Tresckow. Er war Generalstabsoffizier im Hauptquartier Bocks bzw. später Kluges. Seinen unmittelbaren Mitarbeiter Fabian von Schlabrendorff haben wir bereits erwähnt. Um sie gruppierte sich eine Reihe bekannter Militärs, darunter auch Graf von Hardenberg (ein Nachkomme des früheren Kanzlers) und Graf von Lehndorff.

Die oppositionellen Offiziere an der deutsch-sowjetischen Front hatten zu bekannten Beamten Verbindung, die in Opposition zu Hitler standen. Im Jahre 1942 fuhr einer der künftigen Führer der Verschwörung, Goerdeler, mit falschen Papieren, die ihm der Mit-

arbeiter Canaris', Oster, beschafft hatte, an die Ostfront. Im August 1942 suchte er den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generalfeldmarschall Küchler, auf und versuchte, ihn dazu zu bewegen, sich der Generalsopposition anzuschliessen. Unmittelbar darauf reiste Goerdeler in das Stabsquartier Kluges nach Smolensk, wo er eine ähnliche Unterredung mit Kluge hatte. Er traf auch mit Tresckow zusammen, mit dem er die Pläne zur Ausschaltung Hitlers erörterte.³² Auf diese Weise wurde eine unmittelbare Verbindung zwischen den Generälen der Hitlerarmee an der deutsch-sowjetischen Front und den Berliner Oppositionellen, an deren Spitze Beck und Goerdeler standen, hergestellt.

Gleichzeitig versuchten die Führer der Verschwörung erneut, mit der englischen Regierung wegen eines Friedensschlusses mit dem Westen den Kontakt herzustellen. Im Frühjahr 1942 reiste Goerdeler nach Schweden, um mit den Direktoren der grössten schwedischen Bank zusammentreffen. Jacob Wallenberg gehörte einer schwedisch-deutschen Handelskommission und Marcus Wallenberg einer analogen schwedisch-englischen Kommission an. Während des ganzen Krieges unterhielt Marcus Wallenberg persönlichen Kontakt mit Churchill. Besonders enge Beziehungen verbanden Marcus Wallenberg mit dem Sekretär Churchills, Norton. Die Brüder Wallenberg waren alte Bekannte Goerdelers. Im April 1942 wandte sich Goerdeler an Jacob Wallenberg, um von Churchill eine Zusicherung zu bekommen, dass die Engländer mit Deutschland einen Frieden schliessen würden, sobald es den Verschwörern gelänge, Hitler zu stürzen.

Wallenberg versprach, sich mit Churchill in Verbindung zu setzen, und versicherte gleichzeitig Goerdeler, dass er nicht daran zweifle, eine sofortige Antwort des englischen Premiers zu erhalten.

Im Mai 1942 wurden in Stockholm zwischen Dietrich Bonhoeffer und Hans Schönfeld einerseits und dem englischen Bischof von Chichester, George Bell, andererseits langwierige Verhandlungen über die Möglichkeit eines Separatfriedens im Westen geführt. Die Verhandlungen Schönfelds mit Bell zogen sich drei Tage lang hin. Schönfeld überreichte Bell ein ausführliches Memorandum über die Bedingungen eines Separatfriedens im Westen, das von den künftigen Teilnehmern der Verschwörung verfasst worden war (eine ausführliche Analyse dieses Dokuments folgt weiter unten). Nach eini-

³² Über diese Reisen siehe *Ritter*, S. 342.

gen Tagen schaltete sich Bonhoeffer in die Verhandlungen ein. Nach seiner Rückkehr nach London informierte der Bischof von Chichester den englischen Aussenminister Eden über die Vorschläge Bonhoeffers und Schönfelds. Die Regierung Churchill, die eine Empörung der englischen Öffentlichkeit fürchtete, entschloss sich, keine separaten Abmachungen mit den Deutschen zu treffen. Es ist bezeichnend, dass sie es trotzdem für erforderlich hielt, den amerikanischen Botschafter in London von dem Memorandum Schönfelds in Kenntnis zu setzen.

Das zeugt davon, dass man im Foreign Office der «Friedenssondierung» der künftigen Verschwörer grosse Bedeutung beimass.^{33 34}

Das Heranreifen der Verschwörung nach den Siegen der Sowjetarmee Ende 1941 und Anfang 1943

Die schweren Niederlagen der faschistischen Truppen Ende 1942/Anfang 1943 führten einen Wendepunkt in der Vorbereitung der Verschwörung gegen Hitler herbei. Walter Ulbricht schätzte im Februar 1943, d.h. unmittelbar nach der Kapitulation der 6. Armee, diese Niederlage wie folgt ein: «Die Zerschlagung der deutschen Armeen bei Stalingrad und am Don wird die Gegensätze innerhalb der deutschen Bourgeoisie zur Entwicklung bringen. Jene Angehörigen der Bourgeoisie, die früher Vorbehalte gegen Hitler hatten, und jene Generäle, die die Niederlage Deutschlands voraussehen, werden bestrebt sein, sich von der Hitlerregierung zu distanzieren.»³⁴ Diese Einschätzung wurde vom weiteren Verlauf der Ereignisse bestätigt. Wir haben bereits erwähnt, dass insbesondere seit den grossen Niederlagen der Hitlertruppen Ende 1942/Anfang 1943 an der deutsch-sowjetischen Front die Anzeichen einer allgemeinen Krise des faschistischen Regimes ständig Zunahmen. Von der Krise wurden auch die oberen Schichten Hitlerdeutschlands erfasst, wie die Pläne für eine «Palastrevolution» zeigen, die von Generälen und

³³ Über die Mission Schönfelds und Bonhoeffers ist viel geschrieben worden. Als wichtigste Quelle gilt das Buch Beils selbst, in dem er seine Zusammenkünfte mit Schönfeld und Bonhoeffer beschreibt (*George Bell, The Church and Humanity*, London 1946, S. 165 ff.); besonders ausführlich beschreiben deren Mission Ritter und Rothfels (siehe insbesondere Rothfels, S. 147 ff.). – In Westdeutschland sind auch die Werke Bonhoeffers erschienen (*Dietrich Bonhoeffer, Gesammelte Schriften*, Bd I-II, Bonn 1957).

³⁴ *Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit*, S. 17.

anderen Vertretern der herrschenden Kreise des braunen Reiches ausgearbeitet wurden.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die reaktionären westdeutschen Historiker den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Niederlagen der Hitlerarmee an der Front und der zunehmenden oppositionellen Stimmung in der Heimat zu negieren versuchen. Besonders hartnäckig leugnen sie den Zusammenhang zwischen den Niederlagen der faschistischen Armee und der zunehmenden Tätigkeit der Verschwörer. So schreibt z.B. der Historiker Hans Rothfels über die aktivsten Kräfte der Verschwörung: «Es war nicht erst die drohende Niederlage, die sie zum Handeln trieb .. .»³⁵ Mit Rothfels stimmen auch viele andere westdeutsche Historiker überein.

In Wahrheit aber wirkte sich jeder Schlag, der von der Sowjetarmee gegen die faschistischen Truppen geführt wurde, unverzüglich auf die Aktionen der Führer der Verschwörung aus; sie sahen sich veranlasst, die «Palastrevolution» eiligst vorzubereiten. Und umgekehrt, sobald die Hitlertruppen irgendwelche vorübergehenden Erfolge erzielen konnten, klang die oppositionelle Stimmung unter den Vertretern des herrschenden Lagers wieder ab, und die Teilnehmer der Verschwörung begannen zu schwanken. So machte nach den Worten Gerhard Ritters z.B. im Sommer 1942 die Verschwörung eine Krise durch, als die faschistischen Truppen in das Kaukasusgebiet eindringen und an einigen Stellen nach Osten vorgingen. «Das war keine Zeit, um Umsturzpläne ins Werk zu setzen», schreibt Ritter.³⁶ An vielen Stellen in seinem Buch muss Gerhard Ritter zugeben, dass die Verschwörer hellhörig auf jedes Ereignis an der deutsch-sowjetischen Front reagierten und ihre Aktionen damit in Einklang brachten. Sie legten z.B. eine beträchtliche Aktivität an den Tag, als es klar wurde, dass die Hitlerschen Pläne zur Eroberung des Kaukasus und zur Umgehung der Hauptkräftegruppe der sowjetischen Truppen von Süden gescheitert waren. Eine entschiedene Wende in der Stimmung aller mit dem Hitlerregime Unzufriedenen brachte jedoch der Feldzug der Sowjetarmee im Herbst und Winter 1942/43, der zur Zerschlagung der deutschen Truppen an der Wolga führte. Wheeler-Bennett beschreibt, welchen Eindruck die Katastrophe der 6. Armee auf die deutsche Wehrmacht gemacht hat: «Die Generale selber waren über die Katastrophe von

³⁵ Rothfels, S. 168.

³⁶ Ritter, S. 341.

Stalingrad zunächst erschüttert und entsetzt. Selbst Männer wie Fromm» (Oberbefehlshaber des Ersatzheeres – d. Verf.), «die zu den gläubigsten Bewunderern der ‚Intuition‘ des Führers gehört hatten, äusserten sich jetzt über die Kriegführung unter Hitlers unmittelbarem Oberkommando zweifelnd und kritisch .. .»³⁷ Wheeler-Bennett vermutet, dass sich Hitler zu jener Zeit in unmittelbarer Gefahr befunden habe, da einige Generäle zu allem entschlossen gewesen seien. «Das einzige, was der Führer zu fürchten hatte, war die Niederlage, ja schon Erfolglosigkeit, und nun war sie da. Nur eines Funkens hätte es in den Tagen unmittelbar nach Stalingrad bedurft und die Flamme der Revolte wäre emporgeschossen.»³⁸ Diese Einschätzung der innenpolitischen Situation nach der Niederlage der Hitlertruppen an der Wolga durch Wheeler-Bennett ist nicht ganz objektiv. In Wirklichkeit hatte die faschistische Führungsspitze die Macht noch fest in den Händen. Es besteht aber auch kein Zweifel, dass ihre Stellung und Autorität schwer erschüttert waren.

Die künftigen Verschwörer gingen nur dann zu aktiven Aktionen über, wenn sich die Krise des faschistischen Regimes verschärfte. Sie fürchteten sogar, die Ereignisse im Hinterland, d.h. eine Entfaltung des antifaschistischen Kampfes der Massen, könnten die Durchführung des Umsturzes von seiten der oberen Schichten behindern. Dieser Umstand spielte auch eine wichtige Rolle bei der beschleunigten Vorbereitung des «Staatsstreichs».

In seiner Denkschrift vom 26. März 1943 schrieb Carl Goerdeler: «Lässt man die Entwicklung untätig weiter fortschreiten, so wird der Radikalismus viel schlimmere Formen annehmen als 1918.»³⁹

Goerdeler fürchtete offensichtlich die Initiative der Massen, fürchtete revolutionäre Ereignisse, die «radikalere» Folgen haben konnten als die bürgerliche Revolution von 1918 in Deutschland. Besonders von dieser Befürchtung ausgehend, bestand das Haupt der Verschwörung kategorisch auf «entschlossene Aktionen».

Nach der Schlacht an der Wolga erweiterte sich der Kreis der Oppositionellen innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands beträchtlich. Bis zum Jahre 1943 hatten hauptsächlich Generäle und Angehörige der faschistischen Spionage zu Hitler in Opposition gestanden. Ihnen hatten sich konservativ gesinnte Beamte wie Goerde-

³⁷ Wheeler-Bennett, S. 560.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ritter, S. 351.

ler und Popitz angeschlossen. Nach 1943 wuchs die Zahl der Verschwörer immer mehr an. Zu ihnen stiessen insbesondere Vertreter der von den Nazis aufgelösten bürgerlichen politischen Parteien. Die Verschwörung wurde zu einem überzeugenden Gradmesser der «Krise der oberen Schichten» des faschistischen Deutschlands.

Es muss betont werden, dass bis zur Zerschlagung der 6. Armee die Pläne der Verschwörer einen abstrakten Charakter trugen. Sie stellten keine Gefahr für Hitler und seine Anhänger dar. Wir haben bereits nachgewiesen, dass es sich in der Hauptsache um Gespräche, Memoranden, um verschiedene Projekte von Stubengelehrten handelte, die niemand ernst nahm. Zuweilen wollten allerdings einige Verschwörer von Worten zu Taten übergehen. Doch waren all ihre Pläne in dieser Hinsicht unreal. Es wäre lächerlich gewesen zu glauben, dass eine Aktion wie etwa ein kollektiver Rücktritt der Generäle von ihrer Dienststellung hätte verwirklicht werden können. Einzelne isolierte Aktionen wie die Aktion von Hammersteins hatten ebenfalls keine Aussicht auf Erfolg. Das faschistische Regime stützte sich nach wie vor auf die überwiegende Mehrheit der Vertreter der herrschenden Klassen Deutschlands.

Nur durch eine allgemeine Krise des faschistischen Regimes konnten die mit Hitler unzufriedenen Generäle für den Diktator wirklich gefährlich werden. Weite Kreise des herrschenden Lagers im «Dritten Reich» waren von dem Wunsch erfüllt, sich vom «Führer» zu «trennen». «Selbst gewisse führende Kreise des deutschen Finanzkapitals begann die Angst zu beschleichen», schreibt Walter Ulbricht über die Situation im herrschenden Lager des faschistischen Deutschlands nach der Niederlage der 6. Armee.⁴⁰ «Nach der Niederlage von Stalingrad nahm die Entwicklung in Deutschland rapide krisenhaften Charakter an...», fährt W. Ulbricht fort. «Führende Offiziere ... versuchten, sich durch Rücktritt der Mitverantwortung für die Niederlage zu entziehen. Die Mehrheit der Offiziere und Soldaten und die deutschen Volksmassen sahen sich von Hitler und seinen Generalen in eine Sackgasse geführt. Das Gefühl der Sinnlosigkeit der Weiterführung des Krieges verbreitete sich in Deutschland und verstärkte sich ständig.»⁴¹

Sogar die bürgerlichen Historiker sind gezwungen zuzugeben, dass die Spitzen des faschistischen Deutschlands nach der Schlacht an der

⁴⁰ Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, S. 14.

⁴¹ Ebenda, S. 18 f.

Wolga eine Krise durchmachten. «Das Bild einer Katastrophe von unabsehbaren Ausmassen tauchte am – noch fernen – Horizont auf»⁴², erklärt Gerhard Ritter, der die Stimmung der herrschenden Kreise Deutschlands nach der Zerschlagung der faschistischen 6. Armee charakterisiert.

In dieser Situation hörten die Gespräche über die «Palastrevolution» auf, nur Gespräche zu sein. In den Arbeitszimmern der Generäle und höheren Beamten begann man mit der Ausarbeitung von Plänen zur gewaltsamen Ausschaltung Hitlers auf dem Wege seiner physischen Vernichtung. Sowohl die militärischen als auch die «zivilen» Teilnehmer der Verschwörung mussten begreifen, dass ihnen sehr wenig Zeit übrigblieb; rückte doch die Katastrophe des faschistischen Deutschlands unerbittlich näher.

In der Vorbereitung der Verschwörung von 1944 können drei Hauptetappen unterschieden werden. Die erste Etappe reicht von der Stalingrader Schlacht bis zur Kursker Schlacht. Die zweite von der Kursker Schlacht bis zur Frühjahrsoffensive der Sowjetarmee im Jahre 1944. Und schliesslich die dritte Etappe, die mit der erfolgreichen Frühjahrsoffensive der Sowjetarmee im Jahre 1944 begann und in deren Verlauf die Kampfhandlungen auf das Territorium Deutschlands und seiner Verbündeten Übergriffen.

Die erste Etappe war durch die Ausarbeitung des Planes einer «Palastrevolution» und der physischen Vernichtung Hitlers gekennzeichnet. In der Frage, ob Hitler getötet werden sollte, bestanden allerdings unter den Verschwörern beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Nach der Schlacht an der Wolga aber sprach sich die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an der Verschwörung für die Organisation eines Attentats auf den «Führer» aus.

In dieser Periode forderten die Führer der Verschwörung ihre Gesinnungsgenossen auf, nicht mehr zu zögern, sondern zum entschlossenen Handeln überzugehen. Nach der Schlacht an der Wolga verfasste Carl Goerdeler eine besondere Denkschrift, die die Überschrift «Lage und Möglichkeiten» trug und in der er die Generalität aufrief, unverzüglich zu handeln. In dieser Denkschrift, die vom 26. März 1943 datiert war, sagte Goerdeler, dass das deutsche Volk nicht nur für Rettungsaktionen reif sei, sondern eine solche auch erwarte.⁴³

⁴² Ritter, S. 344.

⁴³ Der volle Wortlaut der Denkschrift wurde erstmalig im Buch von *Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 577 ff., veröffentlicht.

Gleichzeitig wurde von Goerdeler die alte Idee von der Notwendigkeit eines Separatfriedens im Westen und der Konzentrierung der Kräfte im Osten weiter verfolgt. So verlangte er u.a., dass die Westmächte nicht später als innerhalb von 48 Stunden den Luftkrieg beenden müssten, falls in Deutschland eine neue Regierung die Macht übernehme. «Die nächsten Schritte können dann einer Entspannung mit den Westmächten gewidmet sein, die es ermöglicht, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren», schreibt Goerdeler weiter.

Zwei Monate später sandte Goerdeler an Olbricht (den stellvertretenden Chef des Ersatzheeres) einen Brief, in dem er erneut beschleunigte Aktionen gegen Hitler forderte. Dieser Brief war vom 17. Mai 1943 datiert.⁴⁴ Es ist bezeichnend, dass der Brief mit einem Überblick über die Lage an den Fronten begann, wobei die Zerschlagung der deutschen Truppen an der Wolga von Goerdeler als eine so schwere Niederlage bezeichnet wurde, «wie sie in der deutschen Geschichte seit Jena und Auerstädt nicht zu verzeichnen» war. Goerdeler richtete folgende Frage an Olbricht: «Wissen Sie ... noch ein Mittel, um einen Sieg zu erringen, der erstens ermöglicht, Russland endgültig von Europa fernzuhalten, zweitens die Welt und das englische Weltreich dazu zu zwingen, diesen Angriff aufzugeben und schliesslich Frieden zu machen? Wenn nicht, ‚dann ist die Fortsetzung des Krieges ein glattes Verbrechen ...‘»

Die Motive Goerdelers sind klar: es sollte für den deutschen Imperialismus gerettet werden, was noch zu retten war. Das «Reich» sollte nicht untergehen, und die Grundlagen der Klassenherrschaft der Monopolisten und Junker sollten in Deutschland auf dem Wege von Abmachungen mit den amerikanischen und englischen Imperialisten erhalten bleiben. Goerdeler schrieb, dass er zu allem bereit sei, sogar zu einer Begegnung mit Hitler, um zu versuchen, diesen von der Richtigkeit seines Standpunktes zu überzeugen. Goerdeler nahm also an, dass zwischen ihm und dem faschistischen Diktator zumindest in der Frage eines Friedensschlusses mit dem Westen keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestünden. Die Hoffnung Goerdelers, mit Hitler noch in jener Periode eine Abmachung treffen zu können, beweist deutlich, dass die führenden Kräfte

⁴⁴ Das Buch Ritters enthält ein Faksimile dieses Briefes. Ritter hält ihn für ein wichtiges Dokument, das die Einstellung Goerdelers kennzeichnet (*Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 352 f.).

der Verschwörer sich keine wirklich antifaschistischen Ziele setzten. Aber sowohl Goerdeler wie auch die anderen Führer der Verschwörung wussten sehr gut, dass unverzüglich gehandelt werden musste, da andernfalls die Katastrophe unausbleiblich war.

In seinem Schreiben an Olbricht vom 17. Mai betonte Goerdeler weiter, dass es falsch sei, den «rechten Moment» passiv abzuwarten. Nach seiner Meinung bestehe die Aufgabe gerade darin, einen solchen psychologisch geeigneten Moment herbeizuführen.

Wir haben gesehen, dass sich selbst der Ton der Memoranden und Botschaften der Verschwörer nach der Schlacht an der Wolga veränderte. Unter dem Eindruck der Niederlagen an der Front «erschrecken» die Teilnehmer der Verschwörung; sie fürchteten, dass sie es nicht schaffen würden, noch vor dem Hereinbrechen der allgemeinen militärischen Katastrophe entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Nach der Schlacht an der Wolga wurde daher auch eine Vielzahl von Attentatsversuchen auf Hitler unternommen. Zwischen den verschiedensten Gruppierungen der Verschwörung wurden Kontakte hergestellt, um ein einheitliches Aktionsprogramm ausarbeiten zu können. Kurz vor der Kapitulation der 6. Armee, als die unvermeidliche Niederlage der deutschen Truppen bereits offenkundig war, fand eine Begegnung zwischen Goerdeler und einem Vertreter der Gruppe Moltke statt; diese Gruppe ist auch unter der Bezeichnung «Kreisauer Kreis» bekannt, von dem noch die Rede sein wird. Am Schluss dieser Aussprache stellten sich wesentliche Meinungsverschiedenheiten in den Anschauungen Goerdelers und der Vertreter des «Kreisauer Kreises» heraus. Trotzdem erzielten sie eine Vereinbarung über gemeinsame Aktionen zur Herbeiführung eines Staatsstreichs. Die Übereinkunft zwischen der «alten» Verschwörergruppe, an deren Spitze Goerdeler stand, und der «jungen» mit Moltke an der Spitze aktivierte alle Teilnehmer an der Verschwörung.

Ende Februar 1943 waren die Pläne eines Attentats auf Hitler in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Im Verschwörungszentrum, im Stab des Ersatzheeres, wurden ganze Serien von Befehlen und Verordnungen verfasst, die nach der Ermordung Hitlers bekanntgegeben werden sollten.

Der erste Versuch eines Attentats fand am 13. März 1943 im Raum des Stabes des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte der deutsch-sowjetischen Front statt.

Das Attentat hatten Offiziere der faschistischen «Abwehr» organisiert. Unmittelbar daran beteiligt war Fabian von Schlabrendorff. Anfang März berief Admiral Canaris eine Konferenz der Offiziere der «Abwehr» in Smolensk in das Stabsquartier des Befehlshabers der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall von Kluge, ein. Auf dieser Konferenz sollte der «Führer» anwesend sein. Die Verschwörer brachten ein Paket mit einer Bombe nach Smolensk, die mit einem Zeitzündmechanismus versehen war. Diese Bombe sollte in das persönliche Flugzeug Hitlers gelegt werden, mit dem er aus dem Stabsquartier Kluges fliegen sollte. Hitler traf tatsächlich am 13. März 1943 in Smolensk ein, und es gelang den Verschwörern, die Bombe als Sendung für einen der Teilnehmer an der Verschwörung, den Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres, General Stieff, in das Flugzeug zu schmuggeln. Der Mechanismus der Bombe war jedoch defekt, und die Bombe explodierte nicht.

Einige Tage später wurde ein weiterer Attentatsversuch auf Hitler unternommen. Am 21. März sollte sich Hitler anlässlich des Heldengedenktages im Zeughaus unter den Linden aufhalten. Einer der Verschwörer, Generalmajor von Gersdorff, aus dem Stab Kluges, der während der offiziellen Feier die Heeresgruppe Mitte vertrat, sollte die Bombe ins Zeughaus bringen. Die Bombe wurde Gersdorff übergeben und in das Zeughaus gebracht; sie sollte 10 Minuten nach der Ankunft Hitlers explodieren. Hitler verließ jedoch nicht nach 10 Minuten, sondern bereits 8 Minuten nach Beginn der Feier das Zeughaus⁴⁵ Ein weiterer Versuch eines Attentats auf Hitler endete ebenfalls mit einem Misserfolg.

Nach der Schlacht an der Wolga begannen verschiedene Verschwörergruppen Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung zu führen. Diese Verhandlungen zogen sich fast bis zum Tag des Attentats vom 20. Juli 1944 hin. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde die Bildung der sogenannten Schattenregierung mit Goerdeler an der Spitze vorgesehen.

Während sich Goerdeler im Mai 1943 vorbereitete, seine Pläne zur Beseitigung Hitlers zu verwirklichen, versuchte er erneut, unmittelbaren Kontakt zur englischen Regierung herzustellen. Zu diesem Zweck fuhr er Ende Mai 1943 nach Stockholm in der Absicht, dort nochmals mit den Brüdern Wallenberg zusammenzutreffen. Nach

⁴⁵ Vgl. *Pechel*, S. 164.

seiner Ankunft in Stockholm stellte sich aber heraus, dass sich Marcus Wallenberg zu diesem Zeitpunkt in London aufhielt. Goerdeler wandte sich daraufhin an Jacob Wallenberg mit der Bitte, seinen Bruder zu veranlassen, Churchill ein Memorandum über die Pläne einer künftigen neuen Regierung Deutschlands zu überreichen. Die Friedensbedingungen, die Goerdeler in seinem Memorandum formulierte, unterschieden sich nicht wesentlich von den Bedingungen, die Schönfeld und Bonhoeffer bei der Begegnung mit dem Bischof von Chichester dargelegt hatten. Jacob Wallenberg übersandte das Memorandum Goerdelers auch tatsächlich seinem Bruder nach London.⁴⁶

Das waren die Aktionen der Verschwörer in der ersten Etappe der Vorbereitung der «Palastrevolution». Nach der Niederlage der faschistischen Truppen bei Kursk im August 1943 aktivierten die Teilnehmer der Verschwörung ihre Tätigkeit. Die Schlacht bei Kursk führte Hitlerdeutschland an den Rand der Katastrophe. Die alten Offiziere, die Beamten und die Offiziere der «Abwehr» konnten sich nochmals davon überzeugen, dass die Tage des faschistischen Reiches gezählt waren.

Ende 1943 schrieb Ulrich von Hassell in sein Tagebuch: «Für uns ist die Lage einfach so: Mit Hitler geht der Krieg mit Sicherheit verloren, weil er von beiden Seiten bis zur Katastrophe fortgeführt werden wird; denn weder kann Hitler seiner Natur nach nachgeben, noch hat er eine Chance, eine für uns günstige Entscheidung zu erzwingen .. .»⁴⁷ Nach solchen Schlussfolgerungen, zu denen in ähnlicher Weise auch die anderen Verschwörer gekommen waren, entschlossen sie sich, ihre Versuche zu verstärken, um einen Separatfrieden mit dem Westen zu schliessen. Wheeler-Bennett schreibt folgendes über diese Absichten: «Durch die Beseitigung Hitlers hofften sie Deutschland zu einigen und das Lager der Verbündeten zu spalten und dadurch ... Friedensbedingungen zu erlangen, die, wie immer hart, gleichwohl weniger drakonisch wären als die bedingungslose Übergabe.»⁴⁸

Im August 1943 traf von Tresckow in Berlin ein und berichtete Goerdeler, die Befehlshaber der wichtigsten Abschnitte an der

⁴⁶ Das Memorandum wurde erstmalig im Buch von *Gerhard Ritter*, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. S. 570 ff., veröffentlicht; *Rothfels*, S. 153.

⁴⁷ *Ulrich von Hassell*, S. 274.

⁴⁸ *Wheeler-Bennett*, S. 614.

deutsch-sowjetischen Front, insbesondere Kluge und Kuchler, hätten erkannt, dass entschlossene Aktionen notwendig seien. Gerade jetzt, sagte von Tresckow, sei der günstigste «psychologische Moment» für einen «Staatsstreich» eingetreten.⁴⁹ Am 13. August überreichte General Stieff Feldmarschall Kluge ein Schreiben Olbrichts, in dem dieser ebenfalls entschiedene Aktionen forderte. Schliesslich fanden im September in der Wohnung Olbrichts in Berlin Besprechungen zwischen Feldmarschall Kluge und Generaloberst Beck sowie Goerdeler statt. Bei diesen Besprechungen wurde der endgültige Beschluss gefasst, unverzüglich die längst beabsichtigte «Palastrevolution» durchzuführen.

Über das Gespräch Becks und Goerdelers mit Feldmarschall Kluge ist ein ausführlicher Bericht erhalten geblieben, der in dem Buch Ritters veröffentlicht wurde.⁵⁰ Die Erklärungen Becks und Goerdelers sind für die Stimmung der Verschwörer in jener Periode sehr bezeichnend. Deshalb ist es notwendig, auf sie näher einzugehen. Feldmarschall von Kluge brachte seine grosse Unzufriedenheit mit der allgemeinen militärischen Lage Deutschlands zum Ausdruck und erklärte, dass es ihm als unmöglich erscheine, mit den vorhandenen Kräften die Fronten im Osten und im Süden zu halten. Er erklärte, dass der Krieg als verloren zu betrachten sei, wenn es nicht zu grundlegenden Veränderungen käme. Kluge wollte mit Beck unter vier Augen sprechen. Nach der Unterredung erklärten die beiden Militärs Goerdeler gegenüber, dass die Zeit zum Handeln gekommen sei. Da Hitler keine Zustimmung zu einem Waffenstillstand mit den Westmächten gebe, müsse er gewaltsam ausgeschaltet werden. Es ist bezeichnend, dass Goerdeler als Antwort auf diese Erklärung seine Zweifel über die Zweckmässigkeit einer Ermordung Hitlers zum Ausdruck brachte. Er sagte erneut, dass der Versuch unternommen werden müsse, Hitler umzustimmen. Dieses phantastische Vorhaben wiesen jedoch Kluge und Beck zurück. Auf der Beratung wurde schliesslich beschlossen, das Attentat auf Hitler vorzubereiten. In dem Gespräch mit Goerdeler betonten sie, dass seine, Goerdelers, Aufgabe darin bestehe, zu erreichen, «dass die Angelsachsen sich richtig verhielten». «Diese wichtige Unterredung», so bemerkt Gerhard Ritter, «hat Goerdeler immer als die eigentliche Geburts-

⁴⁹ Ritter, S. 357.

⁵⁰ Ebenda.

stunde des Anschlags vom 20. Juli 1944 betrachtet. Und wahrscheinlich mit Recht.»⁵¹

Mit der Ausarbeitung der konkreten Massnahmen zur Vorbereitung des Umsturzes wurde von Tresckow beauftragt. Zu dieser Zeit befand er sich in Urlaub. Danach wurde er als Chef des Stabes der 2. Armee am Mittelabschnitt der Front eingesetzt. Den ganzen August und September 1943 über beschäftigte er sich mit der Abfassung verschiedener Befehle und Verordnungen, die von den Verschwörern zum Zeitpunkt der Verwirklichung des «Staatsstreichs» und unmittelbar danach erlassen werden sollten. Im Weiteren wurden alle Entwürfe Tresckows an Stauffenberg übergeben, der die praktische Verwirklichung der Pläne der Verschwörer übernahm.⁵² Gleichzeitig schloss man die Verhandlungen über die Bildung des «Schattenkabinetts» ab. Es wurde endgültig entschieden, dass nach Hitlers Ermordung Beck Reichspräsident und Goerdeler Reichskanzler werden sollte. Ende November wurde Goerdeler von Beck beauftragt, eine Liste der Mitglieder des künftigen Kabinetts aufzustellen und zu diesem Zweck mit jenen Persönlichkeiten Besprechungen zu führen, die für die verschiedenen Ministerposten ausersiehen wären. Es ist besonders erwähnenswert, dass im Urteil des faschistischen Volksgerichtshofes gegen Goerdeler ausdrücklich betont wurde, Beck habe Goerdeler diesen Auftrag erst erteilt, nachdem die Generäle Stieff und Fellgiebel erneut über die aussergewöhnlich schwierige Lage an der Ostfront berichtet hatten. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass die wichtigsten Aktionen der Verschwörer unmittelbar unter dem Eindruck der Niederlage der deutschen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front unternommen worden sind.

Nach der Kursker Schlacht verdoppelten die Verschwörer ihre Anstrengungen zur Vorbereitung des Attentats auf Hitler. Von September bis Dezember 1943 unternahmen sie sechs Versuche, den «Führer» zu beseitigen, doch jedesmal ohne Erfolg. Uns sind drei solcher Versuche ausführlich bekannt. An einem dieser Versuche war Helmut Stieff aus dem Hauptquartier Hitlers beteiligt. Mit Hilfe des Obersten von Freytag-Loringhoven, Abteilungschef im Amt Abwehr, brachte Stieff eine Bombe mit einem Zeitzündmechanismus in das Hauptquartier Hitlers. Er verbarg sie bis zur gegebenen

⁵¹ Ebenda, S. 358.

⁵² *Schlabrendorff*, S. 125.

Zeit in einem der Holztürme, in denen sich die Wache Hitlers befand. Aus ungeklärten Gründen explodierte aber die Bombe in dem Turm; den Verschwörern gelang es nur unter grössten Schwierigkeiten, die Spuren ihrer Tätigkeit zu verwischen.

Der nächste Attentatsversuch, im November 1943, sollte bei einer Besichtigung neuer Muster von Militäruniformen unternommen werden, bei der Hitler anwesend sein sollte. Einer der Offiziere, der während der Besichtigung die Muster vorzuführen hatte, sollte die Bombe in seiner Tasche verbergen und sich zusammen mit Hitler in die Luft sprengen. Alle Vorbereitungen waren abgeschlossen, doch fand die Besichtigung der Uniformmuster wegen eines Luftangriffs nicht statt.

Schliesslich unternahm Ende Dezember 1943 noch Claus von Stauffenberg einen Attentatsversuch auf Hitler. Am 26. Dezember wurde er in das Hauptquartier Hitlers zu einer Beratung über Fragen der Ersatztruppen gerufen. Stauffenberg traf zwar im Hauptquartier Hitlers in Rastenburg mit einer Bombe in der Aktentasche ein, doch fand die Beratung nicht statt.

Stauffenberg war erst im Oktober 1943 zum Führungsstab der Verschwörer gekommen. Er wurde sofort zur Seele der Verschwörung und leitete die gesamten Vorarbeiten zur Organisation des Umsturzes. Anfang Oktober ernannte das faschistische Oberkommando Claus von Stauffenberg zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, d.h. zum wichtigsten Mitarbeiter eines der alten Führer der Verschwörung, Olbricht. Stauffenberg wurden alle von den Verschwörern, insbesondere von Tresckow, vorbereiteten Dokumente und Entwürfe der Verordnungen für die Armee, ferner Aufrufe an die Truppe und an die Bevölkerung, die Entwürfe für Rundfunkreden sowie auch die Operationspläne für die Inbesitznahme Berlins übergeben.

Ausser Stauffenberg schlossen sich in jener Periode auch viele junge Offiziere und Generäle der Verschwörung an, darunter auch Offiziere aus dem Oberkommando des Heeres. Von ihnen müssen der General der Artillerie Lindemann, der Generalquartiermeister Wagner und der Chef der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres, General Stieff, erwähnt werden. Sie alle beschleunigten die Vorbereitungen für das Attentat auf Hitler. Gerhard Ritter schreibt: «... die Kriegslage war inzwischen auch so bedrohlich geworden, dass der Glaube an den Sieg in allen Stäben

dahinschwand und die Erbitterung gegen die katastrophale Kriegsführung des Diktators auf den Siedegrad stieg.»⁵³

Hinsichtlich der Ausführung des Attentats setzten die Verschwörer grosse Hoffnungen auf Himmler. Den Führern der Verschwörung war bekannt, dass der Gestapochef Himmler Überlegungen anstellte, wie er rechtzeitig aus dem Spiel ausscheiden könnte. Der Glaube an den Sieg schwand, wie Ritter sagt, nicht nur bei den Generälen, sondern auch bei den faschistischen Führern selbst dahin.

Der Biograph Rommels, Desmond Young, schreibt, dass Feldmarschall Rommel während seines Besuches im Stabsquartier Hitlers, im Mai 1943, dem faschistischen Diktator offen seine Zweifel über die Möglichkeit eines Sieges zum Ausdruck gebracht habe und, nach den Worten Youngs, von Hitler die verblüffende Antwort erhalten habe, er wisse, dass mit der einen oder der anderen Seite Frieden geschlossen werden müsste, doch wolle niemand mit ihm einen solchen schliessen.⁵⁴

Wenn man Desmond Young glauben kann, dass solche Stimmungen zuweilen sogar den faschistischen Diktator beherrschten, um wieviel öfter und um wieviel nachdrücklicher müssen sie dann bei seinen Satrapen in Erscheinung getreten sein. Gerhard Ritter erklärt, Himmler habe sich «schon sehr frühe, schon zu Beginn des grossen russischen Abenteuers» mit dem Gedanken getragen, mit England einen Separatfrieden zu schliessen, um gemeinsam mit den Westmächten gegen die Sowjetunion zu kämpfen.⁵⁵

Die Stimmung Himmlers und einiger anderer, dem faschistischen Diktator nahestehender Personen war den Verschwörern wohl bekannt. Es ist interessant festzustellen, dass Goerdeler am 25. Juli 1943 an Feldmarschall von Kluge schrieb: «Ich kann Ihnen auch, wenn Sie es wollen, Herrn Goebbels oder Herrn Himmler zum Bundesgenossen machen; denn auch diese beiden Männer haben längst begriffen, dass sie mit Hitler verloren sind.»⁵⁶

Nach der Behauptung von Allen Dulles hat Goerdeler in seiner Unterredung mit Jacob Wallenberg im Mai 1943 erklärt, «dass von Himmlers Seite Vorstösse bei ihnen» (d.h. bei den Verschwörern – d. Verf.) «unternommen worden seien».⁵⁷

⁵³ Ritter, S. 361.

⁵⁴ Desmond Young, Rommel, London 1950, S. 185.

⁵⁵ Ritter, S. 421.

⁵⁶ Ebenda, S. 599.

⁵⁷ Allen Welsh Dulles, Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949, S. 183.

Himmler trat jedoch keineswegs nur über die Verschwörer in Erscheinung, sondern er handelte auch selbständig. Bereits im November 1941 war einer seiner Agenten und langjährigen Freunde, Karl Langbehn, mit Wissen und im Auftrag Himmlers nach Zürich gereist, um dort mit Vertretern britischer Stellen zusammenzutreffen. Danach reiste er zu einem Treffen mit dem Vertreter des amerikanischen Geheimdienstes, Bruce Hopner, nach Stockholm. Ulrich von Hassell hatte etwas früher in seinem Tagebuch ein interessantes Gespräch mit dem Schweizer Diplomaten Karl Burckhardt notiert. Der letztere habe berichtet, dass der Beauftragte Himmlers angefragt habe, «ob England wohl mit Himmler statt Hitler Frieden machen würde .. .»⁵⁸ Kurz darauf wurde Hassell von einem «jungen Mann vom SD», einem gewissen Danfeld, aufgesucht, der ihm andeutete, dass viele aus der näheren Umgebung Himmlers über einen Ausweg aus der Situation nachdächten.⁵⁹ Schliesslich entsandte Himmler im Juni 1943 den Bankdirektor Rasche zu Jacob Wallenberg, der sich damals in Berlin aufhielt, um seine Meinung über die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit den Westmächten zu erfahren, falls er, Himmler, an die Macht käme. Wie Jacob Wallenberg berichtet, stellte ihm Rasche folgende Frage: «Glauben Sie, dass die Westmächte Frieden abschliessen würden, wenn Hitler nicht mehr da wäre?»⁶⁰ Wallenberg wich einer Antwort auf diese Frage aus und informierte Goerdeler über die Begegnung mit Rasche.

In den Memoiren eines der nächsten Mitarbeiter Himmlers, Walter Schellenbergs, die nach seinem Tode in New York veröffentlicht wurden, sind neue Angaben über die Bemühungen des faschistischen Geheimdienstes um den Abschluss eines Sonderfriedens im Westen enthalten. Schellenberg berichtet von einer Unterredung mit Himmler im August 1942, in der dieser erklärt haben soll, dass die Möglichkeiten für den Abschluss eines Kompromissfriedens sondiert werden müssten. Schellenberg habe dann Himmler über einige Schritte unterrichtet, die von seinem Ressort (politischer Auslands-Geheimdienst) unternommen worden seien, und erklärt, dass ein solcher Kompromissfriede die Schaffung einer entsprechenden Basis zum Ziel haben müsse, um alle Kräfte in Richtung Osten konzentrieren zu können.⁶¹

⁵⁸ Ulrich von Hassell, S. 205.

⁵⁹ Ebenda, S. 225.

⁶⁰ Ritter, S. 422.

⁶¹ The Labyrinth. Memoirs of Walter Schellenberg, New York 1956, S. 315 ff.

Schellenberg, der die Zustimmung Himmlers zur Fortsetzung von Friedenssondierungen erhielt, stellte den Kontakt zum Generalkonsul Englands in Zürich her und überreichte ihm die von Himmler genehmigten Friedensbedingungen. Gemäss diesen Bedingungen hatte die künftige Regierung nach ihrer Machtübernahme dem Abzug der deutschen Streitkräfte aus Nordfrankreich, Holland und Belgien zuzustimmen, während Österreich und das Sudetengebiet sowie der westliche Teil Polens beim Reich verbleiben sollten. Der englische Vertreter übermittelte die Bedingungen Himmlers und Schellenbergs nach London und gab bekannt, dass er von Churchill ermächtigt worden sei, inoffizielle Verhandlungen zu führen.⁶² Weiterhin teilt Schellenberg mit, dass die Verhandlungen mit England in eine Sackgasse geraten waren, da Ribbentrop ihnen entgegenwirke. Nach der Niederlage der faschistischen Armee bei Stalingrad und bei Kursk habe jedoch Himmler seine Kontakte zu den Vertretern der Westmächte erneuert.

Anfang 1943 stellte der Chef der Abteilung Südosteuropa im Amt VI des RSHA, SS-Obersturmbannführer Wilhelm Hoettl, die Verbindung zu Allen Dulles her. Nach Mitteilung Hoettls, der (anfänglich in Österreich unter dem Pseudonym W. Hagen und später in England unter seinem eigenen Namen) das Buch «Die geheime Front» herausgab, war es dem Amt VI gelungen, eine Chiffre aufzufangen, die Dulles für seine Nachrichtenübermittlung nach den USA benutzte. Auf diese Weise war der faschistische Geheimdienst über alle geheimen Materialien Dulles' unterrichtet.⁶³

Der Kontakt zwischen dem Amt VI und Dulles bestand das ganze Jahr 1943 hindurch. Der Bevollmächtigte des Amtes VI traf unter dem erfundenen Namen Bauer mit einem Mitarbeiter Dulles', «Mister Roberts», zusammen. Später fand eine weitere Begegnung zwischen dem Bevollmächtigten Schellenbergs, der sich «Pauls» nannte, und dem amerikanischen Agenten «Dr. Bull» statt. Wie aus den von den sowjetischen Truppen nach Kriegsende in Deutschland Vorgefundenen Dokumenten hervorgeht, verbargen sich hinter dem Namen «Pauls» Fürst von Hohenlohe und hinter dem Namen «Dr. Bull» Allen Dulles selbst. Fürst von Hohenlohe überreichte Dulles die von Himmler ausgearbeiteten Bedingungen eines Separatfriedens. Diese Bedingungen, die in der vom sowjetischen Informations-

⁶² Ebenda, S. 329.

⁶³ *Walter Hagen*, *Die geheime Front*, Linz-Wien 1950, S. 456.

büro herausgegebenen Dokumentation «Geschichtsfälscher» veröffentlicht wurden, sahen die Schaffung einer gemeinsamen Front Hitlerdeutschlands und der Westmächte zur Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion vor.⁶⁴

Die obenerwähnten Tatsachen geben Aufschluss darüber, warum die Teilnehmer der Verschwörung gegen Hitler eine anscheinend so paradoxe Handlung begingen und eine Verbindung zu einem Hitler so nahestehenden Menschen wie Heinrich Himmler herstellten.

Am 26. August 1943 traf im Gebäude des Innenministeriums einer der bekannten Verschwörer, Popitz, mit Himmler zusammen; die Begegnung war von Langbehn, einem Freund von Popitz, und dem persönlichen Adjutanten Himmlers, Karl Wolff, arrangiert worden.⁶⁵ Während der Begegnung fragte Popitz Himmler, wie er über eine «Einschränkung» der Regierungsgewalt Hitlers denke, und erklärte weiter, dass Hitler «überlastet» sei und man ihm die «Last der Verantwortung» abnehmen müsse. Nach den Worten von Allen Dulles habe Himmler Popitz aufmerksam zugehört und zu verstehen gegeben, dass er dessen Idee positiv gegenüberstehe.⁶⁶

Popitz berichtete Himmler von seinen Unterredungen mit dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes, dem Schweizer Professor Burckhardt, über einen möglichen Frieden zwischen England und Deutschland. Himmler fragte, ob nach Meinung Burckhardts England und die USA bereit sein würden, mit Deutschland einen Separatfrieden abzuschliessen. Popitz antwortete, dass die Alliierten mit Hitler niemals Frieden schliessen würden, da er keine Verträge einhalte, dass sie aber Himmler als möglichen Verhandlungspartner anerkennen könnten.⁶⁷

Popitz berichtete Goerdeler und anderen Teilnehmern der Verschwörung ausführlich über die Ergebnisse der Unterredung und betonte, dass nach seiner Meinung Himmler im Prinzip nichts gegen die von ihm entwickelten Gedanken einzuwenden habe.⁶⁸

⁶⁴ *Geschichtsfälscher*. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Berlin 1955, S. 63 f.

⁶⁵ Später wurde Karl Wolf! von Himmler nach Rom beordert, wo er eine Verbindung zum Vatikan herstellen und über diesen den Boden für den Abschluss eines Separatfriedens mit den Westmächten sondieren sollte. Nach Äusserungen Kaltenbrunnens war Karl Wolff auf einem Empfang bei Hitler am 15. April 1944 von diesem persönlich zur Führung von Separatverhandlungen bevollmächtigt worden.

⁶⁶ Für diese Episode siehe *Dulles*, S. 204; *Ulrich von Hassell*, S. 311, 326, 338.

⁶⁷ *Ritter*, S. 548.

⁶⁸ *Gisevius*, S. 221.

Nach der Unterredung mit Popitz machte Himmler erneut erhöhte Anstrengungen, Kontakte zu den Vertretern der Westmächte herzustellen. Mit Wissen Himmlers reiste Dr. Langbehn zum zweitenmal nach Bern. Dort traf er mit britischen und amerikanischen Vertretern der Geheimdienste zusammen.⁶⁹ Für Langbehn wurde diese Reise jedoch zum Verhängnis. Das Amt VI des faschistischen militärischen Nachrichtendienstes hatte das chiffrierte Telegramm entweder der britischen oder der amerikanischen Agenten Dulles' aufgefangen, die mitteilten, dass ein Emissär Himmlers in der Schweiz eingetroffen sei, um den Boden für einen Friedensschluss zu sondieren. Von diesem Telegramm erfuhren Hitler und Bormann. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Langbehn verhaftet und später hingerichtet.

In Schweden führten die Mittelsleute Schellenbergs mit den Westmächten Verhandlungen. Im Oktober 1943 traf hier der Leibarzt Himmlers, Felix Koersten, ein. Sein schwedischer Bekannter, Graffman, vermittelte eine Begegnung mit einem amerikanischen Diplomaten. Wie Koersten mitteilt, erklärte sich dieser bereit, eine Verbindung zwischen Himmler und der USA-Regierung herzustellen. Als Voraussetzung für ein Abkommen forderte er die Erfüllung konkreter Bedingungen, und zwar: Abzug der Truppen aus den besetzten Gebieten, Festlegung der Grenzen vom Jahre 1914 (d.h. Angliederung von Elsass-Lothringen und ausgedehnten polnischen Gebieten an Deutschland), Auflösung der SS-Einheiten und der Naziartei, Durchführung von freien Wahlen in Deutschland unter amerikanischer und englischer Kontrolle, Bestrafung der Kriegsverbrecher und Errichtung der Kontrolle über die deutsche Rüstungsindustrie. Koersten übermittelte diese Bedingungen Himmler. Da diese Verhandlungen einen sehr konkreten Charakter annahmen, traf am 9. November 1943 Schellenberg persönlich in Stockholm ein. Er teilte dem amerikanischen Mittelsmann über Koersten mit, dass Himmler bereit sei, alle Bedingungen der Amerikaner anzunehmen, jnit Ausnahme des Punktes über die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Ende 1943 wurden jedoch die Verhandlungen abgebrochen, da die Amerikaner offensichtlich fürchteten, dass sie an die Öffentlichkeit dringen könnten.⁷⁰ Gerade zu diesem Zeit-

⁶⁹ Dulles, S. 208.

⁷⁰ Diese Episode wurde aus den im Jahre 1957 in New York veröffentlichten Memoiren Koerstens bekannt (vgl. *Felix Koersten*, *Memoirs 1940-1945*, New York 1957, S. 188 ff.).

punkt fand in Teheran die erste Konferenz der Regierungsoberhäupter der drei Mächte (der UdSSR, Englands und der USA) statt, auf der gemeinsame Beschlüsse über die Kriegführung und über die Prinzipien der Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit gefasst wurden. Die Fortsetzung von Separatverhandlungen mit faschistischen Vertretern war unter solchen Umständen für die amerikanischen herrschenden Kreise unmöglich.

Die drohende Katastrophe hatte also nicht nur Leute wie Goerdeler und Beck zum Nachdenken veranlasst, sondern auch Himmler und seine Clique in Angst und Schrecken versetzt.

Im November 1943 arbeitete Stauffenberg einen detaillierten Attentatsplan auf Hitler aus. Im Ergebnis der Tätigkeit Stauffenbergs (und vor ihm von Tresckows) wurden grundsätzliche Dokumente verfasst, die nach der Ermordung des Diktators veröffentlicht werden sollten. Die wichtigsten dieser Dokumente waren: 1. das Programm einer neuen Regierung⁷¹; 2. ein Aufruf an das deutsche Volk; 3. die Regierungserklärung Nr. 2; 4. ein Aufruf an die Wehrmacht⁷²; und 5. Befehle an die Wehrmacht und an die Wehrkreise⁷³. Ausserdem arbeitete der Stab der Verschwörer Entwürfe für Befehle aus, die an die Truppenteile an den verschiedenen Frontabschnitten ergehen sollten, sowie Vorlagen für verschiedene Verordnungen für die örtlichen Verwaltungen. Das Verschwörerzentrum bereitete eine umfangreiche Dokumentation vor, die später fast vollständig in die Hände der Gestapo fiel. Während der «theoretische Teil» der Verschwörung völlig gesichert war, kann, wie wir noch sehen werden, von deren praktischer Vorbereitung keine Rede sein.

Im Verschwörerzentrum begann nunmehr eine Periode des angespannten Wartens auf den «geeigneten Zeitpunkt» für die Ausführung des Attentats. Die Spannung und die Nervosität im Lager der Verschwörer nahmen beträchtlich zu, da zu dieser Zeit die Gestapo einigen Mitverschworenen auf die Spur gekommen war und die Fäden zu entwirren begann, die zum Stab der Verschwörung führten.

Bereits im April 1943 verhaftete die Gestapo Dietrich Bonhoeffer, Josef Müller und Hans von Dohnányi, die, wie bereits erwähnt

⁷¹ Vgl. Das Regierungsprogramm vom 20. Juli 1944, in: *Gegenwert*, 24. Juni 1946.

⁷² Aufruf an das deutsche Volk, Regierungserklärung Nr. 2, Aufruf an die Wehrmacht (vgl. *Pechel*, *Deutscher Widerstand*, S. 304 ff.).

⁷³ Befehl an die Wehrmacht, Befehl an die Wehrkreis-Kommandeure [*Schlabendorff*, *Offiziere gegen Hitler*, S. 136 ff.).

wurde, mit Vertretern Englands und der USA Verhandlungen über den Abschluss eines Separatfriedens geführt hatten. Sie alle standen in Verbindung mit der Verschwörergruppe in der faschistischen «Abwehr». Um zu verhindern, dass noch mehr aufgedeckt wurde, enthob Canaris die wichtigste aktive Persönlichkeit der Verschwörung in der «Abwehr», Oster, seines Postens.⁷⁴ Vorerst führten die Verhaftungen der obenerwähnten drei Mittelsleute zu keinen weiteren Enthüllungen. Das war ein Beweis, dass Himmler offensichtlich nicht daran interessiert war, ernsthafte Untersuchungen einzuleiten. Zahlreiche Tatsachen zeugen davon, dass Himmler ziemlich gut über die Aktionen der Abwehrlaute informiert war, die den Kontakt zu Vertretern Englands und der USA unterhielten. Damit erklärt sich weitgehend die Tatsache, dass der Chef der Gestapo bei allen jenen Personen aus dem Lager der Verschwörer ein Auge zu drückte, die mit England und den USA in Verbindung standen und ihm bei der Verwirklichung seiner eigenen Pläne nützlich sein konnten.

Im Januar 1944 verhaftete die Gestapo alle Mitglieder einer der Verschwörergruppen, des sogenannten Solf-Kreises. Dieser Gruppe gehörten einige ehemalige Diplomaten und höhere Beamte an.⁷⁵ Bald darauf wurde auch Helmuth von Moltke, der Führer des «Kreisauer Kreises», verhaftet, der mit einigen Mitgliedern aus dem Solf-Kreis in Verbindung gestanden hatte.⁷⁶ Die Festnahme der Verschwörer aus dem Solf-Kreis konnte zur Aufdeckung der Tätigkeit eines überaus breiten Personenkreises führen. Es ist verständlich, dass diese Verhaftungen grosse Beunruhigung im Führungszentrum der Verschwörer hervorriefen. Aus diesem Grunde forderten sie dringend zu unverzüglichem Handeln auf.

Die der Verschwörung angehörenden Generäle und Beamten wollten bei ihren Verhandlungen mit den Westmächten keineswegs als Bittsteller erscheinen, sondern weiterhin als «Machthaber». Sie hofften immer noch, dass es Deutschland gelingen werde, in den Genuss aller Früchte seiner Blitzsiege in Westeuropa zu gelangen, und bestanden bis zuletzt auf Aufrechterhaltung der «Grenzen von 1914», d.h. auf Angliederung von Elsass-Lothringen und ausgedehnten ur-eigenen polnischen Gebieten an Deutschland. Sogar nach den Nie-

⁷⁴ Gisevius, S. 268.

⁷⁵ Pechel, S. 88.

⁷⁶ Ritter, S. 365.

derlagen bei Kursk und Belgorod betrachteten sich die reaktionären Führer der Verschwörung von der Art eines Goerdeler und Popitz keineswegs als besiegt. Es bedurfte neuer Schläge der Sowjetarmee gegen die deutschen Truppen, bis selbst die Oppositionellen endgültig zur Einsicht kamen.

Die dritte Etappe in der Entwicklung der Verschwörung begann nach den erneuten Niederlagen der deutschen Truppen im Frühjahr 1944. In dieser Periode begriffen die Verschwörer, dass in absehbarer Zeit das Territorium Deutschlands selbst Schauplatz der Kampfhandlungen werden würde. Unter dem Eindruck der neuen mächtigen Offensive der Sowjettruppen gerieten die Führer der Verschwörung restlos in Verwirrung. Im März 1944 suchte Goerdeler General von Choltitz auf, der ihm von der völlig hoffnungslosen Lage an der Ostfront berichtete.⁷⁷ Zuvor hatte Jacob Wallenberg im Gespräch mit Goerdeler betont, nur wenn er sehr bald erfolgte, «hätte der Umsturz überhaupt noch einen Zweck».⁷⁸ Die Führer der Verschwörung wiederholten unentwegt, dass nur äusserst schnelle und unaufschiebbare Massnahmen die Lage retten könnten. «Unter dem Eindruck sich überstürzender Nachrichten von der Erschütterung der Ostfront...», schreibt Gerhard Ritter, «hatte Stauffenberg sich anscheinend schon Anfang Juli entschlossen, trotz aller Einwände seiner Freunde, die Tat selbst auf sich zu nehmen, um keinen Tag mehr zu versäumen.»⁷⁹

Stauffenbergs Entschluss, das Attentat selbst auszuführen, kann nicht anders denn als Verzweiflungsakt gewertet werden, da Stauffenberg zu dieser Zeit die zentrale Gestalt in der Verschwörung war und seine Verhaftung oder Ermordung hätte verhängnisvolle Folgen haben müssen. Doch Stauffenberg, der die Unentschlossenheit (und zuweilen auch Feigheit) seiner Mitverschworenen sah, setzte sich über diesen Umstand hinweg. Die Unentschlossenheit der Verschwörer hatte mehrere Ursachen, von denen der folgenden besondere Bedeutung zukommt. Einige Führer der Verschwörung hofften nach wie vor auf ein Zerwürfnis unter den Alliierten, insbesondere wegen der Verzögerung der Errichtung der zweiten Front in Europa. Die Tatsache, dass die zweite Front weder 1942 noch 1943 errichtet wurde, betrachteten sie als Beweis dafür, dass eine Spaltung der

⁷⁷ Ebenda, S. 383.

⁷⁸ Ebenda, S. 369.

⁷⁹ Ebenda, S. 397.

Antihitlerkoalition, von der die Hitlerführung träumte, möglich sei. In diesem Sinne können wir von einer Wiederholung der Ereignisse sprechen, die am Vorabend der Münchner Abmachungen im Jahre 1938 zu beobachten waren. Damals paralyisierte die Bereitschaft der Westmächte, die Tschechoslowakei zu opfern, um das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion hetzen zu können, die Aktionen der Opposition gegen Hitler und trug dazu bei, dass sich ein völliges Einvernehmen zwischen der Mehrheit der «Oppositionellen» und der Hitlerführung ergab. Die Verzögerung der Eröffnung der zweiten Front im zweiten Weltkrieg wurde in einigen Verschwörerkreisen als ein Anzeichen dafür betrachtet, dass sich das «Wunder» aus der Zeit des Münchner Abkommens wiederholen könne. Bis zur Eröffnung der zweiten Front neigten deshalb einige Führer der Verschwörung dazu, sich mit der Ausführung des Attentats auf Hitler nicht allzusehr zu beeilen.

Goerdeler berichtete Stauffenberg Anfang Juli, die Lage an der deutsch-sowjetischen Front habe sich derart verschärft, dass nunmehr schleunigst «nach vorn durchgebrochen werden müsse .. J*⁸⁰ Der zweite Führer der Verschwörung, von Tresckow, erklärte zur gleichen Zeit, dass die Truppen am Mittelabschnitt der Front völlig kampfunfähig seien und, nach seiner Meinung, die Kampfhandlungen bald nach Ostpreussen übergreifen würden. Weiter gab Tresckow bekannt, dass die sowjetischen Panzereinheiten 100 km vor dem Hauptquartier Hitlers stünden. «Wenn die Dinge in Ost und West so eindeutig standen», schrieb er später, «war sehr zu überlegen, ob wir in die Entwicklung noch eingreifen sollten, anstatt die Verantwortung sich klar herausbilden zu lassen. Ich war tief erschüttert und schlug Beck vor, dass wir beide sofort nach dem Westen fahren wollten, um mit Kluge zu sprechen und darnach zu entscheiden, ob Aktion oder nicht und welche. Beck versprach, meinen Vorschlag mit Stauffenberg zu besprechen.»⁸¹

Die Verschwörer berieten nach wie vor Pläne eines Separatabkommens im Westen, doch trugen diese Pläne bereits einen völlig anderen Charakter als einige Monate zuvor. In den Vorschlägen, die von den Verschwörern in dieser Periode ausgearbeitet wurden, war nicht mehr so sehr die Rede von einem allgemein politischen Abkommen im Westen als vielmehr von konkreten Massnahmen zur

⁸⁰ Ebenda, S. 398.

⁸¹ Ebenda, S. 399.

Herstellung von Kontakten zwischen den Oberbefehlshabern der deutschen Truppen an der Westfront und den Stäben der englischen und amerikanischen Truppen. Gleichzeitig kam bei den deutschen Militärs der Gedanke auf, die Front im Westen zu öffnen, d.h. jeden Widerstand dort aufzugeben, damit die Truppen Englands und der USA die deutsche Grenze früher erreichten als die sowjetischen Truppen. In einigen Verschwörerkreisen entstand damals sogar der Gedanke, den Putsch mit Hilfe der englischen und amerikanischen Truppen durchzuführen.

Ende März und Anfang April 1944 unternahmen Goerdeler und Beck einen weiteren Versuch, Kontakt mit den Westmächten aufzunehmen. Über Gisevius, der 1943 zum Vizekonsul in Zürich ernannt worden war, setzten sie sich mit Allen Dulles in Verbindung. Beck und Goerdeler schlugen vor, in Separatverhandlungen mit den USA einzutreten, jeden Widerstand gegen die amerikanischen und englischen Truppen einzustellen und damit später die Landung alliierter Truppen in Frankreich zu erleichtern. Sie versicherten, dass die Oberbefehlshaber an den Hauptabschnitten der Westfront, Rundstedt und Falkenhausen, aus diesem Anlass entsprechende Befehle an ihre Truppen erteilen würden. Mehr noch, die Führer der Verschwörung versprachen, Massnahmen zu ergreifen, um Luftlandtruppen Englands und der USA in allen «Schlüsselstellungen in Deutschland zu empfangen». Es ging also nicht nur darum, die Front im Westen zu öffnen, sondern auch darum, den Engländern und Amerikanern bei der Besetzung deutschen Territoriums zu helfen, um den siegreichen Vormarsch der Sowjetarmee zu behindern. Erst danach sollte die neue deutsche Regierung (d.h. die Regierung Goerdeler-Beck) die Friedensverhandlungen mit Vertretern Englands und der USA beginnen.⁸²

Vorschläge von der gleichen Art wurden Gisevius Anfang 1944 auch von anderen Verschwörern übergeben, die er aber in seinen Memoiren nicht namentlich nennt. In diesen Vorschlägen war vorgesehen, drei Luftlanddivisionen der englischen und amerikanischen Truppen im Raum Berlin landen zu lassen, wobei darauf hingewiesen wurde, dass der Kommandant von Berlin sie persönlich empfangen werde. Weitere alliierte Truppen sollten im Raum Hamburg und Bremen landen. Schliesslich betonten die Verfasser dieser

⁸² Dulles, S. 171.

Vorschläge, dass sie bereit seien, eine weitere Landung alliierter Truppen an der französischen Küste zu erleichtern.

Stauffenberg selbst unternahm seinerseits ebenfalls Schritte, um mit den Westmächten in Verbindung zu treten. Vor der Gestapo sagte Goerdeler nach seiner Verhaftung aus, dass er im Juni 1944 mit Stauffenberg eine Unterredung hatte, in der Stauffenberg ihm sagte, dass er Churchill unmittelbar über die Pläne der Verschwörer informiert habe. Diese Mitteilung war einem Mittelsmann, dem Regierungspräsidenten in Potsdam, Bismarck, übergeben worden, der sie seinerseits an Wallenberg weiterleitete. Goerdeler berichtete ferner, Stauffenberg habe ihm am 18. Juli erneut mitgeteilt, dass er eine unmittelbare Verbindung zu Churchill hergestellt hätte.⁸³ Einige westdeutsche Historiker behaupten, dass Stauffenberg in diesen Tagen versucht habe, auch mit dem Stab Eisenhowers in Verbindung zu treten.

Es muss jedoch betont werden, dass diese Mitteilungen über die Aktionen Stauffenbergs in den Tagen vor dem Attentat überaus unklar und unzuverlässig sind, um so mehr, als von Stauffenberg keine konkreten Vorschläge an die Westmächte gerichtet wurden. Es ist am wahrscheinlichsten, dass die Versuche, um jeden Preis Beweise für einen prowestlichen Kurs Stauffenbergs zu finden, lediglich dazu dienen sollen, die völlig unbezweifelbare Tatsache abzuschwächen, dass es Stauffenberg zu dieser Zeit bereits für notwendig hielt, nicht nur mit den Westmächten, sondern hauptsächlich auch mit der Sowjetunion Verbindung aufzunehmen. Da diese Tatsachen aber der Konzeption einiger westdeutscher Historiker zuwiderlaufen, die Stauffenberg als den «Vorgänger» der gegenwärtigen Ideologen der gegen die Sowjetunion gerichteten «europäischen Integration» preisen, versucht die reaktionäre Geschichtsschreibung Westdeutschlands, alle Angaben über Verbindungen Stauffenbergs mit dem Westen aufzubauschen und häufig sogar zu fälschen. In Wirklichkeit unterschieden sich die Ansichten Stauffenbergs über die Aussenpolitik einer künftigen deutschen Regierung beträchtlich von den Ansichten der Goerdeler-Beck-Gruppe; sie zeichneten sich durch grossen Realismus und Verständnis für die wahren Interessen Deutschlands aus.

Es ist interessant festzustellen, dass zu dieser Zeit auch Himmler erneut eine verstärkte Tätigkeit an den Tag legte. Einer der Freunde

⁸³ Ritter, S. 389.

des persönlichen Adjutanten Himmlers, ein gewisser Siedersleben, bat Wallenberg telegrafisch um eine Zusammenkunft in Stockholm. Wallenberg teilte jedoch telegrafisch mit, dass er zu der gegebenen Zeit nicht anwesend sein werde. An der Unterredung Siederslebens mit Wallenberg sollte einer der Verschwörer, der ehemalige Staatssekretär Planck, teilnehmen. Das zeugt wiederum von den engen Verbindungen zwischen Himmler und den Verschwörern in allen Angelegenheiten, die Separatverhandlungen mit Vertretern Englands und der USA betrafen.⁸⁴

Die neuen Pläne der Verschwörer – die Front vor den alliierten Truppen im Westen zu öffnen – erforderten die Zustimmung der Befehlshaber der Frontabschnitte. Zu diesem Zweck wurden Beauftragte der Verschwörer nach Frankreich entsandt, die sich mit den Befehlshabern der deutschen Truppen an der Westfront in Verbindung setzen sollten. Grosse Hoffnungen setzten die Verschwörer in dieser Hinsicht auf Feldmarschall Rommel.

Zum ersten Mal war von den Verschwörern im Februar 1944 eine Verbindung zu Rommel hergestellt worden. Im Auftrag der Führer der Verschwörung wandte sich ein alter Bekannter Rommels, der ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Karl Strölin, mit dem Vorschlag an ihn, sich dem Komplott gegen Hitler anzuschliessen.⁸⁵ Damals erhielt Strölin die prinzipielle Zustimmung Rommels. Im Stab Rommels begann man mit der Ausarbeitung der Waffenstillstandsbedingungen, die Eisenhower Mitte Juni überreicht werden sollten.⁸⁶ Der Plan Rommels sah vor, den Widerstand im Westen aufzugeben und alle Truppen im Osten zusammenzuziehen. Die Alliierten sollten sich verpflichten, alle Luftangriffe auf Deutschland einzustellen; die deutschen Truppen im Westen sollten bis an die Grenzen Deutschlands zurückgehen, während im Osten der Krieg mit doppelter Kraft weitergeführt werden sollte.⁸⁷

Rommel befehligte damals die Heeresgruppe B, eine der beiden Heeresgruppen, die dem Oberbefehlshaber der Westfront, Feldmarschall Rundstedt, unterstanden. Am 2. Juli 1944 wurde Rundstedt von Kluge abgelöst, der, wie wir wissen, in die Pläne der Verschwö-

⁸⁴ Ebenda, S. 537.

⁸⁵ *Wheeler-Bennett*, S. 626.

⁸⁶ *Young*, S. 222.

⁸⁷ *Hans Speidel*, *Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal*, Tübingen und Stuttgart 1949, S. 91 ff.

rer eingeweiht war. Auf diese Weise ergab sich im Westen für die Verschwörer eine günstige Situation.

Kluge entsandte nach dem Antritt seines Postens den Neffen Stauffenbergs – von Hofacker – zu Beck mit der Mitteilung, dass er die militärische Lage Deutschlands für absolut hoffnungslos halte und bereit sei, sich dem Komplott anzuschliessen, wenn Hitler beseitigt werde. Am 9. Juli begab sich von Hofacker auch zu Rommel und überbrachte ihm die dringende Forderung, den Krieg im Westen möglichst schnell auf separatem Wege zu beenden.

Zur gleichen Zeit sandten die Führer der Verschwörung einen ihrer Vertrauten, Dr. Otto John, mit dem Auftrag nach Madrid, sich mit dem Stab Eisenhowers in Verbindung zu setzen und ihm die Pläne einer separaten Kapitulation im Westen mitzuteilen. John übermittelte diesen Auftrag über den amerikanischen Militärattaché in Madrid dem Stab Eisenhowers, doch erhielt er keine Antwort.⁸⁸ Das amerikanische Kommando verhielt sich zwar äusserst positiv zu den Plänen einer separaten Kapitulation im Westen, doch war es zu vorsichtig, um sich durch irgendwelche offiziellen Mitteilungen zu binden.

Mitte Juli waren im Stab Rommels die Pläne für eine separate Kapitulation im Westen bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Am 17. Juli mussten wegen einer schweren Verletzung Rommels die Pläne für ein Separatabkommen im Westen für einige Zeit zurückgestellt werden.

Es ist bezeichnend, dass Gerhard Ritter immer wieder betont, die «Opposition Rommels» habe einen völlig anderen Charakter getragen als die «Opposition Goerdelers». Ritter betrachtet offensichtlich jeden Versuch einer Identifizierung der Ansichten Rommels mit den Ansichten Goerdelers als kompromittierend für den Helden seines Buches. Und tatsächlich, wenn ein faschistischer Feldmarschall der «Opposition» angehörte, konnte erst recht nicht von «antifaschistischen Anschauungen» innerhalb der reaktionären Führung der Verschwörung die Rede sein.

Die Spannung im Führungszentrum der Verschwörung steigerte sich immer mehr. Die Verschwörer wussten, dass sofort gehandelt werden musste. Die letzten Vorbereitungen zum Attentat wurden zu Ende geführt, auch die Bombe mit Zeitzündmechanismus war angefertigt worden. Stauffenberg übte nunmehr einige Wochen lang

⁸⁸ Wheeler-Bennett, S. 651 f.

die Handhabung des Mechanismus der Bombe. Am 11. Juli 1944 traf er zu einer Beratung im Führerhauptquartier in Berchtesgaden ein. Die Bombe führte er in seiner Aktentasche mit sich. Er übte jedoch das Attentat nicht aus, da weder Himmler noch Göring auf dieser Beratung anwesend waren, die, nach den Plänen der Verschwörer, zusammen mit Hitler umgebracht werden sollten.⁸⁹ In der Nacht vom 12. zum 13. Juli fand eine Unterredung zwischen Gisevius und Stauffenberg statt. Gisevius erklärte, dass alle Hoffnungen auf den Abschluss eines Separatfriedens vor der Ausführung des Attentats gescheitert seien und was «zur Diskussion stehe, sei einzig, ob der Schlussakt von draussen oder drinnen erzwungen würde .. .»⁹⁰ Am 15. Juli wurde Stauffenberg zu einer Beratung ins Hauptquartier Hitlers nach Rastenburg gerufen. In seiner Aktentasche war wiederum eine Bombe verborgen. Doch in dem Augenblick, in dem er den Mechanismus in Gang setzen wollte, verliess Hitler den Konferenzraum.⁹¹ Zu dieser Zeit hatte der Berliner Stab der Verschwörung über verschiedene Kanäle das verabredete Stichwort «Walküre» bereits durchgegeben. Es gelang nur unter grossen Schwierigkeiten, die durch die Operation «Walküre» vorgesehenen Aktionen zum Stehen zu bringen, um bei der Gestapo keinen Verdacht zu erregen.

Danach fand in der Wohnung von Stauffenbergs Bruder in Berlin eine Beratung der nächsten Freunde Stauffenbergs statt. An der Beratung nahmen von Trott, von Hofacker, Fritz von der Schulenburg sowie Claus Stauffenberg und sein Bruder Berthold teil. Nachdem erneut die völlig hoffnungslose Lage an allen Fronten betont worden war, gelangten die Teilnehmer der Beratung zu dem Schluss, dass es notwendig sei, Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Befehlshabern der Truppen unmittelbar an den Fronten einzuleiten. Es wurde – wie aus den Protokollen des Prozesses gegen die Führer der Verschwörung hervorgeht – vereinbart, dass diese Verhandlungen «nicht nur mit den Feinden im Westen, sondern auch mit den Sowjets» zu führen seien, «wobei der alte Schulenburg (der frühere Botschafter) und der ehemalige Militärattaché in Moskau (General Köstring) als Sachkenner in die Verhandlungen eingeschaltet wer-

⁸⁹ Ebenda, S. 653 f.

⁹⁰ Gisevius, S. 308.

⁹¹ Wheeler-Bennett, S. 654.

den sollten. Nach der englisch-amerikanischen Seite wollte von Trott dabei sein.»⁹²

Das war die letzte Beratung der Verschwörer vor dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Wie wir sehen, konnten sich Stauffenberg und seine Gruppe, entgegen den Ansichten des reaktionären Flügels der Verschwörer, zu der Erkenntnis durchringen, dass die Pläne einer Spaltung der Alliierten zum Scheitern verurteilt waren und dass man die verhängnisvolle einseitige Orientierung der deutschen Politik auf den Westen aufgeben musste. Darin unterschieden sich die Ansichten Stauffenbergs und seiner Gruppe von denen der anderen Führer der Verschwörung, die den deutschen Militarismus mit Hilfe der Imperialisten der USA und Englands und durch Schaffung einer gemeinsamen Front der imperialistischen Staaten zum Kampf gegen die Sowjetunion und gegen die demokratischen Kräfte Deutschlands und Europas retten wollten.

⁹² Ritter, S. 401 f.

III. DIE VORBEREITUNG DER VERSCHWÖRUNG UND IHRE TEILNEHMER

Operation «Walküre»

Somit sind wir unmittelbar beim Höhepunkt der Verschwörung, dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, angelangt.

Stauffenberg war zum 20. Juli 1944 erneut in das Hauptquartier Hitlers nach Rastenburg¹ befohlen worden. Er sollte über den Zustand des Ersatzheeres berichten.

Am Morgen dieses Tages trafen sich auf dem Flugplatz in Rangsdorf bei Berlin Stauffenberg und sein Adjutant Werner von Haefthen mit Helmuth Stieff und seinem Adjutanten Roll. Sie brachten die Bombe mit dem Zeitzündmechanismus, die Stauffenberg wiederum in seiner Aktentasche verbarg.

Das Hauptquartier Hitlers in Rastenburg war, nach den Worten Jodls, so etwas wie ein Mittelding zwischen einem Kloster und einem Konzentrationslager. Es bestand aus einem Komplex riesiger unterirdischer Anlagen und düsteren Gebäuden. Alle Anlagen waren gut getarnt und durch eine Vielzahl von Einzäunungen von der Aussenwelt streng isoliert. Der Wagen Stauffenbergs musste auf dem Weg zum Hauptquartier zahlreiche Kontrollposten passieren, an denen alle Ankommenden durchsucht wurden.

Die Beratung war auf 13 Uhr festgesetzt worden. Doch wurde unerwartet bekanntgegeben, dass sie nicht um 13 Uhr, sondern bereits um 12.30 Uhr stattfinden würde. Die Verlegung der Beratung erfolgte, weil um 15 Uhr Mussolini, der vor etwa zehn Monaten von einem SS-Kommando unter der Führung Otto Skorzenys befreit worden war, im Hauptquartier eintreffen sollte. Ursprünglich war beabsichtigt gewesen, die Beratung im Luftschutzbunker durchzuführen; doch im letzten Moment wurde sie, auf Anordnung Hitlers, in die Baracke verlegt, in der die Stabskarten aufbewahrt wurden. Die Verlegung des Beratungsortes sollte sich für Hitler günstig auf den Ausgang des Attentats auswirken. Die Explosionswelle, die im Luftschutzbunker alles Lebende vernichtet hätte, wurde in den Räu-

¹ Die Darstellung der Ereignisse in Rastenburg stützt sich auf folgende Quellen: *Kurt Assmann*, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1956, S. 433; *Adolf Heusinger*, Befehl im Widerstreit, Stuttgart 1950, S. 357; *Dulles*, Verschwörung in Deutschland, S. 20; *Görlitz*, Der deutsche Generalstab; *Hans Royce*, 20. Juli 1944, Bonn 1952.

men der Baracke, in der die Beratung stattfand, beträchtlich abgeschwächt.

Auf dem Weg zur Baracke gelang es Stauffenberg, sich für einige Minuten in eines der dem Sitzungssaal benachbarten Zimmer zu entfernen, wo er den Mechanismus der Bombe in Gang setzte. Um 12.40 Uhr betrat Stauffenberg den Konferenzraum und stellte seine Aktentasche neben den für ihn in der Nähe Hitlers am Tisch bereitgestellten Stuhl. Einer der Generalstabsoffiziere, Oberst Brandt, schob mit dem Fuss unwillkürlich die Aktentasche unter den Tisch und damit noch etwas weiter von Hitler weg. Zur gleichen Zeit läutete das Telefon. Es war das verabredete Klingelzeichen. Der Nachrichtenchef des Hauptquartiers Hitlers, Fellgiebel, ein Teilnehmer der Verschwörung, berief Stauffenberg in einer «dringenden Angelegenheit» ab. Stauffenberg verliess die Beratung und erklärte, dass er mit seinem Stab telefonieren müsse.

In Abwesenheit Stauffenbergs erstattete der Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, Heusinger, Bericht über die Lage an der deutsch-sowjetischen Front. Nach Heusinger sollte Stauffenberg sprechen. Keitel befahl, ihn sofort zur Beratung zurückzurufen. In dem Augenblick, in dem Heusinger die Schlussworte seines Berichtes sprach, explodierte die Bombe.

Es war 12.50 Uhr. In der Baracke hielten sich 24 Personen, darunter die Generäle Heusinger, Korten (Chef des Führungsstabes der Luftwaffe), Bodenschatz, Schmunt, Scherff, Buhle, Warlimont, Jodl, Vizeadmiral Puttkamer u.a., auf. Durch die Explosion wurde der Stenograph Hitlers, Berger, sofort getötet. Die Generäle Schmunt, Korten und Oberst Brandt wurden schwer verwundet und erlagen kurz darauf ihren Verletzungen. General Bodenschatz und Oberst Borgmann (Hitlers Adjutant) wurden schwer verwundet. Hitler selbst kam jedoch mit leichten Verletzungen und Verbrennungen davon. Seine rechte Hand wurde vorübergehend gelähmt. Doch blieb er am Leben und konnte bereits zwei Stunden danach den im Hauptquartier eintreffenden Mussolini empfangen.

Stauffenberg und sein Adjutant von Haefthen hatten die Flamme der Explosion gesehen und waren überzeugt, dass Hitler umgekommen sei. Sie passierten ungehindert die Posten, und bereits 25 Minuten nach der Explosion der Bombe starteten sie nach Berlin. Um 15.15 Uhr landete ihre Maschine auf dem Flugplatz Rangsdorf. Seit dem Attentat waren erst zweieinhalb Stunden vergangen.

Das Attentat auf Hitler war gut durchdacht und sorgfältig vorbereitet worden. Trotz äusserster Schwierigkeiten konnte es ausgeführt werden. Doch mit der Vorbereitung des Attentats selbst waren die Aktionen zur Durchführung des Staatsstreichs im Wesentlichen erschöpft. Die gesamte Tätigkeit der Verschwörer hatte sich auf die Aufstellung des Planes für das Attentat und auf die Abfassung der programmatischen Dokumente beschränkt. Anscheinend glaubten sie, dass diese Dokumente imstande seien, einen geradezu wunderbaren Einfluss auf den weiteren Verlauf des Staatsstreichs auszuüben. Während bei der Vorbereitung des Attentats der Einsatz der Menschen sorgfältig durchdacht war, waren für die dem Attentat folgenden Stunden keine solchen Massnahmen getroffen worden. Es wurde alles dem Selbstlauf überlassen.

Es ist selbstverständlich, dass das Attentat, sogar im Falle eines «Staatsstreichs», nur als Signal für weitere Aktionen dienen konnte. Doch was sollte nun weiter geschehen? Die Dokumente der Verschwörer beweisen, dass sie sich darüber selbst nicht ganz im klaren waren. Die Tatsache der Ermordung Hitlers erschien ihnen offensichtlich ausreichend, damit die Macht in ihre Hände überging.

Die Verschwörer hatten kein konkretes Aktionsprogramm für die Zeit nach der Ermordung Hitlers ausgearbeitet. Sie hatten kein klares Ziel, das sie hätten verkünden können, um die Massen aufzurufen, sich gegen das Hitlerregime zu erheben und die neue Macht zu unterstützen. Die Verschwörer fürchteten die Volksmassen und waren gegen eine revolutionäre Ablösung der Macht und gegen die Schaffung eines antifaschistischen Regimes. Ohne klares Programm, das sie dem Programm Hitlers hätten entgegensetzen können, gerieten sie in die Isolierung, wodurch es den Faschisten entscheidend erleichtert wurde, mit ihnen abzurechnen.

In der nazistischen Führungsspitze herrschte nach dem Attentat auf Hitler zunächst völlige Ratlosigkeit. Hitler und seine Clique überwandern jedoch sehr schnell die allgemeine Verwirrung und trafen entschlossene Massnahmen zur Unterdrückung der Verschwörung. Im Hauptquartier Hitlers in Rastenburg wurde eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Fast alle faschistischen Machthaber trafen hier ein, um Massnahmen zur Unterdrückung der Verschwörung zu beraten. Dann wurde sofort Himmler nach Berlin entsandt, um die Strafmassnahmen einzuleiten. Das Hauptquartier Hitlers setzte sich

mit allen Heeresgruppen in Verbindung und erteilte ihnen Befehl, alle in die Verschwörung verwickelten Personen zu verhaften.² Demgegenüber herrschte im Berliner Stabsquartier der Verschwörer völlige Sorglosigkeit. Sie erwarteten die Nachricht aus dem Hauptquartier, dass Hitler getötet worden sei. Wie zuvor verabredet, sollte der Nachrichtenchef des Hauptquartiers Hitlers, Fellgiebel, sofort nach der Explosion der Bombe dem Stab der Verschwörung in Berlin die Ergebnisse des Attentats durchgeben und dann sofort das Nachrichtennetz des Hauptquartiers ausser Betrieb setzen, um das Hauptquartier von den Armeestäben an den verschiedenen Frontabschnitten und vom rückwärtigen Gebiet abzuschneiden. Dieser Auftrag wurde jedoch von Fellgiebel nicht erfüllt. Die erste Nachricht, die er über die Nachrichtenkanäle des Hauptquartiers durchgab, begann mit den Worten, dass etwas Furchtbares geschehen sei, der «Führer» aber lebe. Diese Nachricht rief im Lager der Verschwörer höchste Verwirrung hervor. Erst am Abend (um 18.20 Uhr) setzte sich Fellgiebel direkt mit Berlin in Verbindung und gab bekannt, dass der Diktator am Leben geblieben sei.

Entscheidende Stunden, in denen die faschistische Führungsspitze fast völlig gelähmt war und die für praktische Massnahmen hätten genutzt werden müssen, hatte man durch fruchtloses Abwarten vergeudet. In der Bendlerstrasse in Berlin hatten sich die Führer der Verschwörung eingefunden. In Abwesenheit Stauffenbergs leiteten Olbricht und sein Stabschef Mertz von Quirnheim alle praktischen Massnahmen. Mittags waren Hoepner und Feldmarschall von Witzleben eingetroffen, anwesend waren ausserdem noch Beck und zwei seiner Adjutanten, Graf von Schwerin-Schwanefeld und Ludwig von Hammerstein (Sohn des Generals von Hammerstein). Schliesslich schlossen sich den Führern der Verschwörung auch die jungen Offiziere Yorck von Wartenburg und Berndt von Haefthen (Bruder des Adjutanten Stauffenbergs) an.³

Die Zeit, bevor die Ergebnisse des Attentats auf Hitler bekannt wurden, verstrich ungenutzt. Die erwartete Nachricht erhielt man nicht von Fellgiebel sofort nach dem Attentat, sondern erst nach

² Dazu siehe Goebbels – The Man Next to Hitler, bling the Diaries of Rudolph Scmmler. London 1947, S. 141 (im Folgenden zitiert: Goebbels – The Man Next to Hitler); *Alben Zoller*, Hitler privat, Erlebnisbericht seiner Geheime sekretärin, Düsseldorf 1949, S. 184; *Paul Schmidt*, Statist auf diplomatischer Bühne. 1925-1945, Bonn 1949, S. 582.

³ Siehe die Aussagen Witzlebens, Hoepners, Yorck v. Wartenburgs und Hases vor dem Volksgerichtshof; vgl. auch *Gisevius*, Bis zum bitteren Ende, Bd II, S. 558.

einigen Stunden von Stauffenberg aus Rangsdorf, wohin er aus dem Hauptquartier Hitlers zusammen mit Haeflten zurückgekehrt war. Erst danach, d.h. ungefähr um 16 Uhr, wurde das verabredete Stichwort «Walküre» durchgegeben. Daraufhin begannen die Verschwörer entsprechend dem früher ausgearbeiteten Operationsplan zu handeln und versuchten vor allem, die entscheidenden Positionen in Berlin zu besetzen. Etwas später (um 16.30 Uhr) trafen im Stab der Verschwörer auch Stauffenberg und Haeflten ein. Die Leitung der Operationen der Verschwörer übernahm Stauffenberg.

Zu dieser Zeit war jedoch bereits bekannt, dass das Attentat misslungen war. Der Befehlshaber des Ersatzheeres Fromm setzte sich mit dem Hauptquartier Hitlers in Verbindung und erhielt von Keitel die Bestätigung, dass der «Führer» am Leben sei. Daraufhin versuchte er, die Führer der Verschwörung, die sich in seinem Stab versammelt hatten, festzunehmen. Doch den Verschwörern gelang es, ihn zu entwandfnen und zu verhaften. Ebenso verfahren sie mit dem Befehlshaber des Wehrkreises III, Kortzfleisch, der sich gegen die Verschwörer aufgelehnt hatte, sowie mit dem SS-Oberführer Piff-rader, seinem Adjutanten und zwei Kriminalbeamten. Schliesslich isolierten sie eine Gruppe von Offizieren des Stabes des Ersatzheeres mit Oberst Heyde an der Spitze, die erklärt hatten, dass sie weiterhin zu Fromm stehen würden, und sperren sie in einem Zimmer im Stab des Ersatzheeres ein.⁴

Nach der Auslösung des verabredeten Stichwortes «Walküre» waren in Berlin und in anderen Orten Aktionen zur Realisierung des Staatsstreichs eingeleitet worden. Aber auch hierbei liessen die Verschwörer eines der wichtigsten Glieder in der Kette der Massnahmen ausser acht, die den Erfolg der Verschwörung hätten gewährleisten können. Sie unterliessen es, den Rundfunk unter ihre Kontrolle zu bringen. Das nutzte Goebbels aus und verbreitete über den Rundfunk die Nachricht, dass das Attentat auf den «Führer» gescheitert sei und Hitler selbst später eine Rede an das deutsche Volk halten werde.

Der Stadtkommandant von Berlin, Hase, der – wie wir wissen – zu den Verschwörern gehörte, mobilisierte die Militärschulen, um einige lebenswichtige Zentren in Berlin zu besetzen. Hase gelang es jedoch nicht, mit diesen Truppen das Regierungsviertel der Stadt einzunehmen.

⁴ *Wheeler-Bennett*, S. 672 f.

In den Plänen der Verschwörer war vorgesehen, das Regierungsviertel durch das Wachbataillon «Grossdeutschland» unter dem Befehl von Major Remer besetzen zu lassen. Remer, der den entsprechenden telefonischen Befehl vom Kommandanten erhielt, marschierte auch mit seinem Bataillon zum Regierungsviertel und isolierte es vom übrigen Teil Berlins. Remer machte dem Kommandanten darüber Meldung, doch er hegte Zweifel daran, dass diese Aktion auf Befehl des «Führers» unternommen worden war. Um 19.00 Uhr liess ihn Goebbels zu sich kommen und verband ihn mit dem Hauptquartier Hitlers. Hitler selbst kam ans Telefon und befahl Remer, die Verschwörung zu unterdrücken.⁵ Er beförderte Remer bei dieser Gelegenheit telefonisch zum Oberst (später wurde Remer für seine Teilnahme an der Unterdrückung der Verschwörung zum General befördert). Nach dem Erhalt des Befehls von Hitler setzte Remer sein Bataillon zur Bendlerstrasse in Marsch, um den Stab der Verschwörer zu besetzen.

Im Stab der Verschwörung herrschte zu dieser Zeit bereits völlige Verwirrung und Fassungslosigkeit. Von den verschiedenen Frontabschnitten gingen Mitteilungen darüber ein, dass sich die Generäle weigerten, die von den Verschwörern zugesandten Befehle auszuführen, und Hitler gegenüber ihre Ergebenheit bekundeten. Die plötzliche Weigerung des Feldmarschalls von Kluge, die Aktionen gegen Hitler zu unterstützen, hinterliess einen besonders starken Eindruck bei den Verschwörern. Auf das beharrliche Zureden Stauffenbergs und Becks antwortete Kluge telefonisch, dass er nur unter der Bedingung zugestimmt habe, sich der Verschwörung anzuschliessen, dass Hitler getötet werde. Doch diese Bedingung sei nicht erfüllt. Ähnliche Nachrichten gingen von Eisebeck aus Wien und von Schaal aus Prag ein.

Als die Verschwörer im Arbeitszimmer Olbrichts versammelt waren, um die Massnahmen zu beraten, die infolge der entstandenen Situation getroffen werden mussten, stürzte Oberstleutnant Heyde mit einigen Offizieren ins Zimmer, die sich hatten befreien können, da sie von niemandem bewacht worden waren. Diese Offiziere, die dem «Führer» die Treue hielten, entwaffneten die Verschwörer, befreiten Fromm und begannen, mit den Verschwörern abzurechnen. Fromm bildete an Ort und Stelle ein «Standgericht» zur Aburteilung der Verschwörer und verurteilte die «Hauptangeklagten» zum

⁵ Vgl. Goebbels – The Man Next to Hitler. S. 154.

Tode. Beck beging Selbstmord; von Stauffenberg (der während der Schiesserei mit der Gruppe Heyde verwundet worden war), von Quirnheim, Olbricht und von Haefen wurden von einem inzwischen im Stab der Verschwörer eingetroffenen Kommando des Wachbataillons Remers im Hof der Gebäude in der Bendlerstrasse erschossen. Die zweite Verschwörergruppe (Yorck von Wartenburg, Fritz von der Schulenburg, von Schwerin-Schwanefeld, der Bruder Stauffenbergs, Berthold, und der Bruder Haefens, Berndt) war ebenfalls zum Tode durch Erschiessen verurteilt worden, doch wurde die Vollstreckung des Urteils von Skorzeny, der inzwischen in der Bendlerstrasse eingetroffen war, aufgeschoben. So wurde das Komplott zerschlagen, und die Faschisten begannen, mit den Verschwörern blutig abzurechnen.⁶

Der Biograph Goebbels', Semmler, berichtet, dass sich dieser über die Aktionen der Verschwörer geäußert habe: «Es war eine Revolution am Telefon, die wir mit ein paar Gewehrscüssen niederschlugen, aber nur ein bisschen mehr Erfahrung und Gewandtheit dahinter und die Gewehrscüsse hätten das Kunststück nicht fertiggebracht.»⁷

Von den Möglichkeiten der Verschwörer bei der Ausführung der «Palastrevolution» zeugen die Ereignisse in Paris nach der Durchgabe des verabredeten Stichwortes «Walküre». Hier kam es zu jenem «unblutigen Umsturz», von dem die Verschwörer geträumt hatten. Es gelang, innerhalb einer halben Stunde die gesamte SS und den SD in einer Stärke von mehr als 2'000 Mann zu entwaffnen und festzunehmen. Die Verhaftung ging ohne jeden Zwischenfall vor sich. Das zeugt davon, dass im Hitlerschen Gewaltapparat selbst deutliche Zersetzungerscheinungen zutage getreten waren.

Der Putsch in Paris wurde vom Militärbefehlshaber in Frankreich, Karl Heinrich von Stülpnagel, und von seinen Mitarbeitern, General Boineburg-Langsfeld, Oberst von Linstow, Oberstleutnant von Teuchert, von Bargotzky u.a., durchgeführt. Die Verbindung mit dem Stab der Verschwörer in Berlin unterhielt der Neffe Stauffenbergs, von Hofacker.

Stülpnagel befahl die Festnahme der Angehörigen der SS und des SD, als bereits bekannt war, dass das Attentat missglückt war. Er rechnete damit, dass die Verschwörer eines der Hauptziele der Ver-

⁶ Ausführlicher siehe in: *Die Neue Zeitung*, 4. Februar 1946.

⁷ Goebbels – The Man Next to Hitler, S. 138.

schwörung, den Abschluss eines Separatfriedens mit den Westmächten, erreichen könnten. Die Verhaftung der SS-Leute wurde von der 1. motorisierten Infanteriedivision vorgenommen. Doch von Kluge, der Oberbefehlshaber der Truppen an der Westfront, distanzierte sich eiligst von den Aktionen von Stülpnagels und sandte an Hitler eine Ergebniseadresse. Er ordnete an, die Befehle von Stülpnagels aufzuheben. Dies geschah, und um zu verhindern, dass die Wahrheit über diese Vorgänge ans Tageslicht kam, wurde vereinbart, die Massnahmen von Stülpnagels als eine «Übung» darzustellen, in deren Verlauf die Truppen die Angehörigen der SS und des SD entwaffnen sollten. Alle Festgenommenen wurden wieder freigelassen. Die Operation «Walküre» in Paris hatte restlos Schiffbruch erlitten.⁸

Am folgenden Morgen wurde von Stülpnagel nach Berlin beordert. Auf dem Wege nach Deutschland versuchte er, seinem Leben ein Ende zu machen. Doch der Selbstmordversuch misslang. Stülpnagel wurde nach Berlin gebracht und dort von Gestapoleuten gehängt. Die Treuebekundungen für Hitler retteten weder Kluge noch Fromm: Kluge wurde abgesetzt und nach Berlin berufen, auf dem Wege dahin nahm er Gift; Fromm wurde verhaftet, von der Gestapo grausam gefoltert und später wegen «Feigheit» und «Verrat» hingerichtet. Die Handlungsweise Kluges und Fromms, zweier Generäle, die sich zu den Verschwörern zählten, ist kennzeichnend für das Verhalten einer grossen Gruppe von Offizieren, die sich eiligst von der Verschwörung distanzieren, als bekannt wurde, dass das Attentat missglückt war. Einige Historiker versuchen, diese Handlungsweise unter Berufung auf «Pflichttreue» und «Treueid» zu verteidigen. Der bekannte englische Publizist E. Crankshaw erteilt solchen Versuchen in seinem Buch «Die Gestapo» die entsprechende Abfuhr. Crankshaw schreibt zum Verhalten Kluges: «Nicht wegen seines ‚Treueides‘. Nicht wegen, sondern trotz seiner ‚Soldatenehre‘. – Einfach deswegen, weil er Angst hatte .. . Von Kluge entliess dann die Gestapo aus dem Gefängnis und erhob keine Einwände dagegen, dass sein alter Kamerad von Stülpnagel verhaftet und später ... von der Gestapo gehängt wurde.»⁹

Crankshaw schätzt die Geschichte der «Generalsopposition» ins-

⁸ Speidel, S. 142 ff.; Wilhelm von Schramm, Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953, S. 89 ff.

⁹ Edward Crankshaw, Die Gestapo, Berlin 1959, S. 235.

gesamt und besonders das Verhalten der Generalität nach dem Misslingen der Verschwörung ein und schreibt: «Es ist eine Geschichte nicht der Ehre, sondern der Unehre. Gewann bei den Generalen der Gedanke die Oberhand, Hitler führe sie dem Unheil entgegen, war ein ganz erstaunlich grosser Teil von ihnen immer wieder bereit, mit den wenigen standhaften und aufrechten Verschwörern über Mittel und Wege zu verhandeln, sich ihres Führers zu entledigen. Schien Hitler Erfolg zu haben, erinnerten sich dieselben Männer immer wieder von neuem ihres Treueides. Als es dem Ende zuing..., wurde ihre unschlüssige zu einer im höchsten Grade unsauberen Haltung.»¹⁰

So wird das Verhalten der Generalität in diesen entscheidenden Tagen von einem der bekanntesten englischen Publizisten eingeschätzt, den man keineswegs einer Sympathie für den Kommunismus verdächtigen kann. In den Tagen, in denen besondere Entschlossenheit und Konsequenz erforderlich gewesen wären, zog es ein grosser Teil der Verschwörer aus dem Offizierskorps vor, kampfflos und widerstandslos vor den Faschisten zu kapitulieren; und manche der Offiziere leisteten später sogar den Gestapoleuten Helfersdienste, als diese mit den Gefährten aus der Verschwörung abrechneten. Nur wenige erwiesen sich als standhafte Patrioten und tapfere Kämpfer gegen die Hitlerlyrannei. Ihre Haltung konnte jedoch den Gesamtcharakter der Verschwörung nicht mehr verändern.

Der Klassencharakter und die Klassenbedingtheit der Verschwörung

Die westdeutschen Historiker haben nicht wenig Anstrengungen gemacht, um zu beweisen, dass die Verschwörung «über den Klassen» gestanden habe. Sie negieren zum grössten Teil die Tatsache, dass die Verschwörer die Interessen bestimmter Klassen Hitlerdeutschlands, genauer gesagt, bestimmter Schichten der deutschen Bourgeoisie und der Junker vertreten haben. Professor Hans Rothfels schreibt beispielsweise über die Motive der Führer der Verschwörung: «Der Einsatz» (in der Verschwörung – d. Verf.) «und das Sterben solcher Männer war nicht von Interessen einer Klasse bestimmt, sondern bezeugt eine Auflehnung von Individuen, die

¹⁰ Ebenda, S. 233.

den echten Geboten konservativer Gesinnung und christlicher Frömmigkeit folgten.»¹¹

An einer anderen Stelle seines Buches betont er,..... dass die Motive der militärischen Opposition, soweit sie uns hier angehen, weder von rein beruflicher noch von klassenbedingter Art waren.»¹² Rothfels erklärt zur Haltung Goerdelers: «Es ging ihm um die Wiederherstellung der grundlegenden Werte menschlichen Daseins.»¹³ Von «rein idealistischen» Motiven der Verschwörer schreibt auch Gerhard Ritter. Er zitiert die Worte Goerdelers, dass das Ziel der Ablösung der Macht in Deutschland die Wiederherstellung der Trennungslinien zwischen «Ehre» und «Unehre», zwischen «Moral» und «Unmoral» sein müsse.

Doch welche «hohe moralische Prinzipien» die Führer der Verschwörung auch immer gehabt haben mögen und von welchem hohem humanem und ehrlichem Antrieb sich einige patriotisch gesinnte Teilnehmer der Verschwörung auch immer haben leiten lassen, die Klassenbeschränktheit ihrer Handlungen bleibt eine objektive Tatsache. Anders konnte es auch nicht sein. Die Verschwörer wirkten in einem bestimmten sozialen Milieu, ihr Verhalten und ihre Pläne wurden von dem politischen und sozialen Kampf im faschistischen Deutschland bestimmt. Was die Verschwörung im Ganzen betrifft, so war ihre Entstehung und Entwicklung eine Widerspiegelung der schweren politischen Krise, von der das gesamte Deutsche Reich, vor allem aber die Hitlerclique, am Vorabend ihres Untergangs erfasst worden war. Der Führungskern der Verschwörer, der sich um Menschen wie Goerdeler, Hassell, Popitz u.a. gruppierte, setzte sich aus Vertretern jenes Flügels der monopolistischen Bourgeoisie zusammen, der die Unvermeidlichkeit der Niederlage des faschistischen Deutschlands erkannt hatte und nach Wegen und Methoden suchte, um die Macht des Monopolkapitals auch nach Beendigung des Krieges aufrechtzuerhalten.

Hätten die Verschwörer nicht die Interessen bestimmter Schichten im faschistischen Deutschland vertreten, so wären sie für die nazistischen Führungsspitzen ungefährlich gewesen. Mit einer «Handvoll Idealisten» wäre der Hitlersche Gewaltapparat ohne alle Schwierigkeiten und Erschütterungen fertig geworden. Doch der grosse Um-

¹¹ Rothfels, S. 98.

¹² Ebenda, S. 91.

¹³ Ebenda, S. 94.

fang der Verschwörung und die Teilnahme von angesehenen Vertretern verschiedener Gruppen der herrschenden Klasse Deutschlands zeugen davon, dass bedeutende politische Kräfte hinter ihr standen. Die wichtigsten führenden Persönlichkeiten der Verschwörung vertraten nicht einfach «sich selbst» und ihre «abstrakten Ideen», sondern sie brachten die Anschauungen und Bestrebungen bestimmter Schichten des herrschenden Lagers zum Ausdruck, die in der letzten Etappe des Krieges «aussteigen» wollten und einen Ausweg aus der unvermeidlichen Katastrophe suchten.

«Die gleichen Kräfte der Bourgeoisie, die Hitler mit zur Macht gebracht und die Politik des faschistischen deutschen Imperialismus unterstützt hatten, solange er militärische Erfolge hatte», schreibt Walter Ulbricht, «versuchten beim Herannahen der Niederlage einen Ab sprung aus dem Zuge, der dem Abgrund zueilte, um die Grundlagen der monopolkapitalistischen Herrschaft zu retten.»¹⁴

Es ist noch nicht detailliert erforscht, welcher Teil der monopolistischen Bourgeoisie das «sinkende Schiff» Hitlers verlassen wollte und begann, die Verschwörung aktiv zu unterstützen. Zweifellos war diese Unterstützung aber die Ursache dafür, dass Leute wie Goerdeler, Popitz und Schacht gegen Hitler auftraten und dass sie versuchten, eine Ablösung der Macht in Deutschland herbeizuführen. Gerade diese Leute haben den Klassencharakter und damit das Gesamtbild der Verschwörung des 20. Juli 1944 bestimmt. Das bedeutet aber nicht, dass es im Lager der Verschwörer nur «Agenten der Monopole» gab, keineswegs. Zu der Verschwörung stiess eine grosse Zahl von fortschrittlichen und patriotisch gesinnten Menschen, die nicht nur eine «Ablösung der Macht», sondern auch die Vernichtung des Faschismus und den Sieg der Demokratie in Deutschland anstrebten. Die Tatsache, dass an der Verschwörung antifaschistisch gesinnte Persönlichkeiten teilnahmen, die aus verschiedenen Klassen und Schichten des deutschen Volkes stammten, wird von reaktionären westdeutschen Historikern ausgenutzt, um die wahren Ziele der Führer der Verschwörung zu verschleiern.

Es ist selbstverständlich, dass eine Erscheinung wie die weitverzweigte Verschwörung gegen Hitler im faschistischen Deutschland gegen Ende des Krieges nicht simplifiziert werden darf. Sie stellt einen kofriplizierten politischen Komplex dar, in dem eine Vielzahl

¹⁴ *Walter Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, S. 39.*

widerspruchsvoller Klasseninteressen und anderer politischer Interessen verflochten waren. Trotzdem dürfen wir aber nicht die Triebkräfte der Verschwörung ausser acht lassen, die ihren Charakter bestimmten. In diesem Zusammenhang müssen die Verbindungen der monopolistischen Kreise und der Junker zur Verschwörung sorgfältig untersucht werden sowie die Rolle, die sie bei der Bestimmung des Programms der Verschwörer, ihrer Nachkriegspläne, ihrer aussenpolitischen Orientierung usw. gespielt haben.

Besonders deutlich treten diese Verbindungen zutage, wenn man die Position und das Programm des «bürgerlichen Führers» und wichtigsten «Theoretikers», des Verfassers der hauptsächlichsten programmatischen Dokumente, Carl Goerdeler, untersucht.

Carl Goerdeler stand schon vor dem Machtantritt des Faschismus in enger Verbindung zu den grossen deutschen Konzernen sowohl in Mitteldeutschland als auch an Rhein und Ruhr. Er gehörte zu jenen Vertretern der monopolistischen Kreise in Deutschland, die sich zu den Plänen Hitlers von allem Anfang an skeptisch verhalten und empfohlen hatten, ihnen mit «Vorsicht» zu begegnen. Es existierten Kreise, welche die abenteuerlichen Unternehmungen der Faschisten fürchteten und mit deren Methoden der Terrorherrschaft nicht einverstanden waren.

Der Biograph Goerdelers, Gerhard Ritter, beschreibt ausführlich dessen Verbindungen zu dem ehemaligen Reichskanzler Brüning. Beide, Brüning und Goerdeler, kritisierten das nach ihrer Meinung allzu abenteuerliche Programm Hitlers. Brüning hatte Goerdeler zum «Reichspreiskommissar» ernannt; diesen Posten behielt Goerdeler auch unter Hitler bis Juli 1935. Im darauffolgenden Jahr wurde Goerdeler wieder Oberbürgermeister von Leipzig; er trat jedoch 1936 von jeder offiziellen politischen Tätigkeit zurück. Es geschah aus Protest gegen das Hitlersche Aufrüstungsprogramm, das ihm zu radikal war.¹⁵

Die «Opposition» Goerdelers gegen das Hitlerregime datiert seit dem Jahre 1936. Im gleichen Jahr erhielt Goerdeler den Posten eines Beraters des rheinischen Grossindustriellen Bosch. Er stellte auch enge Verbindungen zum Krupp-Konzern her. Nachdem Goerdeler als Reichspreiskommissar und Oberbürgermeister von Leipzig zurückgetreten war, wollte ihn Krupp zu einem seiner Direktoren ernennen. Die Intervention Hitlers verhinderte dies jedoch. Darauf-

¹⁵ Rothfels, S. 62.

hin bot Krupp Goerdeler den Posten eines Emissärs für Auslands-Verbindungen der Firma an. Zwischen ihnen wurde ein formloses Abkommen getroffen, wonach die Friedrich Krupp AG Goerdelers Reisen ins Ausland finanzieren und Goerdeler dabei bestimmte Aufträge der Firma erledigen sollte. Schliesslich muss noch auf die nicht unwichtige Verbindung Goerdelers zu einem weiteren rheinischen Grossindustriellen hingewiesen werden, zu Paul Reusch, dem Direktor der Guten-Hoffnungs-Ilütte. Um Krupp, Bosch und Reusch gruppierten sich jene Monopolisten, die sich Hitler gegenüber «kritisch» verhielten, weil sie fürchteten, dass der faschistische Diktator eine Katastrophe über Deutschland heraufbeschwören könnte. Besonders eng waren die Beziehungen Goerdelers zu Bosch. Die Firma Bosch verfügte über ausgedehnte Beziehungen zum Ausland und zählte in Deutschland zu den grössten Monopolen. Robert Bosch war der Besitzer einer der grössten Elektrokonzerne Europas, sein Bruder Karl gehörte dem Verwaltungsrat der «IG Farben-Industrie AG an. Robert und Karl Bosch betrachteten Goerdeler als ihren Beauftragten und setzten grosse politische Hoffnungen in ihn. Kein anderer als Schacht, der von diesen engen Verbindungen Goerdelers zu Bosch und Krupp wusste, schlug Goerdeler vor, politischer Repräsentant dieser monopolistischen Kreise zu werden. Dazu war, nach den Worten Schachts, vor allem notwendig, bestimmte Bekanntschaften im Ausland anzuknüpfen und seinen politischen Horizont zu erweitern. Ritter, der diesen Plan Schachts berührt, schreibt: «Das lief auf eine Art von praktischer Ausbildung zum Oppositionsführer hinaus .. .»¹⁶ Bosch, Krupp, Reusch und einige andere rheinische Industrielle, mit denen Goerdeler in Verbindung stand, betrachteten ihn als einen «politischen Führer», der ihre Interessen vertreten konnte. Auch zu den Industriellen Mitteldeutschlands (insbesondere in Sachsen) und Ostpreussens unterhielt Goerdeler enge Beziehungen. Einer der nächsten Freunde Goerdelers, der ihm ständige Hilfe erwies, war der Präsident des Sächsischen Industriellenverbandes und Generaldirektor der Aktiengesellschaft «Sachswerke», Wittke. Als Oberbürgermeister von Leipzig hatte Goerdeler auch zu dem grössten Teil der übrigen Industriellen Sachsens, insbesondere der elektrotechnischen und chemischen Industriezweige, Verbindung hergestellt. Schliesslich muss von den deutschen Grossindustriellen, die Goerdeler als ihren Beauftragten betrachte-

¹⁶ Ritter, S. 153.

ten, auch noch der «Braunkohlenkönig» und Grossgrundbesitzer Wenzel-Teutschental genannt werden.

Die Liste der Industriellen, die mit Goerdeler unmittelbar in Verbindung standen, ist mit den angeführten Namen noch nicht erschöpft. Die rheinisch-westfälischen Industriellen und die Industriedynastien Mitteldeutschlands sahen in ihm einen Mann, der fähig war, eine elastischere politische Konzeption für das deutsche Monopolkapital auszuarbeiten als Hitler. Deshalb gewährten sie ihm nicht nur ständige finanzielle Hilfe, sondern sie trugen in jeder Weise dazu bei, dass er Verbindungen mit den entsprechenden Kreisen im Ausland anknüpfen konnte, die mit den Plänen der «Opposition» sympathisierten.

Die Verbindungen der Verschwörer zu den grossen Monopolen wurden keineswegs nur über Goerdeler hergestellt. Von den Verschwörern, die fast ebensoviel Unterstützung aus Industriekreisen erhielten, müssen auch von Hassell und Popitzerwähnt werden. Alle drei hatten enge persönliche Beziehungen zu dem einflussreichen deutschen Monopolisten Freiherrn von Wilmowski, dem Schwager von Gustav Krupp von Bohlen und Haibach und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Friedrich Krupp AG. Freiherr von Wilmowski sass im Aufsichtsrat vieler einflussreicher westdeutscher Aktiengesellschaften. Ulrich von Hassell gehörte dem Aufsichtsrat des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages an und konnte auf diese Weise die Verbindungen zu vielen deutschen Industriekapitänen herstellen. Von dem Vertrauen, das die Industriellen Hassell entgegenbrachten, zeugt die Tatsache, dass er vor dem gleichen Kreis von Industriellen sprechen konnte, vor dem im Januar 1932 Hitler den deutschen Industriemagnaten seine Ansichten vortrug. Von Hassell stand weiterhin in engen Beziehungen zu dem einflussreichen deutschen Bankier Schniewind. Es ist bezeichnend, dass Goerdeler es für notwendig hielt, die Ministerliste seiner künftigen Regierung und der Regierungsbeauftragten in den Ländern gerade mit diesem Bankier abzustimmen. Zu den Verschwörern gehörten auch solche Vertreter des deutschen Monopolkapitals wie Nikolaus von Halem, ein Beauftragter der oberschlesischen Metallkonzerne, sowie der Chefsyndikus der «Lufthansa» Klaus Bonhoeffer und viele andere. Für die obenerwähnten Persönlichkeiten ist bezeichnend, dass sie noch vor dem Machtantritt des Faschismus ihre Zweifel an der Richtigkeit der Methoden Hitlers und der Realität seines Programms

zum Ausdruck gebracht hatten. Ein Historiker der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Ersil, sagt völlig zu Recht, dass: auch eine Reihe der genannten Persönlichkeiten zu jener Gruppierung der Monopolherren und Gutsbesitzer gehörte, die seinerzeit die Politik Brüning unterstützten, später unter gewissen Vorbehalten den Faschismus anerkannten und ihm zur Macht verhalfen, sich aber angesichts der drohenden Niederlage des Faschismus von Hitler wieder abwandten und sich ihrer alten «Zweifel» und «Befürchtungen» erinnerten. «Man sammelte all die unzufriedenen und besorgten Kräfte, vor allem die, die früher hinter Brüning und Papen gestanden hatten, gemeinsam mit den Nazis, die sich vom Regime loszusagen begannen, als eine Art strategischer Reservestellung», schreibt W. Ersil.¹⁷

Die mit der Politik Hitlers unzufriedenen Industriellen gruppieren sich im Wesentlichen um zwei Zentren oder Kreise. Von grösster Bedeutung war der sogenannte Reusch-Kreis, der organisatorisch keineswegs straff aufgebaut war. Er stellte vielmehr eine Art Diskutierklub dar. Die Beratungen dieses Kreises fanden gewöhnlich auf dem Gut Wenzel-Teutschental bei Halle statt. Allein die Aufzählung der Personen, die an diesen Beratungen teilnahmen, gibt eine Vorstellung, wie weit die oppositionelle Stimmung unter einem bestimmten Teil der Bourgeoisie verbreitet war. Wir sehen hier den Generaldirektor der «Vereinigten Stahlwerke AG», Alfred Vogler, den Generaldirektor des grössten elektrotechnischen Konzerns, der AEG, Bücher, ausserdem Carl Friedrich von Siemens sowie die Grossgrundbesitzer Graf Hardenberg, Wenzel-Teutschental u.a.¹⁸ Sowohl die Gutehoffnungshütte als auch andere Monopole, deren Vertreter an den Beratungen des Reusch-Kreises teilnahmen, spielten eine wichtige Rolle in der Rüstungsproduktion Deutschlands. Die Hitlerfaschisten wagten es deshalb bis zum Schluss nicht, die Tätigkeit dieses Kreises zu verfolgen. Der faschistische Rüstungsminister Albert Speer setzte sich bei der Gestapo dafür ein, dass Reusch, Vogler, Bücher, Bosch und Siemens nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Dem Ersuchen Speers wurde stattgegeben. Gerhard Ritter schreibt in diesem Zusammenhang: «Es scheint, dass die

¹⁷ Wilhelm Ersil, Zur Verfälschung des Charakters der Verschwörung vom 20. Juli 1944 durch die westdeutsche Geschichtsschreibung, in: Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin 1958, S. 383.

¹⁸ Vgl. Rothfels, S. 59; Ritter, S. 58, 521, 545.

uferlose Ausdehnung der Verfolgungen, das Auftauchen immer neuer und sehr bekannter Namen in den Reihen der Opposition den Hitler-Behörden zuletzt selbst unheimlich wurde und dass sie sich schliesslich scheuten, jede neue auftauchende Spur weiter zu verfolgen.»¹⁹ Selbstverständlich beziehen sich diese Worte nur auf die Grossindustriellen, die sogar für die Gestapo «tabu» waren.

Beim Verhör vor der Gestapo verriet Goerdeler alle seine Gönner aus den Industriekreisen in der Hoffnung, dass ihm sein Geständnis das Leben retten könne. Einige wurden daraufhin verhaftet oder von der Gestapo zum Verhör vorgeladen. Doch nur einen Teilnehmer des «Reusch-Kreises», und zwar Wenzel-Teutschental, verurteilten die Hitlerfaschisten zum Tode; die übrigen wurden entweder überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen oder bis zum Einmarsch der anglo-amerikanischen Truppen in Ehrenhaft gehalten.

Einen etwas anderen Charakter trug das zweite Zentrum, um das sich die Oppositionellen gruppieren, der «Bosch-Kreis». Seine Teilnehmer trafen sich im Hause Robert Boschs in Stuttgart. Der Gruppe gehörten der Generaldirektor der Firma Bosch, Hans Walz, der Industrielle Albrecht Fischer, Polizeidirektor Hahn, Bischof Theophil Wurm, Oberbürgermeister Karl Strölin und schliesslich einer der Führer der Verschwörung, Dr. Pechel, der ehemalige Herausgeber der «Deutschen Rundschau», an. Robert Bosch unterstützte die sogenannte Paneuropabewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi. Die paneuropäische Orientierung trat in den programmatischen Dokumenten sowohl Goerdelers als auch der anderen Verschwörer deutlich zutage. Die Industriellen finanzierten freigebig diese Pläne.²⁰

In den Versammlungen des «Bosch-Kreises» in Stuttgart wurde ebenfalls nur diskutiert. In diesen Diskussionen wurden ausführlich die Nachkriegspläne des deutschen Monopolkapitals erörtert. Bei den engen Beziehungen zwischen Goerdeler und Bosch ist es auch nicht verwunderlich, dass die Ergebnisse der Diskussionen im «Bosch-Kreis» in den von Goerdeler verfassten Dokumenten ihren Niederschlag fanden.

Oppositionelle Stimmungen waren gegen Ende des Krieges auch unter anderen Industriellen verbreitet, die unmittelbar an der Rüstungsproduktion beteiligt waren. Diese Stimmungen spiegelten

¹⁹ Ritter, S. 413.

²⁰ Ebenda, S. 151; Pechel, S. 209; Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 61 ff.

sich in den Memoranden des Chefs des Waffenamtes beim Oberkommando der Wehrmacht, General Thomas, wider. Um Thomas gruppieren sich einige Rüstungsindustrielle, darunter der stellvertretende Vorsitzende der Reichsgruppe Industrie, Stahl, u.a.²¹

Zwei Memoranden dieser Gruppe verdienen besondere Beachtung. Das erste, das Memorandum des Generals Thomas, wurde Mitte August 1939 für den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, verfasst. Es war nach ausführlichen Unterredungen mit Goerdeler, Beck und Schacht entstanden. Vor allem wurde in ihm der Gedanke an die Möglichkeit eines Blitzsieges zurückgewiesen und unterstrichen, dass der Krieg unvermeidlich einen lang andauernden Charakter annehmen werde. Ferner begründet General Thomas weit ausholend die Thesen, dass Deutschland ohne mächtige Verbündete nicht über die Mengen an Rohstoffen und Nahrungsmitteln verfügen werde, um einen sich hinziehenden «Erschöpfungs»-Krieg führen zu können.²²

Im Jahre 1942 verfasste General Thomas eine neue Denkschrift unter dem Titel «Warnruf der deutschen Wirtschaft». Diese Denkschrift war unterzeichnet vom stellvertretenden Vorsitzenden der Reichsgruppe Industrie, von einem der führenden deutschen Bankiers, Stahl, zwei Grossgrundbesitzern und von Goerdeler selbst. Nach Aussage Schlabrendorffs haben sich einige Industrielle geweigert, das Dokument zu unterzeichnen. Die Autoren der Denkschrift versuchten, im Zusammenhang mit der schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands die Aussichtslosigkeit des Krieges nachzuweisen.²³ General Thomas übermittelte das Memorandum dem Chef des Generalstabs, Haider, doch lehnte dieser es ab, irgend etwas für die Realisierung zu tun.

Beide Dokumente der Gruppe Thomas helfen mit, die Motive aufzudecken, von denen sich die Verschwörer leiten liessen. Die um Thomas gruppierten Industriellen nahmen an, dass die ökonomischen Hilfsquellen Deutschlands für die Verwirklichung der Pläne zur Errichtung der Weltherrschaft des faschistischen Deutschlands nicht ausreichen würden. Auch sie wollten die Macht der Monopole retten und machten im Zusammenhang mit den ersten Niederlagen

²¹ Vgl. *Schlabrendorff*, S. 83; *Franz Reuter*, *Der 20. Juli und seine Vorgeschichte*, Berlin 1946, S. 12.

²² *Wheeler-Bennett*, S. 468.

²³ *Ritter*, S. 341.

der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front darauf aufmerksam, dass der Krieg beendet werden müsse, bevor er Deutschland in die Katastrophe stürze.

Die deutschen Industriellen setzten alle Hoffnungen auf ein Separatabkommen mit den Westmächten. In dieser Hinsicht ist es sehr bezeichnend, dass die Pariser Verschwörergruppe, die den Entwurf eines Separatabkommens zwischen den Befehlshabern der deutschen und der englischen Truppen an der Westfront ausgearbeitet hatte, unter unmittelbarem Einfluss der Zielsetzung der Gruppe Thomas stand. Für ein Separatabkommen mit den Westmächten traten auch der leitende Mitarbeiter der Vereinigten Stahlwerke AG, Cäsar von Hofacker, der Bankier Falkenhausen (ein Verwandter des Generalgouverneurs von Belgien, General Falkenhausen), Hans Buwert, ein Neffe des Besitzers des Saarländischen Eisenkonzerns Röchling, u.a. ein. Diese Vertreter der Eisenkonzerne Deutschlands beteiligten sich aktiv an der Ausarbeitung von Plänen, die darauf abzielten, unverzüglich einen Separatfrieden mit den anglo-amerikanischen Oberbefehlshabern im Westen abzuschließen und gleichzeitig den Krieg an der deutsch-sowjetischen Front fortzusetzen.

Eine besondere Rolle spielte in der Verschwörung Hjalmar Schacht. Er gehörte zu jenen, die im Jahre 1932 und 1933 aktiv für die bedingungslose Übergabe der Staatsmacht an Hitler eintraten. Gegen Ende des Krieges erkannte er jedoch rechtzeitig die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Hitlerreiches und nahm deshalb schnell Verbindungen zu oppositionellen Kreisen auf. Einige westdeutsche Historiker versuchen abzuleugnen, dass Schacht zu den führenden Köpfen der Verschwörung gehört hat. «Auch Schacht wird man nicht eigentlich in die Gruppe der politischen Führer des Widerstandes einzureihen haben», schreibt Hans Rothfels.²⁵ Gleichzeitig gibt er aber zu: «Er war zweifellos ein tätiges Mitglied der Opposition seit 1936 ...» Rothfels erklärt, dass die Führer der Opposition ihn wegen «seines schlechten Rufes», seines Ehrgeizes und seines «Opportunismus» nicht voll in ihren Kreis aufgenommen hätten. «Offenbar wurde er von den Führern der Verschwörung in einer gewissen Distanz gehalten», meint Rothfels. Schacht schreibt aber selbst in seinen Memoiren, dass Ulrich von Hassell unmittelbar vor dem Attentat auf Hitler bei ihm die Möglichkeiten über seine Auf-

²⁴ Vgl. *Schramm*, S. 15.

²⁵ *Rothfels*, S. 100.

nahme in das Kabinett Goerdeler sondiert habe.²⁶ Allein diese Tatsache beweist doch, dass die Verschwörer Schacht trotz aller Vorbehalte bezüglich seines Rufes und seines «schlechten Charakters» als führendes Mitglied der Verschwörung betrachteten.

Die Versuche der westdeutschen Historiker, Schacht aus dem Kreis der Verschwörer herauszuhalten, erklären sich damit, dass nach ihrer Meinung seine Teilnahme an der Verschwörung diese stark kompromittieren muss, da die «profaschistischen» Anschauungen Schachts allgemein bekannt sind. Wie könnte man auch die Behauptungen dieser Historiker, dass die Verschwörung «antifaschistischen Charakter» getragen habe, damit in Einklang bringen, dass ein so bekannter Profaschist an ihr teilgenommen hat?

In Wirklichkeit hat Schacht in der Verschwörung eine wichtige Rolle gespielt. Es muss besonders hervorgehoben werden, dass er die Rolle eines Vermittlers zwischen den Verschwörern und jenen Gruppen des internationalen Finanzkapitals gespielt hat, die an der Rettung des deutschen Imperialismus interessiert waren. Schacht unterhielt enge Beziehungen zur Gruppe Canaris-Gisevius und erhielt durch diese regelmässige Informationen über die Pläne und Absichten der Verschwörer. Wie aus den Aussagen von Gisevius und Schacht während des Nürnberger Prozesses hervorgeht, hat Schacht während des Krieges in ständiger Verbindung mit Vertretern der Finanzkreise Englands und der USA gestanden.

Besonders engen Kontakt stellte Schacht zu einigen amerikanischen Bankiers, z.B. zu Leon Frazer, sowie zu dem amerikanischen Diplomaten Kirk (während des Krieges Geschäftsträger der USA in Ägypten), dem englischen Industriellen Montagu Norman und zu Allen Dulles her.

Kurz vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 hatte Schacht einige Zusammenkünfte mit Mac-Kitrick, der Frazer als Präsident der Baseler «Bank für internationalen Zahlungsausgleich» abgelöst hatte. Schacht versuchte, die englischen und amerikanischen Bankiers für den Abschluss eines «ehrenvollen Friedens» zwischen den USA und England einerseits und Deutschland andererseits geneigt zu machen. Im Wesentlichen war das der gleiche Versuch, die Schaffung einer gemeinsamen antisowjetischen Front der wichtigsten kapitalistischen Staaten zu erreichen, wie ihn Hess zur selben Zeit in England unternahm. Die Verbindungen

²⁶ Vgl. *Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953, S. 532.

Schachts zu den englischen und amerikanischen Bankiers wurden den ganzen Krieg über aufrechterhalten.

Nach der Zerschlagung der 6. Armee schloss sich Schacht endgültig der Verschwörung an. Das Mitglied des Internationalen Militär-Tribunals der UdSSR Nikitschenko charakterisierte die Position Schachts zu dieser Zeit und erklärte: «Erst im Jahre 1943 nahm Schacht, weil er eher als viele andere Deutsche den zwangsläufigen Zusammenbruch des Hitlerregimes eingesehen hatte, Verbindung mit oppositionellen Kreisen auf, ohne aber etwas zum Sturz dieses Regimes zu unternehmen. Es ist daher kein Zufall, dass Hitler ihn nicht hinrichten liess, nachdem er von dieser Verbindung erfahren hatte.»²⁷

Das deutsche Finanzkapital hatte somit seine einflussreichsten Vertreter im Lager der Verschwörung. Gerade sie bestimmten die sozialen und aussenpolitischen Pläne der Verschwörung wesentlich. Die Absichten dieser Monopolisten deckten sich völlig mit den Plänen des Führungskerns der Verschwörer. Das bezieht sich besonders auf das Programm Goerdelers.

Neben den Industriellen spielten in der Verschwörung auch die Grossgrundbesitzer eine nicht minder wichtige Rolle. Es ist schwer, hier einen führenden Kopf herauszustellen, der im gleichen Masse wie, sagen wir, Goerdeler in Bezug auf das Finanzkapital ihre Interessen und Anschauungen verkörpert hätte. Es muss aber berücksichtigt werden, dass zwischen vielen Grundbesitzern und den Monopolherren eine enge Union bestand, wobei häufig ein und dieselbe Person sowohl die Grossgrundbesitzer als auch die Monopolherren vertrat. Wir können auf Wenzel-Teutschental hinweisen, der gleichzeitig sowohl Grossgrundbesitzer als auch Grossindustrieller war. Hassell vertrat ebenfalls die Interessen eines bestimmten Teils der Monopolbourgeoisie und gleichzeitig bestimmter Grundbesitzer. Zu ihnen gehörten beispielsweise solche Grossagrarien wie von Bernstorff, Zitzewitz-Muttrin, Puttkammer-Nippoglense, Fugger von Glett, Dohna-Tolksdorf u.a.²⁸

Einer der bekannten Verschwörer, Albrecht von Bernstorff, besass grosse Besitzungen mit einer Fläche von 2*156 ha in Schleswig-Hol-

²⁷ Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P.A. Steiniger, Bd I, Berlin 1962, S. 304.

²⁸ Rothfels, S. 97.

stein. Die Gesamtfläche, die der Familie Bernstorff gehörte (der hauptsächlich Grundbesitz lag in den Händen Günther von Bernstorffs, mit 7'300 ha, und Hermann von Bernstorffs, mit 6'300 ha), betrug mehr als 22'000 ha. Ein zweiter Teilnehmer der Verschwörung, Friedrich von Zitzewitz, war Grossgrundbesitzer in Pommern (allein der Grundbesitz Friedrich von Zitzewitz' in Ostpommern betrug 2'654 ha). Der Verschwörung schlossen sich auch der schlesische Gutsbesitzer und Industrielle Graf zu Dohna und seine Frau Maria an. Die Besitzungen Dohnas in Schlesien betrug mehr als 12'500 ha. Auch Josef Fugger von Glett, ein reicher bayrischer Gutsbesitzer und Vertreter einer alten Adelsfamilie, gehörte der Verschwörung an. Der Vater Josefs, Karl Fugger von Glett, trug den Titel «Reichsgraf». Josef war mit der Prinzessin Stephani von Hohenzollern verheiratet und besass grossen Einfluss in den Kreisen des deutschen Adels.

Schliesslich kann noch ein bekannter Vertreter des grossgrundbesitzenden Adels, Ewald von Kleist-Schmenzin, als Teilnehmer an der Verschwörung erwähnt werden. Er war einer der wenigen Persönlichkeiten der Verschwörung, die furchtlos ihre Anschauungen vor dem faschistischen «Volksgerichtshof» verteidigten.»²⁹ Der Grundbesitz Kleist-Schmenzins stellte einen riesigen Komplex dar, der hauptsächlich in Ostdeutschland lag. Kleist-Schmenzin gehörte der alten Deutsch-konservativen Partei an und besass wichtige Verbindungen im In- und Ausland.

In vielen historiographischen Darstellungen, die in Westdeutschland erschienen sind, wird die Frage aufgeworfen, warum gerade aus den Kreisen der adligen Grundbesitzer eine so grosse Anzahl aktiver Teilnehmer an der Verschwörung hervorging. Historiker wie Hans Rothfels versuchen es damit zu erklären, dass die deutsche Aristokratie immer «idealistisch gesinnt» war und bei ihr «liberale Ideen» weiter verbreitet waren als unter einer beliebigen anderen Schicht der deutschen Bevölkerung. Rothfels und andere Historiker in Westdeutschland schreiben in diesem Zusammenhang viel über Aristokratie des Geistes, über Edelmut und Tapferkeit der Vertreter der grossen aristokratischen Familien Deutschlands.³⁰

In Wirklichkeit entsprechen diese Erklärungen keineswegs der historischen Wahrheit. Sie sind lediglich ein Versuch, die deutschen

²⁹ Vgl. Schlabrendorff, S. 212.

³⁰ Vgl. Rothfels, S. 96 f.

Grundbesitzer und Junker insgesamt zu rehabilitieren, da ein grosser Teil von ihnen hauptverantwortlich dafür ist, dass Hitler 1933 zur Macht gelangte.

Die weite Verbreitung der oppositionellen Stimmungen in den Kreisen des deutschen Adels ist ganz einfach zu erklären. Erstens darf man nicht vergessen, dass der faschistische Staat und die Hitlerpartei, die die Interessen der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals vertraten, eine demagogische Kampagne «gegen» die Vertreter des Adels führten. Die faschistische Propaganda stellte sie häufig als «Reste der Vergangenheit» dar und als Menschen, die nicht fähig wären, das «Neue» zu begreifen. Ausserdem griff Hitler die «Grundrechte» des deutschen Adels, nach eigenem Ermessen in der Armee zu schalten und zu walten, an. Es waren traditionelle Privilegien, die ihnen vom Monopolkapital zugestanden worden waren, als sie diesem nach der Novemberrevolution die Vormachtstellung im Staat überlassen mussten. In den Angriffen der Hitlerfaschisten auf den grundbesitzenden Adel spiegelte sich in gewissem Masse auch die Rivalität zwischen den Grundbesitzern und gewissen monopolistischen Kreisen in Deutschland wider; denn obwohl ein «unverbrüchliches Bündnis» zwischen den Monopolverherren und den Grundbesitzern bestand, gab es innerhalb dieses Bündnisses zwischen den beiden verschiedenen Klassen selbstverständlich eine labile Rivalität. All das bedingte unserer Meinung nach, dass unter dem grundbesitzenden Adel Deutschlands die oppositionellen Stimmungen so weit verbreitet waren.

Der Leiter des «Kreisauer Kreises», Helmuth von Moltke, der Vertreter einer bekannten adligen Familie, schrieb vor seinem Tod an seine Frau, dass er vor dem Volksgerichtshof «nicht als Protestant, nicht als Grossgrundbesitzer, nicht als Adliger, nicht als Preusse .. sondern als «Christ» gestanden habe, der die Werte der Menschheit verteidigte.³¹ Moltke und seine Freunde nahmen an, dass sie für die nationalen Interessen Deutschlands auftraten, und verteidigten ihre Anschauungen. Das trifft auch besonders auf die patriotisch gesinnten Führer der Verschwörung, von Stauffenberg und Yorck von Wartenburg, zu, die ebenfalls Vertreter bekannter Adelsfamilien waren. Wir haben jedoch schon mehrmals betont, dass nicht sie das Gesamtbild der Verschwörung bestimmt haben.

³¹ *Helmuth Graf von Moltke, Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin 1951, S. 56.*

Die politische Plattform der Verschwörung kam bei der Auswahl der Kandidaten für die künftige Regierung, die nach den Plänen der Verschwörer an die Stelle der Hitlerregierung treten sollte, klar zum Ausdruck. Mit der Aufstellung verschiedener Mitgliederlisten des künftigen Kabinetts hatte man bereits Ende 1942 begonnen. Die erste Liste, in deren Besitz wir gelangten, ist vom Januar 1943 datiert. Sie wurde, wie auch die anderen Listen, von Goerdeler aufgestellt. Es ist bezeichnend, dass in diesem ursprünglichen Entwurf für die Zusammensetzung der Regierung Goerdelers Abhängigkeit von einflussreichen monopolistischen Kreisen und Gutsbesitzern bedeutend offener zutage tritt als in den späteren Varianten. In der ersten Liste wurden bekannte Grundbesitzer und Monopolherren für die Regierung vorgesehen, die in den folgenden Entwürfen nicht mehr auftauchten. Diese ursprüngliche Kabinettsliste war mit dem deutschen Grossindustriellen und Bankier Schniewind abgestimmt worden. Nach dem Entwurf verteilten sich die Ministerposten wie folgt: Schniewind Wirtschaftsminister; einer der Direktoren der Kruppwerke, Ewald Loeser, Aussenminister; Reichsbankpräsident Blessing Innenminister; der Posten des Finanzministers wurde dem früheren preussischen Finanzminister Popitz überlassen, der durch seine Verbindungen mit dem Monopolkapital bekannt war.³² Diese Liste erschien den Verschwörern offensichtlich zu «reaktionär», weil eine solche soziale Zusammensetzung der künftigen Regierung sie zu offen als Regierung der Monopolbourgeoisie kennzeichnete. Im Jahre 1943 und in der ersten Hälfte des Jahres 1944 wurden verschiedene Veränderungen vorgenommen. Im Juli 1944, d.h. unmittelbar vor dem Attentat auf Hitler, wurde schliesslich nach langwierigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Verschwörergruppen folgende neue Zusammensetzung festgelegt³³: Staatschef Ludwig Beck; Kanzler Carl Goerdeler; Staatssekretär des Kanzlers Graf Yorck von Wartenburg; Vizekanzler Wilhelm Leuschner (Sozialdemokratische Partei Deutschlands); Kriegsminister General Friedrich Olbricht; Staatssekretär des Kriegsministers Claus von Stauffenberg; Oberbefehlshaber der Streitkräfte Erwin von Witzleben; Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Erich Hoepner; Innenminister Julius Leber (Sozialdemokratische Partei Deutschlands); Staatssekretär im Innenministerium Friedrich von der Schulenburg; Wirt-

³² Ritter, S. 601.

³³ Ebenda, S. 603; *Wheeler-Bennett*, S. 644.

Schaftsminister Paul Lejeune-Jung; Finanzminister Ewald Loeser (Deutschnationale Partei); Justizminister Josef Wirmer (Zentrums-
partei); Kultusminister Eugen Bolz (Zentrumspartei); Aussenminister Ulrich von Hassell oder Werner von der Schulenburg. Von der ursprünglichen Liste waren somit Popitz, Schniewind, Blessing u.a. gestrichen worden. Bezeichnend ist auch, dass die Verschwörer in der Frage der Besetzung des Aussenministerpostens zu keinem Entschluss kommen konnten. Die beiden Kandidaten für diese Funktion vertraten geradezu entgegengesetzte Anschauungen in der Aussenpolitik: Hassell war bekannt für seine proenglischen Sympathien und seine Orientierung auf ein Bündnis mit den Westmächten zum Kampf gegen die UdSSR; Werner von der Schulenburg dagegen trat für ein Abkommen mit der Sowjetunion, für die gleichzeitige Beendigung des Krieges im Westen und im Osten ein. Die Gruppe Stauffenberg bestand kategorisch auf die Kandidatur Schulenburgs als Aussenminister. Gegen diese Kandidatur traten Goerdeler und andere auf.

Auf der von den Verschwörern aufgestellten Liste der Regierung Goerdeler-Beck standen im Wesentlichen bekannte Advokaten und Vertrauensleute der deutschen Monopolbourgeoisie. Die Gruppe Beck-Goerdeler war bestrebt, den wahren sozialen Anstrich der Verschwörung und der neuen Regierung sorgfältig zu tarnen. Die Führer der Verschwörung versuchten deshalb, führende Vertreter der alten politischen Parteien Deutschlands, die von den Hitlerfaschisten aufgelöst worden waren, darunter auch Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, an der Regierung zu beteiligen. Damit sollte dem Kabinett Goerdeler der Anschein einer demokratischen Regierung verliehen werden.

Hans Rothfels schreibt über die künftige Regierung Goerdeler-Beck: «Wenn man diese Personal-Listen überblickt, so mögen sie auf den ersten Blick an die künstlichen Koalitionen der Weimarer Tage erinnern – mit einer militärischen ‚Korsettstange‘⁴ als eigentlichem Rückhalt.»³⁴

Zweifellos kann man mit solch einer Charakteristik im Grossen und Ganzen einverstanden sein, wenn man berücksichtigt, dass das Kabinett Goerdeler-Beck sogar im Vergleich zu den Vorkriegsregierungen Deutschlands überaus reaktionär erscheint. Besondere Aufmerksamkeit lenkt natürlich die unverhältnismässig grosse Rolle des

³⁴ Rothfels, S. 105.

Militärs in dieser Regierung auf sich. Gerhard Ritter, der diesen Umstand erwähnt, weist auf die Absichten der «neuen Macht» hin: «Auf alle Fälle konnte unmittelbar nach dem Umsturz nur in Form einer Militärdiktatur regiert werden.»³⁵

Die Führer der Verschwörung entwarfen ausser der Ministerliste auch eine Liste der «Politischen Beauftragten» und Verbindungs-offiziere für alle Wehrkreise Deutschlands, die nach dem Umsturz in den einzelnen Landesteilen die Macht übernehmen sollten. Diese Liste wurde nach dem gleichen Prinzip aufgestellt wie die Regierungsliste und umfasste «Parteilose», Vertreter des Monopolkapitals und des Junkertums sowie führende Funktionäre der alten politischen Parteien der Weimarer Zeit. Unter den politischen Beauftragten waren unter anderen die Grossgrundbesitzer Dohna-Tolkdorf, Uxküll, Lehndorff-Steinort, Kleist-Schmenzin und die ehemaligen deutschen Reichswehrminister Gessler und Noske sowie die Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf, der ehemalige Bürgermeister von Flamburg und Karl Seitz, der frühere langjährige Bürgermeister von Wien.³⁶

Eine Analyse der Liste der politischen Beauftragten bestätigt die Schlussfolgerung, dass die Regierung Goerdeler-Beck eine Koalition der verschiedenen Gruppen der herrschenden Klasse darstellte. Die Funktionäre der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurden mit in die Regierung aufgenommen, um ihr ein demokratisches Gesicht zu geben. Es ist notwendig, die einzelnen in die Regierungsliste aufgenommenen Funktionäre näher zu charakterisieren, um unsere Schlussfolgerung zu bestätigen.

Wer war Wilhelm Leuschner, den man für den Posten des Vizekanzlers der Regierung Beck-Goerdeler ausersehen hatte? Wilhelm Leuschner war einer der führenden Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewesen. Er wurde am 15. Juni 1890 geboren und entstammte einer Handwerkerfamilie aus Bayreuth. Die politische Laufbahn Leuschners begann nach dem ersten Weltkrieg. Er wurde Vorsitzender des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) und zugleich Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Bezirkskartells für das Land Hessen und die preussische Provinz Hessen-Nassau. Im Jahre 1919 wurde Leuschner zum Stadtverordneten in Darmstadt gewählt und leitete die sozialdemo-

³⁵ Ritter, S. 362.

³⁶ Wheeler-Bennett, S. 645 f.

kratische Stadtverordnetenfraktion. Im Jahre 1924 wurde er Mitglied des Provinziallandtages in Hessen und wurde 1928 Minister des Innern für das Land Hessen. Im Jahre 1932 trat Leuschner von dem Posten des Innenministers zurück und vertrat 1933 den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Genf. Sofort nach seiner Rückkehr von diesem Kongress nach Deutschland wurde Leuschner von der Gestapo verhaftet und kam bis Juni 1934 nacheinander in die Konzentrationslager Papenburg und Lichtenburg. Nach seiner Freilassung stellte sich Leuschner an die Spitze der illegalen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Widerstandsgruppen. Er trat für gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten ein. Im Jahre 1935 verhandelte er mit Vertretern der KPD über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramms. Während des Krieges konnte Leuschner die Verbindung mit einzelnen Zellen des Widerstandes unter den Arbeitern sowie mit verschiedenen antifaschistisch gesinnten Kreisen der Intelligenz aufrechterhalten.

Es besteht kein Zweifel, dass sich die Anschauungen Leuschners sowie auch die Reichweins und einiger anderer sozialdemokratischer Funktionäre, die mit der Verschwörung des 20. Juli 1944 in Verbindung standen, grundsätzlich von den Ansichten Goerdelers unterschieden. Das Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands «Neues Deutschland» schrieb in dem Artikel «Die wahren Lehren des 20. Juli 1944», dass sich um Leuschner eines der wichtigsten Zentren der politischen Bewegung in Deutschland gebildet hätte. «Sein politisches Ziel...», so schrieb die Zeitung, «ging über das des Kreises um Goerdeler weit hinaus . . . Wir sehen in ihm den Mann, der am besten wusste, worauf es ankam; er war die geheime Energiequelle der Widerstandsbewegung bei den Gewerkschaften und in der sozialistischen Arbeiterschaft.»³⁷ Auch in dem Buch «Erkämpft das Menschenrecht», das im Jahre 1958 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben wurde, wird die Tätigkeit Leuschners für den Zusammenschluss der Kräfte der Arbeiterklasse Deutschlands hoch eingeschätzt. Dort heisst es: «Wilhelm Leuschner wirkte für den Zusammenschluss aller oppositionellen Kräfte und sah seine Hauptaufgabe darin, Vorbereitungen für den Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung zu treffen . . .

³⁷ *Nettes Deutschland*, 19. Juli 1946.

Seine letzten Worte vor der Hinrichtung am 29. September 1944 galten der Einheit der deutschen Arbeiterklasse.»³⁸

Die Aufnahme Leuschners in die Ministerliste des Kabinetts Beck-Goerdeler konnte aber den reaktionären Klassencharakter dieses Kabinetts im Prinzip keineswegs verändern, auch nicht die Aufnahme eines zweiten Sozialdemokraten, Julius Leber, der als Innenminister vorgesehen war. Wie Wilhelm Leuschner gehörte auch er zu denjenigen, die gemeinsam mit Reichwein, kurz vor dem Attentat auf Hitler, mit Vertretern der Kommunistischen Partei Besprechungen über die Pläne der Verschwörung geführt hatten. Er war aber zusammen mit anderen Teilnehmern dieser Besprechung schon am 5. Juli 1944 verhaftet worden.

Ausser der Aufnahme von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei war vorgesehen, für die Regierung Beck-Goerdeler auch Vertreter der anderen grossen politischen Parteien der Weimarer Republik zu gewinnen. Die Deutschnationale Volkspartei wurde durch Ewald Loeser und Paul Lejeune-Jung repräsentiert. Ewald Loeser war als Finanzminister vorgeschlagen. Eine Wahl Loesers als Finanzminister war bezeichnend. Er war Vertreter der Grossindustriellen. Sein Vater war lange Jahre hindurch Vorsitzender der Partei der Grossindustriellen in der Kaiserzeit, der National-Liberalen Partei, gewesen. Er besass das grosse Braunkohlensyndikat «Werschen-Weissenfeld». Ewald Loeser selbst gehörte dem deutschen und preussischen Städtetag an und galt als Fachmann in Kommunalfragen, in Fragen der Verwaltung und des privaten Unternehmertums. Von der ehemaligen Zentrumsparlei gehörte dem geplanten Kabinett Joseph Wirmer, ein bekannter Berliner Advokat, an. Charakteristisch für den Klassencharakter war weiterhin der Vorschlag von Paul Lejeune-Jung zum Wirtschaftsminister. Er war Aufsichtsratsmitglied einer Reihe von Textilunternehmungen und galt als Interessenvertreter der Textilindustrie.

Zweifellos waren sowohl Loeser als auch Lejeune-Jung Vertreter derjenigen Kreise der deutschen Industriebourgeoisie, die der scharfen Konkurrenz der grössten Kohlen- und Stahlkonzerne unterlegen waren und ihre Existenz solchen Trusts gegenüber wie dem Hermann-Göring-Konzern oder dem Flick-Konzern erbittert verteidigen mussten. Das rief beispielsweise bei den Vertretern der

³⁸ Er kämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer, Berlin 1958, S. 326 (im Folgenden zitiert: Er kämpft das Menschenrecht).

Braunkohlenindustrie eine «oppositionelle Stimmung» hervor. Eine ähnliche Unzufriedenheit konnte auch unter den Vertretern der Textilindustrie infolge der strengen Reglementierung der Produktion und anderer von den Hitlerfaschisten eingeführten Beschränkungen beobachtet werden. Daraus kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass die Verschwörer die Interessen eines bestimmten Teils der deutschen Bourgeoisie und des Junkertums vertraten, die angesichts der restlosen Zerschlagung der deutschen Streitkräfte an der deutsch-sowjetischen Front den deutschen Imperialismus retten wollten und gegen Ende des Krieges ein elastischeres Programm zur Verwirklichung der Politik der deutschen Monopole aufzustellen versuchten.

Der «militärische» und der «zivile» Sektor der Verschwörung

Gewöhnlich unterteilen die Historiker die Verschwörung in einen «militärischen» und in einen «zivilen» Sektor. Dieser spezifischen Teilung kann man zustimmen, wenn man berücksichtigt, dass die Hauptbeteiligten bei der Verwirklichung der Pläne der Verschwörung Offiziere und Beamte waren. Der «zivile» Sektor setzte sich im Wesentlichen aus Vertretern des Beamtentums sowohl aus der Weimarer Zeit als auch aus der Hitlerzeit zusammen. In einer Reihe von Fällen waren der «militärische» und der «zivile» Sektor der Verschwörung miteinander verflochten, und in vielen Gruppen waren Vertreter sowohl des einen als auch des anderen Sektors zu finden. Es muss ferner berücksichtigt werden, dass weder in den militärischen noch in den zivilen Kreisen Einheitlichkeit bestand und die Verschwörer sich eher nach Übereinstimmung ihrer Anschauungen als nach Zugehörigkeit zu dieser oder jener Schicht des herrschenden Lagers vereinigten.

Wir haben bereits festgestellt, dass die militärischen Kreise eine überaus wichtige Rolle, wenn nicht gar die führende Rolle in der Verschwörung gespielt haben. Die bürgerlichen Historiker führen als Erklärung dafür zwei Gründe an. Sie behaupten erstens, dass unter der faschistischen Diktatur jeder Umsturz nur mit Kräften aus den Kreisen der Militärs durchgeführt werden konnte und dass sie deshalb die führende Rolle in der Verschwörung übernehmen mussten. Einer der namhaften Teilnehmer an der Ver-

schwörung, Hans Bernd Gisevius, erklärte, dass unter dem Terrorregime ein Putsch nur von Militärs organisiert werden konnte und tatsächlich nur einige wenige Generäle Träger des Attentats gewesen seien. Diese Meinung teilt auch der rechte Sozialdemokrat Gustav Noske: «Wir *Sozialdemokraten* konnten an der Tatsache nichts ändern, dass es absolut unmöglich war, mit den Kräften, die uns zur Verfügung standen, das Hitlerregime aus den Angeln zu heben. Dazu bedurfte es Personen und Kreise, die an die Leitung herankamen. Das waren aber nur *Offiziere*.»³⁹

Mit diesen Behauptungen wird das Ziel verfolgt, die Kapitulation der in Opposition zu Hitler stehenden sozialdemokratischen und bürgerlichen Politiker vor der Militärkaste zu rechtfertigen. Es ist natürlich richtig, dass in Kriegszeiten ein revolutionärer Umsturz nicht organisiert werden kann, wenn die Armee nicht auf die Seite des Volkes übergeht. Das bedeutet aber nicht, dass an der Spitze des Umsturzes nur Militärs stehen müssen, wie das Historiker Westdeutschlands und Teilnehmer der Verschwörung, und zwar sowohl Vertreter der bürgerlichen Kreise als auch Sozialdemokraten, behaupten.

Zweitens wird die führende Rolle der Militärkaste schon allein aus ihrer «Natur» erklärt, da sie Träger «des Ideals der Ehrenhaftigkeit» und «der preussisch-aristokratischen Traditionen» sei, die immer im Widerspruch zu den Zielen des Hitlerfaschismus gestanden hätten.

Diese Erklärung, die von solchen Apologeten des deutschen Militarismus wie Görlitz, Schramm u.a. verbreitet wird, kennt nur das eine Ziel, die deutsche Militärkaste, das Offizierskorps und den Generalstab zu rechtfertigen. Hans Rothfels verstieg sich sogar so weit, den deutschen Generalstab als «Anwalt des Friedens und einer rechtlich geordneten Gemeinsamkeit der Völker» hinzustellen.⁴⁰

Die gesamte Geschichte der Verschwörung beweist aber das Gegenteil. Gerade die Tatsache, dass die führende Rolle in der Verschwörung Vertreter der Militärkaste gespielt haben, erklärt weitgehend den reaktionären Charakter der Verschwörung und die Unentschlossenheit vieler ihrer Teilnehmer, insbesondere nach dem Attentat auf Hitler. Rothfels selbst führt die Worte eines Teilnehmers der Verschwörung, Hermann Kaisers, an, der in seinem Tage-

³⁹ *Die Neue Zeitung*, 25. Februar 1946

⁴⁰ *Rothfels*, S. 91.

buch über die Haltung der Generäle folgendes schrieb: «... der eine will handeln, wenn er Befehl erhält, der andere befehlen, wenn gehandelt ist.»⁴¹

Die Tatsache, dass die Militärkaste eine so hervorragende Rolle in der Verschwörung gespielt hat, lässt sich relativ einfach erklären. Namentlich in den Kreisen der Militärs wurde es am ehesten zur Gewissheit, dass die Niederlage des faschistischen Reiches unvermeidlich war. Viele Generäle und Offiziere, die genaue Informationen über den Verlauf der Kampfhandlungen, über die strategischen Reserven Deutschlands und über die potentiellen Möglichkeiten der Antihitlerkoalition besaßen, gelangten bereits nach den ersten Niederlagen der Hitlertruppen an der deutsch-sowjetischen Front zu der Schlussfolgerung, dass eine Katastrophe unvermeidlich sei. Sie konnten das militärische Abenteuer Hitlers, seine irrealen Pläne und die Abenteuerlichkeit seiner Politik am besten beurteilen. Je offensichtlicher die Hoffnungslosigkeit der Lage des faschistischen Deutschlands wurde, um so aktiver schalteten sich die Militärs in die Verschwörung ein, da sie in der Beseitigung Hitlers den einzigen Ausweg sahen. Diese Tatsache beweist einmal mehr, wieweit die Entwicklung der Verschwörung unmittelbar von der Lage an der deutsch-sowjetischen Front abhängig war.

Man darf nicht vergessen, dass es sich hier um eine Verschwörung innerhalb der herrschenden Klasse handelt und nicht um eine echte antifaschistische Massenbewegung. In den Kapiteln über die innerpolitische Lage Deutschlands wurde bereits nachgewiesen, dass die Hauptlast des wahren antifaschistischen Kampfes gegen das Hitlerregime keineswegs die Generäle, sondern die deutsche Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei, getragen hat. Diese antifaschistische Massenbewegung und die nach den Niederlagen Hitlerdeutschlands an der Front entstandene Verschwörung innerhalb der herrschenden Klasse haben miteinander nichts gemein. In der Verschwörung hat die Militärkaste tatsächlich die führende Rolle gespielt, was sich damit erklären lässt, dass die Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front vor allem auf die Vertreter der Militärkaste ernüchternd gewirkt haben. Doch hinsichtlich der an der Verschwörung beteiligten Offiziere muss man differenzieren. Es gab unter ihnen verschiedene Gruppen, die sich voneinander durch

⁴¹ Ebenda, S. 77.

ihre Zusammensetzung, durch ihre Anschauungen und durch die Methoden ihres Handelns unterschieden.

Vor allem muss man die Gruppe der alten Generäle hervorheben, die bereits vor dem Krieg der Politik Hitlers mit Misstrauen begegnet waren, da sie bereits damals erkannt hatten, dass der faschistische Diktator Deutschland in eine Katastrophe führen würde. Zu ihnen gehörten vor allem die Generäle Ludwig Beck und von Hammerstein.

Ludwig Beck war einer der anerkannten Führer der Verschwörung. Seine Stellung wurde insbesondere dadurch bestimmt, dass er bereits vor dem Krieg in Opposition zu Hitler gestanden hatte und nach Beginn des Krieges mehrfach seine Meinung über die unvermeidliche Niederlage Deutschlands zum Ausdruck brachte.

Wir haben bereits über die Anschauungen Becks in der Periode vor dem Kriege gesprochen. Seine Meinungsverschiedenheiten mit Hitler bestanden darin, dass Beck Deutschland für einen militärischen Konflikt nicht für ausreichend vorbereitet hielt und deshalb gegen ein Kriegsrisiko in der Periode des Münchner Abkommens auftrat. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Plänen Hitlers und Becks hat es jedoch damals nicht gegeben. Beck selbst schreibt beispielsweise über die Pläne Hitlers in seiner Denkschrift vom 30. Mai 1938 folgendes: «Es ist richtig, dass die Tschechei in ihrer durch das Versailler Diktat erzwungenen Gestaltung für Deutschland unerträglich ist..,»⁴²

Nach Ausbruch des Krieges jedoch und besonders nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion wurden Becks Anschauungen «radikaler». Beck war einer jener Generäle, die an einer unvermeidlichen Niederlage Hitlerdeutschlands trotz aller vorübergehenden Erfolge, die die Hitlertruppen errangen, nicht zweifelten. Er beharrte ständig auf entschlossenen Aktionen zum Sturz Hitlers und versuchte, auf die Schwankenden einzuwirken und sie zur Aktivität anzuspornen. Diese Überzeugung Becks übte einen starken Einfluss auf alle Offiziere aus, die mit ihm in Verbindung standen. Die wichtige Rolle Becks als einer der Führer der Verschwörung wurde von allen Teilnehmern anerkannt.

Auch von Hammerstein war bis zu seinem Tod (er starb im Jahre 1943) entschiedener Gegner Hitlers. Hammerstein war als enger Freund Schleichers ein Anhänger Clausewitz' und Seeckts. Er be-

⁴² Foerster, S. 90.

trachtete jeden Krieg gegen die Sowjetunion als ein Abenteuer, das von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Ein Freund Hammersteins und Schüler Seeckts, der frühere Reichswehrminister Wilhelm Groener, schrieb kurz vor dem Machtantritt Hitlers, dass Hammerstein bedenkenlos gegen Hitler auftreten werde, sollte er dazu die Möglichkeit haben. «H(ammerstein) ist der Mann, brutal zuzuschlagen, ganz anders als Seeckt 1923/24» (gemeint ist die Untätigkeit Seeckts während des faschistischen Putsches vom 9. November 1923 – d. Verf.).⁴³

Das waren die namhaftesten Vertreter der «alten Schule» der deutschen Militärikaste, die an der Verschwörung teilnahmen. Ihnen schlossen sich Generäle der «alten Generation» wie Erwin von Witzleben, Karl Heinrich von Stülpnagel, Erich Hoepner u.a. an. Ihre «Opposition» trug jedoch einen anderen Charakter. Witzleben, Stülpnagel und Hoepner dienten den Hitlerfaschisten auf Treu und Glauben, solange die faschistischen Streitkräfte Erfolge erzielten. Obwohl sie sich kritisch (wie auch viele andere Generäle) gegenüber der faschistischen Militärdoktrin verhielten, trugen Witzleben und Stülpnagel doch nicht wenig dazu bei, diese in die Praxis umzusetzen. General von Witzleben diente Hitler bis zum Jahre 1942, als er von ihm in den Ruhestand versetzt wurde. General von Stülpnagel war sogar bis 1944 aktiv tätig, bis seine Teilnahme an der Verschwörung aufgedeckt wurde. Das gleiche kann man auch von Hoepner sagen, der erst dann zur «Opposition» überging, nachdem er von Hitler wegen der Niederlage seiner Truppen an der deutsch-sowjetischen Front aus der Armee beseitigt worden war. Witzleben, Stülpnagel und Hoepner waren durch und durch Militaristen.

Noch stärkere profaschistische Anschauungen vertrat Haider, der von 1938 bis 1942 Chef des Generalstabs des Heeres war. Westdeutsche Historiker betrachten Haider als einen aktiven Teilnehmer an der Verschwörung, obwohl die Rolle Haiders, die er bei der Planung und Durchführung der Hitlerschen aggressiven Feldzüge gespielt hat, allgemein bekannt ist. Die Teilnahme Haiders an den Plänen zur Beseitigung Hitlers im Jahre 1938 wird in allen Tonarten geschildert. Die tatsächliche Einstellung Haiders jedoch ist zumindest aus seinen Aussagen ersichtlich, die Dulles anführt. In einem Gespräch mit Schacht sagte Haider über sein Verhältnis zu Hitler: «Die Leute, die Hitler an die Macht brachten, sollten ihn auch los-

⁴³ Rothfels, S. 192.

werden ... Sie haben Hitler gewählt... Wir Soldaten durften nicht wählen.»⁴⁴

Während Haider im Jahre 1938 noch bis zu einem gewissen Grad mit der Verschwörung sympathisierte und sogar bereit war, den Verschwörern «Hilfe» zu leisten, wird nach dem Münchner Abkommen seine Teilnahme an der Verschwörung völlig legendär. Davon spricht im Übrigen auch Wheeler-Bennett: «Nach München zog sich Haider praktisch aus den Reihen der Verschwörer zurück, weil seiner Ansicht nach nicht eher wieder etwas dazu unternommen werden konnte, Hitler zu beseitigen und das Naziregime zu stürzen, als bis sie einen schweren diplomatischen oder militärischen Rückschlag erlitten hätten, der ihr Prestige im Volk und bei der Truppe vernichtend träfe.»⁴⁵

Haider hatte Hitler immer auf Treu und Glauben gedient, und seine Absetzung im Jahre 1942 kann keineswegs mit oppositioneller Gesinnung erklärt werden, sondern damit, dass Hitler einen «Sündenbock» für die Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front brauchte. Haider blieb seinen profaschistischen Anschauungen auch nach dem Krieg treu. In seinem Buch «Hitler als Feldherr», das im Jahr 1949 erschien, versucht er, den deutschen Generalstab zu verteidigen und den Militärklüngel zu rechtfertigen; er behauptet, die Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front liessen sich nur damit erklären, dass sich nur Hitler allein verrechnet habe; sie seien keineswegs auf die Fehler der militärischen Führer Deutschlands zurückzuführen. Haider wurde zu einem der Hauptideologen für das Wiedererstehen des deutschen Militarismus nach dem zweiten Weltkrieg.

Unter den Teilnehmern des «militärischen» Sektors der Verschwörung nahm die Gruppe Canaris-Oster eine hervorragende Stellung ein. Canaris war zehn Jahre, von 1935 bis 1944, Chef der berüchtigten «Abwehr», d.h. des deutschen militärischen Nachrichtendienstes. Oster war sein engster Mitarbeiter.

Die Teilnahme des Chefs des deutschen militärischen Nachrichtendienstes an der Verschwörung lässt diese in einem überaus zweifelhaften Licht erscheinen. Ein Teil der westdeutschen Historiker versucht deshalb, Canaris von der Hauptgruppe der Führer der Verschwörung abzugrenzen und seine Teilnahme an der Verschwörung

⁴⁴ Dulles, S. 63.

⁴⁵ Wheeler-Bennett, S. 451.

als «zufällig» zu erklären. In Wirklichkeit stand der Chef der deutschen «Abwehr» in enger Verbindung mit den Geheimdiensten der ausländischen Mächte, besonders mit denen Englands und der USA. Eine solche Verbindung der Verschwörung mit dem Nachrichtendienst kommt offensichtlich denen wenig gelegen, die den Aufstand als Höhepunkt der antifaschistischen Bewegung in Deutschland hinstellen möchten. Ausserdem ist bekannt, dass Canaris seine «Lorbeeren» im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung in Deutschland in den Jahren von 1918 und 1919 erworben hatte. Er war einer von jenen, die die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verborgen hielten. Hitler verlieh Canaris den Admiralstitel und ernannte ihn später zum Leiter der Abwehr-Abteilung.

Der «oppositionelle Geist» Canaris' ist damit zu erklären, dass er, überzeugt von der unvermeidlichen Niederlage Deutschlands, einen neuen Herrn suchte und gleichzeitig den Rückzugsweg in Richtung Westen zu den Geheimdiensten der USA und Englands vorbereitete. Bereits Mitte August 1939, nachdem offensichtlich geworden war, dass Hitler einen zweiten Weltkrieg entfesseln würde, erklärte Canaris: «Das ist das Ende Deutschlands.. .»⁴⁶ Seit dieser Zeit baute Canaris seine Verbindungen zu den ausländischen Geheimdiensten aus und erwies der Opposition alle möglichen Dienste, da er sich auf einen möglichen «Wechsel in der Macht» des Landes vorbereitete.

Es muss erwähnt werden, dass der Chef der «Abwehr» äusserst vorsichtig zu Werke ging. Er nahm niemals selbst an Aktionen der Verschwörer teil, sondern liess seinen unmittelbaren Untergebenen, vor allem aber Oster, «freie Hand». Doch unterlief Canaris ein Fehler, und der kostete ihn das Leben. Er führte ein Tagebuch, in das er alle Dienste, die er sowohl den ausländischen Geheimdiensten als auch den Verschwörern erwiesen hatte, sorgfältig eintrug. Es war eine Art Hauptbuch, ähnlich dem, in das die Geschäftsleute «Debet und Kredit» einzutragen pflegen. Das «Hauptbuch Canaris'» fiel den Hitlerfaschisten nach der Aufdeckung der Verschwörung vom 20. Juli 1944 in die Hände. Canaris wurde verhaftet, gefoltert und hingerichtet.⁴⁷

⁴⁶ *Gisevius*, S. 139.

⁴⁷ Die Literatur über Canaris ist sehr umfangreich; über seine Verbindungen zur Verschwörung siehe *Abshagen*, Canaris, S. 392 ff.; *Jan Colvin*, Chief of Intelligence, London 1951, S. 85; *Gisevius*, S. 265.

Die Seele der Verschwörertätigkeit der «Abwehr» war Oster. Ihm half ein ganzer Stab von «Abwehr»-Offizieren, die mit den ausländischen Geheimdiensten und mit Vertretern der Regierungen der Westmächte Kontakte unterhielten. Zu ihnen gehörten: Gisevius, ein Doppelagent der Gestapo und des amerikanischen Geheimdienstes; Dohnányi, Müller, Kiep, Bonhoeffer u.a., die eine wichtige Rolle in den separaten Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und England in den ersten Kriegsjahren spielten.

Die Hilfe, die Oster den Verschwörern erwies, bestand darin, dass er sie über die Pläne der Hitlerführung informierte, sie mit gefälschten Papieren versah, einige von ihnen über den Geheimdienst in die neutralen Staaten schickte usw.

Diese Tätigkeit Osters endete jedoch bereits 1943. Ende April des gleichen Jahres wurden einige seiner Agenten (Dohnányi, Müller, Bonhoeffer) verhaftet, und im Dezember war Canaris gezwungen, Oster aus dem Nachrichtendienst zu entfernen, da sein weiteres Verbleiben auf diesem Posten allzu riskant für Canaris selbst gewesen wäre.

Offensichtlich wurde Oster künftig von der Gestapo überwacht. Seit seiner Ablösung vom Posten des Stellvertreters Canaris' beteiligte er sich nicht mehr an der Vorbereitung einer «Palastrevolution»; Beck und Goerdeler verboten sogar den Teilnehmern der Verschwörung, mit ihm in Verbindung zu treten.

Die Anordnung Hitlers vom 18. Februar 1944, der zufolge der militärische Nachrichtendienst zu vereinheitlichen und Himmler zu unterstellen war, setzte jeder Beteiligung der «Abwehr» an der Verschwörung ein Ende. Canaris wurde in den Ruhestand versetzt und der militärische Nachrichtendienst auf eine kleine Abteilung im Oberkommando der Wehrmacht reduziert, deren Leiter einer der Mitarbeiter von Canaris, Oberst Hansen, wurde.

Es ist bezeichnend, dass die Verhafteten von den Hitlerfaschisten erst kurz vor Beendigung des Krieges, im April 1945, hingerichtet wurden. Hitler befahl, alle Dokumente, die sich auf die Tätigkeit des Nachrichtendienstes bezogen, geheimzuhalten und nicht den Gerichten zuzuleiten, die die Angeklagten aburteilen sollten. Das bezog sich besonders auf das Tagebuch Canaris', das nach den Aussagen der SS-Leute Huppenkothen und Sonderegger bei Hitler einen «Nervenschock» ausgelöst haben soll. Die verhafteten Leiter der «Abwehr» wurden streng isoliert gehalten und ohne Gerichtsver-

fahren, kurz vor der Einnahme Berlins durch die sowjetischen Streitkräfte, von einem SS-Kommando erschossen.⁴⁸

In der westdeutschen Geschichtsschreibung wird die Tätigkeit der Angehörigen der «Abwehr» ebenfalls als Beweis für ihre Teilnahme am antifaschistischen Kampf dargestellt. Ihre Verbindungen zu den Geheimdiensten Englands und der USA werden als Beweis dafür herangezogen, dass unter den Verschwörern der Sinn für eine «europäische Solidarität» vorhanden gewesen sei.⁴⁹ Diese Behauptungen entsprechen nicht der Wahrheit. In Wirklichkeit waren es andere Motive, die die Angehörigen der «Abwehr» veranlassten, mit den Verschwörern in Verbindung zu treten. Ihr Hauptbetätigungsfeld war die Aufrechterhaltung der äusseren Verbindungen zwischen den Führern des Aufstandes sowie auch zwischen einigen faschistischen Machthabern selbst und den reaktionären Kreisen Englands und der USA.

In dieser Hinsicht kann die Gruppe Canaris-Oster als Bindeglied zwischen den monopolistischen Kreisen Deutschlands und der anglo-amerikanischen Reaktion betrachtet werden. Es besteht kein Zweifel, dass all diese Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, die mit der Verschwörung kokettierten, auch mit Himmler in enger Verbindung gestanden haben.⁵⁰ Uns ist bekannt, dass einige Versuche, zu den reaktionären Kreisen der USA und Englands Kontakt herzustellen, von den Leitern der «Abwehr» gemeinsam mit Himmler unternommen wurden. Doch war Himmler nicht bereit, seine schützende Hand über die Agenten der «Abwehr» zu halten, als ihre Teilnahme an der Verschwörung aufgedeckt wurde. Er handelte nach dem ungeschriebenen Gesetz der Gestapo, nach dem niemand damit rechnen konnte, dass sein Chef für ihn eintreten werde, falls es ihm nicht gelänge, seinen Befehl auszuführen. Himmler tat deshalb nichts für die mit der Verschwörung in Verbindung stehenden verhafteten Leiter der «Abwehr», als an ihnen Vergeltung geübt wurde, obwohl er bis zum letzten Moment versucht hatte, sie für die

⁴⁸ Im April 1945 wurden gleichzeitig Canaris, Oster, Dohnányi, Gehre (einer der Agenten Canaris') und Bonhoeffer hingerichtet.

⁴⁹ *Rothfels*, S. 90.

⁵⁰ Schlabrendorff berichtet in seinem Buch, dass im Juni 1944, bereits nach Erteilung des Befehls zur Zusammenlegung des Nachrichtendienstes, ein Gespräch zwischen Himmler und Canaris stattgefunden hat, in dessen Verlauf Himmler die Karten auf den Tisch gelegt habe. Er habe erklärt, dass er sehr gut über die konspirative Tätigkeit der «Abwehr» unterrichtet sei und zu gegebener Zeit die erforderlichen Massnahmen treffen werde (vgl. *Schlabrendorff*, S. 130).

Realisierung seiner eigenen Pläne, für Separatverhandlungen mit den Vertretern der englischen und amerikanischen Regierung, auszunutzen.

Von der Verbindung der Verschwörer mit der Gestapo zeugt auch die Teilnahme eines der Vertrauten Himmlers, des Chefs des Reichskriminalamts Arthur Nebe, an der Verschwörung. Nach der Aussage Hoettls gab es «kaum eine grössere Aktion, an der Nebe nicht beteiligt gewesen wäre, und immer bewährte er sich als zuverlässiger Mitarbeiter Heydrichs».⁵¹

Nebe war Leiter der «Einsatzgruppe ‚B‘», eines SS-Kommandos, das unerhörte Greueltaten auf dem Territorium der Sowjetunion verübte. In seiner Wohnung wurde die Kopie eines Auschwitzfilms gefunden, in dem alle von den SS-Leuten angewandten Methoden der Massenvernichtung von Menschen gezeigt wurden. Und dieser Mann war, nach Versicherung von Gisevius und vielen anderen, mit «Leib und Seele» der Verschwörung ergeben. Hans Rothfels hat erklärt, dass Arthur Nebe «sehr aktiv für die Opposition arbeitete und eben in dieser Rolle viel für ihre Information und Abschirmung tun konnte.. »⁵² Eine solche «Aktivität» kann natürlich nur damit erklärt werden, dass er aus Furcht vor der Vergeltung nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes handelte. Man kann dem englischen Publizisten Crankshaw voll und ganz zustimmen, der in seiner Arbeit über die Gestapo schreibt: «In Wirklichkeit scheint Nebe ein skrupelloser Karrieremacher gewesen zu sein ... Eines klaren Gedankens ist er offenbar nur dann fähig gewesen, wenn es um sein eigenes Fortkommen ging. Es trifft zu, dass er mit den Kreisen der Verschwörer in enger Fühlungnahme stand. Ein Motiv dafür hatte er bestimmt: sich eine Rückversicherung zu schaffen, genau wie er sich rückversichert hatte, als er noch vor Hitlers Machtübernahme heimlich Nazi geworden war.»⁵³

Nebe war selbstverständlich sehr gut darüber unterrichtet, dass Himmler selbst Verbindung zu einigen Verschwörern unterhielt, und er wollte offensichtlich in dieser Hinsicht gegenüber seinem Chef in keiner Weise zurückstehen.

Einige bürgerliche Historiker wie Wheeler-Bennett, Crankshaw u.a. sprechen offen aus, dass die Verbindungen der Verschwörer zur

⁵¹ Hagen, S. 76.

⁵² Rothfels, S. 183.

⁵³ Crankshaw, S. 225.

«Abwehr» und zur Gestapo die Ziele der Verschwörung kompromittiert haben. Wheeler-Bennett z.B. bezeichnet diese Kontakte zwischen den Verschwörern und der «Abwehr» als «zweifelhafte Verbindungen» und sieht in solchen Leuten wie Canaris und Nebe «zweifelhafte Gestalten». Somit geben auch bürgerliche Historiker zu, dass die Verbindungen einiger Verschwörergruppen zum Nachrichtenendienst den Versuchen zuwiderlaufen, die Vorbereitung einer «Palastrevolution» mit dem antifaschistischen Kampf der Massen in Deutschland gleichzusetzen. Die Teilnahme der Angehörigen der «Abwehr» und der Gestapo ist tatsächlich ein Beweis dafür, dass man sich auch in den Hitler nahestehenden Kreisen über den wahren Charakter der Verschwörung voll und ganz im Klaren war. Diese Leute wussten sehr gut, dass die «Opposition» allein das Ziel verfolgte, die Herrschaft der gleichen Kräfte aufrechtzuerhalten, die auch im faschistischen Deutschland an der Macht waren.

Die Gruppe Canaris-Oster stellte den extrem reaktionären Flügel des «militärischen» Sektors der Verschwörung dar. Die entscheidende Rolle spielten bei der Organisation der Verschwörung und bei der Vorbereitung des Attentats auf Hitler jedoch nicht diese Gruppe, sondern die Offiziere in den Stäben, die unmittelbar mit den Kriegshandlungen in Berührung standen, sowie die Offiziere im Stab des Ersatzheeres.

Nach Ausbruch des Krieges schlossen sich viele junge Stabsoffiziere der Opposition an, die die Hoffnungslosigkeit des Kriegsabenteuers Hitlers erkannt hatten. Zu ihnen gehörten neben Ludwig von Hammerstein Yorck von Wartenburg, Graf Schwerin-Schwanefeld, General Lindemann, Generalquartiermeister Wagner, der Chef der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres Stieff u.a. Dieser Kreis der Oppositionellen erweiterte sich allmählich, und man kann Mitte des Jahres 1943 nach der Kursker Schlacht bereits von einer organisierten oppositionellen Gruppe im Oberkommando des Heeres (OKH) sprechen. Diese Gruppe stellte die Verbindung zu den oppositionell gesinnten Offizieren unmittelbar an den Fronten her. Besonders eng waren die Verbindungen zwischen der Verschwörergruppe im OKH und dem Stab des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte der deutsch-sowjetischen Front, wo einer der aktivsten Verschwörer, von Tresckow, tätig war. Die Aktivität dieser Gruppe von Offizieren im Oberkommando des Heeres wurde bedeutend von der Lage an der Front bestimmt. Die Offiziere, die

sehr gut über die Niederlagen informiert waren, die die faschistischen Truppen erlitten, riefen ständig zu entschlossenen Aktionen auf und waren sogar bereit, ihr Leben zu opfern, um die Umsturzpläne zu verwirklichen. Viele von ihnen zeichneten sich durch grosse persönliche Tapferkeit und patriotische Gesinnung aus. Sie verkörperten die radikalste Gruppe unter den Verschwörern.

Das tatsächliche organisatorische Zentrum der Verschwörung bildete jedoch eine Gruppe von Offizieren aus dem Stab des Ersatzheeres. An der Spitze dieser Gruppe standen Olbricht und Stauffenberg.

Olbricht war faktisch stellvertretender Befehlshaber des Ersatzheeres (formal hatte sein Posten die Bezeichnung Chef des Allgemeinen Heeresamtes im OKH). Dadurch verfügte er über die im Reichsgebiet stationierten Truppenteile. Olbricht besass enge Verbindungen zu allen Truppenteilen und war sehr gut sowohl über die Lage an den Fronten als auch über die innere Lage Deutschlands informiert. Er führte gemeinsam mit von Tresckow und von Stauffenberg die Vorbereitungsarbeiten zum Attentat durch und nahm an der Ausarbeitung der wichtigsten Dokumente teil, die nach dem Tod Hitlers veröffentlicht werden sollten. Er war es auch, der das Stichwort «Walküre» durchgab (wenn auch mit grosser Verspätung), das in Berlin und in anderen Städten des Reiches den Umsturz auslösen sollte. Schliesslich war es ebenfalls Olbricht, der vorschlug, Stauffenberg mit der Leitung der technischen Vorbereitung des Attentats und des Umsturzes zu betrauen, und der dafür sorgte, dass Stauffenberg zum Stab des Ersatzheeres kam. Olbricht hat somit eine überaus wichtige Rolle in der Verschwörung vom 20. Juli 1944 gespielt.

Es muss nochmals erwähnt werden, dass der endgültige Plan der Verschwörung während einer Begegnung zwischen Goerdeler, Olbricht und von Tresckow in Berlin im November 1943 entstanden ist. Olbricht legte auf dieser Begegnung das Projekt der Machtergreifung in Berlin, Wien, Köln und München durch das Ersatzheer dar. Hierbei war auch verabredet worden, dass die Parole zur Durchführung des Umsturzes das Stichwort «Walküre» sein sollte. «Das Amt Olbrichts wurde jetzt zur Zentrale einer technischen Vorbereitung des Putsches . . .», schreibt in diesem Zusammenhang Ritter.⁵⁴

⁵⁴ Ritter, S. 343.

Zur Gruppe von Tresckow⁵⁵ gehörten u.a. sein Mitarbeiter von Schlabrendorff und die Adjutanten des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte der deutsch-sowjetischen Front von Hardenberg und von Lendorff. Gerade an diesem Frontabschnitt wurden mehrfach Attentatsversuche gegen Hitler unternommen. Eine wichtige Rolle spielte bei der Organisation dieser Attentate Fabian von Schlabrendorff; er war einer der aktivsten Verschwörer und ist fast der einzige, der aus der Führungsgruppe der Verschwörer am Leben blieb (Schlabrendorff wurde nach zahlreichen Verhören und Folterungen in das Lager Niederdorf in Südtirol überführt, wo er von amerikanischen Truppen befreit wurde). Sein Buch «Offiziere gegen Hitler» enthält wichtige Quellenangaben zur Geschichte des 20. Juli 1944.

Olbricht leitete die Aktionen der Verschwörer unmittelbar in Berlin. Nach dem missglückten Attentat auf Hitler wurde er verhaftet und auf Befehl Fromms von einem Exekutionskommando standrechtlich erschossen.

Der Gruppe Olbricht schloss sich unmittelbar auch die Gruppe Stauffenberg an, die in der Verschwörung eine besondere Stellung einnahm. Die Tätigkeit der Gruppe Stauffenberg und des «Kreisauer Kreises» wird besonders behandelt werden.

Zum «militärischen» Sektor der Verschwörung zählen die westdeutschen Historiker ebenfalls die Gruppe Rommel, die an der Westfront wirkte. Ihre Tätigkeit bestimmten die Pläne eines Separatabkommens mit England und den USA zur Fortsetzung des Krieges im Osten. Einige reaktionäre westdeutsche Historiker versuchen, die Gruppe Rommel vom Kern der Verschwörung abzusondern, da die faschistischen Anschauungen Rommels und seiner Umgebung allzugut bekannt sind. In Wirklichkeit zeugt die Teilnahme Rommels und seiner Umgebung an der Verschwörung davon, dass die Mehrzahl der militärischen Führer, die an der Verschwörung teilnahmen, erzkonservativ war und lediglich einen Ausweg aus dem verlorenen Krieg durch den Abschluss eines Separatfriedens im Westen und die Konzentrierung aller Kräfte der Reaktion zum Kampf gegen die Sowjetunion suchte.

Die reaktionären Anschauungen der wichtigsten Teilnehmer des «militärischen» Sektors der Verschwörung spiegelten sich auch in

⁵⁵ von Tresckow beging Selbstmord (21. Juli 1944), nachdem er erfahren hatte, dass das Attentat auf Hitler misslungen und die Verschwörung gescheitert war.

ihrem innenpolitischen Programm wider. Fast alle führenden Verschwörer der Militärkaste waren sich darin einig, dass in Deutschland die Monarchie restauriert werden müsse. In dieser Frage stimmten sie auch mit dem «zivilen» Führer der Verschwörung, Goerdeler, völlig überein. Nach den Plänen sowohl Goerdelers als auch der Vertreter der Militärkaste sollte nach dem Sturz Hitlers in Deutschland faktisch eine Militärdiktatur errichtet werden. Das ist eigentlich auch der Inhalt der innenpolitischen Pläne der auf die Seite der Verschwörer übergegangenen Führer der Militärkaste. Die Hitlerfaschisten selbst hüteten sich, irgend etwas zu unternehmen, was die Treue der Militärkaste im Ganzen zum Hitlerregime hätte in Zweifel stellen können. Die faschistische Führungselite sorgte dafür, dass die «Ehre» der Militärkaste nicht durch die an den Verschwörern geübte Vergeltung befleckt wurde. Bereits am 24. Juli 1944 gab Bormann eine Weisung «an alle Reichsleiter, Gauleiter und Verbändeführer» heraus, in der es hiess: «Der Führer wünscht, dass bei der Behandlung der Ereignisse des 20.7.1944 sich niemand dazu hinreissen lässt, das Offizierskorps, die Generalität, den Adel oder Wehrmachtsteile in corpore anzugreifen oder zu beleidigen. Es muss vielmehr immer betont werden, dass es sich bei den Teilnehmern des Putsches um einen ganz bestimmten verhältnismässig kleinen Offiziersklüngel handelte ... Wird über die Haltung des Veräterklüngels gesprochen, muss also gleichzeitig die einwandfreie Haltung des Heeres wie überhaupt die einwandfreie Haltung der Gesamtwehrmacht betont werden.»⁵⁶

Hitler, der den «makellosen Ruf» der Offizierskaste schützen wollte, ernannte ein besonderes «Ehrengericht», das aus Vertretern der Militärkaste bestand. Dieses «Ehrengericht» sollte Offiziere, die Teilnehmer der Verschwörung waren, aus der Armee austossen und sie nach eigenem Ermessen den zivilen Gerichten übergeben. Dem «Ehrengericht» gehörten die Feldmarschälle Keitel und Rundstedt, Generaloberst Guderian sowie die Generale Schrott und Specht an. Die Hitlerfaschisten waren bestrebt, den Anschein einer Selbstjustiz des Offizierskorps zu erwecken; das Privileg, das das Offizierskorps ausserhalb der Zuständigkeit der Zivilgerichte stellte, liessen sie damit unangetastet.

Das «Ehrengericht» arbeitete natürlich auf direkten Befehl der Gestapo. Es ist bezeichnend, dass die Faschisten in den zivilen «Volks-

⁵⁶ Zit. nach *Wheeler-Bennett*, S. 698 f.

gerichtshof», der das endgültige Urteil über die Verschwörer fällen sollte, auch einen Vertreter der Militärkaste, den General Hermann Reinicke, einschleusten.

Die Faschisten wagten also nicht, die Rechte der Militärkaste anzugreifen. Allerdings trafen sie Massnahmen, um die Armee noch stärker unter ihren Einfluss zu bringen. Zum Oberbefehlshaber des Ersatzheeres wurde der Reichsführer SS und Reichsinnenminister Heinrich Himmler ernannt. Nach einer Säuberungsaktion wurden im Generalstab und im Offizierskorps viele «alte» Offiziere entlassen und an ihrer Stelle dem Faschismus treu ergebene «jüngere Leute» eingesetzt. Hitler zweifelte jedoch nicht daran, dass die Offizierskaste im Ganzen der faschistischen Führung treu geblieben war.

Fast in allen Abhandlungen der westdeutschen Historiker wird hervorgehoben, dass die an der Verschwörung beteiligten Offiziere keineswegs eine Niederlage Deutschlands wünschten, sondern lediglich einen «ehrenvollen» Frieden erstrebten. Besonders zwei Bücher, die unmittelbar nach Beendigung des Krieges herauskamen, das Buch «Verräter? Patrioten!» von Johann Dietrich von Hassell und das Buch «Gegen eine neue Dolchstosslüge» von Wolfgang Müller, sollen die gegen die Verschwörer erhobene Beschuldigung, Verräter zu sein, entkräften.⁵⁷ Beide Autoren widerlegen die Annahme, dass die Verschwörer eine baldige Niederlage Deutschlands und die Kapitulation der deutschen Truppen angestrebt hätten. Obwohl in dem einen wie in dem anderen Buch der Wunsch erkennbar wird, die Ereignisse des 20. Juli ehrlich aufzuzeigen, konnten sich die Verfasser beider Bücher doch nicht zu der Erkenntnis durchringen, dass wahrer Patriotismus geradezu das Bestreben voraussetzt, eine baldige Kapitulation der faschistischen Armee und die Beendigung des Krieges sowohl im Westen als auch im Osten herbeizuführen. Die Verteidiger der deutschen Militärkaste unter den westdeutschen Historikern sind am meisten daran interessiert, zu verhindern, dass jemand die deutsche Militärkaste irgendwelcher «illoyaler Handlungen» gegenüber dem «Vaterland» verdächtigen könnte. «Die Verschwörer hofften naturgemäss ihrerseits, nach Möglichkeit eine Aufspaltung der Armee oder den offenen Bürgerkrieg zu vermeiden. Ihre Pläne bewegten sich im Rahmen einer ‚Blitz-Revolution‘, die mit ungeteilter

⁵⁷ *Johann Dietrich von Hassell, Verräter? Patrioten!*, Köln 1946; *Wolfgang Müller, Gegen eine neue Dolchstosslüge. Ein Erlebnisbericht zum 20. Juli, Hannover 1947.*

bewaffneter Macht durchgeführt werden sollte», schreibt Hans Rothfels.⁵⁸

Rothfels und andere Historiker Westdeutschlands rechtfertigten einige Verschwörer, die später, zur Zeit der heftigen Kämpfe im Osten Deutschlands, nach dem Überschreiten der deutschen Grenzen durch die Sowjetarmee, jede Opposition gegen Hitler ablehnten. Damit rechtfertigen sie die sinnlose Verlängerung des Krieges durch die Hitlerführung angesichts der unvermeidlichen Katastrophe. Alle diese Versuche haben nur ein Ziel, die Offizierskaste vor möglichen Anschuldigungen des «Defätismus» und insbesondere irgendwelcher defätistischer Stimmungen gegenüber den Streitkräften des Sowjetstaates zu bewahren. Hier werden Bestrebungen offensichtlich, den NATO-Plänen zur Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder entgegenzukommen.

Wir wollen uns nunmehr dem sogenannten «zivilen» Sektor der Verschwörung zuwenden, in dem Vertreter des Beamtentums die wichtigste Rolle spielten. Es handelt sich hierbei sowohl um die alten, von den Hitlerfaschisten benachteiligten Beamten aus der Weimarer Republik als auch um eine Reihe hoher Beamter des Hitlerregimes selbst.

Vor allem muss hervorgehoben werden, dass der «zivile» Führer der Verschwörung, Carl Goerdeler, hoher Beamter der Weimarer Republik war und auch in der ersten Zeit des Hitlerregimes hohe Verwaltungsfunktionen bekleidete. Vor 1933 war Goerdeler anfänglich zweiter Bürgermeister von Königsberg, dann Oberbürgermeister von Leipzig und schliesslich während der Regierung Brüning Reichspreiskommissar. Das letztere Amt bekleidete er auch nochmals unter Hitler von November 1934 bis Juli 1935.

Auch Popitz hatte in der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des Faschismus hohe Ämter bekleidet. Seine Karriere im Verwaltungsapparat begann bereits im Jahre 1918. Schliesslich war er im Jahre 1932 preussischer Finanzminister geworden und bekleidete diesen Posten ebenfalls unter Hitler. Er (wie auch Schacht) erhielt aus den Händen Hitlers die höchste Parteiauszeichnung, das «goldene Parteiabzeichen». Popitz trat von dem Posten des preussischen Finanzministers erst Ende 1938 zurück, brach jedoch die engen Beziehungen zu der faschistischen Führungsspitze, insbesondere zu

⁵⁸ Rothfels, S. 83.

Himmler und Göring, nie restlos ab. Popitz schlug seinerzeit vor, nach der von ihm beabsichtigten «Palastrevolution» an die Stelle Hitlers Göring zu setzen.⁵⁹ Er ergriff auch die Initiative zu den Besprechungen mit Himmler, die wir bereits erwähnt haben. Popitz wurde ebenso wie Goerdeler von den Hitlerfaschisten erst kurz vor dem Zusammenbruch des faschistischen Reiches, im Februar 1945, hingerichtet.

Sowohl Popitz als auch Goerdeler genossen unter den namhaften faschistischen Beamten einen guten Ruf. Es ist bezeichnend, dass die Hitlerfaschisten Goerdeler und Popitz nach ihrer Verhaftung fast bis zu ihrer Hinrichtung mit der Ausarbeitung verschiedener ökonomischer und administrativer Projekte zum «Wiederaufbau Deutschlands» nach dem Krieg beauftragten. Die Abteilung III des Reichssicherheitshauptamtes, deren Leiter Ohlendorf war, beauftragte Goerdeler und Popitz, ein Gutachten zu Fragen des Wiederaufbaus der zerstörten Städte und der Industrie, der Finanzpolitik, der Arbeitskräfteverteilung, der Rolle der örtlichen Verwaltung beim Wiederaufbau nach dem Krieg usw. anzufertigen.⁶⁰ Popitz wurde sogar beauftragt, eine Denkschrift über eine Verwaltungsreform, zur Neugliederung des Reiches, und über neue Funktionen der Landes- und Gemeindeverwaltung sowie zur Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft zu verfassen. Ausserdem verpflichteten sie ihn, Memoiren zur Geschichte der staatlichen Verwaltung Deutschlands zu schreiben. Die Gestapo erteilte Goerdeler weiterhin den Auftrag, die Erfahrungen seiner Arbeit als Reichspreiskommissar zu sammeln und eine Denkschrift «Zur Erneuerung der Selbstverwaltung» zu schreiben. Ausserdem sollte er auch zu anderen grossen Fragenkomplexen, die mit der Nachkriegsentwicklung Deutschlands zusammenhingen, seine Meinung sagen.

Goerdeler und Popitz arbeiteten eifrig an diesen Aufgaben; ihrer Feder entsprang ein umfangreicher Band von ungefähr 800 Schreibmaschinenseiten. Besonders drei Dokumente Goerdelers müssen erwähnt werden, die er nach seiner Verhaftung im Auftrag der Gestapo schrieb: «Preisüberwachung» und «Preisüberwachung bei fortgeschrittener Kriegswirtschaft» sowie «Gedanken zur Erneuerung der Selbstverwaltung». Sie wurden von einem ganzen Heer von Gestapoleuten für die künftige Benutzung sorgfältig bearbeitet. Es ist bezeich-

⁵⁹ Ebenda, S. 99.

⁶⁰ Darüber ausführlicher bei *Ritter*, S. 417 ff. u. 546 f.

ncnd, dass Goerdeler in diesen Dokumenten die «Errungenschaften» der faschistischen Behörden auf dem Gebiet der Verwaltungsreformen in Deutschland über alle Massen lobt.

Das Hauptmotiv aber, das Himmler bewog, Goerdeler und Popitz so lange Zeit am Leben zu lassen, bestand offensichtlich darin, dass er sie zur Herstellung von Verbindungen mit bestimmten Kreisen im Ausland benutzen und seine eigenen Pläne zum Abschluss eines Separatfriedens mit den Westmächten auf diese Weise verwirklichen wollte. Ganz kurz vor Kriegsende nahmen diese Pläne bereits sehr konkrete Formen an. Wie Huppenkothen berichtete, hatte sich Kaltenbrunner nach dem Attentat auf Hitler in einem ziemlich weiten Kreis von Gestapobeamten überaus positiv über die Möglichkeit von Verhandlungen mit Vertretern der Westmächte ausgesprochen.⁶¹ Himmler liess im Oktober 1944 Wallenberg über Schellenberg eine Einladung nach Berlin (unter dem Vorwand von Verhandlungen über die Freilassung von in Deutschland verhafteten schwedischen Bürgern) übermitteln; Wallenberg war dabei die Rolle eines Vermittlers zwischen Himmler und Vertretern der Westmächte zuge-dacht.⁶² Im Dezember 1944 machte Himmler der englischen und amerikanischen Regierung über die Schweiz den Vorschlag, Emis-säre der faschistischen deutschen Armee und der Nazipartei nach London und Washington zu entsenden, um sich den Sinn erläutern zu lassen, den die Alliierten in die Formel «unconditional surren-der» (bedingungslose Kapitulation) legten.⁶³ Schliesslich setzte sich Himmler kurz vor dem Zusammenbruch des faschistischen Reiches, im April 1945, mit dem Grafen Bernadotte in Verbindung, um den Westmächten den Vorschlag einer «separaten Kapitulation» im Westen zu unterbreiten.⁶⁴

Für die Verwirklichung solcher Pläne versuchte Himmler, die Ver-schwörer und in erster Linie Goerdeler zu benutzen, der behauptete, sich mit Vertretern der Westmächte in Verbindung setzen zu kön-nen, um mit ihnen den Abschluss eines Separatfriedens zu verein-baren. Ende August sandte Goerdeler aus dem Gefängnis einen Brief an Hitler, in dem er ihm seine Dienste als Vermittler bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Westmächte anbot. In seinen

⁶¹ Ebenda, S. 548.

⁶² Ebenda, S. 422; Hassell, S. 350.

⁶³ Ritter, S. 423.

⁶⁴ Vgl. *Folke Bernadotte, Das Ende*, Zürich 1945.

im Gefängnis gemachten Aufzeichnungen erwähnt er diesen Vorschlag und begründet ihn damit, dass nach dem 20. Juli 1944 keine Hoffnung mehr bestanden habe, Hitler abzusetzen, und es deshalb erforderlich gewesen sei zu versuchen, den Krieg mit dessen Hilfe zu beenden.⁶⁵

Einer der Gefängniswärter Goerdelers, Wilhelm Brandenburg, bezeugt, dass sich¹ Ende 1944 Himmler persönlich mit dem Vorschlag an Goerdeler gewandt habe, seine Verbindungen mit Wallenberg zu benutzen, um einen Kontakt zu Churchill herzustellen und ihm im Namen Himmlers einen Friedensschluss mit Deutschland vorzuschlagen. Nach den Aufzeichnungen Brandenburgs muss zwischen Goerdeler und Himmler eine Begegnung stattgefunden haben, während welcher Goerdeler den Kumpan Hitlers zu überreden versucht hat, ihm zu gestatten, zu entsprechenden Verhandlungen nach Schweden zu reisen. Himmler ging jedoch darauf nicht ein, und es wurde lediglich vereinbart, dass sich Goerdeler schriftlich an Wallenberg wenden solle.⁶⁶ Ein Brief Goerdelers an Wallenberg vom 8. November 1944 ist erhalten geblieben, in dem er schrieb: «Da England auf den Sturz des Nationalsozialismus nicht rechnen kann, muss es mit dem jetzigen Deutschland Waffenstillstand schliessen ... Also muss England den Nationalsozialismus dulden; dann kann es auch die polnische Frage lösen.» Goerdeler erklärte ferner Wallenberg: «Zunächst muss alles hinter den Kulissen, Russland verborgen, vorbereitet werden. Ich beschwöre Sie, sofort die Initiative zu ergreifen ... Schweden rettet Europa .. .»⁶⁷

Der Brief Goerdelers besagt alles. Im Einvernehmen mit Himmler versuchte er den Plan einer separaten Kapitulation Hitlerdeutschlands im Westen zu verwirklichen, um damit eine gemeinsame imperialistische Front gegen die Sowjetmacht zu schaffen. Gegen Ende des Krieges stimmten somit die Pläne der Führer der Verschwörung und der Gestapohäuptlinge völlig überein.

Die Schläge; die die sowjetischen Streitkräfte den Hitlertruppen zufügten, vereitelten die Pläne Goerdelers und Himmlers. Himmler, der die Dienste Goerdelers nicht mehr in Anspruch nehmen konnte und deshalb an ihm jedes Interesse verlor, lieferte ihn dem Henker aus. Diese angeführten Tatsachen werfen jedoch ein bezeichnendes

⁶⁵ Vgl. Ritter, S. 424.

⁶⁶ Vgl. Ebenda, S. 427 f.

⁶⁷ Ebenda, S. 429 f.

Licht auf die wahren Anschauungen des «zivilen» Führers der Verschwörung und zeugen von den reaktionären Ansichten Goerdelers, Ansichten, die in vielen entscheidenden Fragen mit den Anschauungen der Faschisten identisch waren.

Das war das Gesicht der beiden bekanntesten Vertreter des deutschen Beamtentums in der Verschwörung. Ausser ihnen nahmen an der Verschwörung auch noch viele andere höhere Beamte, besonders der «alten Schule», aus den Jahren der Weimarer Republik, teil. Zu diesen gehörten viele ehemalige hohe Provinzbeamte Bayerns, des Rheinlandes sowie auch Österreichs, darunter auch ehemalige Bürgermeister deutscher Grossstädte. Vor allem muss hier der ehemalige Präsident der Nationalversammlung Österreichs, der langjährige Bürgermeister von Wien Karl Seitz, erwähnt werden. Er war einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Im Jahre 1919 war er zum Präsidenten des österreichischen Staatsrats und am 5. März 1920 zum Präsidenten der konstitutionellen Nationalversammlung gewählt worden. Seit 1920, d.h. vom Zeitpunkt der Bildung des Nationalrats, war er dessen ständiges Mitglied gewesen. Von 1923 bis 1934 war Seitz Bürgermeister in Wien.

Seitz stand an der Spitze der österreichischen Verschwörergruppe. Zu dieser Gruppe gehörte Franz Röppel, ein ehemaliges Mitglied des alliierten Rates in Österreich und Landeshauptmann eines österreichischen Bundeslandes sowie namhafter Funktionär der katholischen Christlich-sozialen Partei Österreichs. Mit Seitz stand auch Josef Reuter, ehemaliger Landwirtschaftsminister in Österreich und Landeshauptmann des Bundeslandes Niederösterreich, in Verbindung. Röppel und Reuter sowie auch Seitz schieden noch vor dem Anschluss Österreichs an Deutschland aus ihren Ämtern aus. Röppel war bereits im Juli 1933 zurückgetreten, und Reuter war ihm im Jahre 1935 gefolgt. Damit erklärt sich, dass sie nicht verhaftet und von den Hitlerfaschisten des Landes verwiesen worden waren, wie die anderen ehemaligen Mitglieder der österreichischen Regierung und hohen Beamten, die vor dem Machtantritt der Regierung Seiss-Inquart und vor dem Anschluss Österreichs an Deutschland verantwortliche Ämter bekleidet hatten.

Von den bayrischen Politikern hielt Franz Sperr, ehemaliger Abgeordneter Bayerns im Reichsrat, die Verbindung mit den Verschwörern aufrecht. Sperr war viele Jahre hindurch bayrischer Gesandter in Berlin gewesen. Er stand mit alten deutschen Generalstabsoffi-

zieren, insbesondere mit Beck, in Verbindung, da er während des ersten Weltkrieges im Generalstab tätig gewesen war und nach dem ersten Weltkrieg im «Truppenamt» mitgearbeitet hatte.

Die Verschwörer setzten sich mit dem ehemaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Lüninck, einem rheinischen Grossgrundbesitzer und Präsidenten der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz, in Verbindung. Er stand an der Spitze verschiedener landwirtschaftlicher Vereinigungen. Von März 1933 bis März 1935 hatte er den Posten des Oberpräsidenten bekleidet.

Auch der Oberbürgermeister von Hannover, Arthur Menge, und der ehemalige Berliner Bürgermeister Elsas sagten ihre Teilnahme an der Verschwörung zu. Arthur Menge war 10 Jahre lang, und zwar von 1925 bis 1935, Oberbürgermeister von Hannover, und Elsas war vom 20. April 1931 bis 1. Oktober 1933 Bürgermeister (d.h. Stellvertreter des Oberbürgermeisters) von Berlin.

Von den Vertretern des Weimarer Beamtentums muss noch der ehemalige Staatssekretär des preussischen Ministeriums des Innern, Herbert von Bismarck, erwähnt werden, der aus Protest gegen die Politik Hitlers nach dem Machtantritt der Faschisten zurücktrat. Auch Theodor Steltzer, ein ehemaliger Landrat, der in seinem im Jahr 1933 geschriebenen Memorandum den Faschismus einer scharfen Kritik unterzog und ebenfalls in den Ruhestand trat, war Teilnehmer der Verschwörung. Ebenfalls der ehemalige Oberbürgermeister von Düsseldorf, Robert Lehr, und die ehemaligen Staatssekretäre der Reichskanzlei Eduard Hamm (im Kabinett Cuno) und Dr. Erwin Planck (im Kabinett v. Schleicher), die Minister Otto Gessler, Dr. Andreas Hermes und viele andere waren Teilnehmer der Verschwörung.

Alle diese Persönlichkeiten hatten hohe Verwaltungsämter in der Weimarer Zeit bekleidet und waren sofort nach dem Machtantritt der Faschisten entlassen worden oder selbst zurückgetreten. Sie standen in Opposition zum Hitlerregime, und einige von ihnen waren sogar bereit, sich an entschlossenen Aktionen gegen Hitler zu beteiligen, wie z.B. Steltzer, der sich dem «Kreisauer Kreis» anschloss. Es wäre jedoch naiv, von diesen konservativ gesinnten alten Beamten irgendwelche echten antifaschistischen Aktionen zu erwarten. Diese Leute hatten Jahrzehnte hindurch auf Treu und Glauben dem deutschen Imperialismus gedient, und ihre Bestrebungen gingen lediglich dahin, elastischere Wege zur Erhaltung der Macht des

Monopolkapitals und des Militarismus in einem künftigen Deutschland zu finden.

In diesem Zusammenhang muss noch eine von der westdeutschen Geschichtsschreibung geschaffene, besonders zählebige Legende berührt werden. Diese Legende soll glaubhaft machen, dass das gesamte faschistische Auswärtige Amt in Opposition zu Hitler gestanden habe. Die Verbreitung einer solchen Legende verfolgt ein bestimmtes politisches Ziel. Da sich nach dem Krieg im Bonner Aussenministerium wiederum fast alle ehemaligen Mitarbeiter Ribbentrops zusammengefunden haben (85 Prozent der Beamten des Aussenministeriums der Bundesrepublik Deutschland sind alte Diplomaten des faschistischen Auswärtigen Amtes), will man sie als «Antifaschisten» rehabilitieren. So will die westdeutsche Regierung diese hohe Anzahl faschistischer Diplomaten rechtfertigen und das Auswärtige Amt Ribbentrops beinahe als ein Zentrum des antifaschistischen Widerstandes hinstellen.

In Wirklichkeit gehörten lediglich einige junge Diplomaten, darunter solche wie Adam von Trott und Hans Berndt von Haefen, die sich dem «Kreisauer Kreis» anschlossen, sowie der alte Diplomat Werner von der Schulenburg zu den überzeugten Verschwörern. Einige andere Vertreter des Ministeriums, z.B. Erich und Theo Kordt, hielten die Verbindung der führenden Persönlichkeiten der Verschwörung mit anglo-amerikanischen Kreisen aufrecht. An der Verschwörung nahm auch der alte Diplomat Ulrich von Hassell teil. Obwohl Hassell in Opposition zu Hitler stand, war er äusserst konservativ eingestellt und versuchte hartnäckig, den Abschluss eines Separatfriedens mit England und den USA zu erreichen. Mit den aufgezählten Personen ist die «Opposition» im faschistischen Auswärtigen Amt eigentlich schon erschöpft. Es muss noch ergänzt werden, dass viele der von uns genannten Beamten des diplomatischen Dienstes keinen leitenden Diplomatenposten hatten und meistens nur äusserst bescheidene Angestellte waren. So war beispielsweise Werner von der Schulenburg nach 1941 aus dem diplomatischen Dienst entfernt worden, und Trott nahm nur die Stellung eines Referenten ein. Kordt wiederum beteiligte sich nach dem Antritt seines diplomatischen Dienstes in Tokio überhaupt nicht mehr aktiv an der Verschwörung. Der amerikanische Historiker Seabury schreibt in diesem Zusammenhang in seinem Buch «Die Wilhelmstrasse»: «Im Vergleich zum Beitrag des deutschen Heeres war die Anteil-

nahme des Auswärtigen Amtes an der Verschwörung jedoch wahrhaft bescheiden. Nach der Abreise Erich Kordts nach Japan im Jahre 1941 war eigentlich überhaupt kein leitender Beamter des Auswärtigen Amtes in Berlin direkt beteiligt.»⁶⁸

Das Buch von Seabury enthält ausserdem viel Material, das den in der westdeutschen Literatur verbreiteten Mythos um den ehemaligen Stellvertreter Ribbentrops, Weizsäcker, wonach dieser aktiv an der Verschwörung teilgenommen haben soll, enthüllt. Seabury zitiert folgenden Ausspruch Weizsäckers: «Ich selbst war nicht eingeschriebenes Mitglied einer solchen Gruppe.»⁶⁹ Über das Verhältnis der Verschwörer zu Weizsäcker schreibt Seabury, die Führer der Verschwörung, darunter auch Hassell, hätten Weizsäcker misstraut. In einem Gespräch mit Hassell habe Weizsäcker ihm offen erklärt, dass er keinen weiteren Kontakt mehr mit ihm wünsche; er instruierte auch entsprechend seine Untergebenen im Auswärtigen Amt. «Nach diesem Vorfall», schreibt Seabury, «wollten weder Hassell noch General Beck ... etwas mit Weizsäcker zu tun haben.»⁷⁰

Das faschistische Auswärtige Amt führte zuverlässig die aggressiven aussenpolitischen Pläne der Hitlerregierung aus. Seine Beamten leisteten Hitler treue Dienste, und von einer «antifaschistischen Bewegung» unter ihnen konnte überhaupt nicht die Rede sein.

Unter der Beamenschaft bestanden überhaupt nicht soviel klar umrissene Gruppen oder Zirkel wie unter den Militärs. Eine der Formen des Verkehrs zwischen den oppositionell gesinnten Vertretern des höheren Beamtentums waren Begegnungen, an denen eine bestimmte Anzahl von Personen teilnahm; bei diesen Begegnungen wurden allgemeine politische und ökonomische Probleme diskutiert. Es wurden weder organisatorische Fragen noch irgendwelche Pläne eines Attentats oder eines Umsturzes behandelt. Solche Begegnungen der Zirkel oder Gruppen fanden unregelmässig statt und trugen den Charakter von Diskussionsabenden mit theoretischen Themen. Mit solchen Diskussionen beschäftigten sich auch die höheren Beamten und Universitätsprofessoren, die der «Mittwochsgesellschaft» angehörten. Ihren Namen hat diese Gesellschaft offensichtlich deshalb erhalten, weil sich ihre Mitglieder an Mittwochabenden in den

⁶⁸ *Pani Seabury*, Die Wilhelmstrasse. Die Geschichte der deutschen Diplomatie 1930-1945, Berlin 1956, S. 212.

⁶⁹ Ebenda, S. 211.

⁷⁰ Ebenda, S. 306.

Häusern der Mitglieder der Gesellschaft trafen.⁷¹ Die «Mittwochsgesellschaft» zählte 16 Mitglieder, die zweimal im Monat zu einem Meinungsaustausch über politische und ökonomische Fragen zusammenkamen. Der Gesellschaft gehörten auch konservativ gesinnte Beamte wie Popitz und Hassell sowie auch der bekannte Jurist Professor Jens Jessen, der Chirurg Lauter u.a. an.

Auf den Zusammenkünften der Gesellschaft sprachen manchmal auch Beck und Goerdeler.

Diese Gesellschaft stellte keine Verschwörergruppe dar. Trotzdem schenkt die westdeutsche Geschichtsschreibung der Mittwochsgesellschaft ziemlich grosse Beachtung und versucht, sie als eines der «Zentren» der Verschwörung hinzustellen. Es ist bezeichnend, dass, wie Wheeler-Bennett hervorhebt, die Gestapo über die Zusammenkünfte dieser Gesellschaft gut informiert war, ihr aber dennoch keine bemerkenswerte Bedeutung beimass.

Einen noch weitaus abstrakteren Charakter trugen die Themen, die auf den Zusammenkünften einer Gruppe von Professoren der Freiburger Universität, der hauptsächlich Ökonomen und Historiker angehörten, beraten wurden. Von den bekannten, mehr oder weniger der Reaktion verschriebenen Gelehrten, die an den Zusammenkünften dieses Zirkels teilnahmen, müssen die Ökonomen Walter Eucken und Adolf Lampe, der Historiker Gerhard Ritter sowie der Soziologe und Ökonom, Professor der Marburger Universität, Albrecht, genannt werden.

Diese Gruppe stand über Gerhard Ritter mit Goerdeler in Verbindung und führte einige Aufgaben in seinem Auftrag aus. Insbesondere wurde einem bestimmten Personenkreis, der an den Zusammenkünften des Freiburger Zirkels teilnahm, der Auftrag erteilt, für die deutsche Delegation, die zum Weltkongress der protestantischen Kirchen entsandt werden sollte, ein Programm für den «Wiederaufbau nach dem Kriege» auszuarbeiten. Es war geplant, diesen Kongress sofort nach Beendigung des Krieges einzuberufen. Alle Teilnehmer des Freiburger Kreises waren protestantisch. An der Beratung des Programms nahm ebenfalls Goerdeler teil. Von dieser Beratung erfuhr auch die Gestapo, woraufhin einige Teilnehmer des Freiburger Kreises verhaftet wurden. Doch keiner von ihnen wurde

⁷¹ Vgl. *Paul Fechter*, *Menschen und Zeiten*, Berlin und Hamburg 1949, S. 365; *Wheeler-Bennett*, S. 410 f.; *Weisenborn*, S. 111.

von den Faschisten hingerichtet?⁷² Die Gestapo betrachtete die Tätigkeit des Kreises als «theoretische Übungen» und hielt sie für bedeutungslos.

In all diesen Gesellschaften, Gruppen und Zusammenkünften von Professoren, deren Teilnehmer äusserst konservativ gesinnt waren, wurde nur diskutiert, aber nicht praktisch gehandelt. Sogar zu einem Zeitpunkt, als die Niederlage des faschistischen Deutschlands im Krieg feststand, erörterten die Teilnehmer dieser Gruppen und Kreise weiterhin kleinere Reformen, die keineswegs den Charakter der faschistischen Diktatur in Deutschland verändern konnten. An praktische Massnahmen gegen das Hitlerregime dachte man in diesen Kreisen überhaupt nicht.

Einen etwas anderen Charakter trug die Tätigkeit einer Gruppe von Beamten und Angehörigen der Intelligenz, die unter dem Namen «Solf-Kreis» bekannt ist. Den Kreis leitete die Witwe des 1936 verstorbenen Wilhelm Solf. Er war Staatssekretär beim Reichskolonialministerium und letzter Aussenminister im kaiserlichen Deutschland gewesen. In der Weimarer Republik war er deutscher Botschafter in Japan. Nach der Machtergreifung durch die Faschisten trat Solf in den Ruhestand und verstarb drei Jahre später. Solf war durch seine antihitlersche Gesinnung bekannt; er hat mehrfach gewarnt, wie Personen, die ihn näher kannten, bezeugen, dass Hitler eine Katastrophe über Deutschland heraufbeschwören werde.

Nach dem Tode Solfs sammelte sich um seine Witwe ein Kreis Hitler feindlich gesinnter Beamter, in dem verschiedene Pläne einer «Umgestaltung» Deutschlands nach dem Sturz des Hitlerregimes erörtert wurden. Die Tochter Solfs war mit dem bekannten deutschen Industriellen Ballestrem verheiratet, der grosse Bergbauunternehmen und Hüttenwerke in Schlesien besass; ausserdem hatte er in Preussen einen Grundbesitz von 11'000 ha. Das Vermögen der Familie Ballestrem wurde auf mehr als 50 Mill. Mark geschätzt. Damit gehörte sie zu den reichsten Familien Deutschlands.⁷³ An den Zusammenkünften des «Solf-Kreises» nahmen Graf Bernstorff (Bankier und Grossgrundbesitzer, bis 1933 deutscher Botschaftsrat in London), Richard Künzer (Sekretär im Auswärtigen Amt), die Be-

⁷² Ritter, S. 511, 546.

⁷³ Nach der Verhaftung der Frau Ballestrens (der Tochter Solfs) warf die Gestapo auch Ballestrem selbst ins Gefängnis, doch wurde er, wie auch andere Grossindustrielle, nicht vor Gericht gestellt.

amten Zarden und Kiep, der ehemalige Berliner Bürgermeister Elsas u.a. teil.

Die Gestapo hatte mit Hilfe eines Spitzels Ende 1943 den «Solf-Kreis» aufgespürt und seine Teilnehmer im Jahre 1944 verhaftet; fünf von ihnen wurden von einem faschistischen Gericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde im September 1944 vollstreckt. Einer der Teilnehmer des Kreises, Zarden, beging während der Haft Selbstmord. Die Verhaftung der Mitglieder des Kreises hatte für die Verschwörung schwere Folgen. Im Zuge der Untersuchung wurde bekannt, dass Helmuth von Moltke mit dem Kreis in Verbindung stand. Daraufhin wurde er verhaftet, und die Gestapo begann die Fäden zu entwirren, die zu anderen namhaften Verschwörern führten.⁷⁴

Die antifaschistische Gesinnung der Mehrzahl der Personen, die im Hause Solfs zusammenkamen, unterliegt keinem Zweifel. Auf den Zusammenkünften wurde über die Wege und Methoden zur Beseitigung Hitlers beraten. Die Leiter des «Solf-Kreises» unterhielten auch mit Emigranten in der Schweiz Kontakt, insbesondere mit dem ehemaligen deutschen Reichskanzler Dr. Josef Wirth. Die Tatsache, dass der Leiter des «Kreisauer Kreises», Moltke, bei den Zusammenkünften im Hause Solfs an der Beratung einiger Fragen teilnahm, zeugt ebenfalls davon, dass die Gedanken, die dort geäußert wurden, einen ausgeprägten antihitlerschen Charakter trugen. An der unmittelbaren Verschwörerstätigkeit beteiligten sich die Mitglieder des Kreises aber nicht.

Die Teilnahme des höheren Beamtentums an der Verschwörung ist natürlich nicht mit den von uns angeführten Beispielen erschöpft. Es kann mit vollem Recht behauptet werden, dass das oppositionelle Beamtentum die «zweite Triebfeder» der Verschwörung gewesen ist. Doch beweist gerade die grosse Beteiligung der Beamtenschaft und der Vertreter des Militärs an der Verschwörung, dass diese Ausdruck einer «Krise der herrschenden Klasse» des faschistischen Deutschlands war. War doch die Beamtenschaft immer treuer Vollstrecker des Willens des Monopolkapitals und des Junkertums. Die Unzufriedenheit der höheren Beamten mit Hitler entsprang der

⁷⁴ Über die Tätigkeit des «Solf-Kreises» Siehe *Weisenborn*, *Der lautlose Aufstand*, S. 113 f.; *Rothfels*, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, S. 37; *Wheeler-Bennett*, *Die Nemesis der Macht*, S. 614 f.; *Ritter*, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 365; *Pechel*, *Deutscher Widerstand*, S. 88.

Überzeugung vieler Vertreter des Beamtentums, dass die Hitlermethoden für die Aufrechterhaltung der Macht des Monopolkapitals nicht mehr geeignet seien. Das Beamtentum war weit entfernt von dem Gedanken eines Umsturzes in Deutschland und der Schaffung einer echten demokratischen Macht im Lande. Deshalb standen seine Vertreter in der Verschwörung weiter rechts als viele Vertreter des Militärs und des Junkertums.

Eine Analyse der sozialen Zusammensetzung, der Aktivität und der Ansichten sowohl des «militärischen» als auch des «zivilen» Sektors der Verschwörung zeigt, dass sie ihrem Klassencharakter nach reaktionär war und mit der echten antifaschistischen Volksbewegung nichts gemein hatte.

IV. DER «KREISAUER KREIS» UND DIE GRUPPE STAUFFENBERG

Wir haben bereits davon gesprochen, dass, obwohl die Verschwörung im Ganzen gesehen klassenmässig einen reaktionären Charakter hatte, sich ihr doch patriotisch gesinnte Kräfte angeschlossen haben, die den Faschismus beseitigen und eine demokratische Ordnung in Deutschland errichten wollten. Es muss aber betont werden, dass diese patriotisch gesinnten Kräfte in der Minderzahl waren und ihre Anschauungen bei der Aufstellung des offiziellen Programms der Verschwörung keine entscheidende Bedeutung hatten. Dessenungeachtet zeigte sich gegen Ende des Krieges, dass sich auch unter der deutschen Bourgeoisie die Erkenntnis durchrang, dass nur durch einen Umsturz und die Schaffung einer breiten nationalen Front aller antifaschistischen Kräfte ein Ausweg aus der Katastrophe gefunden werden konnte, die Hitler über das deutsche Volk heraufbeschworen hatte.

Diese patriotischen Kräfte waren insbesondere im «Kreisauer Kreis»¹ und in der «Gruppe Stauffenberg» vertreten. Man kann natürlich keineswegs alle Angehörigen des «Kreisauer Kreises» zu den patriotisch und fortschrittlich gesinnten Menschen zählen. Es besteht aber kein Zweifel, dass das patriotische Element in diesem Zirkel in weit grösserer Masse vorhanden war als in irgendeinem anderen Zirkel oder in einer anderen Gruppe der Verschwörung. Dem «Kreisauer Kreis» muss deshalb besondere Beachtung geschenkt werden.

Der «Kreisauer Kreis» erhielt seinen Namen nach dem Gut des Grafen Helmuth von Moltke in Kreisau in der Nähe der Stadt Schweidnitz in Schlesien, wo die Teilnehmer des Kreises zusammenzukommen pflegten. Moltke selbst war Repräsentant einer namhaften Adelsfamilie, ein Nachkomme des Feldmarschalls Moltke, des Begründers des deutschen Generalstabs und Generalstabschefs im Deutsch-Französischen Krieg. Die Tatsache, dass Moltke einen Teil seines ererbten Grundbesitzes an die Bauern verteilte, wirft ein bezeichnendes Licht auf seinen Charakter. Moltke war ein tief religiöser Mensch, der verschwommene Ideen eines «christlichen So-

¹ *Pechel*, S. 116 ff.; *Dulles*, S. 107; *Theodor Steltzer*, Der Kreisauer Kreis, in: Von deutscher Politik, Frankfurt am Main 1949, S. 71 ff. u. 154.

zialismus» propagierte. Diese Ideen fanden in allen programmatischen Dokumenten des Kreises ihren Niederschlag.

Der nächste Freund Moltkes war Peter Graf Yorck von Wartenburg. Er war ebenfalls Repräsentant einer namhaften Aristokratenfamilie und Nachkomme des bekannten preussischen Generals, der auf eigenes Risiko mit dem russischen General Diebitsch am 30. Dezember 1812 in Tauroggen ein Abkommen getroffen hatte, dem zufolge die preussischen Truppen die Ausführung der Befehle Napoleons verweigerten. Die Konvention von Tauroggen gab den Anstoss zum Befreiungskampf des deutschen Volkes gegen das Napoleonische Joch. General Yorck wurde zum Helden dieses Befreiungskampfes. Die fortschrittlichen Traditionen der Familie Yorck haben zweifellos auf die Anschauungen Peter Yorcks einen gewissen Einfluss ausgeübt. Hinzu kommt noch, dass Yorck eng mit Stauffenberg verbunden war (er war sein Neffe) und die patriotische Gesinnung Stauffenbergs ebenfalls die Anschauungen Yorcks beeinflusst hat. Von den Angehörigen des «Kreisauer Kreises» hatte er die patriotischste und fortschrittlichste Gesinnung.

Ausser Moltke und Yorck gehörten dem «Kreisauer Kreis» die von uns bereits früher erwähnten Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Adam von Trott zu Solz und Hans Berndt von Haefen an. Beide fungierten als aussenpolitische Berater der Leiter des Kreises, Moltke und Yorck. Erwähnt werden müssen auch einige antifaschistisch gesinnte Vertreter der Kirche, wie z.B. D. Harald Poelchau, der im Tegeler Gefängnis als Geistlicher wirkte und der den politischen Häftlingen, darunter auch den Kommunisten, nicht geringe Hilfe erwies.² Auch Theodor Steltzer gehörte zu dieser Gruppe bürgerlicher Antifaschisten, der sich auch die Sozialdemokraten Carlo Mierendorff, Theo Haubach, Julius Leber und Adolf Reichwein angeschlossen hatten.

Im «Kreisauer Kreis» waren somit Menschen verschiedener sozialer Herkunft und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit sowie politischer Anschauungen vereinigt. Während die anderen Gruppen geschlossene Vereinigungen darstellten, denen im Wesentlichen Vertreter einer bestimmten Kaste angehörten, war der «Kreisauer Kreis» umfassender; seine Führer waren bestrebt, den Rahmen einer Kastenvereinigung zu sprengen und die Basis für eine breitere Koalition der antifaschistischen Kräfte im Lande zu schaffen. So hob

² Vgl. *Harald Poelchau, Die letzten Stunden*, Berlin 1949.

Theodor Steltzer in dem am 15. Juli 1944 an die Alliierten gerichteten Memorandum hervor, dass «es ausser uns» (d.h. dem «Kreisauer Kreis» – d. Verf.) «keinen auf vom Hitlerismus unabhängige Gruppen gestützten Kreis gibt, der in der Lage wäre, *alle* aufbauwilligen Kräfte zusammenzufassen». Steltzer, der offenbar auf die Goerdeler-Gruppe anspielte, schrieb, dass zwar ein konservativer Kreis mit offensichtlich konspirativen Absichten bestehe, doch, so fuhr er fort, «... dürfe man ihm keine ernsthafte Bedeutung beimessen.»³ Aus diesem Memorandum ist ersichtlich, dass die Leiter des «Kreisauer Kreises» den grundsätzlichen Unterschied zwischen ihrer Gruppe und den anderen oppositionellen Gruppierungen darin erblickten, dass sie bestrebt waren, die breiteste antifaschistische Basis zum Kampf gegen das Hitlerregime zu schaffen.

Die Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» kamen regelmässig zusammen und berieten über aktuelle politische und ökonomische Fragen. Im Unterschied zu den Beratungen in anderen Zirkeln trugen die Diskussionen, die auf dem Gut Moltkes geführt wurden, einen bedeutend ausgeprägteren antifaschistischen Charakter; sie zeichneten sich durch konkrete programmatische Forderungen aus.

Neben den allgemeinen Zusammenkünften auf dem Gut des Grafen Moltke fanden auch Zusammenkünfte von einzelnen Teilnehmern in Berlin, München und Fulda statt. Auf diesen Zusammenkünften wurden die von einzelnen Mitgliedern des Kreises eingebrachten Nachkriegspläne ausführlich behandelt. Ausserdem wurden konkrete «Aktionsprogramme» ausgearbeitet; diese Programme sahen die Ernennung von Sonderbevollmächtigten in allen Ländern vor, die in der Übergangszeit – nach dem Sturz der Hitlerherrschaft bis zur Errichtung eines neuen demokratischen Staates – die Macht ausüben sollten. Es war vorgesehen, diese Bevollmächtigten mit weitgehenden Rechten auszustatten; sie sollten insbesondere den Staatsapparat säubern und die Personen, die an Verbrechen in der Zeit des Hitlerregimes beteiligt waren, vor Gericht stellen.

Es sind nur über drei allgemeine Zusammenkünfte der Leiter des Kreises auf dem Gut des Grafen Moltke, und zwar vom Frühjahr und Herbst 1942 und Anfang 1943, ausführliche Angaben vorhanden. Hier wurde über die allgemeine Zielsetzung der Mitglieder des «Kreisauer Kreises» beraten und eine Einigung über die hauptsächlichsten programmatischen Dokumente erreicht. Die über diese

³ Vgl. Steltzer, S. 81.

Zusammenkünfte und Diskussionen erhalten gebliebenen Unterlagen zeugen davon, dass die Anschauungen des Kreises nicht konsequent waren. Sie stellten ein eigenartiges Konglomerat christlich utopischer Ideen und verschwommener sozialistischer Anschauungen dar. Die Ideen des Sozialismus haben aber zweifellos einen nicht geringen Einfluss auf das Programm dieses Kreises ausgeübt.

Es sind leider nur wenige Dokumente erhalten geblieben, die es erlauben, die politische Gesinnung der Mitglieder des «Kreisauer Kreises» zu beurteilen. Doch auch die wenigen erhaltenen Dokumente sind von grossem Interesse, denn sie zeugen davon, dass sich gegen Ende des Krieges auch unter den bürgerlichen Schichten Deutschlands immer mehr die Erkenntnis durchsetzte, dass der Faschismus beseitigt und eine bürgerlich-demokratische Ordnung im Lande hergestellt werden musste. Die Hauptdokumente des «Kreisauer Kreises» (im Ganzen sind es fünf) hat Steltzer in seinem Buch veröffentlicht.⁴

In ihren programmatischen Dokumenten gingen die Hauptteilnehmer des «Kreisauer Kreises» vor allem davon aus, dass die Politik und die Praxis des Faschismus ein Verbrechen gegen die Menschheit sei und vom deutschen Volk verurteilt werden müsse. Der Leiter des Kreises, Moltke, schrieb in einem seiner Briefe, es beginne sich unter einem nicht zahlreichen, aber aktiven Teil des deutschen Volkes die Erkenntnis durchzusetzen, dass es nicht nur betrogen wurde, dass ihm nicht nur schwere Zeiten bevorstünden, dass der Krieg nicht nur mit einer unvermeidlichen Niederlage enden werde, sondern dass alles, was vor sich ginge, eine «schwere Sünde» sei und dass die Deutschen selbst verantwortlich wären für all die furchtbaren Taten, die vom Faschismus begangen wurden?⁵ Wie wir sehen, war den Teilnehmern des «Kreisauer Kreises» durchaus bewusst, dass die Hitlerfaschisten die schwersten Verbrechen gegenüber der Menschheit begingen. Schon diese Erkenntnis allein unterscheidet ihre Anschauungen von denen der Leiter der anderen oppositionellen Gruppen. In einem ihrer Entwürfe hiess es weiter, dass sich der internationale Gerichtshof in Den Haag nach Beendigung des Krieges mit der Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher befassen müssen. Es ist bezeichnend, dass die Mitglieder des

⁴ Vgl. Steltzer, Der Kreisauer Kreis, in: Von deutscher Politik.

⁵ Zit. nach A German of the Resistance. The Last Letters of Count James Graf von Moltke, London 1947, S. 26 ff. (im Folgenden zitiert: A German of the Resistance).

«Kreisauer Kreises» als einzige in der gesamten bürgerlichen Opposition die Bestrafung der Kriegsverbrecher nach dem Krieg forderten. Das Prinzip, das die Bestrafung von Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die demokratischen Rechte des Volkes vorsieht, zieht sich wie ein roter Faden auch durch die anderen programmatischen Dokumente der Mitglieder des «Kreisauer Kreises». Das ist ein weiterer Beweis für die antifaschistische Richtung ihrer Anschauungen.⁶

Von grösster Wichtigkeit ist ferner, dass die Leiter des «Kreisauer Kreises» für den Sturz des Hitlerregimes durch das Volk, durch Aktionen der Vertreter aller antifaschistischen Kräfte in Deutschland eintraten. Auch dies unterscheidet sie prinzipiell von den Ansichten solcher Reaktionäre wie Goerdeler, Popitz u.a. Moltke schrieb in diesem Zusammenhang, dass die Ausarbeitung des Programms ein klares Ziel verfolgen müsse, und zwar, das Volk zu Aktionen gegen das Hitlerregime aufzurütteln. Er schrieb, man müsse mit Recht erwarten, dass man das deutsche Volk nur dann zum Sturz dieser verbrecherischen Regierung aufrufen könne, wenn ihm das Ziel gesteckt werde, den lähmenden Einfluss der Hoffnungslosigkeit zu überwinden, und wenn ihm die Perspektiven der nächsten Zukunft gezeigt würden.⁷ Das Programm des «Kreisauer Kreises», so verschwommen und unklar es zum grossen Teil auch ist, enthält viele patriotische Gedanken und richtige Ansichten.

Die Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» waren entschiedene Gegner der faschistischen Diktatur und ihrer terroristischen Herrschaftsmethoden. Diese Überzeugung verteidigte Peter Yorck würdig vor dem faschistischen «Volksgerichtshof».

Die Leiter des Kreises traten auch für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes ein. In einem ihrer programmatischen Dokumente, das die Überschrift «Grundlagen» trägt, wird die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Gewissensfreiheit, der Freiheit der Person und der gesellschaftlichen Tätigkeit unterstrichen. Viel Beachtung wurde der Beschlagnahme der nazistischen Lehrbücher sofort nach dem Krieg sowie einer Reform des Unterrichts auf demokratischer Grundlage geschenkt. In den «Grundlagen» spiegeln sich aber auch die religiösen Anschauungen der Teilnehmer des Kreises und besonders Moltkes selbst wider. Sie

⁶ Steltzer, S. 75.

⁷ A German of the Resistance, S. 27.

enthalten die Forderung nach der Herstellung einer engen Verbindung zwischen Schule und Kirche und der Wiedereinführung des Religionsunterrichts als Pflichtfach. Die christlichen Anschauungen Moltkes unterschieden sich jedoch von den offiziellen Kirchendoktrinen, und sie können als eine Art «christlicher Sozialismus» aufgefasst werden. So wird in einem anderen von den Leitern des Kreises verfassten Dokument von der Notwendigkeit der Rückkehr zu den geistlichen (aber nicht kirchlichen) Traditionen des Christentums gesprochen.⁸

Einen bemerkenswerten Platz räumten die Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» den Plänen für eine politische Umgestaltung Deutschlands nach dem Krieg ein. An der Ausarbeitung dieser Pläne beteiligte sich Fritz von der Schulenburg (ein Bruder des ehemaligen deutschen Botschafters in der UdSSR), der nicht unmittelbar Teilnehmer des Kreises war, sondern nur als «Sachverständiger» hinzugezogen wurde.⁹ Die Anschauungen Fritz von der Schulenburgs waren bei weitem konservativer als die Ansichten der Leiter des Kreises. Fritz von der Schulenburg war im Jahre 1932 der Nazipartei beigetreten und hatte bis 1940 hohe Verwaltungsposten bekleidet. Er hatte der Stadtverwaltung von Königsberg angehört und bekleidete später das Amt des Stellvertretenden Oberpräsidenten von Schlesien. Seine nazistische Vergangenheit spiegelte sich auch in den Plänen zur politischen Umgestaltung des Landes nach dem Krieg wider, an deren Ausarbeitung er teilgenommen hatte.

Nach Beendigung der «Übergangszeit», in der die Macht in den Händen von Sonderbevollmächtigten liegen sollte, war nach den Vorschlägen von der Schulenburgs eine Rekonstruktion der staatlichen Verwaltung durchzuführen. Das Stimmrecht sollte Personen gewährt werden, die das 21. Lebensjahr erreicht hatten, wobei direkte Wahlen allerdings nur für die Landtagswahlen vorgesehen waren. Die Landtage sollten den Reichstag wählen. Der Präsident sollte nach diesen Entwürfen vom Reichstag für die Dauer von zwölf Jahren gewählt werden. Neben dem Reichstag war – wie in der Weimarer Verfassung – eine zweite Kammer, der Reichsrat, vorgesehen, der im Wesentlichen nur beratende Funktionen haben sollte.¹⁰

⁸ Zit. nach *Wheeler-Bennett*, S. 659.

⁹ Vgl. *Steltzer*, S. 74.

¹⁰ Vgl. *Ritter*, S. 306 ff.

Wir sehen, dass diese Projekte im Vergleich zur Weimarer Verfassung teilweise einen Schritt zurück bedeuteten. Trotzdem gehen sie aber weiter als die Programme Goerdelers. Vor allem bestand für die Führer des «Kreisauer Kreises» kein Zweifel, welche Nachkriegsordnung in Deutschland, Monarchie oder Republik, hergestellt werden sollte. Im Unterschied zu Goerdeler, der Anhänger der Monarchie war, sprachen sich die Leiter des Kreises entschieden für die Republik aus. Sie gingen sogar noch weiter und versuchten, in den innenpolitischen Projekten die Macht des höheren Beamtentums und der Militärkaste zu beschränken. In ihren Plänen war vorgesehen, dass politische Beamte und Vertreter der Streitkräfte nicht in gesetzgebende Organe gewählt werden dürften. Die Teilnehmer des Kreises lehnten eine Militärdiktatur entschieden ab, auf deren Errichtung die reaktionären Führer der Verschwörung bestanden. Hier bestehen also ebenfalls bedeutende Unterschiede zwischen den Anschauungen der Leiter des «Kreisauer Kreises» und der Goerdeler-Gruppe.

Der Hauptunterschied zwischen den Projekten des «Kreisauer Kreises» und dem Programm der Führer der Verschwörung besteht jedoch in sozialökonomischen Fragen. Auf diesem Gebiet kam der Einfluss der fortschrittlichen Ideen besonders stark zum Ausdruck, auch wenn es hier den Projekten des «Kreisauer Kreises» oft an Konsequenz mangelt.

In dem im Wesentlichen von Moltke ausgearbeiteten sozialökonomischen Programm wird von Anfang an festgelegt, dass das Ziel der ökonomischen Politik die «Existenzsicherung der Werktätigen» sein müsse. Hierbei wird von der Notwendigkeit gesprochen, die Arbeiter an der Leitung der Betriebe zu beteiligen. Eine künftige Regierung müsse, nach Meinung Moltkes, die «Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsführung und an den Betriebsergebnissen» fördern; zu diesem Zweck sollte ein entsprechendes Abkommen zwischen dem Eigentümer des Betriebes und der Vertretung der Belegschaft getroffen werden. Ziel dieser Reform war, wie es im Programm heisst, eine «vereinbarte Umwandlung von Privatbetrieben in eine Art von Produktionsassoziationen zugunsten der Belegschaft»¹¹.

Ungeachtet dessen, dass die Idee einer «Beteiligung der Arbeiter an den Gewinnen» und ihrer Hinzuziehung bei der Leitung der Industrie unter kapitalistischen Verhältnissen völlig utopisch ist, können

¹¹ Ebenda, S. 304.

in diesen programmatischen Forderungen die Bestrebungen, das Wirtschaftsleben Deutschlands zu demokratisieren und die Willkür der monopolistischen Unternehmer einzuschränken, nicht übersehen werden. Es steht auch ausser Zweifel, dass diese Ansichten sowohl zur faschistischen Doktrin, die den Unternehmer zum «Herrn im Hause» erklärt, als auch zu den Projekten Goerdelers, die den Monopolisten im Wirtschaftsleben des Landes unumschränkte Macht gewährleisten, in direktem Widerspruch stehen.

Mittelpunkt des gesamten ökonomischen Programms des «Kreisauer Kreises» ist jedoch die Forderung auf Vergesellschaftung der wichtigsten Industriezweige und die Übertragung des Kontrollrechts über die Betriebe an den Staat. Das Wirtschaftsleben sollte sich nach den Plänen des «Kreisauer Kreises» «im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung» entfalten, wobei im Programm unmittelbar darauf hingewiesen wurde, dass die Monopolvereinigungen, Kartelle und Konzerne unter staatliche Kontrolle zu stellen seien. Das Programm sah auch eine Entflechtung monopolistischer Kartelle und Konzerne nach dem Gesichtspunkt der Gesamtinteressen vor. Schliesslich ist es noch wichtig zu erwähnen, dass in diesem Dokument darauf hingewiesen wurde, dass die «Schlüsselindustrie, die Bergbau-, Eisen- und Hüttenindustrie, die wichtigsten Zweige der chemischen Industrie sowie die Energetik in gesellschaftliches Eigentum», d.h. in Staatseigentum, überführt werden sollten. Im Programm heisst es, die «... Märkte und Grossindustrie der Länder sind unter fortlaufende «Einflussnahme» des Reichs» (d.h. der Zentralregierung – d. Verf.) «zu stellen.» Es ist bekannt, dass auf den Zusammenkünften der Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» auch die Frage der Verstaatlichung der landwirtschaftlichen Grossbetriebe (d.h. der Güter) behandelt worden ist, obwohl im Programm selbst eine solche Forderung nicht erhoben wurde. In vielen Punkten des Programms wird hervorgehoben, dass die «natürlichen Quellen des Reichtums» dem allgemeinen Wohle zu dienen hätten und dass der «Einfluss sowohl wie die Verantwortlichkeit der deutschen Arbeiter erhöht werden sollten»¹².

Bei der Einschätzung des ökonomischen Programms des «Kreisauer Kreises» muss selbst Gerhard Ritter darauf hinweisen, dass es «unter dem Einfluss sozialistischer Ideen»¹³ entstanden ist und hauptsäch-

¹² Ebenda, S. 305; Rothfels, S. 127.

¹³ Ritter, S. 303.

lich gegen die Schaffung einer zentralisierten, unter staatlicher Kontrolle stehenden Ökonomik gerichtet war. «Pläne zur Sozialreform und Überwindung der Klassengegensätze ...» bildeten das Hauptthema bei den Zusammenkünften auf dem Gut Moltkes, schreibt er.¹⁴ Hans Rothfels unterstreicht: «Grundsätzlich hatten die den ‚Kreisauer Kreis‘ hauptsächlich tragenden Mitglieder ... mit der bürgerlichen Denkweise gebrochen.»¹⁵

Ungeachtet solcher Einschätzungen, die absichtlich den Einfluss der sozialistischen Ideen auf das Programm des «Kreisauer Kreises» übertreiben, betonen sowohl Ritter als auch Rothfels, dass die Tätigkeit des «Kreisauer Kreises» im Wesentlichen doch der allgemeinen Orientierung der Verschwörung entsprochen habe. Wir haben bereits nachgewiesen, dass die bürgerlichen Historiker versuchen, die reaktionären Ziele der Verschwörung zu verschleiern, indem sie sich auf die demokratischen Anschauungen berufen, die für einige wenige Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» charakteristisch waren. Der Versuch, das Programm und die Handlungsweise des patriotisch gesinnten Teils dieser Gruppe in den Vordergrund zu rücken und damit die wahren Ziele der Verschwörung zu tarnen, ist für die gesamte Tendenz ihrer apologetischen Arbeiten über die Verschwörung charakteristisch. Aber auch die antifaschistischen Anschauungen der Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» konnten in Wirklichkeit den Klassencharakter der Verschwörung insgesamt nicht verändern. Sie können lediglich als Beweis dafür angesehen werden, dass sich der Verschwörung auch patriotisch gesinnte Menschen anschlossen. Zwischen dem «Kreisauer Kreis» und den Führern der Verschwörung, insbesondere Goerdeler, bestanden grosse Unstimmigkeiten, die während einer Zusammenkunft zwischen den Vertretern des «Kreisauer Kreises» und der Goerdeler-Gruppe besonders offensichtlich zutage traten. Diese Begegnung fand in der Wohnung Peter Yorcks am 22. Januar 1943 statt. An ihr nahmen Moltke, Yorck, Trott (als Vertreter des «Kreisauer Kreises»), Beck, Goerdeler und Hassell (als Vertreter der Goerdeler-Gruppe) teil.¹⁶ Auf der Zusammenkunft traten hauptsächlich zwischen Goerdeler und Moltke scharfe Meinungsverschiedenheiten auf. In dem von Hassell veröffentlichten Bericht über die Zusammenkunft heisst es, dass Moltke

¹⁴ Ebenda, S. 298.

¹⁵ Rothfels, S. 131.

¹⁶ Ulrich von Hassell, S. 379.

sich zu den Plänen Goerdelers überaus polemisch geäußert habe. Besonders scharf prallten die Meinungen bei der Erörterung des ökonomischen Programms aufeinander, so dass keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Man beschloss lediglich, die Widersprüche angesichts des bevorstehenden Versuchs eines Staatsstreichs nicht zu vertiefen.

Den organisatorischen Plänen der Führer des «Kreisauer Kreises» lag die Idee der Vereinigung der verschiedenen antifaschistischen Kräfte zugrunde. Sie stellten sich den Umsturz in Deutschland nicht einfach als Beseitigung des «Führers» vor, sondern glaubten, dass der Umsturz nur mit vereinten Anstrengungen aller Antifaschisten in Deutschland vollzogen werden könne.

Die westdeutschen Historiker betonen, dass sich Moltke in bestimmter Form gegen ein Attentat auf Hitler ausgesprochen habe, und beschuldigen ihn mit dieser Begründung sogar, «reaktionäre Ansichten» vertreten zu haben.

Moltke war, im Unterschied zu den anderen Teilnehmern des «Kreisauer Kreises», tatsächlich gegen die Ermordung Hitlers als unbedingte Voraussetzung eines Umsturzes in Deutschland. Davon zeugen seine Briefe aus dem Gefängnis, in denen er dem Schicksal dafür dankt, dass sich in dem Prozess seine ablehnende Einstellung zum Attentat herausgestellt habe. Moltke betonte in diesen Briefen, dass er nicht als ein Mensch vor Gericht treten wollte, der ein Attentat auf den «Führer» verübt hat, sondern als Mensch, der bereit war, sein Leben für die Verwirklichung seiner Ideen zu opfern. Wir haben bereits die Worte Moltkes zitiert, dass er nicht als Vertreter einer bestimmten Klasse, nicht als Adliger oder Gutsbesitzer vor Gericht stehe, sondern als «Christ», der seine Anschauungen verteidige.

Es muss hervorgehoben werden, dass Moltke – und das ist die Hauptsache – nicht einfach die Notwendigkeit eines Attentats auf Hitler verneint hat, sondern völlig andere Methoden bei der Vorbereitung des Umsturzes in Deutschland anstrebte als Goerdeler, Hassell und Popitz. Die Führer des «Kreisauer Kreises» stellten sich den Umsturz als ein Ergebnis der Aktionen der verschiedenen antifaschistischen Kräfte vor, unabhängig davon, ob diese die Idee eines Attentats billigten oder nicht. Allein dies verband solch entschiedene Anhänger eines Attentats wie Yorck und Stauffenberg mit dem Gegner eines Attentats, Moltke, und es bestand in dieser prinzipiel-

len Frage zwischen ihnen keine Meinungsverschiedenheit. Gerade diese Seite des Problems umgehen aber die westdeutschen Historiker in ihren Publikationen. Es besteht doch gar kein Zweifel darüber, dass die Führer des «Kreisauer Kreises» nicht weniger entschiedene Anhänger eines Umsturzes waren als die reaktionären Führer der Verschwörung von der Art eines Goerdeler, Popitz und Hassell. Die Führer des «Kreisauer Kreises» waren sogar die aktivsten Teilnehmer der Verschwörung, und es ist kein Zufall, dass die Gestapo mit den Teilnehmern dieses Kreises, die ihnen in die Hände fielen, besonders brutal abrechnete. Innerhalb der bürgerlichen Opposition traten die Angehörigen des «Kreisauer Kreises» am entschlossensten für den Sturz der Hitlermacht ein. Die Witwe Moltkes, die den Gegensatz zwischen Goerdeler und Moltke charakterisiert, betont, dass ihr Mann und seine Freunde mit Goerdelers zweifelhaften Methoden der Verschwörung nichts gemein haben wollten.¹⁷ Darunter ist nicht nur die Einstellung zur Frage eines Attentats auf Hitler zu verstehen; Unstimmigkeit herrschte in einem viel weiteren Fragenkreis. Es handelt sich um die Methoden der Vorbereitung eines Umsturzes im Allgemeinen, und hier gingen, wie wir gesehen haben, die Meinungen Goerdelers und Moltkes grundsätzlich auseinander. Moltke lehnte die Idee eines antifaschistischen Umsturzes in Deutschland nicht ab, im Gegenteil. In dem Bericht über die erwähnte Zusammenkunft der Führer des «Kreisauer Kreises» mit Goerdeler, Beck und Hassell hiess es, dass alle ihre Teilnehmer, darunter auch Moltke, darin übereinstimmten, dass es notwendig sei, «möglichst schnell den Staatsstreich zu veranstalten»¹⁸.

Gerade der «Kreisauer Kreis» war unter den bürgerlichen oppositionellen Zirkeln die einzige Gruppe, die sich nicht mit einer «Palastrevolte» begnügte und die versuchte, die verschiedenen politischen Kräfte zu vereinigen, die gegen Hitler auftraten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass gerade von den Führern des «Kreisauer Kreises» die Initiative zur Herstellung von Kontakten sowohl mit einigen linken Vertretern der Sozialdemokratischen Partei als auch – und das ist das wichtigste – mit der Kommunistischen Partei Deutschlands ausging.

Die sozialdemokratischen Funktionäre spielten im «Kreisauer Kreis» eine wichtige Rolle. Unter ihnen befanden sich rechte sozialdemo-

¹⁷ A German of the Resistance, S. 38.

¹⁸ Vgl. Rothfels, S. 134.

kratische Führer, die gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten ablehnten, aber auch solche Funktionäre, die für eine Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse und für die Herstellung von Kontakten zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten eintraten. Eine solche Position nahmen insbesondere die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein ein.

In der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands veröffentlichten Arbeit von Gerhard Nitzsche «Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe» wird die Position Lebers und Reichweins wie folgt eingeschätzt: «Die sozialdemokratischen Politiker Dr. Julius Leber und Professor Adolf Reichwein, die in enger Verbindung zu den Kreisen des 20. Juli standen, setzten sich im Gegensatz zu anderen Auffassungen für eine Zusammenarbeit mit den kommunistischen Widerstandskämpfern ein. Sie erkannten, dass eine Erhebung gegen Hitler nur dann Erfolg hat, wenn man sich auf die Kräfte des Volkes stützt. Die Aussprachen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten waren für die Annäherung und die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse von grösster Bedeutung.»¹⁹

Leber und Reichwein gelangten auf Grund einer Analyse der Fehler, die die rechte sozialdemokratische Führung kurz vor dem Machtantritt der Faschisten gemacht hatte, zu der Schlussfolgerung, dass es notwendig sei, die Aktionseinheit der Sozialdemokraten und Kommunisten herzustellen. Julius Leber unterzog in seinen Aufzeichnungen, die er nach seiner Verhaftung durch die Hitlerfaschisten im Jahre 1933 im Gefängnis machte, die Politik der SPD einer scharfen Kritik.²⁰ Obwohl sich Leber im Wesentlichen auf die an der Spitze der Verschwörung stehenden Kräfte orientierte, trat er doch für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Herstellung eines engen Kontaktes zwischen den beiden Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, im Kampf gegen die faschistische Diktatur ein.

Diese Idee wurde auch von Adolf Reichwein, einem überzeugten Sozialisten und Befürworter der Vereinigung aller demokratischen Kräfte des Volkes zum Sturz des Hitlerregimes, unterstützt. Adolf Reichwein war einer jener sozialdemokratischen Funktionäre, die entschieden mit den sowjetfeindlichen Anschauungen der rechten

¹⁹ Nitzsche, S. 69.

²⁰ Ein Mann sucht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber, Berlin 1952, S. 244, 247.

sozialdemokratischen Führung gebrochen hatten; er erklärte, wie seine Freunde berichteten, dass das sozialistische Russland ein großes und mächtiges Land der Zukunft sei. Reichwein tat viel für die Anbahnung der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk und vertrat diese seine Ansichten standhaft vor dem faschistischen «Volksgerichtshof».

In dem vom Institut für Marxismus-Leninismus Berlin herausgegebenen Buch «Erkämpft das Menschenrecht» heisst es: «... dennoch blieb Adolf Reichwein bis zuletzt ein aufrechter Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung ... ,es gibt nur einen Weg zur Gesundung des Menschen und des Lebens: den Sozialismus!»²¹ So schrieb damals Adolf Reichwein und gab dafür am 22. Oktober 1944 sein Leben hin.

Die kommunistische Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe trat getreu den Traditionen der KPD für die Herstellung einer engen Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen im Kampf gegen das faschistische Regime ein. Von den Anstrengungen, die diese Gruppe zur Herstellung von Kontakten mit den Sozialdemokraten machte, berichtet eines ihrer am Leben gebliebenen Mitglieder, Richard Wenzel: «Im Oktober 1943 gelang es uns, mit führenden Berliner Sozialdemokraten zu einer Aussprache zusammenzukommen. Von unserer Seite nahmen die Genossen Neubauer und Jacob teil. Es fanden dann noch mehrere Sitzungen mit ihnen statt. Der gemeinsame Kampf gegen den Krieg und den Hitlerfaschismus standen im Mittelpunkt der Aussprache.»²²

Bei solchen Aussprachen der Kommunisten mit einigen Sozialdemokraten wurde auch die Frage ausführlich erörtert, welche Massnahmen die Arbeiterklasse ergreifen müsse, falls es der reaktionären Verschwörergruppe gelänge, eine «Palastrevolution» durchzuführen. Richard Wenzel berichtet darüber: «Wir erhielten damals Informationen darüber, dass die Gruppe des 20. Juli beabsichtige, die Hitlerregierung mit terroristischen Mitteln hinwegzuräumen. Wir bemühten uns, noch stärker die wichtigen Grossbetriebe Berlins durch unsere Kader zu erfassen. Es galt, alle Betriebe fest in unsere Hand zu bekommen, um einer eventuellen Militärregierung, die den Krieg auch ohne Hitler fortsetzen wollte, den unbedingten Friedenswillen und die organisierte Kraft der Berliner Arbeiterschaft entgegenzu-

²¹ Erkämpft das Menschenrecht, S. 418 f.

²² Nitzsche, S. 69.

stellen. In diesem Sinne wurde auch die Arbeit mit den Wehrmachtsangehörigen verstärkt.. »²³

Die zentrale Leitung der Kommunistischen Partei in Deutschland, die faktisch in den Händen Jacobs, Bästleins und anderer Genossen lag, war somit über die Pläne der Verschwörer informiert und hatte eine klare Vorstellung vom Charakter der Verschwörung. In einem von der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe herausgegebenen Flugblatt werden die Ursachen der Verschwörung äusserst präzise und richtig eingeschätzt: «Die Krise des deutschen Faschismus ist aber nicht nur die Krise einer Clique oder des Staatsapparates allein, sondern die Krise der deutschen Bourgeoisie. Und genauso, wie die italienische Bourgeoisie durch den Sturz Mussolinis sich einen Ausweg zur Sicherung ihrer eigenen Klassenherrschaft zu sichern versucht, ist auch die deutsche Bourgeoisie nicht auf immer und ewig mit Hitler verheiratet, sondern wird alles tun, um, wenn nicht mit Hitler – dann gegen ihn – trotz militärischen Zusammenbruchs und politischer Katastrophe, sich einen kapitalistischen Ausweg zu eröffnen.»²⁴

Die Kommunisten versuchten in jeder Weise, die Krise des faschistischen Regimes für die Ausweitung ihrer Verbindungen zu den verschiedenen Bevölkerungsschichten, darunter auch zu den wirklich oppositionell eingestellten Persönlichkeiten der Industrie, auszunutzen. Sie traten immer für die Schaffung einer breiten Front der antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur ein. Daher waren die Kommunisten auch bestrebt, zu den sozialdemokratischen Teilnehmern des «Kreisauer Kreises», die mit der Verschwörung verbunden waren, Kontakt herzustellen. Am 22. Juni 1944 fand eine Begegnung zwischen Anton Saefkow und Franz Jacob einerseits und Leber und Reichwein andererseits statt. «Diese Zusammenkunft war ein hoffnungsvoller Beginn für eine weitere Zusammenarbeit zwischen kommunistischen Funktionären und sozialdemokratischen Parteiführern», schreibt Gerhard Nitzsche.²⁵

Es war jedoch leider nicht möglich, die Unterredungen weiterzuführen, da Anfang Juli die Teilnehmer der Begegnung, Saefkow, Jacob, Leber und Reichwein, von der Gestapo verhaftet wurden.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda, S. 68.

²⁵ Ebenda, S. 89.

Diese Tatsache dient einigen westdeutschen Historikern als Vorwand, um die Kommunistische Partei zu verleumden. Sie erklären, dass einer der führenden Mitarbeiter der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Ferdinand Thomas, ein Gestapospitzel gewesen sei, der die Teilnehmer der Begegnung verraten habe. Die Tatsachen widerlegen jedoch diese verleumderischen Erfindungen. In Wirklichkeit war Thomas ein der Arbeiterklasse ergebener und standhafter Kämpfer. Er wurde zusammen mit anderen Genossen aus der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe verhaftet, am 6. Oktober 1944 zum Tode verurteilt und am 20. November 1944 hingerichtet.²⁶

Die Gestapo hatte auf völlig anderen Wegen die Spuren der Teilnehmer der Beratung am 22. Juni 1944 aufgedeckt. Anfang 1944 war nämlich der Leiter des «Kreisauer Kreises», Helmuth von Moltke, verhaftet worden. Nach seiner Verhaftung wurden einige seiner Freunde bespitzelt. Man kann deshalb Otto Winzer zustimmen, der die Ursachen, die zur Verhaftung der Teilnehmer der Begegnung vom 22. Juni geführt haben, wie folgt erklärt: «Die am 4. Juli erfolgte Verhaftung der an dieser Besprechung Beteiligten ist von dem amerikanischen Spionagechef Allen Welsh Dulles benutzt worden, um Anton Saefkow und seine Kampfgefährten zu verleumden. Eine unbestreitbare Tatsache bleibt aber, dass seit Januar 1944 zahlreiche Verhaftungen aus dem ‚Kreisauer Kreis‘¹ erfolgten. Der Gestapo war es gelungen, einen Dr. Reckzeh als Spitzel in den ‚Kreisauer Kreis‘ einzuschmuggeln und so dessen Verbindungen – darunter auch nach der Schweiz, wo Allen Welsh Dulles sass – kennenzulernen. Nichts ist naheliegender, als dass die Gestapo in dem Moment auch gegen die zum ‚Kreisauer Kreis‘ gehörenden Sozialdemokraten zuschlug, als aus deren Zusammenwirken mit den Kommunisten angesichts der Krise an den Fronten und im Hinterland eine ernste Gefährdung der nazistischen Blutherrschaft werden konnte.»²⁷

Die Tatsache, dass die wichtigsten Führer des «Kreisauer Kreises» die Notwendigkeit erkannten, die Verbindung zur Kommunistischen Partei Deutschlands herzustellen, ist zweifellos ihr grosses Verdienst und ein Beweis dessen, dass es vielen Mitgliedern des Kreises wirklich gelungen war, sich von dem ideologischen Einfluss des Faschismus frei zu machen und eine demokratische Position zu

²⁶ Vgl. *Erkämpft das Menschenrecht*, S. 580.

²⁷ *Winzer*. S. 210, Fussn. 1.

beziehen. Besonders Peter Yorck, Trott und Stauffenberg forderten Kontakte mit den Kommunisten und die Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsprogramms.

Es sind zwei Memoranden Trotts erhalten geblieben, die eine Vorstellung vermitteln, wie die Führer des «Kreisauer Kreises» die innenpolitische Lage Deutschlands und die Entwicklungsperspektiven der antifaschistischen Bewegung im Lande beurteilt haben. Das erste Memorandum ist vom Januar 1943 datiert. In ihm wird die Politik der Westmächte einer scharfen Kritik unterzogen und erklärt: «Die Widerstandsbewegung ist daher der Ansicht, dass es in den angelsächsischen Ländern nur kleinbürgerliche Vorurteile gibt und dass man ausschliesslich pharisäisch theoretisiert.» Diesem Kurs wird die Politik der Sowjetunion gegenübergestellt, die, nach den Worten Trotts, unter den breiten Schichten des deutschen Volkes immer mehr Sympathien finde. «Der deutsche Soldat», so schreibt Trott, «hasst den Russen nicht, sondern respektiert ihn. Die Opposition ist der Ansicht, dass sich die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem und nicht auf militärischem Gebiet abspielen wird. Sobald das deutsche Heer zurückgeworfen ist und der russische Feldzug zu einem Stillstand kommt, ist auf beiden Seiten eine revolutionäre Situation denkbar. Eine Verbrüderung zwischen den Deutschen und den ins Land gebrachten ausländischen Arbeitern ist ebenfalls ein wichtiger Faktor ... Hitler wird fallen, und ein erneuertes Europa wird aus dem gemeinsamen Erlebnis der Unterdrückten erstehen.»²⁸

Die Idee von der «Bruderschaft der Unterdrückten» wird auch in anderen Dokumenten des «Kreisauer Kreises» und in den Diskussionen variiert. Ihre Grundlage sollten, wie es im Memorandum Trotts heisst, enge freundschaftliche Bande zwischen dem russischen und deutschen Volke sein. Trott versuchte allerdings einen Unterschied zwischen dem Volk und der Regierung in der Sowjetunion zu machen. Er konnte sich noch nicht zu der Erkenntnis durchringen, dass der Sieg der sozialistischen Ordnung in der UdSSR eine unverbrüchliche Einheit zwischen dem Volk und der Regierung schuf, wie sie keine Ausbeuterordnung gekannt hat. Es darf selbstverständlich nicht vergessen werden, dass Trott und seine Freunde zum bürgerlichen Lager gehörten und ihnen die Idee von der Vernichtung der Ausbeuterordnung und der Errichtung der sozialistischen Gesell-

²⁸ Dulles, S. 165.

Schaftsordnung völlig fremd war. Doch sowohl Trott als auch besonders Stauffenberg hatten sich von der sowjetfeindlichen Orientierung der faschistischen Clique und des reaktionären Flügels in der Verschwörung selbst losgesagt und traten für freundschaftliche Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland ein. Diese Schlussfolgerung, die sich aus Trotts Memorandum anbietet, rief unter den bürgerlichen Historikern nicht geringe Verwirrung hervor. Der Inhalt des Memorandums steht in sichtbarem Widerspruch zu den Versuchen der westdeutschen Geschichtsschreibung, ein Bild der völligen Übereinstimmung der Ansichten unter den Verschwörern in der Frage ihres Verhältnisses zur Sowjetunion und zu den Kommunisten zu zeichnen.

Das zweite Dokument Trotts ist vom April 1944 datiert. Gewernitz, einer der Agenten Dulles', übermittelte es ihm nach Genf, damit er sich damit bekannt mache. In der Auslegung von Gewernitz fallen einige Ansichten Trotts auf, nach denen dieser der reaktionären Führung der Verschwörer nähergestanden hat. Deshalb ist das zweite Dokument Trotts nicht so sehr als ein Werk des Verfassers selbst zu betrachten, sondern vielmehr als Auslegung seiner Äusserungen durch den Agenten Dulles'. Infolgedessen muss man diesem Dokument gegenüber äusserste Vorsicht walten lassen.

Ungeachtet dessen spiegelten sich auch im Memorandum vom April 1944 die Sympathien Trotts mit den «vom Osten ausgehenden Ideen» und sein kritisches Verhalten gegenüber der Position der Westmächte wider. Gewernitz kleidete die Äusserungen Trotts in die Form einer Warnung an die Alliierten. Nach seinen Worten soll Trott erklärt haben: «Von Russland kommen dauernd konstruktive Ideen und Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege ... Im Vergleich dazu haben die demokratischen Länder der Zukunft von Zentraleuropa nichts zu bieten. Diese Pläne und Ideen werden von den Kommunisten ... im deutschen Volk verbreitet... Das Abgleiten zur extremen Linken hat verblüffende Ausmasse angenommen und gewinnt ständig an Bedeutung. Wenn es so weitergeht, so müssen die deutschen Arbeiterführer» (gemeint sind die rechten sozialdemokratischen Führer – d. Verf.) «befürchten, dass die Demokratien» (d.h. die Westmächte – d. Verf.) «den Frieden verlieren werden, selbst wenn sie auch einen militärischen Sieg erringen .. .»²⁹

²⁹ Ebenda, S. 172.

Trott ruft die Westmächte auf, den sozialistischen Widerstandsgruppen zu helfen, um damit die Sympathien der Arbeiterklasse zu gewinnen. Er schlägt dem Westen vor, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der die Regierungen der westlichen Länder die Teilnahme «sozialistischer Führer in der neuen Regierung» begrüßen sollten. Ferner sollten sie erklären, dass die Regierungen der westlichen Länder der Arbeiterklasse Deutschlands völlige Freiheit gewähren würden, ihre Organisationen ohne Einmischung der der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehenden kapitalistischen Gruppen des Westens aufzubauen. Schliesslich erklärt Trott, die Westmächte sollten die Zusicherung geben, dass Deutschland eine freie Selbstverwaltung erhalten werde und dass auf dem Territorium Deutschlands keine Marionettenregierung aus hitlerfreundlichen Politikern von der Art eines Quisling gebildet werden würde.

In diesem Dokument sind überaus nüchterne realistische Einschätzungen mit Anschauungen vermengt, die die Position Trotts mit der Position der rechten sozialdemokratischen Führer in näheren Einklang bringen. Die Basis für seine Betrachtungen bestand jedoch darin, dass er die Notwendigkeit (und Unvermeidlichkeit) weitgehender demokratischer Umgestaltungen anerkannte, die sowohl den Interessen der Arbeiterklasse als auch dem Standpunkt der Sowjetunion Rechnung tragen sollten. In den westdeutschen Publikationen über den «20. Juli 1944» sind viele widerspruchsvolle Anschauungen über die Motive für einen solchen Standpunkt Trotts zu finden. Diejenigen Historiker, die Trotts «Ehre» als antikommunistisch gesinnten Politiker retten wollen, schreiben, dass seine Vorschläge lediglich das Ziel verfolgt hätten, ein «weiteres Abgleiten nach links» zu verhindern. Sie behandeln die Vorschläge Trotts als erzwungenes Zugeständnis an die Arbeiterklasse und die «linken Elemente», d.h. an die Kommunisten.

Doch sogar durch eine solche Auslegung wird die Bedeutung der Vorschläge Trotts keineswegs herabgemindert. Unabhängig von den Motiven für seine Handlungsweise bleibt die Tatsache bestehen, dass Trott und seine Freunde aus dem «Kreisauer Kreis» die Schaffung einer demokratischen Regierung in Deutschland unter Beteiligung der Vertreter der Kommunistischen Partei sowie die Bildung einer Koalition aller antifaschistischen Kräfte im Lande forderten, auf die sich die künftige Macht stützen konnte.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass Yorck, Trott, Stauffenberg

u.a. für die Herstellung von Kontakten mit der Sowjetunion eingetreten sind. Es ist bekannt, dass Trott eine besondere Denkschrift mit dem Titel «Deutschland zwischen West und Ost» verfasst hat, in der er dafür eintrat, dass Deutschland eine Mittleraufgabe bei der Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten übernehme.³⁰ Leider ist die Denkschrift nicht erhalten geblieben. Wir haben nur aus knappen und dürftigen Äusserungen von Freunden Trotts Kenntnis von ihr erhalten. Aus dieser Denkschrift werden z.B. die Worte zitiert, dass es notwendig sei, «das Realprinzip des Ostens mit dem Personalprinzip des Westens zu vereinigen».³¹ Diese ziemlich nebelhafte und wenig sagende Formulierung zeugt lediglich davon, dass Trott, ohne den Kurs auf eine Annäherung mit dem Westen aufzugeben, gleichzeitig darauf bestand, die «realistische Politik» der Sowjetunion zu berücksichtigen und freundschaftliche Beziehungen der künftigen deutschen Regierung sowohl mit den Westmächten als auch mit der UdSSR herzustellen.

Gerhard Ritter, der die Denkschrift Trotts und die Position der anderen Mitglieder des «Kreisauer Kreises» in der Frage der Verhältnisse zur Sowjetunion und zum Sozialismus kommentierte, musste zugeben, dass die Teilnehmer des «Kreisauer Kreises» unbestritten «Sympathien für eine gute Nachbarschaft mit Russland (im Sinn der geschichtlichen Tradition)» hegten.³²

In diesem Zusammenhang muss noch daran erinnert werden, dass Trott grosses Interesse für die Tätigkeit des Nationalkomitees «Freies Deutschland» zeigte. Er erhielt über Stockholm regelmässige Informationen über die Tätigkeit dieses Komitees. Dulles schreibt in seinem Buch über die Verschwörung, dass Trott am Vorabend des Attentats auf Hitler die Absicht hatte, den Kontakt mit dem Nationalkomitee «Freies Deutschland» herzustellen.³³

Die Anstrengungen, die der «Kreisauer Kreis» machte, um die einseitige Orientierung der reaktionären Führer der Verschwörung auf den Westen zu verändern und den Plänen eines Separatfriedens mit England und den USA hinter dem Rücken der Sowjetunion entgegenzuwirken, wurden auch von dem ehemaligen deutschen Botschaf-

³⁰ Ritter, S. 334; Rothfels, S. 163, 206.

³¹ Vgl. *Aufbau*, 12/1946, S. 1238.

³² Ritter, S. 334.

³³ Dulles, S. 219.

ter in der UdSSR, Werner von der Schulenburg, unterstützt. Schulenburg war Anhänger der traditionellen Politik Bismarcks, der stets vor einem Konflikt mit Russland gewarnt und auf der Herstellung von normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bestanden hatte. Er trat eifrig für jenen Kurs in der deutschen Außenpolitik ein, den die bekannten deutschen Diplomaten Maltzan, Brockdorff-Rantzau und von Dirksen verfochten. Maltzan und Brockdorff-Rantzau gingen noch einen Schritt weiter als Bismarck. Sie traten für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Russland und Deutschland ein. Schulenburg betrachtete den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion als einen Akt des Verrats von seitens Hitlers und forderte die Herstellung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR nach der Beendigung des Krieges. Schulenburg schloss sich nach der Zerschlagung der 6. Armee endgültig der Verschwörung an. Damals entstand in gewissen Kreisen der Verschwörer der Plan, über Schulenburg unmittelbar an die Sowjetregierung heranzutreten. Einige Quellen sprechen davon, dass sogar beabsichtigt gewesen sei, Schulenburg durch die Frontlinie zu schleusen, um mit der Regierung der UdSSR Kontakt aufzunehmen.³⁴ Schulenburg soll sich auch damit einverstanden erklärt haben, doch kam diese Absicht über rein spekulative Projekte nicht hinaus. Es ist interessant, dass der Plan zur Herstellung eines Kontaktes mit der Regierung der UdSSR erstmalig zwischen Trott und Schulenburg bereits im Dezember 1942 erörtert worden ist, wobei angenommen wurde, dass bei dessen Verwirklichung der Chef des Stabes der Heeresgruppe Mitte, von Tresckow, mithelfen werde. Eine Mitteilung über diesen Plan enthielten die Aussagen eines der Mitarbeiter Schulenburgs, Sonnleithner. Seinem Bericht zufolge gewann Schulenburg den Eindruck, dass in einigen Verschwörerkreisen ein «falsches Spiel» gespielt wurde und dass sie einen Kontakt zur Sowjetunion nur zu dem Zweck herstellen wollten, um deren Aktionen zu lähmen und hinter ihrem Rücken mit den Westmächten über einen Separatfrieden übereinzukommen.³⁵ Nach alledem zu urteilen, handelte es sich um Hassell, der in seinen Tagebüchern eben ein ähnliches Projekt in den Vordergrund rückte. Jedoch Schulenburg, Trott, Yorck und Stauffenberg bestanden auf ehrlichen Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetregierung,

³⁴ Vgl. *Wheeler-Bennett*, S. 637.

³⁵ Vgl. *Ritter*, S. 380 f.

wobei, nach den Worten Sonnleithners, Schulenburg gegen jede Verpflichtung gegenüber den Westmächten war, die die guten Beziehungen der künftigen deutschen Regierung zur Sowjetunion hätte in Zweifel stellen können.

Die westdeutsche Geschichtsschreibung ist ausserstande, diese Tatsache zu verbergen. Die bürgerlichen Historiker unternehmen aber alles, um deren Bedeutung herabzusetzen. Sie leugnen kategorisch, dass in den bürgerlichen Kreisen irgendwelche Tendenzen vorhanden gewesen seien, gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion herzustellen. Die Tatsachen zeugen aber davon, dass unter einem bestimmten Teil des herrschenden Lagers Deutschlands gegen Ende des Krieges derartige Tendenzen deutlich zutage traten. Die aussenpolitische Orientierung solcher Mitglieder der Verschwörung wie Trott, Schulenburg u.a. zeugt gerade von den Bestrebungen eines bestimmten Teiles der realistisch denkenden bürgerlichen Politiker, gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR herzustellen.

Von grossem Interesse ist in diesem Zusammenhang auch eine weitere Orientierung des «Kreisauer Kreises», die darauf hinauslief, keine Kontakte zu den Geheimdiensten der Westmächte aufzunehmen. Über die Führer des «Kreisauer Kreises» schrieb Steltzer: «Wir waren im Gegenteil ängstlich bemüht, jede Verbindungsmöglichkeit zu Nachrichtendiensten ...» der westlichen Länder zu vermeiden.³¹ Sogar Moltke hat sich beim Verhör vor der Gestapo über die Versuche Goerdelers, eine Verbindung mit den reaktionären Kreisen der Londoner City herzustellen, negativ geäussert. Dafür vertrat er, wie seine Frau äusserte, den Standpunkt, dass ein Kontakt mit der Widerstandsbewegung in den von den deutschen Truppen besetzten Ländern, insbesondere in Norwegen, hergestellt werden müsse. Moltke unternahm auch systematisch Versuche, mit den Patrioten anderer Länder in Verbindung zu treten.³²

Der prinzipielle Unterschied zwischen den außenpolitischen Orientierungen des «Kreisauer Kreises» und der Goerdeler-Gruppe ist ganz offensichtlich. Die Leiter des «Kreisauer Kreises» betrachteten bedeutend nüchterner die Aufgaben und Perspektiven der deutschen Aussenpolitik. Sie verkörperten damit auch auf diesem Gebiet die

³¹ Steltzer, S. 79.

³² Ritter, S. 513.

Bestrebungen der patriotisch gesinnten Kräfte innerhalb eines bestimmten Teils der bürgerlichen Kreise Deutschlands.

Mit dem «Kreisauer Kreis» war Claus Graf Schenk von Stauffenberg eng verbunden. Die Kontakte zu diesem Kreis hielt Stauffenberg persönlich und auch über seinen Bruder, über seinen nächsten Freund Yorck und über Trott aufrecht. Da der «Kreisauer Kreis» Menschen der verschiedensten politischen Anschauungen vereinigte, ist es ganz natürlich, dass innerhalb dieses Kreises auch verschiedene Meinungen und Standpunkte herrschten. Der radikalste Teil des «Kreisauer Kreises» bestand aus der «Gruppe der Jungen», die eher Stauffenberg als ihren Führer betrachtete als Helmuth von Moltke. Diese Gruppe war die Seele des «Kreisauer Kreises». Sie besass bedeutend grössere Klarheit in den politischen Zielsetzungen, besseres Verständnis für die reale Lage in Deutschland und legte grössere Aktivität an den Tag als Moltke. Wenn wir von patriotisch gesinnten Führern des «Kreisauer Kreises» sprechen, so haben wir hauptsächlich diese Gruppe im Auge, an deren Spitze Stauffenberg stand.

Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg wurde am 16. 11. 1907 in Jettingen geboren. Er entstammt einer Aristokratenfamilie und ist der Urenkel des bekannten preussischen Generals Gneisenau. Aus Familientradition schlug Stauffenberg die militärische Laufbahn ein. Im Jahre 1942 wurde er als Fünfunddreissigjähriger schwer verwundet; er verlor die rechte Hand und das rechte Auge, während die linke Hand stark verstümmelt wurde. Stauffenberg wurde am 1. Juli 1944 zum Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres ernannt, das unter der Leitung Olbrichts stand. Die antifaschistische Gesinnung Stauffenbergs hatte sich, nach einem Zeugnis Schlabrendorffs, bereits 1941 gezeigt. Nach der Zerschlagung der deutschen Truppen an der Wolga wurde er zum entschiedenen Gegner des Hitlerregimes und aktiver Organisator des Attentats auf Hitler. Sehr bald umgab sich Stauffenberg mit den fortschrittlichsten Menschen unter den Verschwörern. Alle, die Stauffenberg näher kannten, bekundeten, dass er grossen persönlichen Mut und ein angenehmes Wesen besass. Stauffenberg hatte eine vielseitige Ausbildung erhalten und war sowohl auf militärischem Gebiet als auch in vielen humanistischen Wissenschaften, in Geschichte, Philosophie usw., bewandert. Die Freunde Stauffenbergs betonen auch seine Liebe zur Musik und Literatur. Diese persönlichen Eigenschaften Stauffenbergs sicherten ihm grosse Autorität unter der Gruppe der

jungen Offiziere und unter den zivilen Teilnehmern der Verschwörung, die für aktive Aktionen gegen das Hitlerregime eintraten. Stauffenberg geriet sofort mit den reaktionären Führern der Verschwörung und vor allem mit Goerdeler in Konflikt.³⁸ Er trat gegen die Kandidatur Goerdelers als Kanzler für eine künftige Regierung auf und hielt einen der sozialdemokratischen Führer, Julius Leber, als geeignetsten Kandidaten für diesen Posten. Neben Leber und Reichwein trat Stauffenberg entschieden für die Aufnahme von Verbindungen mit den kommunistischen Widerstandsgruppen ein und forderte die Aufnahme von freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR.

Alle Angaben, die wir über seine Anschauungen besitzen, zeugen davon, dass eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Goerdeler und Stauffenberg unvermeidlich war, die letzten Endes zum Bruch Stauffenbergs mit den reaktionären Führern der Verschwörung hätte führen müssen. Dem stimmen übrigens auch westliche Historiker zu. Wheeler-Bennett schreibt z.B.: «Er dachte und handelte revolutionär, und nichts spricht für die Annahme, dass er, hätte er sein nächstes revolutionäres Ziel erreicht, auf diesem Wege nicht weitergeschritten wäre.»³⁹

Auf Stauffenberg haben zweifellos die Ideen von der «Bruderschaft der Unterdrückten», von denen in den Memoranden Trotts und in anderen Dokumenten des «Kreisauer Kreises» die Rede war, starken Einfluss ausgeübt. Er war für radikale Massnahmen zur Liquidierung des Faschismus und seines «Erbes». Den Umsturz stellte sich Stauffenberg als den Beginn weitreichender Umgestaltungen vor. Das aussenpolitische Programm Stauffenbergs entsprach voll und ganz diesem Ziel – und ging in mancher Hinsicht noch weiter –, sowohl im Westen als auch im Osten unverzüglich den Krieg zu beenden und gutnachbarliche Beziehungen zur UdSSR herzustellen. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass Dulles in seinem Buch über die Verschwörung Stauffenberg als «gefährlichen Revolutionär» bezeich-

³⁸ Stauffenberg verhielt sich auch ablehnend zu den Teilnehmern aus der «Abwehr». Einer der aktiven Teilnehmer der Verschwörung, Pechel, hebt hervor, dass Gisevius in seinem Buch Stauffenberg gerade deshalb in jeder Weise zu verleumden versucht. Pechel schreibt in dem Buch Deutscher Widerstand: «Das Bild, das Gisevius von Stauffenberg zeichnet, ist verzerrt. Verzerrt aus dem Ressentiment, dass Stauffenberg ihn völlig ablehnte. Stauffenberg . . . misstraute ihm aufs Tiefste und hielt ihn vom inneren Kreis fern.»

(Pechel, Deutscher Widerstand, S. 181).

³⁹ Wheeler-Bennett, S. 715.

net. Er schreibt, «Stauffenberg habe sogar mit dem Gedanken gespielt, eine Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten herbeizuführen, und gehofft, die Rote Armee würde ein nach dem russischen Muster organisiertes kommunistisches Deutschland unterstützen»⁴⁰. Eine solche Einschätzung entspricht offensichtlich nicht der Wirklichkeit. Es muss sogar angenommen werden, dass Dulles mit einer derart übertriebenen Einschätzung versucht, Stauffenberg in den bürgerlichen Kreisen Deutschlands und anderer kapitalistischer Länder zu «kompromittieren». In Wirklichkeit lagen Stauffenbergs kommunistische Ideen völlig fern. Seine demokratischen und patriotischen Anschauungen machten ihn für einen Spion wie Dulles sowie auch für Reaktionäre wie Goerdeler und Popitz zur *Persona non grata*.

Einige westdeutsche Historiker versuchen eifrig, Stauffenberg vor den Anschuldigungen Dulles' zu «schützen». Sie tun das jedoch auf sehr zweifelhafte Art und Weise, indem sie Stauffenbergs echte patriotische Anschauungen herabzumindern und ihn sogar als Anhänger des Programms Goerdelers hinzustellen versuchen. Es muss aber gesagt werden, dass derartige Versuche nur von dem äusserst reaktionär gesinnten Flügel der westdeutschen Historiker unternommen werden. In den Arbeiten mehr objektiv denkender Historiker in Westdeutschland werden sowohl der Unterschied in den Ansichten Stauffenbergs und den Ansichten der Goerdeler-Gruppe als auch Stauffenbergs patriotische und demokratische Gesinnung zugegeben.

Trott zitiert die Worte Stauffenbergs, «dass der alte Herr» (gemeint ist Goerdeler – d. Verf.) «Grund hätte, anderer Ansicht zu sein als ich»⁴¹. Es ist somit völlig klar, dass Stauffenberg selbst seine Ansichten denen Goerdelers entgegengesetzte. Goerdeler wiederum hat ebenfalls mehrfach seine negative Einstellung gegenüber Stauffenberg betont. Er nannte ihn häufig einen «eigensinnigen Starrkopf». Während des Verhörs bei der Gestapo versuchte er, sich von den Anschauungen Stauffenbergs und den von ihm verfassten Dokumenten abzugrenzen. Im Schlusswort vor dem «Volksgerichtshof» erklärte Goerdeler, dass er mit den von Stauffenberg verfassten Dokumenten nicht einverstanden gewesen sei und sich mit ihnen nur deshalb

⁴⁰ Dulles, S. 218.

⁴¹ Ritter, S. 538.

befasst habe, um ihre «Unbrauchbarkeit» zu beweisen.⁴² Es handelt sich um zwei Dokumente, deren Urheberschaft die Gestapo Stauffenberg zuschrieb, um den «Aufruf an die Soldaten» und um den «Aufruf an das deutsche Volk», die nach dem Umsturz veröffentlicht werden sollten. Es konnte jedoch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, wer diese Dokumente wirklich verfasst hat. Die verhafteten Verschwörer versuchten, sie Stauffenberg zuzuschreiben, um sich selbst zu entlasten. Der Biograph Goerdelers, Gerhard Ritter, schreibt, dass der «Aufruf an das deutsche Volk» von Goerdeler gründlich überarbeitet wurde.⁴³ Versuche, aus diesen Dokumenten auf die Ansichten Stauffenbergs zu schliessen, sind daher unzuverlässig.

Es ist selbstverständlich, dass die Dokumente, die nach dem Umsturz veröffentlicht werden sollten (das erste war von Witzleben unterzeichnet, das zweite trug die Unterschrift von Beck), einen Kompromiss darstellten und dass in ihnen vor allem die Anschauungen der in der Verschwörung vorherrschenden Kräfte, d.h. der Standpunkt der Goerdeler-Beck-Gruppe, ihren Niederschlag gefunden hatten. Sie dürfen deshalb nicht als Ausdruck der Meinungen der patriotisch eingestellten Führer der Verschwörung, sondern sie müssen als programmatisches Dokument der Verschwörung im Ganzen aufgefasst werden.

Die wahren Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gruppe Stauffenberg und der Goerdeler-Gruppe traten nicht in den obenerwähnten Dokumenten in Erscheinung, sondern in der allgemeinen Zielsetzung dieser beiden Gruppen. Das Studium dieser Zielsetzungen führt zu folgenden Schlussfolgerungen: Erstens, Stauffenberg kritisierte scharf die antidemokratischen Pläne für die Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland nach dem Umsturz. Sein Bestreben war es, in Deutschland nach dem Krieg eine demokratische Regierung zu bilden. Zweitens, Stauffenberg kritisierte die Zielsetzung der Goerdeler-Beck-Gruppe, die darauf hinauslief, eine Ausweitung der antifaschistischen Bewegung der Volksmassen in Deutschland zu verhindern. Er war der Meinung, dass der Umsturz von allen antifaschistischen Kräften unterstützt werden müsse. Drittens, Stauffenberg trat gegen die einseitige Orientierung Goerdelers auf den Westen und gegen dessen Pläne auf, hinter dem Rücken der Sowjet-

⁴² Ebenda, S. 531.

⁴³ Ebenda.

union einen Separatfrieden mit England und den USA abzuschließen. Er sprach sich für die Beendigung des Krieges sowohl im Westen als auch im Osten und für die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR aus.

Goerdeler und Stauffenberg repräsentieren somit völlig unterschiedliche Richtungen der oppositionellen Gruppen in Deutschland. Der «zivile» Führer der Verschwörung, Goerdeler, vertrat die reaktionäre Richtung der Verschwörung und einen bestimmten Teil der monopolistischen Bourgeoisie Deutschlands, der mit Hilfe eines Komplotts mit den anglo-amerikanischen Imperialisten einen Ausweg aus dem Krieg suchte und die Kriegshandlungen gegen die Sowjetunion fortzusetzen gedachte. Im Gegensatz zu Goerdeler liess sich Stauffenberg von patriotischen Erwägungen leiten; er wollte auf dem Wege der Liquidierung des faschistischen Regimes und durch Herstellung freundschaftlicher Beziehungen Deutschlands zu allen friedliebenden Völkern einen Ausweg aus dem Krieg finden. Der «Kreisauer Kreis» und die Gruppe Stauffenberg waren sich allerdings nicht über die Methoden im Klaren, die erforderlich waren, um die Ziele, die sie anstrebten (teilweise rein intuitiv), zu erreichen. Sie erkannten nicht die richtigen Wege, um Deutschland von Hitler zu befreien und das Land auf demokratischer Grundlage zu erneuern. Doch waren viele Menschen, die sich im «Kreisauer Kreis» um Stauffenberg zusammenschlossen, ehrlich bestrebt, die Lehren aus den tragischen Fehlern der Vergangenheit zu ziehen und alle erforderlichen Bedingungen zu schaffen, damit sich diese Fehler nicht wiederholen.

V. DAS PROGRAMM DER VERSCHWÖRUNG UND DIE URSACHEN IHRES SCHEITERNS

Das innenpolitische Programm der Verschwörung

Die Pläne des «Kreisauer Kreises» und der Gruppe Stauffenberg bestimmten nicht das Gesamtbild der Verschwörung. Die grundsätzlichen programmatischen Dokumente der Verschwörer wurden von den reaktionär gesinnten Männern der Verschwörung, Goerdeler, Popitz und Hassell, verfasst. Viele von diesen Dokumenten wurden von Teilnehmern der Verschwörung, die am Leben geblieben sind, aufbewahrt oder nach dem Krieg in Gestapoarchiven entdeckt. Deshalb können wir uns ein ziemlich vollständiges Bild von den Anschauungen der Führer der Verschwörung und ihrer Ziele machen. Diese Dokumente können in zwei Gruppen eingeteilt werden: In die erste Gruppe gehören die Dokumente, die unmittelbar aus der Feder der Führer der Verschwörung, Goerdeler, Popitz und Hassell, stammen, in die zweite die von den verschiedenen Teilnehmern der Verschwörung nach langen Diskussionen und Beratungen ausgearbeiteten Entwürfe der Aufrufe und Verordnungen, die unmittelbar nach dem Umsturz durch die neue Regierung veröffentlicht werden sollten. Die letzteren Dokumente weisen Spuren eines gewissen Kompromisses zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Verschwörer auf. Ich erinnere daran, dass sich Goerdeler beim Verhör durch die Gestapo entschieden von diesen Dokumenten distanzierte und versucht hat, sie Stauffenberg zuzuschreiben. Obwohl in diesen Dokumenten der Einfluss jener Kräfte zu spüren ist, die gegen die offensichtlich reaktionären Projekte Goerdelers auftraten, spiegeln sie doch im Grossen und Ganzen den offiziellen Standpunkt der Leitung der Verschwörung wider und zeugen auch von der allgemeinen reaktionären Tendenz der Verschwörung.

Die Verschwörer hatten bereits unmittelbar nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit der Ausarbeitung von Programmentwürfen begonnen. Der erste erhalten gebliebene Entwurf wurde Anfang 1940 von Hassell verfasst. An seiner Ausarbeitung nahmen Beck, Goerdeler und Popitz, d.h. die gesamte Führungsspitze der Verschwörung teil.¹ In ihm spiegeln sich weitestgehend die Hauptziele

¹ Ulrich von Hassell, S. 381 ff.

wider, die für alle programmatischen Dokumente der Leiter der Verschwörung charakteristisch sind und ihr reaktionäres Wesen bestimmen.

Der Plan Hassells ist auf folgenden grundsätzlichen Thesen aufgebaut: Erstens geht aus seinem Projekt hervor, dass die Verschwörer beabsichtigten, die faschistische Diktatur Hitlers durch eine reaktionäre Diktatur der Militärkaste zu ersetzen. Nach dem Umsturz sollte die gesamte Macht an einen «Regentschaftsrat» übergehen, an dessen Spitze Beck stand; in den Ländern und Kreisen sollten die Wehrkreiskommandanten die Macht ausüben. Zweitens hielt es Hassell für notwendig, nach dem Krieg in Deutschland den Ausnahmezustand zu verhängen, um ein «Chaos zu verhindern», mit anderen Worten, um Massenaktionen des Volkes abzuwenden. In Ergänzung des Planes Hassells wurde ein Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand ausgearbeitet, der scharfe Massnahmen gegen mögliche Volksaktionen vorsah. Der «Putsch» sollte ohne jede Beteiligung der Massen durchgeführt werden; drittens sah das Programm Hassells die Konzentrierung aller militärischen Kräfte des faschistischen Deutschlands zur Fortsetzung der Kriegshandlungen vor, mit dem Ziel, einen «ehrenhaften Frieden», d.h. einen Frieden zu Bedingungen abzuschliessen, die für die deutschen Monopole günstig waren.

Später fanden die Entwürfe Hassells und Popitz' in einem umfangreichen Dokument, dem «Vorläufigen Grundgesetz», ihren Niederschlag. Autoren dieses «Grundgesetzes» waren Popitz, Jessen und Langbehn. An der Ausarbeitung des Dokuments beteiligten sich wiederum aktiv Hassell, Beck und Planck.² Dieser aus früherer Zeit stammende Entwurf einer Staatsordnung Deutschlands spiegelte alle charakteristischen Züge des innenpolitischen Programms der Verschwörer wider, weshalb wir uns ausführlicher mit ihm beschäftigen müssen.

Im ersten Artikel des «Grundgesetzes» waren einige allgemeine Prinzipien formuliert, auf denen die künftige Verfassung Deutschlands basieren sollte. Der Entwurf verpflichtete alle Deutschen, ihre Kräfte für die «Verteidigung des Vaterlandes» einzusetzen. Die Verschwörer beabsichtigten somit keineswegs, den von Hitler entfesselten Krieg zu beenden, sondern waren der Meinung, dass er bis zum «siegreichen Ende», d.h. bis zur Lösung der von der faschisti-

² Ebenda, S. 309; *Wheeler-Bennett*, S. 729 ff.

schen Regierung und von den deutschen Monopolen gestellten Aufgaben, weitergeführt werden müsse.

Weiterhin wird besonders die Notwendigkeit der «Wiederherstellung des Rechts und der Selbständigkeit der Unternehmer» betont. Der Gedanke einer staatlichen Einmischung in die Wirtschaft wird entschieden zurückgewiesen. Die Rechte der deutschen Monopole und ihre führende Rolle im Wirtschaftsleben (und auch im politischen Leben) werden sorgfältig gewahrt.

Das dritte wichtige Prinzip schliesslich, auf dem das Programm von 1941 beruhte, war die Wiederherstellung der Vorrechte der Armee und der höheren Beamtenschaft, die Hitler, nach Meinung vieler Verschwörer, anzutasten versucht hatte. Im Entwurf des «Grundgesetzes» hiess es, dass die Wehrmacht nicht nur den notwendigen Schutz des Reiches übernehme, sondern dass sie auch eine Schule der geistigen und moralischen Erneuerung der Nation sei. Ferner hiess es darin, dass der Staat zur Ausübung seiner leitenden Funktionen eine für die Erfüllung dieser Aufgaben ausgebildete Beamtenschaft brauche und im Volke das Vertrauen zur Beamtenschaft wiederhergestellt werden müsse.

Der von den Verfassern des «Grundgesetzes» ausgearbeitete Entwurf der Staatsordnung Deutschlands entsprach völlig ihren allgemeinen reaktionären Zielsetzungen. Die Verfasser des Entwurfs rückten sogar von den unzulänglichen demokratischen Bestimmungen ab, die die Weimarer Verfassung enthielt.

Das «Grundgesetz» enthielt keine Bestimmung über die Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes vor dem Parlament und nicht einmal gegenüber den Gesetzen. In ihm wurde nur von der Verantwortlichkeit «vor Gott» gesprochen. Das Staatsoberhaupt wurde also im Grunde genommen mit diktatorischen Rechten ausgestattet; es muss gesagt werden, dass die Verfasser des Projekts in dieser Hinsicht nicht allzusehr von den Prinzipien des faschistischen «Führerstaats» abwichen.

Das «Grundgesetz» sah «für die erste Zeit» nicht einmal die Bildung eines Parlaments vor. Die Stelle des Parlaments nahm ein sogenannter Staatsrat ein, der sich aus den Ministern und den Leitern der Landesverwaltungen und den vom Staatsoberhaupt (auf Vorschlag der Regierung) für die Dauer von fünf Jahren ernannten Mitgliedern des Rates zusammensetzte. Die Bildung einer Volksvertretung auf breiterer Grundlage wurde so lange vertagt, bis sich die allge-

meinen Lebensbedingungen des deutschen Volkes gefestigt haben würden. Das bedeutete faktisch den Verzicht auf die Bildung eines Parlaments für unbestimmte Zeit.

Das «Grundgesetz» enthielt einen besonderen Artikel, der die Bildung von «politischen Vereinigungen», d.h. von Parteien verbot. Gleichzeitig enthielt es die Verpflichtung, «unbegründete Verfolgungen» von nazistischen Beamten zu verhindern. Ausserdem wurde in den Direktiven über die Anwendung des «Gesetzes über den Ausnahmezustand» gesagt, dass Vergeltungsmassnahmen gegen Parteifunktionäre oder Staatsangestellte durch die Bevölkerung unterdrückt werden müssen. Die Verfassung sah ausserdem ein Verbot von Versammlungen und Demonstrationen vor. Streiks sollten unterdrückt und Personen, die dazu aufriefen, festgenommen und bestraft werden. Ausserdem war geplant anzuordnen, dass die Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter an ihren Plätzen verbleiben sollten und die Polizei für die Erfüllung dieser Vorschrift verantwortlich wäre. Wir sehen, dass die Autoren dieses «Grundgesetzes» offensichtlich eine Vereinigung der fortschrittlichen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und der nach Deutschland verschleppten Arbeiter sowie gemeinsame Aktionen der deutschen und ausländischen Arbeiter gegen die Hitlertyrannie fürchteten.

Es handelt sich also um ein Programm von reaktionären Politikern, die die Initiative der Massen fürchteten.

Die gesamte «gesetzgebende» Tätigkeit der Verschwörer verfolgte nur das Ziel, antifaschistische Aktionen im Lande zu verhindern und die eine Diktatur – die Macht Hitlers – durch eine andere – die Macht der reaktionären Militärkaste – zu ersetzen. Im Entwurf des «Grundgesetzes» kann man nicht einmal eine Spur von irgendwelchen demokratischen Anschauungen finden. Alles wird hier eng begrenzten Klassen- und Kastenzielen, den Zielen zur Erhaltung einer unumschränkten Herrschaft der Monopolherren und Gutsbesitzer untergeordnet.

Die «theoretische» Begründung jener reaktionären Prinzipien, die im Entwurf des «Grundgesetzes» ihre praktische Verkörperung fanden, wurde in der zur gleichen Zeit verfassten Denkschrift Goerdelers «Das Ziel» formuliert. Goerdeler proklamiert hier ein eigenartiges Programm des Kampfes «an zwei Fronten», gegen die «Tyrannie» einerseits und den «demokratischen Parlamentarismus» andererseits. «Der diktatorische oder tyrannische Führerstaat ist

ebenso unmöglich wie der entfesselte überdemokratische Parlamentarismus», schrieb er.³ Ferner erklärte Goerdeler, dass Massnahmen vorzusehen waren, die eine Entwicklung Deutschlands sowohl in der einen als auch in der anderen Richtung abwenden könnten. Goerdeler stellt somit den Faschismus und den «demokratischen Parlamentarismus» auf eine Stufe. Er sagt der Demokratie den Kampf an und betrachtet sie als ein ebensolches «Übel» wie den Faschismus. Nach dieser unzweideutigen Erklärung kann man Goerdeler nur als «Demokraten» betrachten – wie das westdeutsche Historiker zu tun versuchen –, wenn man die Augen vor den Tatsachen verschliesst und absichtlich und böswillig alle seine Aussprüche verdreht.

Was hat nun Goerdeler dem faschistischen Staat entgegengesetzt? Es kann nur eine Antwort geben: Goerdeler strebte die Schaffung eines kastenmässigen Ständestaates faschistischen Typs mit einer starken Zentralgewalt an, an dessen Spitze ein Monarch oder Statthalter stehen sollte, der im Wesentlichen die gleichen Rechte hatte, wie sie auch der faschistische Diktator besass.

Die Begrenztheit der Anschauungen Goerdelers, die kastenmässige Beschränktheit all seiner Entwürfe, die kategorische Negierung der demokratischen Traditionen nicht nur des revolutionären Kampfes der Werktätigen, sondern auch der fortschrittlichen bürgerlichen Bewegung in Deutschland – all dies muss einem unparteiischen Historiker, der sich mit den Werken Goerdelers bekannt macht, unbedingt auffallen. Goerdeler blieb bis an sein Lebensende nicht nur ein Vertreter seiner Klasse, sondern auch ein Politiker, der sich in der grössten Not, in die sein Vaterland geraten war, nicht zu der Erkenntnis durchringen konnte, dass es notwendig war, gründliche Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Sein Biograph, Gerhard Ritter, musste, als er die Pläne Goerdelers berührte, zugeben, dass sein Ideal ein «Militär- und Beamtenstaat» war, mit dem man erfolgreich die «moderne Massendemokratie» hätte bekämpfen können.⁴ Am meisten interessierte Goerdeler nach den Worten Gerhard Ritters das Problem einer neuen «Elitebildung», d.h. eines «ausgewählten Kreises von Menschen», der am besten die Klasseninteressen der deutschen Monopolherren hätte verteidigen können. Goerdeler war besorgt darum, dass in die «Elite» nicht irgendwelche

³ Goerdeler über politisches Parteiwesen und über die Schaffung von Reichsgauen, in: Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Anhang II, S. 561.

⁴ Ritter, S. 281.

«fremden Elemente» eindringen konnten. Für die Erreichung dieses Zieles hielt Goerdeler die Errichtung einer Monarchie in Deutschland für das geeignetste Mittel. Goerdeler hat seine monarchistischen Anschauungen in einer Reihe von Dokumenten fixiert. So erklärt er beispielsweise in einer im Jahre 1941 verfassten Denkschrift, dass die Staatsoberhäupter «entweder Erbkaiser oder auf Zeit gewählte Führer» sein müssten.⁵ Nach seiner Meinung wäre es am Besten gewesen, in Deutschland die Erbmonarchie einzuführen. «Uns ist klar», schreibt er in der für britische Leser bestimmten Denkschrift, «dass nur eine Monarchie in parlamentarischen Grenzen Deutschland so schnell wie möglich innere Ruhe wiedergeben ... kann.»⁶ In der Denkschrift vom 26. März 1943 war er noch offener: «Deutschland bedarf einer monarchischen Spitze, die eine stetige Innen- und Aussenpolitik gewährleistet. Eine wählbare Spitze vermag das nicht, jedenfalls nicht nach Charakter und Tradition der Deutschen.»⁷

Goerdeler erklärte auch ohne jede Zurückhaltung, dass seine Träume von der Errichtung einer Monarchie in Deutschland damit im Zusammenhang stünden, dass nach seiner Meinung nur die Monarchie die Entfesselung von «nationalen Leidenschaften», mit anderen Worten, revolutionäre Aktionen der Massen abwenden könnte. In dieser Frage wurde Goerdeler auch von Popitz unterstützt, der betonte, dass man dem Volk in der Person des Monarchen eine «feste Stütze» geben müsse.

Die Leiter der Verschwörung beschränkten sich aber nicht nur auf Vorschläge für die Errichtung der Monarchie in Deutschland, sondern sie führten auch konkrete Verhandlungen mit Vertretern der Hohenzollerndynastie. Es war beabsichtigt, den «gesetzlichen» Nachfolger des ehemaligen deutschen Kaisers, den Kronprinzen Wilhelm, zum Regenten auszurufen. Nach einer Mitteilung Hassells stimmte der Kronprinz diesen Plänen zu, machte jedoch «Garantien» für die Realität und den Erfolg des geplanten Umsturzes zur Bedingung.⁸

⁵ Ebenda, S. 289.

⁶ Friedensplan Goerdelers, vermutlich für britische Leser bestimmt, ebenda, Anhang VI, S. 576.

⁷ Geheime Denkschrift Goerdelers für die Generalität bestimmt, über die Notwendigkeit eines Staatsstreichs, ebenda, Anhang VII, S. 591 (im Folgenden zitiert: Geheime Denkschrift . . .).

⁸ *Ulrich von Hassell*, S. 213.

Die Sympathien der Verschwörer waren jedoch nicht auf seiten des Kronprinzen, sondern auf seiten seines zweiten Sohnes, Louis Ferdinand, der nach ihrer Meinung «dem Charakter nach» besser für die Rolle des künftigen Monarchen geeignet war und ausserdem – und das war offensichtlich das wichtigste – weitgehende Verbindungen in England und den USA besass. Prinz Louis Ferdinand hatte eine Zeitlang bei Ford in Detroit gearbeitet und besass gute Verbindungen zum Weissen Haus sowie zu einflussreichen Kreisen in Grossbritannien.⁹ Mit Louis Ferdinand wurden die wichtigsten Verhandlungen über die «Thronbesteigung» geführt. Es ist ein Entwurf eines Aufrufes des Kronprinzen an die Armee und an das Volk erhalten geblieben, in dem der Machtantritt der Dynastie der Hohenzollern und der freiwillige Verzicht des Kronprinzen Wilhelm auf den Thron zugunsten Louis Ferdinands verkündet wurden. Im Aufruf wurde betont, dass nur eine monarchische Führung den Krieg erfolgreich zu Ende führen könne.¹⁰

Wir haben deshalb den Streit um die Errichtung der Monarchie in Deutschland so ausführlich behandelt, um nochmals die reaktionären Ansichten der Führung der Verschwörung und insbesondere Goerdelers, den die bürgerlichen Historiker jetzt zu einem echten Antifaschisten und Demokraten erklären möchten, zu illustrieren. Goerdeler und Popitz mussten die Pläne, die Monarchie zu verkünden, nach dem kategorischen Protest der anderen Verschwörergruppen, insbesondere der Leiter des «Kreisauer Kreises», aufgeben. Hassell schreibt in seinem Tagebuch von einem Gespräch mit Trott, in dem sich der letztere entschieden gegen alle Pläne wandte, die den Eindruck hätten erwecken können, dass die Verschwörer «Reaktionäre» und «Militaristen» seien. Unter dem Druck dieser Proteste waren Hassell und Goerdeler gezwungen, die Projekte für die Errichtung der Monarchie in Deutschland fallenzulassen oder zumindest aufzuschieben.¹¹ Nach den Plänen Goerdelers, Popitz' und Hassells hatte ein Wechsel in der Macht in Deutschland das Ziel, die herrschende Klasse vor möglichen revolutionären Aktionen der Massen zu bewahren. In einem der von Goerdeler verfassten Dokumente – «Geheime Denkschrift, für die Generalität bestimmt, über

⁹ *Prinz Louis Ferdinand von Preussen, Als Kaiserengel durch die Welt*, Berlin 1952, S. 361.

¹⁰ Vgl. Aus dem Entwurf eines Aufrufs, den der deutsche Kronprinz an Armee und Volk erlassen sollte, in: *Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Anhang III, S. 567.

¹¹ Vgl. *Ulrich von Hassell*, S. 240 f.

die Notwendigkeit eines Staatsstreichs» – vom 26. März 1943 werden diese Ansichten dargelegt.¹² So heisst es darin beispielsweise, das Ziel aller Massnahmen der neuen Macht in Deutschland müsse der Abschluss eines Vertrages mit den Westmächten sein, der «es ermöglicht, alle Kriegskräfte des deutschen Volkes auf den Osten zu konzentrieren». In den Verhandlungen mit dem Westen, so erklärt Goerdeler schliesslich, müssten aus diesem Grunde folgende Aufgaben gelöst werden: Beibehaltung der Stärke der deutschen Armee und der Schlagkraft der Truppen an der Ostfront; die weitere Zerstörung des Kriegspotentials in Deutschland durch Luftangriffe zu verhindern; die während des Krieges von den deutschen Streitkräften eroberten Gebiete nach Möglichkeit zu behalten. Goerdeler hat mehrfach betont, dass er die Erhaltung eines «starken Deutschlands», das das innen- und aussenpolitische Programm der deutschen herrschenden Kreise verwirklichen könnte, als seine Hauptaufgabe betrachte. Er warnte vor einem aussenpolitischen und auch inneren Zusammenbruch, falls nicht ein Wechsel der Macht in Deutschland stattfände. «Keine Beschönigung, kein Einlullen des Gewissens», schrieb er in der erwähnten Denkschrift, «enthebt eine verantwortungsbewusste Führung, *rechtzeitig* die Folgerungen zu ziehen, die allein das heranrückende Unheil abwenden können. 1918 lehrt uns, *was rechtzeitig ist.*»¹³ Bei der Aufzählung seiner Vorschläge zur künftigen Staatsordnung Deutschlands erwähnt Goerdeler die Ziele dieser Vorschläge: «Alle diese Massnahmen sollen plastisch den Willen verkörpern, dass wir kein 1918, sondern Deutschland und unser Volk zu nationaler Behauptung stärken wollen. Wir müssen uns aber klar sein, dass die Wiederholung von 1918 eben nur vermeidbar ist, wenn rechtzeitig so, wie hier vorgeschlagen, gehandelt wird.»¹⁴ Schliesslich kehrt er im Schlussteil der Denkschrift zu diesen Gedanken zurück und erklärt offen: «Lässt man durch Untätigkeit den Radikalismus weiter fortschreiten, so wird er sehr viel schlimmere Formen annehmen als 1918.»¹⁵

Wir sehen gerade in dieser Denkschrift die unverhohlene Furcht eines Reaktionärs vor möglichen Volksaktionen. Es ist auch sehr bezeichnend, dass Goerdeler gerade vor einer Wiederholung der

¹² Vgl. Geheime Denkschrift . . . , in: Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Anhang VII, S. 590.

¹³ Ebenda, S. 586.

¹⁴ Ebenda, S. 592 f.

¹⁵ Ebenda, S. 594.

Ereignisse des Jahres 1918, d.h. vor der bürgerlichen Revolution warnt, in deren Ergebnis in Deutschland die Republik verkündet wurde. Schon allein vor einer solchen Perspektive überließ Goerdeler und seine Freunde ein Schauer. Jedwede Aktionen zu verhindern, die die Herrschaft der Reaktion und des Militarismus erschüttern könnten, das war das wahre Ziel Goerdelers.

Goerdeler betont wiederholt, dass er sich vor der Militärführung verneige und sie als eine der Hauptstützen des Staates betrachte. «Ich glaube an die Überlegenheit unserer Waffen wie an ein Evangelium . . .», schrieb er in der Denkschrift vom 26. März 1943. Hier hebt er auch die «Ehre» und «Weisheit» der deutschen Generalität in den Himmel und äussert sich schmeichlerisch über das militärische Talent Mansteins, den er vor den Angriffen Hitlers verteidigt, und empört sich über die «Eingriffe in die unerlässliche Selbständigkeit der Truppenführung und in die genial aufgebaute, auf Erzielung höchster Verantwortung gerichtete Einrichtung des Generalstabs . . .»¹⁶

Goerdeler schrieb, dass vor der neuen Regierung die Aufgaben der «Vereinfachung der Kriegswirtschaft...», der «Aufrechterhaltung einer genügend starken deutschen Wehrmacht...» und der Wiederherstellung der Rechte und Vorrechte des deutschen Offizierskorps, die nach seiner Meinung von Hitler mit Füßen getreten wurden, stehen würden. In den Plänen Goerdelers wird somit dem Militärklingel eine äusserst wichtige, erstrangige Rolle zugewiesen. Besondere Beachtung schenkt Goerdeler dem Beamtentum. Das Beamtentum nämlich muss nach Meinung Goerdelers die Führung in den Staatsgeschäften innehaben, weshalb es sorgfältig vor allen «fremden Einflüssen» und vor einem Eindringen «fremder Elemente» bewahrt werden müsse.

Jedwede demokratischen Massnahmen, die die Macht der alten Beamtenschaft hätten brechen oder ihre Rolle im Staat herabmindern können, wurden von Goerdeler kategorisch abgelehnt. Goerdeler hat seine innerpolitischen Projekte ausführlich dargelegt in den Aufzeichnungen «Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis: Über den künftigen inneren Zustand Deutschlands». Diese Niederschrift wurde erstmalig im Anhang zum Buch von G. Ritter, «Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung», veröffentlicht. Goerdeler warnte hier offen vor

¹⁶ Ebenda, S. 577 u. 581.

irgendwelchen voreiligen demokratischen Massnahmen. «Vorerst verlangt die unpolitische Veranlagung der Deutschen und ihre Entwöhnung von der Politik vorsichtiges Vorgehen. Da lasse man sich nicht durch die Westmächte beirren.»¹⁷ Die in den Verfassungen verankerten demokratischen Bestimmungen solcher Länder wie der USA und Englands erscheinen Goerdeler als völlig ungeeignet für Deutschland. Nach seiner Meinung sind die Deutschen für die Demokratie nicht reif.

Die Regierung muss nach seiner Meinung «kontrollierte Führungsmöglichkeiten», d.h. diktatorische Vollmachten, besitzen. «Man muss auf der den Deutschen am meisten auf den Leib geschriebenen Selbstverwaltung aufbauen»¹⁸, erklärt er zynisch und meint, dass man die Staatsordnung Deutschlands nicht demokratisieren dürfe. Sein in der gleichen Niederschrift dargelegtes Projekt für den Staatsaufbau enthält somit auch keine Forderungen auf Wiederherstellung der demokratischen Rechte in Deutschland. Goerdeler spricht lediglich von der Gewissensfreiheit, d.h. von der Freiheit zur Ausübung religiöser Kulte. Hinsichtlich der Presse wird im Projekt Goerdelers gesagt: «Die Presse darf keine schrankenlose Freiheit erhalten ..., denn der Missbrauch der Meinungsfreiheit in der Presse ist untragbar.» Auch in diesem Projekt Goerdelers fehlen völlig die Versammlungsfreiheit, das Recht auf Bildung, die Freiheit zur Gründung von politischen Parteien und das Streikrecht.¹³ Sie sind Goerdeler viel zu «revolutionär». Goerdeler gedachte dem deutschen Volk alle jene Rechte vorzuenthalten, die die Werktätigen anderer Länder in den bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Revolutionen erkämpft haben.

Die reaktionären Anschauungen Goerdelers und seine Sorge darum, dass nicht die wahren Vertreter des Volkes an die Macht gelangten oder an der Verwaltung des Staates beteiligt würden, treten besonders in seinen Entwürfen für ein neues Wahlsystem hervor, das nach dem Umsturz in Deutschland eingeführt werden sollte. Goerdeler lehnt das Prinzip des direkten und des Verhältniswahlrechts ab. Direkte Wahlen sieht sein Entwurf nur in den Bezirken für das Gemeindeparlament vor; doch auch dort soll nur eine streng be-

¹⁷ Aus der Niederschrift Goerdelers. Gedanken eines zum Tode Verurteilten – September 1944 im Gefängnis; ebenda. Anhang I, S. 556 (im Folgenden zitiert: Aus der Niederschrift Goerdelers . . .).

¹⁸ Ebenda. S. 557.

¹⁹ Ebenda, S. 553.

grenzte Zahl von Kandidaten aufgestellt werden. Das Recht auf Aufstellung von Kandidaten wird den drei hauptsächlichsten Bevölkerungsgruppen zugestanden: den Ständen (ein Kandidat), den Gewerkschaften (ein Kandidat) und den politischen Bewegungen, d.h. den Parteien (zwei Kandidaten).

Die Altersgrenze für die zu wählenden Kandidaten wird bedeutend erhöht, und zwar für den Kreistag auf 30 Jahre, für den Gautag (Provinziallandtag) und für die Reichstagswahlen auf 35 Jahre. Die Gautage und der Reichstag sollten nicht in direkten, sondern in mehrstufigen Wahlen gewählt werden. Die Gautage werden von Kreistagsabgeordneten gewählt. Die Abgeordneten wählen die Hälfte des Reichstages, die andere Hälfte wird unmittelbar in 150 Wahlkreisen gewählt, in denen gleichzeitig auch vier Kandidaten von den erwähnten Ständen aufgestellt werden. Das aktive Wahlrecht besitzen nur Personen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben. Ausser einem Mindestalter von 35 Jahren müssen die Mitglieder des Provinziallandtages (Gautag) und des Reichstages auch noch eine fünfjährige Erfahrung in der Verwaltungsarbeit besitzen. Mit anderen Worten, der Provinziallandtag und der Reichstag sollten sich ausschliesslich aus Beamten zusammensetzen, die entsprechend gedrillt waren. Wir sehen, dass die künftige Staatsgewalt von Goerdeler als Macht des Beamtentums gedacht war, das auf Treu und Glauben die Befehle der wahren Herren des Landes – der deutschen Monopolherren – auszuführen bereit wäre.

Das kommt auch in dem Projekt Goerdelers zum Ausdruck, in dem er eine zweite Kammer vorschlug, die sich bereits durch ihre Bezeichnung «Reichsständehaus» als eine Institution der Stände und des Beamtentums repräsentierte. Dieses konstitutionelle Organ sollte sich aus den Leitern der Reichsgruppen Industrie, den Präsidenten der Reichswirtschaftskammern, den Leitern der Reichsberufsgruppen (Ärzte, Anwälte, Künstler usw.), den Vertretern der Kirche, den Rektoren der Universitäten, den Vertretern der Gewerkschaften sowie aus fünfzig angesehenen Deutschen, die ein Mindestalter von 50 Jahren erreicht hatten, zusammensetzen.

Wie in den Vorschlägen von Hassells war in den Projekten Goerdelers die Regierung ebenfalls nicht rechenschaftspflichtig vor dem Parlament. Sie konnte nur in dem Falle abberufen werden, wenn beide Kammern durch Stimmenmehrheit ihre Abberufung forderten und gleichzeitig die Nachfolger der abgesetzten Regierung namhaft

machten. Dem Staatsoberhaupt, das in dem Projekt Goerdelers «Generalstatthalter» genannt wird, wurden weitgehende autoritäre Vollmachten eingeräumt. Das Staatsoberhaupt wird erstmalig vom Reichsständehaus und im folgenden gemeinsam von den zwei Häusern des Parlaments gewählt. «Mir erscheint», so betont Goerdeler erneut, «für unser Volk die erbliche Monarchie als beste Staatsführung.»²⁰ Als «Zugeständnis» an die öffentliche Meinung erklärt sich aber Goerdeler damit einverstanden, dass ein Statthalter ernannt wird, der jedoch auf Lebenszeit gewählt werden soll. Es fällt hier schwer, einen Unterschied zwischen dem von Goerdeler vorgeschlagenen Generalstatthalter und einem tatsächlichen Monarchen zu erkennen.

Die reaktionären Anschauungen Goerdelers traten auch in seinem Verhalten zur Tätigkeit der politischen Parteien deutlich zutage. Goerdeler setzte voraus, dass nach dem Umsturz die politischen Parteien für lange Zeit überhaupt verboten sein würden. Erst später sollten «oppositionelle Gruppen» oder «politische Bewegungen» geschaffen werden, denen das Recht auf Aufstellung einer streng begrenzten Anzahl von Kandidaten zu den Wahlen zugebilligt werden sollte. Goerdeler vermeidet sogar die Verwendung des Terminus «politische Parteien»; in fast allen seinen Denkschriften und Niederschriften ist lediglich die Rede von «politischen Bewegungen». Westdeutsche Historiker erklären dies mit einer angeblichen Furcht vor einem Vielparteiensystem ähnlich dem in der Weimarer Republik, durch das dem Faschismus der Machtantritt angeblich erleichtert worden sei. In Wirklichkeit fürchtete Goerdeler aber lediglich die öffentliche Meinung, die die Macht der Monopole hätte beschränken können. Das unterstreicht nochmals die Feststellung, dass er im Umgang mit dem deutschen Volk nur eine Sprache, die Sprache der Gewalt, des Diktats, kannte.

So schreibt er in seinen im September 1944 im Gefängnis verfassten Niederschriften, dass es notwendig sei, «so lange als möglich politische Parteien zu vermeiden . . .» Selbst nachdem sich politische Parteien gebildet hätten, sollten nur die drei stärksten zugelassen werden, wobei Goerdeler sich offen gegen die Zulassung von Parteien wendet, deren Programm auf der marxistischen Weltanschauung basieren würde, d.h. also, er war gegen die Zulassung der KPD. «Der Marxismus», schreibt er, «hat abgewirtschaftet und kann nicht

²⁰ Ebenda, S. 557.

wieder Grundlage einer Partei werden .. .»²¹ Die antikommunistischen Anschauungen Goerdelers stimmen in dieser Frage voll und ganz mit der Ideologie des Faschismus überein. Goerdeler möchte nach Möglichkeit überhaupt keine politischen Parteien zulassen und im äussersten Falle nur ein Zweiparteiensystem bilden. Damit beschränkt sich die «reformatorische» Tätigkeit Goerdelers, die von seinen Apologeten so sehr gerühmt wird, lediglich auf unbedeutende Veränderungen innerhalb der in Deutschland herrschenden Staatsordnung. Dies trifft ebenso wie für die politischen Parteien auch für die Gewerkschaften zu. Ihnen schenkt Goerdeler in seinen Plänen zwar grosse Aufmerksamkeit, doch handelt es sich dabei lediglich darum, die Arbeiterbewegung unter eine scharfe staatliche Kontrolle zu stellen, sie zu einem Anhängsel der bürokratischen Staatsmaschine zu machen und sie dem Willen der Unternehmer zu unterwerfen.

In den Memoranden, die Goerdeler in den Jahren 1940 und 1941 verfasste, beabsichtigte er ursprünglich, sich auf eine Reform der faschistischen «Arbeitsfront» zu beschränken.²² Diese Reform sollte den Bestand der faschistischen Zwangsorganisation nicht antasten, mit deren Hilfe die Hitlerfaschisten die deutsche Arbeiterklasse terrorisierten. Es sollten lediglich unbedeutende Veränderungen in der Struktur der «Arbeitsfront» herbeigeführt werden. Die faschistische «Arbeitsfront» erschien Goerdeler als Ideallösung der Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter das Monopolkapital. Nachdem jedoch Goerdeler unter dem Einfluss einiger seiner Freunde und einiger reformistisch eingestellter Gewerkschaftsfunktionäre der Weimarer Republik gezwungen worden war, den Plan einer einfachen Reform der «Arbeitsfront» aufzugeben, arbeitete er das Projekt einer «Einheitsgewerkschaft» aus, das von der faschistischen «Arbeitsfront» nicht allzuweit abwich. Der Leitgedanke dieser geplanten Einheitsgewerkschaft blieb nach wie vor die völlige Unterwerfung der Gewerkschaftsbewegung unter den bürgerlichen Staat. Die Gewerkschaftsführung sollte zu einer der Ständevertretungen Deutschlands gemacht werden, denn Goerdeler betrachtete die Arbeiterklasse als einen der Stände.

Goerdeler beabsichtigte vor allem, die Gewerkschaften auszuhöhlen und sie als Organisationen zu liquidieren, die die Interessen der

²¹ Ebenda, S. 558.

²² Ritter, S. 286, 502.

Arbeiterklasse gegenüber den Monopolherren verteidigten. Deshalb wandte er sich auch gegen das Prinzip des freiwilligen Eintritts der Arbeiter und Angestellten in die Gewerkschaften und machte allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands, die das 18. Lebensjahr erreicht hatten, zur Pflicht, in die Gewerkschaften einzutreten.²³ Die Struktur der Gewerkschaften sollte voll und ganz der Struktur der Unternehmerverbände entsprechen. In Streitfällen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden sollte dann die «Reichswirtschaftskammer» das entscheidende Wort haben. Ferner schlug Goerdeler vor, das Streikrecht aufzuheben und Personen, die zum Streik aufriefen, unter Strafe zu stellen. Den Gewerkschaften sollte das Recht zugesprochen werden, ihre Vertreter in die verschiedenen staatlichen Institutionen zu entsenden, die sich mit Wirtschaftsfragen befassten. Jedoch hierbei befanden sie sich in der Minderheit, da sie nur Abgesandte eines der verschiedenen Stände waren. Der Zweck dieser Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften war, sie stärker an den Staat zu binden. Nach den Vorschlägen Goerdelers sollte den Gewerkschaften zwar gestattet werden, wieder ihre eigenen Unternehmen (Arbeiterbank, Genossenschaften usw.) zu gründen; sie sollten jedoch nach den Prinzipien der «freien Konkurrenz» verwaltet werden. Mit dieser Massnahme würden nach den Worten Goerdelers «übertriebene Sozialisierungswünsche der Arbeiter beseitigt» werden.²⁴

Dies alles zeugt davon, dass auch Goerdeler ein offener Feind der Arbeiterbewegung war und das Ziel verfolgte, die Macht der Monopole über die Arbeiterklasse zu erhalten. Er war jedoch bereit, dieses Ziel mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaften und einiger sozialer Zugeständnisse zu erreichen.

Die reaktionären Anschauungen Goerdelers spiegeln sich auch in seinem Wirtschaftsprogramm deutlich wider.²⁵ Den Hauptinhalt des Programms bilden die Artikel, in denen den Monopolen die Allmacht im Lande garantiert wird. Zu diesem Zweck beabsichtigte Goerdeler, die Reichswirtschaftskammern, die von den Vertretern der Monopole beherrscht werden sollten, mit weitgehenden Vollmachten auszustatten. Von einer Beschränkung der Tätigkeit der Monopole konnte somit überhaupt nicht die Rede sein. Der Staat

²³ Ebenda, Anhang I, S. 559.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Vgl. *Schlabrendorff*, S. 154 ff.; *Pechel*, S. 321; *Ritter*, S. 287 f., 559.

sollte das Recht auf Eigentum an den Produktionsmitteln garantieren und alle Regelungen hinsichtlich der Festsetzung einer Höchstgrenze für Monopolprofite aufheben.

Uns ist bereits die enge Verbindung bekannt, die zwischen Goerdeler und Vertretern des deutschen Monopolkapitals bestanden hat. Die Wünsche dieser wahren Machthaber Deutschlands fanden in den Plänen Goerdelers ihren staatsrechtlichen Niederschlag. Jeder Monopolist konnte sie mit ruhigem Gewissen unterstützen. Sie ähnelten so erstaunlich dem faschistischen Wirtschaftsprogramm, dass selbst einige der nächsten Freunde Goerdelers, wie z.B. Hassell, gezwungen waren, sie als reaktionär zu bezeichnen.²⁶

Das von Goerdeler aufgestellte innenpolitische Programm bestimmte auch den Charakter der Dokumente, die sofort nach dem Umsturz veröffentlicht werden sollten.

Bei der Abfassung all dieser Dokumente gingen die Verschwörer davon aus, dass Hitler beim Attentat umkommen und auf diese Weise der Weg zur Bildung einer neuen Regierung geebnet werden würde. Die Verschwörer versuchten jedoch in ihren Aufrufen, bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob sie zu der Ermordung Hitlers in keinerlei Beziehung stünden.

Interessant in dieser Hinsicht ist der Entwurf eines Befehls des Generals von Witzleben, der als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vorgesehen war.

Darin heisst es: «Der Führer Adolf Hitler ist tot. Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat es unter Ausnutzung dieser Lage versucht, der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen. In dieser Stunde höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die vollziehende Gewalt übertragen ... Die Inhaber der vollziehenden Gewalt sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit verantwortlich. Jeder Widerstand gegen die militärische Vollzugsgewalt ist rücksichtslos zu brechen. In dieser Stunde höchster Gefahr für das Vaterland ist Geschlossenheit der Wehrmacht und Aufrechterhaltung der Disziplin oberstes Gebot.»²⁷

²⁶ Ulrich von Hassell, S. 228, 295.

²⁷ Schlabendorff, S. 136.

Abgesehen vom Inhalt lenkt schon der Ton des Befehls von Witzlebens die Aufmerksamkeit auf sich. Sogar die faschistische Terminologie («der Führer Adolf Hitler», «der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen») sowie die nazistische Auslegung der Kriegsziele («Rettung des Vaterlandes», «Kampf um die Existenz» usw.) sind erhalten geblieben. Mit keinem Wort wird hier die Absicht erwähnt, den Krieg zu beenden und mit den Mächten der Antihitlerkoalition Frieden zu schliessen. Im Gegenteil, die Absicht, der «schwerringenden Front in den Rücken zu fallen», wird einer gewissenlosen «Clique frontfremder Parteiführer» zugeschrieben. Die Verfasser des Befehls wollten absichtlich den Eindruck erwecken, die Ermordung Hitlers sei ein Werk der «Parteiführer» und die Reichsregierung dazu berufen, die Deutschen vor diesen Verschwörern zu retten. Die Führer der Verschwörung zogen es vor, ihre Teilnahme nicht nur an einem Anschlag auf Hitler, sondern auch an der Verschwörung überhaupt zu verschweigen, da sie «unerwünschte Zwischenfälle» fürchteten. Der Befehl von Witzlebens an die Wehrmacht wird ergänzt durch einen Befehl an die Wehrkreiskommandeure, in dem es heisst: «Bei Ausübung der vollziehenden Gewalt dürfen keine Willkür- und Racheakte geduldet werden.»²⁸

Nach der Ausschaltung Hitlers sollten alle Aktionen der Verschwörer nicht etwa auf die Liquidierung des faschistischen Staatsapparats gerichtet werden, sondern auf die Verhinderung von antifaschistischen Aktionen der Volksmassen.

Von den Dokumenten, die nach dem Attentat auf Hitler veröffentlicht werden sollten, sind zwei weitere Aufrufe, und zwar der «Aufruf an die Wehrmacht» und der «Aufruf an das deutsche Volk», besonders aufschlussreich. Stauffenberg hatte diese Aufrufe mitverfasst, und der Einfluss seiner Anschauungen ist unverkennbar. Zwar gehen beide Aufrufe nicht über den Rahmen des von Goerdeler verfassten innen- und aussenpolitischen Programms hinaus, doch enthalten sie einige Punkte, die unter dem unmittelbaren Einfluss Stauffenbergs aufgenommen wurden und die sich entschieden von den von Witzleben unterzeichneten Befehlen abgrenzen. So wird in beiden Aufrufen unmittelbar auf den Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den Niederlagen der Hitlerarmee an der deutsch-sowjetischen Front hingewiesen. Das militärische Abenteuer Hitlers wird dabei scharf kritisiert. «*Hitlers gewissenlose Führung.*»

²⁸ Ebenda, S. 137 f.

heisst es in dem Aufruf an die Wehrmacht, «... hat ganze Armeen mit der Blüte unserer Jugend in Russland und am Mittelmeer für phantastische Pläne grenzenloser Eroberungen geopfert. Der leichtfertige Einsatz der 6. Armee bei Stalingrad und ihre sinnlose Preisgabe beleuchten grell die grausame Wahrheit.»²⁹ Und in dem «Aufruf an das deutsche Volk» heisst es zu dieser Frage, dass Hitler Unglück über das deutsche Volk gebracht habe und Deutschland unvermeidlich der Katastrophe entgegengehe.

Auch die Verbrechen des Hitlerregimes werden in diesen Aufrufen aufgedeckt. So heisst es im «Aufruf an das deutsche Volk», dass diejenigen Personen, die die Verbrechen begangen haben, zur Verantwortung gezogen werden müssen. Und wörtlich: «...Zahllose Deutsche, aber auch Angehörige anderer Völker, schmachten seit Jahren in *Konzentrationslagern*, den grössten Qualen ausgesetzt und häufig schrecklichen Foltern unterworfen. Viele von ihnen sind zugrunde gegangen. Durch grausame Massenmorde ist unser guter Name besudelt. Mit *Blut befleckten Händen* ist Hitler seinen Irrweg gewandelt, *Tränen, Leid und Elend hinter sich lassend.*»³⁰

Die Verfasser der Aufrufe versprechen dem deutschen Volk einen baldigen Frieden und erklären den Friedensschluss als eines der Ziele der neuen Regierung. Auch in dieser Hinsicht weichen beide Aufrufe vom Programm Goerdelers ab, in dem das Hauptgewicht auf die Fortsetzung des Krieges gelegt wird.

Schliesslich wird in dem «Aufruf an das deutsche Volk» erwähnt, dass die «soziale Gerechtigkeit» herbeigeführt werden müsse, und erklärt, dass in der Regierung Vertreter aller Bevölkerungsschichten auf der Grundlage einer breiten demokratischen Koalition vereint sein würden.

In offenem Widerspruch zu der innenpolitischen und militärischen Lage Deutschlands rufen jedoch beide Dokumente keineswegs zu irgendwelchen antifaschistischen Aktionen und zur Beseitigung des Hitlerregimes und seiner Folgen auf, im Gegenteil, sie verlangen Gehorsam gegenüber den Behörden und «Wahrung der Disziplin». Die Verfasser der Dokumente sind eifrig bestrebt zu verhindern, dass die Ereignisse über den Rahmen einer «Palastrevolution» hinausgehen. Als Ziel des Umsturzes wird die «Rettung des Vaterlandes» verkündet, worunter allenfalls die Rettung der herrschenden

²⁹ Vgl. *Pechel*, S. 304 f.

³⁰ *Ebenda*. S. 305 ff.

Klassen Deutschlands vor der endgültigen Vernichtung zu verstehen ist. Die Aufnahme einiger Formulierungen als Zugeständnis an die öffentliche Meinung können den prinzipiell reaktionären Gesamtcharakter der beiden Aufrufe nicht verändern.

Die Versuche, diese Formulierungen zu benutzen, um die Verschwörung als Ausdruck einer antifaschistischen Bewegung hinzustellen, misslingen völlig. In Wirklichkeit sollen solche Versuche dazu dienen, das reaktionäre Wesen der Verschwörung zu tarnen, denn mit dem Versprechen eines «baldigen Friedens» in beiden Dokumenten gehen Aufrufe zur Festigung der Front und Fortsetzung der Kampfhandlungen bis zu einem entsprechenden Abkommen mit den «Gegnern Deutschlands» parallel.

Mit keinem Wort wird in den Aufrufen die Absicht einer künftigen Regierung Deutschlands erwähnt, vor den alliierten Mächten zu kapitulieren, obwohl zu diesem Zeitpunkt nur noch auf diesem Wege der Krieg beendet werden konnte. Die Autoren der Aufrufe versprechen einzig und allein, «unnötige Opfer zu vermeiden» und «den Krieg von Entstellungen zu reinigen». Diese nichtssagenden Formulierungen verfolgten lediglich das Ziel, die Soldaten und die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu verwirren und die Voraussetzungen zur Fortsetzung des Krieges zu schaffen.

Dazu gehören auch die Stellen in dem Aufruf, an denen von dem Bestreben gesprochen wird, einen «gerechten Frieden» zu erreichen. Man kann darunter alles Mögliche verstehen, u.a. auch die Absicht, das alte Annexionsprogramm der Eroberungen Hitlers zu verwirklichen. Die Bestrebungen, den Krieg fortzusetzen, spiegeln sich in diesen beiden Aufrufen klar wider. Um dieses Ziel zu erreichen, drohen die Verfasser der Aufrufe den Soldaten und Werkträgern, falls sie zu selbständigen Aktionen schreiten sollten: «Unsere tapfere Wehrmacht ist Bürge für Sicherheit und Ordnung. Die Polizei wird ihre Pflicht erfüllen.»³¹

Besonders deutlich tritt das reaktionäre Wesen der Dokumente, die nach dem Attentat auf Hitler veröffentlicht werden sollten, in den hauptsächlich von Goerdeler verfassten Entwürfen der Regierungserklärungen hervor.

Hier wird nicht nur ganz offen von der Fortsetzung des Krieges gesprochen, sondern auch von der Notwendigkeit, die Front voll zu unterstützen. «Wir müssen also ...», so hiess es in der «Regierungs-

³¹ Ebenda, S. 306.

erklärung für die Presse», «. .. den Kampf weiterführen»³²; und in der für den Rundfunk bestimmten Erklärung hiess es: «Aber noch ist Krieg. In ihm *gebührt unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland an der Front verteidigen*. Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was wir irgend schaffen können.»³³

In der für die Presse bestimmten Regierungserklärung wurde vor revolutionären Ereignissen gewarnt und von der Notwendigkeit gesprochen, jedwede demokratischen Aktionen der Massen zu verhindern. In dieser Erklärung wurde auch eindeutig gesagt, dass man keinen zweiten November 1918 erleben wolle.³⁴ «Aber ebenso erwarten wir, dass *niemand Lynchjustiz vollzieht*»³⁵, hiess es ergänzend in der für den Rundfunk bestimmten Erklärung. Ferner hiess es darin, dass man das Privateigentum achten müsse und dass die Regierung es stets schützen werde, «sonst sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab»³⁶. Die Rechte der Beamten würden wiederhergestellt werden, hiess es weiterhin, und das deutsche Volk müsse sich auf eine riesige Steuerlast vorbereiten. Schliesslich heben die Verfasser der Regierungserklärung nochmals hervor, dass noch nicht die Zeit gekommen sei, dem Volk demokratische Freiheiten zu gewähren, «denn noch legt der Kriegszustand uns allen Beschränkungen auf»³⁷.

Insgesamt zeigt somit diese Analyse des innenpolitischen Programms der Verschwörer, dass sie sich das Ziel gesetzt hatten, die uneingeschränkte Herrschaft der Monopole im Lande aufrechtzuerhalten, die Terrorherrschaft etwas zu mildern, aber jedwede wirklich demokratischen Formen zu verhindern. Die einzige konsequente Kraft des antifaschistischen Kampfes bildete die Kommunistische Partei Deutschlands. Vor dem Attentat auf Hitler machten die Kommunisten alle Anstrengungen, um die Verbindungen zu den Werktätigen zu festigen und die erforderlichen Bedingungen für die Mobilisierung der Massen zur Verteidigung ihrer lebenswichtigen Interessen zu schaffen, falls die Pläne zum Umsturz verwirklicht werden sollten. Nur durch die Mobilisierung der Massen, durch ihr aktives Eingreifen in das politische Leben des Landes konnten die Ziele

³³ Wheeler-Bennett, S. 750.

³⁴ Ebenda, S. 748.

³⁵ Ebenda, S. 751.

³⁶ Ebenda, S. 755.

³⁷ Ebenda, S. 749.

aller wahren Patrioten und die Schaffung einer echten antifaschistischen Macht im Lande verwirklicht werden.

Die aussenpolitische Plattform der Verschwörung

Die Entwicklung der aussenpolitischen Pläne der reaktionären Führer der Verschwörung hing unmittelbar von der Lage der deutschen Truppen an der Front ab. Hatte die faschistische Armee Erfolge aufzuweisen, so nahmen die aussenpolitischen Forderungen der Führer der Verschwörung äusserst expansionistische Formen an, und ihr Programm der territorialen Eroberungen steigerte sich ins Unermessliche. In solchen Perioden bestanden Goerdeler und seine Gesinnungsgenossen nicht nur darauf, alle von den Hitlerfaschisten eroberten Gebiete in Europa zu behalten, sondern sie forderten auch noch den Anschluss ausgedehnter Kolonialbesitzungen in Asien und Afrika an Deutschland. Nur die Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front konnten den Eroberungseifer solcher Leute wie Goerdeler, Hassell und Popitz dämpfen und sie veranlassen, ihr Programm der Annexionen zu revidieren. Doch sogar zu Zeiten der Niederlagen, angesichts der Katastrophe, gaben die Führer der Verschwörung ihre Eroberungspläne, die eine beträchtliche Ausweitung der Reichsgrenzen und die Errichtung der deutschen Vorherrschaft in Europa vorsahen, nicht auf. Sie setzten sich bis zum Ende des faschistischen Reiches für ein Expansionsprogramm ein, das sich nur wenig von dem Programm Hitlers unterschied. Diese Ähnlichkeit tritt sowohl hinsichtlich der Gebietsforderungen in Europa als auch hinsichtlich der Ansprüche Deutschlands auf Kolonien zutage.

Das aussenpolitische Programm der Verschwörer trug Wesenszüge, die dem deutschen Imperialismus im Allgemeinen eigen sind: zügellose Eroberungsgier; Streben nach der Herrschaft über andere Völker und die völlige Missachtung ihrer Interessen; und schliesslich: Unfähigkeit einer realistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt und der eigenen Möglichkeiten für die Erreichbarkeit der gestellten aggressiven Ziele.

Bismarck hat einmal im Hinblick auf das aussenpolitische Glaubensbekenntnis des deutschen Imperialismus gesagt, dass Politik die Kunst des Möglichen sei. Er wiederholte immer wieder, dass be-

liebige aussenpolitische Ansprüche von real erreichbaren Zielen ausgehen und die letzteren ihrerseits der Kraft des Staates, der Macht des deutschen Imperialismus in den verschiedenen Etappen entsprechen müssten.

Bismarck war aktiver Anhänger der Politik der «gepanzerten Faust», einer Politik der Aggressionen und Eroberungen. Gleichzeitig aber war er Gegner eines zügellosen abenteuerlichen Kurses, der Deutschland in einen Zweifrontenkrieg und damit in eine militärische Katastrophe führen musste. Eine Analyse der aussenpolitischen Dokumente des reaktionären Flügels der Verschwörer zeigt, dass die Mehrheit der Verschwörer viel weiter rechts stand als einst der «eiserne Kanzler». Sie machten sich eine völlig andere Doktrin zu eigen, und zwar die faschistische Ideologie Rosenbergs, nach der Politik eine Kunst sei, Unmögliches möglich zu machen. Sogar zu einer Zeit, als es auch für einen politischen Säugling hätte völlig klar sein müssen, dass das zerschlagene faschistische Deutschland keinerlei territoriale Eroberungen in Europa und noch weniger Eroberungen von Kolonien erhoffen durfte, stellten Goerdeler und Hassell in ihren Denkschriften an die Alliierten die masslosesten territorialen Forderungen. Weder die vernichtenden Niederlagen der faschistischen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front noch die nahende Katastrophe des Faschismus konnten die prinzipiell expansionistische Orientierung Goerdelers und seiner Gesinnungsgenossen erschüttern; sie hatten nur das eine Ziel: die Vorherrschaft des deutschen Militarismus über Europa zu sichern und ausgedehnte Gebiete der Nachbarländer Deutschlands zu annektieren. Das A und O der Weltanschauung Goerdelers und seiner Gesinnungsgenossen war die These von der besonderen Rolle Deutschlands als «Verteidiger der europäischen Zivilisation» vor den «bolschewistischen Horden aus dem Osten». In dieser Hinsicht übernahmen Goerdeler und Hassell voll und ganz das aussenpolitische Programm des deutschen Faschismus. In einem der frühesten aussenpolitischen Dokumente der Verschwörergruppe Goerdeler, in dem Memorandum, das Hassell dem Mittelsmann der englischen Regierung zur Übergabe an Halifax aushändigte, ist bereits diese Orientierung deutlich fixiert. Hassell schreibt, es müsse ein «gesundes und lebenskräftiges Deutschland gerade im Hinblick auf das bolschewistische Russland» erhalten bleiben.³⁸ Mit einem «gesunden und lebenskräftigen Deutschland»

³⁸ Ulrich von Hassell, S. 372.

meinte Hassell ein starkes deutsches Reich, zu dem Österreich und das Sudetengebiet sowie ausgedehnte Kolonialbesitzungen gehören sollten. Sogar Ritter, dessen Sympathien zweifelsohne Hassell gehören, war gezwungen, eine Übereinstimmung in der aussenpolitischen Linie Hassells und Hitlers zuzugeben.³⁹

Noch offener wird diese Linie in der schon zitierten Denkschrift Goerdelers «Das Ziel» formuliert. In diesem Dokument fordert Goerdeler dazu auf, die Hitlerwehrmacht zum «Kern europäischer militärischer Kräfte» zu machen, die im Kampf gegen das «bolschewistische Russland» eingesetzt werden sollten. Er schlug vor, in Europa eine «Vereinigung antibolschewistischer Kräfte» unter der Führung Deutschlands zu schaffen. Das Ziel dieser Vereinigung war, «Russland allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen», d.h. in der Sowjetunion die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen. Das könne, nach Meinung Goerdelers, nur dann erreicht werden, wenn Deutschland die führende Rolle in Europa zugebilligt bekäme.⁴⁰

In seinen Denkschriften vom Jahre 1944 versucht Goerdeler schliesslich, Hitlers Antikommunismus noch zu überbieten: Er beschuldigte Hitler, nicht vermocht zu haben, «das russische Volk vom Bolschewismus zu befreien»⁴¹. Goerdeler hat somit Hitler von «rechts», von der Position eines Erzreaktionärs, eines Feindes des Sozialismus und Anhängers der faschistischen Doktrin der «antibolschewistischen Mission» Deutschlands, kritisiert.

In seinen Denkschriften an die Westmächte kam Goerdeler immer wieder auf die faschistische Idee der Bildung einer antisowjetischen Koalition unter Führung Deutschlands zurück. Selbst im Herbst 1943 hielt es Goerdeler noch für möglich, diese Idee zu verwirklichen. In der Denkschrift für die englische Regierung sagte er, dass England, die USA und Deutschland im Kampf gegen die UdSSR «gemeinsame Interessen» hätten und die Westmächte demzufolge am Bestehen eines starken Deutschlands interessiert sein müssten. Davon ausgehend, forderte Goerdeler England und die USA auf, den Krieg mit einem Separatfrieden zu beenden und die Anstrengungen der gesamten «westlichen Welt» auf den Kampf gegen «das bolschewistische Russland» zu konzentrieren. Der deutsche Soldat, erklärte

³⁹ Ritter, S. 256.

⁴⁰ Ebenda, S. 320.

⁴¹ Ebenda, S. 279.

Goerdeler, dürfe nicht die Waffen aus der Hand legen, und deshalb sei es notwendig, auf die Forderung einer bedingungslosen Kapitulation des Landes zu verzichten. Deutschland, so schreibt Goerdeler der englischen Regierung, müsse wirtschaftlich stark sein. Die deutsche Front im Osten müsse erhalten bleiben, fuhr er fort. Ein Sieg Russlands «wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas...»

Das ist der Inhalt der aussenpolitischen Projekte Goerdelers. Mit Leichtigkeit kann man ihren Zusammenhang mit den aggressiven chauvinistischen aussenpolitischen Doktrinen des deutschen Imperialismus der Vergangenheit erkennen. Alle Dokumente der Führer der Verschwörer, in denen aussenpolitische Ansprüche gestellt werden, sind auf militaristischen Eroberungszielen aufgebaut. Die Ansprüche selbst waren jeweils in Abhängigkeit von der internationalen Lage modifiziert, doch blieben sie stets expansionistisch und aggressiv. Nach dem Überfall auf Polen und während des gesamten Verlaufs des sogenannten komischen Krieges im Westen waren die Bestrebungen Goerdelers, Hassells und anderer Führer der Verschwörung darauf gerichtet, die Annahme eines «modus vivendi» mit England zu erreichen, der es ermöglichen sollte, das englisch-französisch-deutsche «Abkommen» aus der Münchner Zeit wiederherzustellen. Bereits im Herbst 1939, d.h. sogleich nach Kriegsbeginn, übermittelte Goerdeler von Stockholm aus Lord Vansittart (dem damaligen Unterstaatssekretär des Äusseren) die von der «Opposition» ausgearbeiteten Friedensbedingungen mit England.⁴²

Etwas später, im Februar 1940, folgten die uns bereits bekannten Vorschläge Hassells, die Halifax durch Hassells Schwiegersohn übermittelt wurden. Schliesslich wurde Mitte Februar 1940 über den in der Schweiz lebenden ehemaligen deutschen Kanzler, Josef Wirth, eine direkte Verbindung zwischen der Goerdeler-Gruppe und dem englischen Aussenministerium hergestellt. Das Foreign Office gab dabei die offizielle Zusicherung, dass die englische Regierung die Vorschläge über einen Friedensabschluss zwischen Deutschland und England wohlwollend prüfen werde, falls in Deutschland eine neue Regierung an die Macht komme.⁴³

⁴² *Ulrich von Hassell*, S. 122.

⁴³ Der volle fünf Punkte umfassende Wortlaut der offiziellen englischen Erklärung ist erstmalig im Buch *Ritters* abgedruckt (*Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, S. 253).

Der konkrete Inhalt dieser ersten, an die Westmächte gerichteten Vorschläge der Gruppe Goerdeler-Hassell lief darauf hinaus, den Status quo von Anfang 1940 zu fixieren. Mit anderen Worten, die Führer der Verschwörung schlugen England vor, der Angliederung der meisten zu dieser Zeit von den Hitlerfaschisten annektierten Gebiete, darunter auch Österreichs, eines grossen Teils der Tschechoslowakei und Polens an Deutschland zuzustimmen. Sie waren keineswegs gewillt, auf die Früchte der Hitlerschen aggressiven Feldzüge in Europa zu verzichten. Mit solchen Friedensbedingungen wären zweifellos auch viele der faschistischen Machthaber einverstanden gewesen.

Es genügt zu erwähnen, dass kein anderer als Hess in dieser Zeit seinen sensationellen Flug nach England vorbereitete, um unmittelbaren Kontakt zur englischen Regierung aufzunehmen und ihr die Hitlerschen Friedensbedingungen zu übermitteln. In den von Hess mitgebrachten Angeboten nahm das alte Hitlersche Projekt der Aufteilung der Einflusssphären in der Welt zwischen England und Deutschland und der Schaffung einer gemeinsamen Kampffront gegen die UdSSR den wichtigsten Platz ein. In vielen Punkten stimmen dabei die Angebote von Hess voll und ganz mit den Forderungen Goerdelers und Hassells überein.

Es ist bezeichnend, dass die von der Gruppe Goerdeler-Hassell erhobenen Ansprüche nach den Blitzsiegen der Hitlerarmee im Westen an Schärfe zunahmen. Die Besetzung Norwegens und Dänemarks, die Eroberung Hollands, Belgiens und Luxemburgs und die Zerschlagung Frankreichs wurden von der Mehrheit der «Oppositionellen», die früher in dieser Hinsicht schwere Bedenken und starke Zweifel gehegt hatten, nunmehr mit Begeisterung aufgenommen. Obwohl Goerdeler, Hassell, Popitz, Canaris u.a. Hitler weiterhin mit Misstrauen begegneten und verstärkte Verhandlungen mit Vertretern der Westmächte führten, hatten die an England gerichteten Dokumente bereits einen anderen Ton als in den ersten Kriegsmonaten. Man glaubte mit den anderen Ländern bereits «von der Position der Stärke» aus sprechen zu können und stellte deshalb weitgehendere aussenpolitische Ansprüche.

In diese Periode fallen zwei wichtige aussenpolitische Entwürfe der Goerdeler-Gruppe: die uns bereits bekannte Denkschrift «Das Ziel» und die Denkschrift vom 30. Mai 1941, die von Goerdeler zur Übergabe an die englische Regierung ausgearbeitet worden war. Das zu-

letzten genannte Dokument ist auch deshalb noch von besonderem Interesse, da es unter unmittelbarer Mitwirkung führender Persönlichkeiten der Firma Bosch ausgearbeitet und von dem damaligen Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, gebilligt worden war.

Die Firma Bosch – ein weitverzweigter internationaler Konzern – hatte in vielen Ländern ihre Mittelsmänner. In der Schweiz spielte der aus Deutschland emigrierte Professor der Soziologie, Siegmund-Schultze, die Rolle einer solchen Vertrauensperson. In seiner Wohnung fanden Begegnungen zwischen Vertretern der deutschen Firma und der mit ihr liierten Gesellschaften in anderen Ländern statt. Siegmund-Schultze unterhielt enge Verbindungen zu den Regierungskreisen Englands und erhielt sogar vom englischen Premierminister persönlich eine Einladung zum Besuch Londons. Diese Gelegenheit beschloss Goerdeler und die Leiter der Firma Bosch für die Überreichung des Entwurfs eines Friedensabkommens an die englische Regierung auszunutzen. Es wurde festgelegt, dass Siegmund-Schultze das von Brauchitsch paraphierte Dokument der englischen Regierung übergibt.

Dieses Dokument wurde tatsächlich nach London gebracht, allerdings nicht persönlich von Siegmund-Schultze, sondern über die englische Botschaft in Bern.

Im Vergleich zu den Vorschlägen von Anfang des Jahres 1941 enthielt die Denkschrift vom 30. Mai 1941 bedeutend weitgehendere territoriale und politische Forderungen. Erstens forderten die Verfasser der Denkschrift nicht nur die Wiederherstellung der Grenzen von 1941 im Osten (d.h. die Angliederung des sogenannten Polnischen Korridors an Deutschland), sondern ferner die Bestätigung der gleichen Grenzen auch im Westen, mit anderen Worten, die Angliederung von Elsass-Lothringen. Weiter wurde in der Denkschrift von der Notwendigkeit einer «Grenzrevision» hinsichtlich Belgiens und der Angliederung des sogenannten Memellandes an Deutschland gesprochen. Die Verfasser der Denkschrift wollten Deutschland die eroberten Gebiete sichern und forderten die «Festsetzung der europäischen Ländergrenzen auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechtes ...»

Es ist bekannt, dass die faschistischen Machthaber Deutschlands diese Parole zur Begründung der Forderung der deutschen nationalen Minderheiten in einer Reihe von Ländern auf Anschluss weiter

Gebiete dieser Länder an Deutschland ausgegeben hatten. Schliesslich enthielt die Denkschrift vom Jahre 1941 die Forderung auf «Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Kolonialgebiete ...»

Dieses umfangreiche Annexionsprogramm war offensichtlich zuviel für die englischen Freunde Goerdelers. Deshalb nahm die englische Regierung das Programm Goerdelers und seiner Freunde von der Firma Bosch nicht einmal zur Kenntnis. Diese Forderungen Goerdelers werfen ein grelles Licht auf den wahren Charakter seiner «Opposition» und der gesamten Führungsgruppe der Verschwörung gegen Hitler.

Das zweite Dokument aus dieser Periode, die Denkschrift «Das Ziel», ist in dem gleichen Geist wie die Niederschrift vom 30. Mai 1941 geschrieben. Am auffälligsten in ihr sind die unverhüllten Forderungen auf Errichtung der deutschen Vorherrschaft in Europa. Bereits in der Denkschrift vom 30. Mai 1941 war die Forderung auf Schaffung eines europäischen regionalen Blocks erhoben worden. In der Denkschrift «Das Ziel» wird dieser Gedanke nun detailliert dargestellt. «Die zentrale Lage», heisst es wörtlich, «die zahlenmässige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit verbürgen dem deutschen Volk die Führung des europäischen Blocks.⁴⁴ Dieser Satz hätte auch aus jedem beliebigen faschistischen Lehrbuch über Geopolitik abgeschrieben worden sein können.

Bis zu den Niederlagen der faschistischen Truppen vor Moskau im Winter 1941 wurde dieses äusserst expansionistische Programm in keiner der an England gerichteten Denkschriften Goerdelers revidiert. Es figurerte als absolute Friedensbedingung zwischen dem von der «Opposition» repräsentierten Deutschland und den Westmächten. Erst unter dem Einfluss der vernichtenden Schläge, die den deutschen Truppen vor Moskau und später an der Wolga zugefügt wurden, hielt es Goerdeler für erforderlich, die Liste seiner territorialen Ansprüche einigermassen zu kürzen und England und den USA vor allem in der Frage der Festlegung der Westgrenzen Deutschlands einige «Zugeständnisse» zu machen.

In den Vorschlägen, die Schönfeldt und Bonhoeffer dem Bischof von Chichester, George Bell, im Mai 1942 in Stockholm übermittelten, waren die konkreten Pläne einer Aufteilung Europas umgangen. In diesen Vorschlägen war nur die Rede von allgemeinen Prinzi-

⁴⁴ Ritter, S. 320.

pien der Grenzfestlegung entsprechend dem «nationalen Selbstbestimmungsrecht». Ferner enthielten sie das Versprechen, die deutschen Truppen aus den von den Hitlerfaschisten besetzten Ländern abziehen. Es wird also bereits angedeutet, dass Goerdeler und seine Gesinnungsgenossen unter den entstandenen Bedingungen bereit waren, ihre ursprünglichen territorialen Forderungen fallenzulassen.

Im Dezember 1942 verfasste Goerdeler einen neuen Entwurf einer Denkschrift an England, in dem er auf die Forderung zurückkam, ganz Elsass-Lothringen nach «Merkmale der Sprache» aufzuteilen und später die Frage über seine Angliederung an das eine oder andere Land (d.h. an Deutschland oder Frankreich) auf dem Wege einer Volksabstimmung zu entscheiden. In diesem Entwurf erklärte sich Goerdeler ferner grossmütig bereit, die Frage der Rückgabe der ehemaligen Kolonien an die Deutschen «offen» zu lassen.⁴⁵ Wir sehen, dass die Zugeständnisse, die Goerdeler – nach dem Scheitern der Hitlerschen «Blitzkriegspläne» im Osten – zu machen bereit war, minimal waren. Dabei betrafen diese «Zugeständnisse» lediglich die Westgrenzen Deutschlands, denn sie sollten den Abschluss eines Separatfriedens mit den Westmächten erleichtern.

Die Bemühungen um einen Separatfrieden im Westen wurden nach der Niederlage der Hitlertruppen an der Wolga von Goerdeler forciert. In den von den Führern der Verschwörung im Jahre 1943 verfassten Dokumenten sind vor allem die Bestrebungen um ein Abkommen mit England und den USA ersichtlich; einige besonders anmassende Bedingungen, die für die Westmächte offensichtlich unannehmbar waren, sind fortgelassen worden. In der Denkschrift Goerdelers vom 26. März 1943 hiess es zum Beispiel: «Dagegen ist der Zeitpunkt, Kolonien *jetzt* zu erwerben, verpasst.» Er fügte aber sogleich fast entschuldigend hinzu: «Das wäre wohl vor einem Jahr noch möglich gewesen.» Goerdeler erklärt somit selbst die Veränderung seiner aussenpolitischen Forderungen mit der Verschlechterung der militärischen Lage Deutschlands. Er meint: «Heute stehen wir vor der Frage, ob wir es noch verantworten können, in der Kolonialfrage einen im Augenblick noch möglichen ... Frieden scheitern zu

⁴⁵ Diese Forderungen werden in dem Dokument „Erklärung zur Atlantik-Charta“ erhoben, das Ritter in den Gestapoarchiven aufgefunden hat. Es ist erstmalig im Buch Ritters veröffentlicht worden (*Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, S. 322).

lassen.» Im Übrigen stellte Goerdeler jedoch ein weitgehendes Annexionsprogramm auf; nach seiner Meinung konnte Deutschland immer noch die Angliederung Österreichs, des Sudetengebietes und sogar Südtirols an das Reich erreichen. Goerdeler hob sogar hervor: «Auch die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent kann noch erarbeitet werden.» Für Elsass-Lothringen, so meinte Goerdeler schliesslich, könne Deutschland im Osten auf Kosten Polens und der Sowjetunion entschädigt werden.⁴⁶

In den folgenden von Goerdeler verfassten Memoranden wird der Gedanke einer «Entschädigung» Deutschlands für Zugeständnisse im Westen weiterentwickelt. So übermittelte Goerdeler der englischen Regierung im Mai 1943 über Wallenberg ein kurzes Verzeichnis der Friedensbedingungen. Das grösste Gewicht legte er dabei auf die Möglichkeit, das Programm der territorialen Eroberungen im Osten verwirklichen zu können. Goerdeler schrieb, dass die Grenze zwischen Deutschland und Polen durch ein Abkommen mit England und den USA festgelegt werden müsse. Er erklärte kategorisch: «Deutschland verbürgt bei Einigung den Bestand Polens und fördert die Staatsunion Polen-Litauen. Im Osten von Polen wird das nach 1938 russische Gebiet geräumt.. .»⁴⁷ Goerdeler wies ferner darauf hin, dass Deutschland sogar bereit sei, für die polnische Ostgrenze weiterzukämpfen.

Die von Goerdeler gestellten Bedingungen waren somit völlig klar: Deutschland verzichtet auf einige Ansprüche im Westen und auf den Erwerb von Kolonien und erhält dafür freie Hand im Osten. Goerdeler, der vorschlug, im Osten einen sowjetfeindlichen polnisch-litauischen, von Deutschland «garantierten», mit anderen Worten, einen unter seiner Herrschaft stehenden Brückenkopf zu bilden, verfügte damit bedenkenlos über Gebiete der Sowjetunion. In diesen Vorschlägen tritt der imperialistische, sowjetfeindliche Inhalt der Pläne Goerdelers krass wie nie zutage. Gleichzeitig damit wird offensichtlich, wie wirklichkeitsfremd dieser «zivile» Führer der Verschwörung war, wie falsch er die reale Lage der Dinge und die Möglichkeiten Deutschlands einschätzte. Nur im Kopf eines eingefleischten Verfechters des deutschen Imperialismus konnte ein ähnlicher Plan der Lostrennung sowjetischer Gebiete und Veränderung der Grenzen im Osten Europas zugunsten des deutschen Im-

⁴⁶ Ritter, S. 587 f.

⁴⁷ Rothfels. S. 153; Ritter. S. 328 f.

perialismus zu einem Zeitpunkt entstehen, als die Lage an der deutsch-sowjetischen Front bereits völlig hoffnungslos für die faschistischen Aggressoren geworden war.

In der im Herbst 1943, d.h. schon nach der Kursker Schlacht verfassten Denkschrift kehrt Goerdeler starrsinnig zu der Idee einer englisch-deutschen Abmachung über Gebietsaufteilung in Osteuropa zurück. Nach seiner Meinung «ist der Bestand Polens davon abhängig, dass die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 hält». Nach den Plänen Goerdelers sollten grosse Gebiete in Westpolen, der sogenannte Polnische Korridor, losgetrennt werden. Polen sollte Ersatz für Westpreussen und Posen «durch eine Staatsunion mit Litauen erhalten». Goerdeler lässt somit keinen Zweifel offen, dass Litauen unter dem Anschein einer Staatsunion Polen angegliedert werden sollte. Es stört ihn absolut nicht, dass es sich um verschiedene Völker handelt, die ihre Eigenstaatlichkeit besitzen und einer dieser Staaten – Litauen – der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angehört. Um solche «Kleinigkeiten» kümmert sich Goerdeler wenig, da er nur von dem einen Gedanken beseelt ist, ein starkes militaristisches Deutschland als antisowjetisches und antidemokratisches Bollwerk in Europa wiederherzustellen. Diese Aufgabe, so schreibt Goerdeler in seiner Denkschrift, könne Deutschland nur in dem Falle erfüllen, «wenn ihm England und Amerika die Möglichkeit gewähren, den Krieg ohne Zusammenbruch zu liquidieren». Deshalb bestand Goerdeler so energisch darauf, dass die Alliierten auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands verzichten sollten.⁴⁸ Mit diesen Aussprüchen wird einmal mehr der Klassencharakter der Verschwörung aufgedeckt. Die ganze «Opposition» lief lediglich darauf hinaus, das imperialistische Deutschland vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten und die Bedingungen für sein Wiedererstehen zu gewährleisten.

Alle Vorschläge, unmittelbar an die Sowjetunion als Teilnehmer der Antihitlerkoalition heranzutreten, stiessen stets auf erbitterten Widerstand der reaktionär gesinnten Führung der Verschwörung.

⁴⁸ Friedensplan Goerdelers, vermutlich für britische Leser bestimmt (*Ritter*, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Anhang VI, S. 571, 573). – In seinen Aussagen vor der Gestapo hat Goerdeler behauptet, dass er von der englischen Regierung (über Wallenberg) die prinzipielle Zustimmung dazu erhalten habe, dass im Falle eines Umsturzes in Deutschland die deutschen Truppen die Front an einer Linie östlich der alten Grenze Polens halten und versuchen sollten, die baltischen Republiken von der Sowjetunion loszureissen.

In den Tagebüchern Hassells wird allerdings erwähnt, dass die Verschwörer die Frage erörtert hätten, ob man an die Sowjetunion herantreten solle. Doch sollte nach Meinung Hassells ein solches Herantreten lediglich dem Zwecke dienen, auf die Westmächte Druck auszuüben und sie mit der Möglichkeit eines Abkommens mit den Russen zu schrecken.⁴⁹

Anfang 1944, als die Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage Deutschlands bereits völlig offensichtlich geworden war, traten die Führer der Verschwörung mit dem Plan einer blitzartigen Besetzung deutschen Gebietes durch Landtruppen der Westmächte hervor. Sie sollten dabei von Teilen des Ersatzheeres, das sich in der Hand der Verschwörer befand, unterstützt werden?⁵⁰ Dieser Plan wurde Dulles über Gisevius übermittelt, der zu jener Zeit den Posten eines Vizekonsuls in Zürich bekleidete. Zur Begründung des Planes hoben seine Autoren (Beck und Goerdeler) hervor, dass im gegenteiligen Fall Europa «unter ideologisch-politische Herrschaft des Bolschewismus geraten» werde. Dieser Vorschlag sollte nach Ansicht der Führer der Verschwörung gegenüber England und den USA den «guten Willen» der neuen deutschen Regierung demonstrieren und ihre Verhandlungen über die Friedensbedingungen mit den Westmächten erleichtern. Dabei wurde vorausgesetzt, dass alle deutschen Streitkräfte unverzüglich an die sowjetisch-deutsche Front geworfen werden könnten, um die Frontlinie östlich der alten polnischen Grenzen auf jeden Fall zu halten. Im Osten sollte die Grenze von 1914 wiederhergestellt werden, d.h., Deutschland sollte ausgedehnte polnische Gebiete erhalten.

Im Gefängnis verfasste Goerdeler eine besondere Denkschrift, in der er diese Pläne mit folgenden Worten umriss: «Transport der Westarmee nach dem Osten, um die Russen auf die Linie Peipussee-Dnjestr zurückzuwerfen und damit uns und England von unerträglicher Bedrohung zu befreien, auch die Errichtung eines polnischen Staates zu ermöglichen, der unserem Interesse entsprach und England die Erfüllung seiner Garantie (gegenüber Polen – d. Verf.) ermöglichte. Dieser Schlusskampf gegen England wird politisch dadurch möglich, dass Russland, wie feststand, sich weigern würde, bis zur alten polnischen Ostgrenze zu räumen ..,»⁵¹

⁴⁹ Ulrich von Hassell, S. 231.

⁵⁰ Dulles, S. 169 f.

⁵¹ Ritter, S. 536.

Bei der Aufstellung dieser von der verzweifelten Lage Deutschlands diktierten Pläne hatten sich die Verschwörer von der alten anti-sowjetischen Orientierung, von der Hoffnung auf eine Spaltung der Antihitlerkoalition und auf gemeinsame Aktionen der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion leiten lassen. Es wäre aber falsch, anzunehmen, dass diese Pläne nur eine Bedrohung der Sowjetunion allein dargestellt hätten. Die Erhaltung eines starken imperialistischen Deutschlands mit seinem aggressiven Charakter musste eine ständige Gefahr für ganz Europa bedeuten, denn nach diesen Plänen sollten alle europäischen Staaten in eine Domäne des deutschen Monopolkapitals verwandelt werden. Nur die von ihren Ideen der Vorherrschaft verblendeten deutschen Militaristen konnten annehmen, dass die Länder der Antihitlerkoalition Friedensbedingungen zustimmen würden, die die Eroberungen Hitlers und die Vorherrschaft des imperialistischen Deutschlands in ganz Europa unangetastet lassen würden. Die Spekulation auf einen Separatfrieden mit dem Westen erfolgte ohne Berücksichtigung des Willens der Völker, die ihr Blut im Kampf gegen die Gefahr der faschistischen Versklavung vergossen hatten. Diese Spekulation war auf Sand gebaut und musste unvermeidlich völligen Schiffbruch erleiden.

Das Bestreben der westdeutschen Historiker, jetzt die aussenpolitischen Pläne Goerdelers und seiner Gesinnungsgenossen als völlig annehmbar für die Völker der westlichen Länder zu bezeichnen, ist nicht anders als ein Versuch zu werten, Goerdeler, Hassell und andere Führer der Verschwörung als «Verteidiger der europäischen Zivilisation», wenn nicht gar als Kämpfer für die Interessen aller europäischen Völker hinzustellen. Dieser Versuch ist nicht neu. In Wirklichkeit aber waren sie Vertreter einer bestimmten Gruppe des deutschen herrschenden Lagers, die versuchten, den deutschen Imperialismus vor der unvermeidlichen Katastrophe zu bewahren. Die Interessen der Völker aller Länder Europas erforderten aber die restlose Zerschlagung des deutschen Militarismus, damit er niemals mehr zu einer Gefahr der Entfesselung neuer Aggressionen in Europa werden könnte.

*Das Scheitern der Verschwörung
und die Abrechnung der Hitlerfaschisten mit den Verschwörern*

Die Verschwörung vom 20. Juli 1944 war der Versuch eines Teiles der deutschen Bourgeoisie, aus dem verlorenen Krieg einen Ausweg zu finden: Hitler sollte beseitigt und mit den Westmächten ein Abkommen getroffen werden, um auf dieser Grundlage einen starken deutschen imperialistischen Staat zu sichern, der den Anspruch auf eine führende Stellung in Europa erheben könnte.

Die Verbindungen der Verschwörer mit dem Finanzkapital und dem Junkertum sind ausführlich analysiert worden. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die unmittelbaren Vollstrecker der Pläne jenes Teils des deutschen Monopolkapitals und des Junkertums, der die Verschwörung unterstützte, in der Hauptsache Vertreter der Militärkaste und des alten Beamtentums waren.

In einer umfangreichen Memoiren-Literatur, in Dokumenten, die von den Verschwörern selbst verfasst wurden, sowie in historischen Untersuchungen finden wir viele Angaben darüber, dass diese Verschwörung innerhalb des herrschenden Lagers Deutschlands weit verzweigt war. Schlabrendorff schreibt: «Es war eine Vielfalt von Kreisen vorhanden, die sich gegenseitig überschneiden ..»⁵² Pechel, einer der bekannten Teilnehmer der Verschwörung, hat eine ins Einzelne gehende Liste der von der Gestapo verhafteten Teilnehmer des 20. Juli aufgestellt; sie umfasst Angehörige der verschiedensten Schichten der deutschen Öffentlichkeit, und zwar Vertreter einer Reihe politischer Parteien aus der Weimarer Zeit, der Gewerkschaften, bekannte Schriftsteller, Schauspieler und Künstler, Unternehmer usw.⁵³ Emil Henk schreibt in seinem Buch über die Verschwörung von einem weitverzweigten Netz von Verschwörern, das gewissermaßen ganz Deutschland umspannt habe. Er sagt, dass allein in einem ländlichen Kreis in Südwestdeutschland 10'000-15'000 Menschen an der Verschwörung beteiligt seien.⁵⁴ Bonhoeffer berichtete zur Zeit der Verhandlungen mit dem Bischof von Chichester in Stockholm im Mai 1942, dass die Verschwörer über ein ausgedehntes Netz an Verbindungsleuten verfügt hätten, die die Schlüsselpositionen in Berlin, Hamburg und Köln kontrollierten.⁵⁵

⁵² Schlabrendorff, S. 41.

⁵³ Pechel, S. 71 ff.

⁵⁴ Emil Henk, Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946, S. 48 ff.

⁵⁵ Vgl. *Contemporary Review*, Oktober 1946, S. 203.

Wenn diese Angaben auch offensichtlich übertrieben sind, so spiegeln sie doch die unbezweifelbare Tatsache wider, dass eine ziemlich grosse Zahl von Vertretern der herrschenden Kreise Deutschlands an der Verschwörung teilgenommen hat. Davon zeugt auch der Umstand, dass nach dem Scheitern der Verschwörung die Gestapo Massenverhaftungen von Teilnehmern an der Vorbereitung und Organisation des Attentats auf Hitler vornahm. Die Gesamtzahl aller Verhafteten übersteigt 7'000 Menschen.⁵⁶ Aus einigen Quellen geht hervor, dass die Hitlerfaschisten rund 5'000 Menschen wegen Beteiligung an der Verschwörung hingerichtet haben. Einer der objektivsten westdeutschen Publizisten, dessen Buch wir mehrfach zitiert haben, der Schriftsteller Günther Weisenborn, hat Angaben über die Zahl der Opfer unter den Teilnehmern der wichtigsten Verschwörergruppen veröffentlicht. Er nimmt an, dass die Gestapo allein aus der Gruppe Goerdeler mindestens 20 Menschen hingerichtet hat. Aus der Gruppe der Offiziere des Generalstabs wurden von den Hitlerfaschisten 60 Menschen zum Tode verurteilt. Von den Teilnehmern der Gruppe Canaris-Oster waren es mindestens 10, aus dem Solf-Kreis 6 aktive Teilnehmer, aus dem «Kreisauer Kreis» wenigstens 10 Menschen, die hingerichtet wurden.⁵⁷

Nach dem Scheitern der Verschwörung verhaftete die Gestapo eine grosse Zahl von Offizieren, die sich an der Vorbereitung des Attentats beteiligt hatten. Es wurden etwa 700 Offiziere erschossen oder gehängt. Von den 2'000 Generälen, die die faschistische Armee gegen Ende des Krieges besass, wurden 20 in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler zum Tode verurteilt. Später fällten die faschistischen Kriegsgerichte weitere 36 Todesurteile über Generäle wegen ihrer oppositionellen Haltung gegen Hitler. 49 Generäle, die eine Aburteilung durch die faschistischen Gerichte fürchteten, setzten ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende. Von den Hitlerschen Feldmarschällen wurde Erwin von Witzleben zum Tode verurteilt. Vier faschistische Feldmarschälle begingen Selbstmord.⁵⁸ Die angeführten Angaben zeigen, dass ziemlich viele Teilnehmer der Verschwörung aus Offizierskreisen kamen. Doch sind die Versuche einiger westdeutscher Historiker, glaubhaft zu machen, alle Hitlerschen Offiziere seien oppositionell eingestellt gewesen und die

⁵⁶ SS-Bericht über den 20. Juli, in: *Nordwestdeutsche Hefte*, Februar 1947, Nr 2, S. 5.

⁵⁷ *Weisenborn*, S. 347.

⁵⁸ *Ebenda*, S. 346.

Mehrzahl von ihnen hätte mit der Verschwörung sympathisiert, völlig unhaltbar. Das deutsche Offizierskorps zählte bei Kriegsende rund 400'000 Mann, doch war nur ein unbedeutender Teil davon an der Verschwörung beteiligt. Die oppositionelle Stimmung war unter jenen Offizieren am meisten verbreitet, die an der Planung der Kampfhandlungen beteiligt waren und umfassende Informationen über die Lage an den Fronten besaßen. Daraus erklärt sich auch, dass gerade von den Offizieren des Generalstabs relativ viele an der Verschwörung teilnahmen. Wenn man jedoch vom Offizierskorps im Ganzen spricht, so kann man mit vollem Recht behaupten, dass lediglich ein geringer Teil von ihnen imstande oder bereit war, realistische Schlussfolgerungen aus der hoffnungslosen militärischen Lage Deutschlands zu ziehen und sich gegen die faschistische militärische Führung aufzulehnen.

Um den Rahmen der Verschwörung auszudehnen, versuchen viele westdeutsche Historiker, alle antifaschistischen Kämpfer als Teilnehmer an der Verschwörung hinzustellen. Diese standen aber nicht nur in keiner Beziehung zur Vorbereitung eines Attentats auf Hitler, sondern sie verhielten sich sogar ablehnend zu den Zielen und zum Programm der Führung der Verschwörung. Hans Rothfels zählt sogar die Kommunisten Saefkow, Jacob und Bästlein zu den Verschwörern.⁵⁹

Die westdeutschen Historiker berufen sich darauf, dass es angeblich unmöglich sei, unter den verschiedenen Schichten der deutschen Bevölkerung eine Differenzierung hinsichtlich der Gegner des Hitlerfaschismus zu treffen. Diese Behauptungen sind jedoch nicht stichhaltig. Es besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen den wahren Gegnern des Faschismus und jener Personengruppe aus dem herrschenden Lager Deutschlands, die lediglich gegen die unumschränkte Macht Hitlers auftrat und alle übrigen Merkmale der faschistischen Macht im Lande, d.h. die Macht der aggressivsten und abenteuerlichsten Elemente des deutschen Monopolkapitals, in vollem Umfang aufrechtzuerhalten versuchte. Deshalb ist es erforderlich, den wahren antifaschistischen Kampf des Volkes von der Tätigkeit der Verschwörer des 20. Juli 1944 exakt abzugrenzen.

Die vorliegende Analyse der Ziele und des Programms der Führer der Verschwörung vom 20. Juli 1944 zeigt, dass ihr Programm den

⁵⁹ Rothfels, S. 59.

Interessen der antifaschistischen Volksbewegung und den nationalen Interessen Deutschlands direkt zuwiderliefe.

Und es muss sogar gesagt werden, dass die Tätigkeit der Verschwörer der antifaschistischen Bewegung in Deutschland grossen Schaden zugefügt hat. Walter Ulbricht schreibt: «Der Putsch vom 20. Juli diente der Verhinderung eines Volksaufstandes gegen die Hitlerregierung, mit dem gewisse Teile der Bourgeoisie rechneten, sobald die Sowjettruppen und die Truppen der Alliierten die deutschen Grenzen überschreiten. Der Putsch hatte zur Folge, dass die antifaschistisch-demokratischen Kräfte durch die darauffolgende Terrorwelle geschwächt wurden, so dass sie in der entscheidenden Situation, als die Sowjettruppen deutschen Boden betraten, nicht die Kraft hatten, die Hitlerregierung zu stürzen.»⁶⁰

Von dem Hitlerterror wurden selbstverständlich die unmittelbaren Teilnehmer der Verschwörung, jener Teil des Offizierskorps und des Beamtentums, der an der Vorbereitung des Attentats auf Hitler aktiv teilgenommen hatte, zuerst erfasst. In Berlin leitete der Vertreter Himmlers, Ernst Kaltenbrunner (Chef des SD und der «Sicherheitspolizei»), die Vergeltungsmassnahmen gegen die Verschwörer. Das Verhör der verhafteten Verschwörer begann sofort in der Nacht vom 20. zum 21. Juli im Hause von Goebbels. Das Verhör führten Himmler und Kaltenbrunner. Später wurde bei der Gestapo eine besondere Abteilung geschaffen, die die Bezeichnung «Sonderkommission 20. Juli» erhielt. Sie wurde von SS-Gruppenführer Müller, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, geleitet. In dieser Sonderkommission arbeiteten 400 Gestapobeamte.⁶¹ Diese Beamten trugen riesige Mengen von Material über die Verschwörung zusammen; es gelang ihnen, im Wesentlichen alle Verbindungen der Verschwörer aufzudecken und die Teilnehmer der Verschwörung fast vollzählig zu verhaften. In nicht geringem Masse trug dazu der Umstand bei, dass die Führer der Verschwörung, die grausam gefoltert wurden, ausführliche Aussagen machten. Einige von ihnen, wie Goerdeler und Popitz, brauchten jedoch die Foltermethoden der Verhöre nicht am eigenen Leibe zu erfahren, denn sie machten ihre Aussagen völlig freiwillig. Dadurch war es der Gestapo möglich, ein fast vollständiges Bild von der Verschwörung zu gewinnen. Aus einer Reihe von Haupt- und Nebenprozessen gegen eine grosse

⁶⁰ Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, S. 46.

⁶¹ Vgl. *Nordwestdeutsche Hefte*, Februar 1947, Nr 2, S. 5.

Anzahl von Personen entschlossen sich die Hitlerfaschisten nur zwei «Prozesse» in der Presse ausführlich auszuwerten. Bereits am 7. und 8. August 1944 war der erste «Prozess» gegen acht Führer der Verschwörung aus Militärkreisen geführt worden, und zwar gegen Feldmarschall Erwin von Witzleben, Generalleutnant Paul von Hase, Generaloberst Erich Hoepner, Generalleutnant Albrecht von Hagen, Generalmajor Helmuth Stieff, Oberstleutnant Robert Bernardis, Hauptmann Friedrich Karl Klausing und Leutnant Peter Graf Yorck von Wartenburg. Die «Gerichtsverhandlung» fand hinter verschlossenen Türen statt. Neben den offiziellen «Verhandlungsprotokollen» besitzen wir ein weiteres wichtiges Dokument. Es ist der Film, der auf Befehl Hitlers von dem gesamten Prozessverfahren gedreht wurde. Der Film zeigt anschaulich, dass der «Prozess» nichts als eine Gerichtskomödie, eine Verhöhnung der Rechtsprechung war. In den Gerichtsverhandlungen hielt der Präsident des «Volksgerichtshofs», der faschistische Henker Robert Freisler, hysterische Reden und überschüttete die Angeklagten mit unflätigen Schimpfeien. Von den Gesichtern und aus der Haltung der Angeklagten sind im Film deutlich die Spuren der Gestapofolter abzulesen. Die aufgenommenen Filme wurden täglich im Führerhauptquartier vorgeführt. Ursprünglich hatte Hitler beabsichtigt, eine besondere Filmchronik über diesen Prozess zu veröffentlichen, doch widersprach dem Goebbels, der offensichtlich begriff, wieviel dieser gefilmte «Prozess» enthüllt hätte. Alle Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt und zwei Stunden nach der Urteilsverkündung hingerichtet.⁶²

Der zweite Hauptprozess wurde gegen die zivilen Teilnehmer der Verschwörung geführt und fand am 7. und 8. September 1944 statt. Vor dem faschistischen Gericht standen: Dr. Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell, Dr. Wilhelm Leuschner, Paul Lejeune-Jung und der Rechtsanwalt Joseph Wirmer. Sie alle wurden ebenfalls zum Tode verurteilt. Während Hassell, Wirmer und Lejeune-Jung noch am gleichen Tage hingerichtet wurden und Leuschner am 22. September seinen Henkern zum Opfer fiel, blieb Goerdeler jedoch noch lange Zeit im Gefängnis und wurde erst kurz vor Beendigung des Krieges, am 2. Februar 1945, hingerichtet.

In kleineren «Prozessen», die meist nur einen Tag dauerten, wurden dann die weniger prominenten Teilnehmer der Verschwörung zum

⁶² Vgl. *Wheeler-Bennett*, S. 701 ff.

Tode verurteilt. So hat am 10. August 1944 der «Volksgerichtshof» gegen den General Erich Fellgiebel, Oberleutnant Fritz Graf von der Schulenburg, Berthold Graf Schenk von Stauffenberg u.a. «verhandelt». Am 15. August 1944 waren Wolf Heinrich Graf Helldorf, der Berliner Polizeipräsident, sowie die Legationsräte Adam von Trott zu Solz und Hans Berndt von Haeften abgeurteilt worden. Ihnen waren am 21. August 1944 Generalleutnant Fritz Thiele, Oberstleutnant Joachim Sadrozinski, Hauptmann Ulrich Wilhelm Graf von Schwanefeld u.a. gefolgt. General Karl Heinrich von Stülpnagel und der Oberstleutnant Caesar von Hofacker, Günther Smend und Karl Ernst Rahtgens waren am 30. August zum Tode verurteilt worden. Die Prozesse zogen sich bis in den Januar 1945 hin. Gegen Dr. Johannes Popitz und Dr. Carl Langbehn verhandelte der «Volksgerichtshof» erst am 3. Oktober 1944, und am 20. Oktober 1944 standen die Sozialdemokraten Julius Leber und Prof. Dr. Adolf Reichwein vor seinen «Schranken». In den Gestapogefängnissen wurden viele Verschwörer auch ohne Urteilsspruch erschossen. Zu ihnen gehörten der ehemalige Berliner Bürgermeister Elsas sowie der Bankier Albrecht Graf Bernstorff. In den Gestapoarchiven wurden Weisungen der «Sonderkommission 20. Juli 1944» gefunden, in denen einfach befohlen wurde, den einen oder anderen Gefangenen zu «liquidieren». Als Beispiel einer solchen Weisung möchte ich folgendes Dokument anführen:

«Sonderkommission 20. Juli. 24. Januar 1944. Geheime Reichssache. An das Konzentrationslager Ravensbrück, an SS-Sturmbannführer Suren persönlich. Der Häftling in Zelle OK 20/7 soll auf Befehl des Reichsführers SS unauffällig hingerichtet werden. Persönliche Angaben gibt OK 20. Juli. Seine persönlichen Sachen sind zu vernichten. In diesem Falle bitte ich, keine Vollzugsmeldung zu machen. Obersturmbannführer Lange.»

Auf solche Weise wurden Hunderte von Teilnehmern der Verschwörung «liquidiert». Eine Massenhinrichtung der Verschwörer fand unmittelbar vor der Einnahme Berlins, am 23. April 1945, statt. Der Gestapo gelang es, die organisierte bürgerliche Opposition im Lande restlos zu zerschlagen. Nach dem Scheitern der Verschwörung vom 20. Juli 1944 konnte von einer oppositionellen Bewegung unter den Militärs und im Beamtentum nicht einmal mehr die Rede sein. Die Hitlerschen Feldmarschälle und Generäle beeilten sich, Hitler ihre Ergebenheit zu erklären und die Verschwörer zu verurteilen.

Zu ihnen gehörten u.a. die Feldmarschälle Brauchitsch, Model, Manstein, Rundstedt und der Admiral Raeder.

Die Faschisten, die in ihren eigenen Reihen, d.h. im herrschenden Lager Deutschlands, «Ordnung» geschaffen hatten, gingen nunmehr mit unerhörtem Terror gegen ihre wirklichen Klassengegner, gegen die werktätigen Massen Deutschlands vor. Die grausamen Vergeltungsmassnahmen gegen die wichtigsten Teilnehmer der Verschwörung bildeten das Stichwort für die Gestapo zu neuen umfangreichen Aktionen gegen die echte antifaschistische Bewegung in Deutschland. Eine neue Verhaftungswelle ergoss sich über das ganze Land. In allen Konzentrationslagern und in Gefängnissen fanden Massenhinrichtungen von Antifaschisten statt. Dadurch wurde der antifaschistische Kampf in Deutschland geschwächt, so dass es den faschistischen Machthabern möglich war, die Massen fast bis zum endgültigen Untergang des Hitlerreiches unter ihrer Botmässigkeit zu halten.

In der Literatur über die Verschwörung wird sehr ausführlich die Frage untersucht, auf welche Ursachen das Scheitern der Verschwörung vom 20. Juli 1944 zurückzuführen ist. Dabei lenken zwei Umstände die Aufmerksamkeit aller Historiker auf sich: erstens die Leichtigkeit, mit welcher es den Hitlerfaschisten gelang, den Versuch eines «Staatsstreichs» niederzuschlagen, zweitens die Resignation, mit der die Verschwörer die faschistischen Strafmassnahmen auf sich nahmen, und auch die Tatsache, dass sie ihrerseits keinen Versuch unternahmen, die Lage zu retten, irgendwelche Gegenmassnahmen zu organisieren und ihre Ideen und ihre Handlungsweise vor dem faschistischen «Gericht» zu vertreten.

Viele bürgerliche Historiker bezeichnen als Ursache des Scheiterns der Verschwörung die angeblich geringe Teilnehmerzahl. Eine solche Erklärung wiederholt aber lediglich die Grundthese der Goebbelspropaganda, in der immer wieder die Behauptung aufgestellt wurde, die Verschwörer wären nur eine kleine Clique von «Verrätern» gewesen. Sie entspricht aber nicht der Wahrheit.

Die Verschwörung war der Ausdruck einer Krise innerhalb der herrschenden Klasse, die sich besonders in den letzten Kriegsjahren verschärfte. Sie umfasste eine grosse Zahl von Vertretern des herrschenden Lagers. Es ist unumstritten, dass eine sehr bedeutende Schicht der herrschenden Bourgeoisie und des Junkertums einen Ausweg aus der hoffnungslosen militärischen und politischen Lage

des faschistischen Deutschlands auf dem Wege eines Staatsstreichs suchte. Als Musterbeispiel wurde der im August von Marschall Badoglio in Italien organisierte Staatsstreich angesehen. An der Beseitigung Hitlers waren zweifellos auch verschiedene Leute interessiert, die im Januar 1933 in entscheidender Masse zu seiner Machtergreifung beigetragen hatten, wie beispielsweise der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht.

Doch haben alle politischen Aktionen ihre eigene Logik. Die Gruppe der deutschen Monopolbourgeoisie, die die Faschisten zur Macht kommen liess, verknüpfte auf diese Weise untrennbar das Geschick der ganzen Klasse mit der räuberischen Aussenpolitik der Hitlerbande und mit den blutigen Terrormethoden innerhalb und ausserhalb des Landes. Die Nazis hatten ihre Diktatur über Deutschland nur durch die finanzielle und politische Unterstützung der wichtigsten Monopole errichten können. Nachdem die faschistische Clique aber ihren gigantischen bürokratischen Apparat, ihre Gewalt- und Terrorherrschaft, ihre Informationszentren und Spionagenetze errichtet hatte, war es selbst für diese Kreise schwierig, Hitler wieder abzuschütteln. Der faschistische Gewaltapparat, der immer der Verteidigung der Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie und der Unterdrückung ihrer Gegner diente, konnte jedoch zu jedem beliebigen Zeitpunkt gegen jenen Teil der Bourgeoisie gerichtet werden, der zur Rettung der Herrschaft der Monopole bereit war, den faschistischen Diktator und seine Partei zu opfern. Die Geschichte liefert in dieser Hinsicht nicht wenige Beispiele einer solchen Metamorphose. Die herrschenden Klassen erweisen sich nicht immer imstande, die Geister loszuwerden, die sie selbst gerufen haben. Etwas Ähnliches war auch im faschistischen Deutschland gegen Ende des Krieges zu beobachten.

Die Verschwörer standen nicht als Vertreter einer kämpfenden Klasse vor Gericht, sondern als politische Bankrotteure der herrschenden Klasse. Das war auch die eigentliche Ursache für ihre kapitulantenhafte Haltung vor Gericht.

Die Ursachen des Scheiterns der Pläne für den «Staatsstreich» sind somit nicht in irgendwelchen äusseren Umständen, sondern im Charakter der Verschwörung selbst zu suchen, der ihrem Programm, ihren Zielen und Methoden entsprang.

Nachdem man sich mit den hauptsächlichen Zielsetzungen der Verschwörer bekannt gemacht hat, kann man sich kaum noch darüber

wundern, dass sie von der echten antifaschistischen Bewegung im Lande, d.h. von jenen Kräften isoliert waren, die in dem vom Faschismus beherrschten Deutschland allein fähig waren, dem Hitlerschen Terrorregime Widerstand entgegenzusetzen. Insbesondere der antidemokratische Charakter der Verschwörung und die Tatsache, dass vorwiegend Vertreter der herrschenden Klasse daran teilnahmen, brachten von sich aus in einer Situation der blutigsten faschistischen Diktatur von vornherein jeden Versuch eines «Staatsstreichs» zum Scheitern. Das ist die Hauptursache für die Niederlage der Verschwörer am 20. Juli 1944.

Den Initiatoren der Pläne für einen Staatsstreich gelang es nicht einmal, breite militärische Kreise für die Verschwörung zu gewinnen. Obwohl sie einen Militärputsch beabsichtigten, vermochten sie lediglich zu den in enger Verbindung mit der Hitlerschen Führungsspitze stehenden Offizierskreisen den Kontakt herzustellen. Einer der Teilnehmer an der Verschwörung, Dr. Reuter, der diese Frage berührte, erklärte, dass die Interessen des Berufsoffizierskorps allzusehr auf Leben und Tod mit dem Dritten Reich verknüpft waren, als dass sie vermocht hätten, um einen solchen Preis (d.h. um den Preis der Liquidierung des faschistischen Regimes – d. Verf.) Gerechtigkeit und Ordnung in Deutschland wiederherzustellen.⁶³ Reuter betont, die wichtigste Ursache für das Scheitern der Verschwörung sei darin zu suchen, dass die Generäle zu spät und allzu unentschlossen der Haupttriebkraft, den zivilen Teilnehmern der Verschwörung Hilfe gewährten. Diese Behauptung entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit. Die zivilen Teilnehmer der Verschwörung waren nicht weniger unentschlossen und inkonsequent als die Generäle selbst. In Wirklichkeit handelt es sich darum, dass sich alle Verschwörer absichtlich von jenen Kräften isolierten, die im Kampf gegen das Hitlerregime die Führung hätten übernehmen können, nämlich von der organisierten antifaschistischen Bewegung. Mehr noch, die Verschwörer hatten nicht nur keine Verbindung zu den breiten Massen, sondern fürchteten sie sogar und wiesen schon allein den Gedanken von sich, die oppositionelle Stimmung unter den Werktätigen und unter den Soldaten an der Front auszunutzen. Sie fürchteten eine echte demokratische Stimmung im Lande, denn ihre eigenen Ziele und Pläne waren zutiefst antidemokratisch, und ausserdem konnte jede Bewegung gegen den Faschismus leicht zu

⁶³ *Die Wandlung*, 1945/46, H. 9.

einer Bewegung gegen sie selbst werden. Viele reaktionäre Historiker und Publizisten rechtfertigen die Aktionen der Verschwörer und schreiben, die Verschwörung sei an der Unreife der Massen, an deren Verständnislosigkeit für die antifaschistischen Losungen usw. gescheitert. Der bekannte profaschistisch eingestellte Publizist Ernst Jünger erklärt z.B., dass nur die Aristokratie während des Krieges die nazistische Barbarei hätte zügeln können.⁶⁴ Eben solche Ansichten verbreiten Hans Rothfels, Walter Görlitz und andere westdeutsche Historiker. In Wirklichkeit waren in Hitlerdeutschland demokratische Kräfte vorhanden, jedoch nicht unter der Aristokratie, sondern unter den werktätigen Massen. Sie organisierten sich in jenen antifaschistischen Gruppen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands ihren Kampf zum Sturz des faschistischen Regimes führten und über die wir bereits im ersten Kapitel dieses Buches gesprochen haben. Die Tätigkeit dieser Gruppen zeugt davon, dass die von den Kommunisten geführten deutschen Antifaschisten ein klares Kampfprogramm hatten, das sich grundlegend von dem reaktionären volksfeindlichen Programm der Verschwörer unterschied.

Einen etwas anderen Anstrich tragen die von den sozialdemokratischen Publizisten gegebenen Erklärungen für das Scheitern der Verschwörung. Einige rechte Führer der Sozialdemokratie – Noske, Dahrendorf u.a. – veröffentlichten nach dem Kriege Artikel, in denen sie nachzuweisen versuchten, dass politische Losungen und Programme zu jener Zeit überhaupt keine Bedeutung hatten, da der Erfolg einer beliebigen Aktion gegen Hitler letzten Endes von äusseren Faktoren, von den Aktionen der Länder der Antihitlerkoalition abhängig gewesen sei.⁶⁵ Diese Äusserungen kennzeichnen die kapitulantenhafte Einstellung der rechten reformistischen SPD-Führer. Die Aufgabe der deutschen Antifaschisten hatte jedoch gerade darin bestanden, einen echten antifaschistischen Umsturz mit den Kräften der Massen des deutschen Volkes durchzuführen. Die Führer der Verschwörung vom 20. Juli, auf die sich die rechten Sozialdemokraten orientierten, waren nicht imstande, einen solchen Umsturz herbeizuführen, und zwar deshalb nicht, weil sie gerade von den Massen, dem echten antifaschistischen Kampf in Deutschland viel zu weit entfernt waren und sich reaktionäre Ziele setzten.

⁶⁴ *Berliner Zeitung*, 25. Juli 1946.

⁶⁵ *Die Neue Zeitung*, 8. Februar 1946, 26. Juli 1946.

Die deutsche Bourgeoisie blieb ihren volksfeindlichen konterrevolutionären Traditionen treu. Sogar jene Vertreter der Bourgeoisie, die gegen Ende des Krieges begriffen, dass Hitler und der Faschismus Deutschland dem Untergang entgegenführten, zogen die nationale Katastrophe einer Entfaltung der Initiative der Massen vor. Einen Appell an die Werktätigen zur Herstellung von Kontakten zu den Kräften des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland lehnten sie aus Furcht grundsätzlich ab. Die Verschwörung vom 20. Juli zeigt, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, deutlich, wie volksfeindlich das Programm sogar jenes Teils des herrschenden Lagers war, der einen Ausweg aus der Sackgasse suchte, in die der faschistische Diktator das Land geführt hatte.

VI. DAS ENDE DES FASCHISTISCHEN REICHES

Die letzten Monate der Hitlerdiktatur

Durch die Verschwörung vom 20. Juli 1944 wurde offenbar, dass die Niederlagen der Hitlertruppen an der deutsch-sowjetischen Front zu einer «scharfen Krise der Führungsspitze» des faschistischen Reiches geführt hatten. Auch die Vergeltungsmassnahmen gegen die Verschwörer konnten diese Krise nicht beheben, denn ihre Ursachen blieben nicht nur bestehen, sondern sie vertieften sich noch beträchtlich. Doch obwohl die faschistische Führung immer mehr in die Isolierung geriet, vermochte sie durch neue scharfe Terrormassnahmen die Macht noch stärker in ihren Händen zu konzentrieren und damit ihre Existenz zu verlängern.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1944 konzentrierte die Hitlerführung alle Anstrengungen auf die Durchführung neuer umfangreicher Mobilisierungsmassnahmen, mit deren Hilfe sie eine Atempause an der Front zu erreichen hoffte und Zeit für eine Umgruppierung ihrer Kräfte zu gewinnen glaubte. Diese Hoffnungen gingen jedoch nicht in Erfüllung. Wie bereits erwähnt, brachen zwischen August 1944 und Januar 1945 alle Verbündeten Deutschlands mit Hitler.¹ Am 23. Januar 1945 erreichte die Sowjetarmee die Oder.

Die Tage des blutigen Hitlerregimes waren gezählt. Aber trotzdem sollte die Agonie des faschistischen Reiches noch fast vier Monate dauern. Hitler setzte den Krieg fort, obwohl die Lage Deutschlands hoffnungslos und ein weiterer Widerstand sinnlos war.

Wieso gelang es aber den Hitlerfaschisten, die Armee und die Bevölkerung bis zur Katastrophe unter ihrer Botmässigkeit zu halten, obwohl ihr Regime offensichtlich zum Untergang verurteilt war? Eine der wichtigsten Ursachen für diese dem gesunden Menschenverstand widersprechende Tatsache war die Aufdeckung der Verschwörung vom 20. Juli, die den faschistischen Machthabern die Möglichkeit gab, die Terrormassnahmen gegen alle Gegner des Hitlerregimes

¹ Am 24. August brach Rumänien die Beziehungen zu Hitlerdeutschland ab; am 9. September begann in Bulgarien die Volksrevolution; am 19. September wurde in Moskau zwischen Finnland und der UdSSR das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet und am 24. Januar 1945 auch ein Abkommen zwischen Ungarn und den alliierten Mächten unterzeichnet.

und vor allem gegen die fortschrittlichen Vertreter der Arbeiterklasse bis zum äussersten zu steigern. Wir haben bereits gesehen, dass die Aufdeckung der Verschwörung gerade in dem Moment zum Ausbluten der antifaschistischen Bewegung im Lande führte, als die Situation zum Sturz der faschistischen Diktatur günstig war. Die faschistischen Machthaber versäumten es nicht, gleichzeitig mit der Vernichtung der Verschwörer eine ausgedehnte Kampagne zur Einschüchterung der Bevölkerung durch Androhung grausamer Massnahmen gegen die «Rebellen» zu organisieren.

Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, schrieb in der Zeitung «Der Angriff»: «Jeder Deutsche muss wissen, wenn er sich gegen das kämpfende Deutschland stellt, in Wort und Schrift oder gar in der Tat zum Verrat aufruft, dass dann er und seine Familie sterben müssen ... Wer uns verrät, wird ausgerottet.»² Hitler erklärte am 12. November 1944, dass durch die Ereignisse vom 20. Juli alle Gegner des Regimes vernichtet worden seien, und verglich diese Ereignisse mit dem Gemetzel von 1934: «So wie ich aber im Jahre 1934 die Revolte der kleinen Gruppe innerhalb der Bewegung zum Anlass ihrer Säuberung genommen habe, so wurde die neue Revolte ebenfalls zum Beginn einer gründlichen Überholung des gesamten Staatsapparates.»³

Der Terror zeitigte zusammen mit der Goebbelspropaganda ohne Zweifel seine Resultate. Die Faschisten konnten Armee und Bevölkerung weiterhin ihrem Willen unterwerfen und den Krieg in einer für Deutschland bereits völlig hoffnungslosen Lage fortführen.

Die lang andauernde Agonie des faschistischen Regimes erklärt sich auch dadurch, dass sich die Führungsspitze auf den von ihr geschaffenen umfangreichen bürokratischen Apparat stützen konnte. Wir haben bereits im ersten Kapitel dieses Buches gesehen, dass dieser Apparat Hunderttausende von Menschen zählte, die direkt oder indirekt Mitbeteiligte an den Verbrechen der Hitlerclique wurden. Sie alle fürchteten die Vergeltung der von ihnen verübten Verbrechen und kämpften verzweifelt um ihre weitere Existenz. Obwohl sie in der Minderheit waren, lag in ihren Händen die Macht, und der in ihrer panischen Angst um die eigene Haut begründete Fanatismus trug nicht wenig zur Verlängerung des Todeskampfes der blutigen Diktatur bei.

² *Der Angriff*, 23. Juli 1944.

³ *Völkischer Beobachter*, 14. November 1944.

Schliesslich muss noch ein wichtiger Umstand erwähnt werden, der den «Geist» der Anhänger Hitlers bis zum Kriegsende hochhielt. Die antisowjetischen Tendenzen in der Politik der herrschenden Kreise der USA und Englands liessen die alten Hoffnungen der Hitlerdiplomatie auf einen Bruch im Lager der antifaschistischen Koalition wieder aufleben. Besondere Absichten verknüpfte die Hitlerregierung mit den antisowjetischen Plänen Churchills, die ihr selbstverständlich nicht verborgen geblieben waren. Von diesen Plänen spricht Churchill in seinen Nachkriegsmemoiren, in denen er besonders betont, dass er bereits Ende 1944 zu der Erkenntnis gelangte, «dass Sowjetrussland zu einer tödlichen Gefahr für die freie Welt geworden war», dass unverzüglich eine neue Front gegen ein weiteres Vordringen der Sowjetunion nach Westen errichtet werden musste und «dass diese Front so weit im Osten Europas zu errichten war wie möglich». Er schrieb weiter, «dass Berlin das vornehmste und eigentliche Ziel der anglo-amerikanischen Armeen bildete» und dass «der Befreiung der Tschechoslowakei und dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Prag folgenschwere Bedeutung» zukäme.⁴ Die Spekulationen der Faschisten, dass die in den herrschenden Kreisen der USA und Englands vorhandenen antisowjetischen Tendenzen die Oberhand gewinnen und zum Abbruch der Beziehungen Grossbritanniens und der USA zur Sowjetunion führen würden, erfüllten sich nicht. Sie bildeten jedoch bis Kriegsende den Nährboden für alle möglichen illusionären Projekte, mit denen Hitlers Taktik des Widerstandes «bis zum Ende» zumindest bei den herrschenden Kreisen Deutschlands gerechtfertigt werden sollte.

In der Innenpolitik können in diesen letzten Monaten zwei Hauptrichtungen abgegrenzt werden: erstens die Versuche, durch neue verzweifelte Mobilisierungsmassnahmen die Menschenverluste an der Front wenigstens teilweise auszugleichen; zweitens das Bemühen, durch weiteren verstärkten Terror und Einschüchterung der Bevölkerung das «Heimatkriegsgebiet» zu stärken, die Krise im eigenen Lager zu überwinden und den Gehorsam der Massen zu sichern. Die Mobilisierungsmassnahmen der letzten Kriegsmomente erfassten buchstäblich alle Bevölkerungsschichten, auch Frauen, Greise und Kinder.

Im Mai 1944 erliess die Hitlerregierung die zweite Verordnung zur Meldepflicht der Zivilbevölkerung, der zufolge die Zahl der Greise,

⁴ Winston S. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, Bd VI, 2. Buch, Stuttgart 1954, S. 135.

Frauen, Jugendlichen und Invaliden, die der Meldepflicht unterlagen, beträchtlich erhöht wurde. Nach der Verordnung durfte niemand mehr aus der Produktion entlassen werden, auch wenn er die für den betreffenden Beruf festgesetzte Altersgrenze erreicht hatte.

Den grössten Umfang nahmen die Mobilisierungsmassnahmen jedoch im Sommer 1944 nach den Niederlagen an der deutsch-sowjetischen Front an. Hitler ernannte am 25. Juli Goebbels zum «Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz». Am 26. Juli rief Goebbels in einer Rundfunkansprache dazu auf, die letzten Kräfte für die «totale Kriegführung» einzusetzen. Er versprach prahlerisch, «das Höchstmass von Kräften für Wehrmacht und Rüstung freizumachen»⁵.

Auch diese Aufrufe waren von Drohungen gegen die deutsche Bevölkerung begleitet. In dem Artikel «Der Befehl der Pflicht» in der Zeitung «Das Reich» schrieb Goebbels nach seiner Ernennung zum «Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz»: «In Zukunft wird also derjenige, der entgegen seinen Verpflichtungen sich an der Arbeit vorbeizudrücken versucht, als fahnenflüchtig behandelt und derjenige, der ihm dabei Schutz und Beistand leiht, als Mitwisser und Mithelfer eines Verbrechens der Desertion angesehen werden müssen.»⁶

Am 12. August kündigte Goebbels auch Massnahmen für die «totale» Mobilisierung in der Landwirtschaft an. Er befahl ausserdem, eine Reihe von Unternehmen, die für den Friedensbedarf des Landes produzierten, stillzulegen. Die Arbeiter dieser Fabriken und Werke wurden zur Wehrmacht eingezogen oder in Rüstungsbetriebe verpflichtet.

Die zweite Runde der «totalen» Mobilisierung traf erneut einige tausend kleine Handels- und Handwerksbetriebe, deren Besitzer zur Wehrmacht eingezogen oder in der Rüstungsindustrie eingesetzt wurden.

Jede neue Anordnung von Goebbels war von einer lärmenden Propaganda begleitet. Doch das Gesamtergebnis dieser Mobilisierung war ziemlich kläglich. In die Armee konnten im Ganzen rund 300'000 Mann eingezogen werden, die keineswegs die Verluste auffüllten, die Deutschland an seiner Ostfront erlitten hatte.

⁵ *Völkischer Beobachter*, 27. Juli 1944.

⁶ *Das Reich*, 6. August 1944.

Eine vom Oberkommando des Heeres zusammengestellte Meldung über die Verluste und die Zuführung von Ersatz in der deutschen Armee von August bis Oktober 1944 enthält folgende Zahlen⁷:

Verluste	1'189'000
Ersatz	289'000
nicht ergänzte Verluste . .	900'000

In der Folgezeit wurde die Differenz zwischen Verlust und Ersatz ständig grösser. Die Meldungen des Oberkommandos des Heeres an das Hauptquartier wurden immer alarmierender. Der Chef der Organisationsabteilung des OKH, Wendland, gab in einem Situationsbericht für Januar und Februar 1945 eine Gegenüberstellung des Ersatzes mit den tatsächlichen Verlusten, aus der hervorging, dass die Fronteinheiten immer mehr geschwächt wurden. Die neu aufgestellten und aufgefüllten Feldeinheiten sowie die Heeresreserven seien im Vergleich zu dem hohen Bedarf als äusserst gering zu betrachten. Die Verlustzahlen und die Zahlen des Ersatzes für die erste Märzdekade liessen erkennen, dass zwischen den Verlusten und dem Ersatz für das erste Vierteljahr 1945 insgesamt eine noch grössere Diskrepanz zu erwarten sei.⁸

Die Hitlerregierung, die aus der im Oktober 1944 entstandenen Situation einen Ausweg suchte, sah sich gezwungen, äusserste Massnahmen zu ergreifen; es wurde der «Volkssturm» geschaffen. Der Erlass des Befehls zur Bildung des «Volkssturms» war ein Beweis dafür, dass die Möglichkeiten, Menschen auf normalem Wege zur Wehrmacht einzuberufen, fast erschöpft waren. Der Abzug von Kräften aus der Industrie und aus anderen Zweigen der Volkswirtschaft war so schwierig geworden, dass Hitler jetzt auch Greise, Invaliden und Halbwüchsige in Kampf und Tod jagte. Der Befehl zur Schaffung des «Volkssturms» wurde von Hitler am 18. Oktober 1944 gegeben. Gemäss dieser Anordnung wurden die Männer zwischen 16 und 60 Jahren eingezogen. Der «Volkssturm» war für die unmittelbare «Verteidigung» jener Gebiete vorgesehen, in denen die Eingezogenen wohnten. Zu Führern der «Volkssturm»-abteilungen wurden Funktionäre der Nazipartei ernannt; für die Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung des «Volkssturms» war Himmler verantwortlich. In den Gauen und Kreisen leiteten die Gauleiter und

⁷ Vgl. XlopajKeHMe repiuuHCKoro MMnepMajiM3Ma BO BTopoi MnoBoft BoiHe. CTaTBM M flOKyMeHTbl, Dokument Nr 9, S. 262.

⁸ Vgl. ebenda, Dokument Nr 10, S. 264.

Kreisleiter den «Volkssturm». Die mittleren und unteren Führungskader wurden unter der SA, der SS und unter den aktiven Mitgliedern des NSKK und der Hitlerjugend angeworben.

Am 12. Februar 1945 rief der «Leiter der Parteikanzlei», Bormann, der für die faschistische Erziehung des «Volkssturms» verantwortlich war, alle deutschen Frauen und Mädchen auf, in den Hilfsdienst für den «Volkssturm» einzutreten. Dieser Aufruf war der Beginn einer Kampagne zur Mobilisierung der Frauen für den «Volkssturm», dem nicht nur militärische, sondern auch verschiedene innenpolitische Aufgaben übertragen werden sollten, weil in ihm der aktive Teil der im «Heimatkriegsgebiet» verbliebenen männlichen Bevölkerung zusammengefasst war. Mit einem unter scharfer militärpolitischer Kontrolle stehenden «Volkssturm» glaubten die Nazis allen gegen ihr Regime gerichteten innenpolitischen Aktionen wirkungsvoll entgegentreten zu können. Gleichzeitig war sich die Hitlerführung aber darüber im Klaren, zu welcher Gefahrenquelle diese Millionen zum Teil bewaffneter Menschen werden mussten, wenn sie der Kontrolle entglitten. Deshalb gehörte die politische Aufsicht über den «Volkssturm» zu den wichtigsten innenpolitischen Aufgaben der Naziführung.

Die Abteilungen dieses letzten Aufgebots sollten ausserdem als Hilfspolizei im «Heimatkriegsgebiet» eingesetzt und, falls erforderlich, demoralisierten Heeresseinheiten entgegengestellt werden. Aus dem Leitartikel des «Völkischen Beobachters» vom 19. Oktober geht hervor, dass die Hitlerfaschisten die neuen Einheiten als eine Art Polizeihilfsgruppe ansahen. Weiter hiess es darin, der «Volkssturm» könne in verschiedene Organisationen eingegliedert werden, die die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Möglichkeit für ein ungehindertes Arbeiten innerhalb der deutschen «Festung» zu gewährleisten hätten. Ferner werde allmählich eine einheitliche Führung geschaffen werden müssen, um die bis dahin bestehende Parallelität in der Arbeit der Hilfspolizei, der Wachorgane, der SA und der Wacheinheiten der Armee aufzuheben. Der «Volkssturm» könne die Funktion der Polizei, der Gendarmerie, des Luftschutzes und der Feuerwehr übernehmen oder aber auf alle Fälle diesen Organisationen Hilfe leisten.⁹

Die Faschisten ergriffen auch Massnahmen, um die anderen grossen Hilfsverbände der unumschränkten Kontrolle der Nazipartei zu

⁹ *Völkischer Beobachter*, 19. Oktober 1944.

unterstellen. Ende August 1944 wurde ihr durch einen Sonderbefehl Hitlers der «Reichsluftschutzbund» angegliedert, der bis dahin dem Oberkommando der Luftwaffe unterstanden hatte. Die Führung des Luftschutzes wurde unmittelbar der «Parteikanzlei» (d.h. Bormann) unterstellt; die örtlichen Leiter des Luftschutzes unterstanden den Gauleitern.

Im Ersatzheer wurden von Himmler radikale Massnahmen getroffen. Nach seiner Ernennung zum Befehlshaber des Ersatzheeres befahl Himmler, «die Ersatzarmee zu einer nationalsozialistischen Organisation zu machen». Ferner hiess es in dem Befehl: «... haben wir uns vorgenommen, durch Tat und Leistung die Schande des 20. Juli vergessen zu machen und zu werden des Führers und seines Reiches *nationalsozialistische Volksarmee*.»¹⁰

Diese Armee wurde faktisch zu einer Zweigstelle der SS und erhielt eine «neue Aufgabe». Sie sollte von «Fremdarbeitern» hervorgerufene Unruhen verhindern.

Schliesslich traf die Hitlerregierung entschlossene Massnahmen zur Nazifizierung der Armee selbst. Ende 1944 wurde der militärische Gruss in der deutschen Armee durch den Nazigruss ersetzt; für Verletzungen dieses Befehls wurden strenge Strafen angedroht. Anfang 1945 ordnete Himmler als Befehlshaber des Ersatzheeres Veränderungen des militärischen Eides an. In die Eidesformel wurden die Worte «Treue dem Nationalsozialismus» aufgenommen. Die Eidesleistung erfolgte auch nicht mehr gegenüber dem Truppenbefehlshaber, sondern an die örtlichen Führer der NSDAP. Die Parteiorganisationen übernahmen folgende Aufgaben, für die bisher das Oberkommando der Wehrmacht zuständig gewesen war: Durchkämmen der Betriebe nach nicht unbedingt benötigten Arbeitskräften und Mobilisierung dieser «freigemachten» Arbeiter für die Armee, Kontrolle der Einberufungen durch die entsprechenden militärischen Instanzen, Durchführung der Mobilisierung für den «Volkssturm» und der Frauen und Mädchen für den «Hilfsdienst»¹¹, Organisation des Festungsbaus und Abnahme des Rekruteneides.

Neben diesen Massnahmen zur Stärkung ihrer Diktatur begann die Naziführung die faschistische Partei umzuorganisieren. Sie sollte auch nach der Niederlage Deutschlands in den von den Alliierten

¹⁰ *Völkischer Beobachter*, 3. August 1944.

¹¹ Am 12. 2. 1945 wurden Frauen und Mädchen zum «Hilfsdienst für den Volkssturm» aufgerufen.

besetzten Gebieten einen illegalen Kampf führen. Am 1. April 1945 begann der Sender «Werwolf» seine Übertragungen, in denen die Deutschen zum illegalen Kampf in den von den Alliierten besetzten Gebieten aufgerufen wurden. In einer dieser Sendungen hiess es, dass jedes Mittel recht sei, mit dessen Hilfe die Ziele der Faschisten erreicht werden könnten. Die Faschisten würden um so gefährlicher sein, je weniger sie sich an die veralteten Vorstellungen von den sogenannten allgemein üblichen Prinzipien der Kriegführung hielten.

Doch der Versuch, eine breite nazistische Bewegung im Rücken der alliierten Armeen zu schaffen, scheiterte. Die Hitlerfaschisten konnten lediglich einzelne Banden bilden, die von den alliierten Militärbehörden sehr bald liquidiert wurden.

Grosse Bedeutung für die Überführung der Nazipartei in die Illegalität massen die Hitlerfaschisten dem Befehl zur Abgrenzung der Funktionen im Partei- und Staatsapparat vom 8. April 1945 bei. Das Parteiorgan «Nationalsozialistische Parteikorrespondenz» berichtete, dass – entsprechend dem Befehl Hitlers – die in den Kreisen noch bestehende Personalunion zwischen Staatsapparat und Parteiapparat aufgehoben sei. Das Organ stellte klar, dass dieser Befehl in erster Linie die Kreisleiter der Nazipartei traf, die gleichzeitig als Vertreter der Landtage oder als Oberbürgermeister fungierten, sowie die Gauleiter der NSDAP, die in der Regel entsprechende Staatsstellungen innehatten. Es handelte sich somit um eine Ablösung im gesamten unteren Staatsapparat in den noch nicht besetzten Gebieten Deutschlands, die einige zehntausend Menschen betraf. Die «Nationalsozialistische Parteikorrespondenz» begründete den Befehl Hitlers damit, dass die Praxis der Kriegführung auf deutschem Gebiet gezeigt habe, dass es unmöglich sei, ein und dieselbe Person sowohl Partei- als auch Staatsfunktionen ausüben zu lassen.¹²

In Wirklichkeit ging es jedoch keineswegs nur darum; der Befehl Hitlers vom 8. April stand im Widerspruch zu der gesamten bisherigen Praxis, die auf die völlige Unterstellung des Staatsapparates unter die Nazipartei abzielte. Der Befehl hatte zum Ziel, im Verwaltungsapparat hitlerfreundliche Leute einzusetzen (bezeichnenderweise wurden nur Leute ernannt, die sich nicht durch Zugehörigkeit zur NSDAP kompromittiert hatten) und eine örtliche Verwaltung zu schaffen, die auch nach der Besetzung Deutschlands durch die

¹² *Nationalsozialistische Parteikorrespondenz*, 9. April 1945.

alliierten Truppen unangetastet weiterexistieren könnte.¹³ Ausserdem sollte dieser Befehl Hitlers es den faschistischen Funktionären ermöglichen, unauffällig von der politischen Bühne zu verschwinden.

Durch solche Massnahmen, ergänzt durch brutalen Terror und durch die Androhung grausamer Vergeltungsaktionen zur Einschüchterung der Bevölkerung, gelang es den Faschisten, ihre innenpolitischen Positionen bis zum völligen militärischen Zusammenbruch zu bewahren.

In den Konzentrationslagern und in den Gefängnissen fanden in den letzten Kriegsmonaten Massenhinrichtungen von Antifaschisten statt. Das faschistische Reich ging in Strömen von Blut der Opfer des faschistischen Terrors unter. Im Konzentrationslager Buchenwald, in dem Zehntausende Häftlinge von der SS zu Tode gequält wurden, überlebten nur rund 30'000 Menschen, davon 2'000 Deutsche, das Kriegsende. In den Gefängnissen fanden Erschiessungen durch «SS-Sonderkommandos» statt, die ihr blutiges Handwerk ohne jedes Gerichtsverfahren betrieben. Sehr viele Soldaten wurden wegen Fahnenflucht und Feigheit zum Tode verurteilt und hingerichtet. Nach einer offiziellen Statistik der Urteile gegen Wehrmachtsangehörige wurden 30'000 Soldaten und Offiziere zum Tode verurteilt; in dieser Zahl sind aber die Opfer der Standgerichte nicht enthalten. «Selten wohl fanden in einer Armee so viele Verfahren wegen Befehlsverweigerung, Meuterei, Hoch- und Landesverrat, Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung statt», schreibt Günther Weisenborn.¹⁴

Die faschistischen Zeitungen waren in jener Zeit voll von Mitteilungen über Todesurteile, die wegen «Defätismus», «Befehlsverweigerung» und ähnlicher «Vergehen» über Deutsche gefällt wurden.

Der Präsident des «Volksgerichtshofes», Freisler, der im November 1944 auf einer Zusammenkunft des «politischen Führungskorps» in Breslau sprach, hob besonders die Notwendigkeit des Kampfes gegen den «Defätismus» hervor. «Der Angriff» veröffentlichte einen Bericht über diese Zusammenkunft und meinte zur Rede Freislers, dass der Defätismus mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. In

¹³ Dieses Manöver trug in Westdeutschland seine Früchte, wo die Besatzungsbehörden Grossbritanniens und der USA in vielen Fällen diesen noch von den Hitlerfaschisten geschaffenen «unparteilichen» Verwaltungsapparat bestehen liessen.

¹⁴ *Weisenborn*, S. 121.

diesem Kampfe könne es keine Nachsicht wegen physischer oder geistiger Schwäche und Krankheit geben; die Nation müsse sich vor der Ausbreitung einer Epidemie des Defätismus schützen.¹⁵

Wir wollen hier einige charakteristische Mitteilungen der nazistischen Presse anführen, in denen über Urteile wegen Verbreitens defätistischer Stimmungen informiert wurde. Am 21. Juli 1944 berichtete das «Neue Wiener Tageblatt», dass der Münchner Angestellte Anton Waffler zum Tode verurteilt wurde, weil er mit seinen Untergebenen lange Zeit hindurch defätistische Gespräche geführt habe.¹⁶

Die Zeitung «Front und Heimat» veröffentlichte das Todesurteil gegen einen Rheinländer, der in Polen arbeitete. Er soll, so hiess es im Urteil, gesagt haben, dass eine fremde Besetzung erträglicher wäre als dieser Krieg.

Solche Stimmungen waren aber nicht nur unter den kleinbürgerlichen Schichten verbreitet, sondern zum Teil auch unter den Industriellen. Das «Hamburger Fremdenblatt» veröffentlichte am 27. November 1944 das Urteil gegen einen Hamburger Industriellen, der die gleiche Gesinnung hatte wie der obenerwähnte Angestellte. Der 48jährige Albert Will, Generaldirektor eines Industriekonzerns in Hamburg, habe sich – so hiess es in dem Bericht des «Hamburger Fremdenblatts» – in einer Aufsichtsratssitzung in äusserst defätistischem Sinne über die militärischen Perspektiven und die Stabilität der deutschen Währung geäussert. Er habe bezweifelt, dass die deutschen Arbeiter zu hohen Arbeitsleistungen bereit seien. Der «Volksgerichtshof» habe Will zum Tode verurteilt; das Urteil sei bereits vollstreckt worden.¹⁷

In der deutschen Provinzpresse wurde oft darüber geschrieben, dass viele Deutsche bestrebt wären, sich von der faschistischen Partei zu distanzieren. Die Zeitung «Memelwacht» schrieb z.B., dass ein Landwirt aus Mecklenburg zwei polnische Arbeiter abgeben sollte, dies jedoch mit der Begründung abgelehnt habe, dass ihm die NSDAP nichts befehlen könne.¹⁸ Ein noch krasserer Beispieler brachte die «Allensteiner Zeitung». Ein Kaufmann aus Torgau habe erklärt, dass er dem Gestellungsbefehl nicht Folge leisten werde, weil ihn die

¹⁴ *Der Angriff*, 21. November 1944.

¹⁶ *Neues Wiener Tageblatt*, 21. Juli 1944.

¹⁷ *Hamburger Fremdenblatt*, 27. November 1944.

¹⁸ *Memelwacht*, 14. August 1944.

Militärbehörden vom Wehrdienst freigestellt hätten und er mit der NSDAP nichts gemein haben möchte.¹⁹

Mitte des Jahres 1944 begann die Hitlerpresse, öfter als bisher Todesurteile wegen antifaschistischer Aktionen zu veröffentlichen. «Der Angriff» berichtete am 16. Juli: «Der Viktor Kroll aus Antonienhütte (Oberschlesien) hat auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte an öffentlichen Plätzen wiederholt volksfeindliche Inschriften angebracht ... Der Volksgerichtshof verurteilte ihn als Volksverräter zum Tode.»²⁰ Die «Deutsche Allgemeine Zeitung» veröffentlichte das Todesurteil gegen einen gewissen Richard Peuckert, weil er im Kino während einer Filmvorführung eine provokatorische Agitation betrieben habe, die alle Kinobesucher gehört hätten.²¹

Mitte 1944 erschien in der Zeitung «Front und Heimat» ein Interview mit Freisler über einen Prozess vor dem «Volksgerichtshof» gegen einige Intellektuelle, die mit einem Programm zum Sturz des Faschismus und zur Schaffung einer demokratischen Ordnung in Deutschland aufgetreten waren. Die Beteiligten, so hiess es im Interview, wären keine Kommunisten, sondern demokratische Intellektuelle gewesen. Unter ihnen haben sich ein Professor, ein Gelehrter und ein Architekt befunden. Vier Personen hätten ein Nationalkomitee gebildet und ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Zur Gewinnung von Anhängern für ihre Politik der Zusammenarbeit mit dem Ausland hätten sie sich an geeignete Elemente unter den ausländischen Arbeitern gewandt, und es sei ihnen tatsächlich gelungen, zu sechzig Ausländern Verbindungen herzustellen.²²

Rundfunk und Presse berichteten immer häufiger über Erschiessungen auch von Nazibeamten. Am 30. Januar 1945 brachte der Berliner Rundfunk die Nachricht, dass der zweite Bürgermeister von Breslau, Spillhagen, auf Befehl des Gauleiters Hanke am Denkmal Friedrichs des Grossen, in der Nähe des Breslauer Rathauses, von «Volkssturm»-abteilungen erschossen wurde. Am 6. Februar folgte eine Nachricht über Vergeltungsmassnahmen gegen hohe Beamte von Bromberg. Der Polizeipräsident von Bromberg, Salisch, sei auf Anordnung Himmlers vor ein Standgericht gestellt und zum Tode verurteilt worden. Der Bromberger Regierungsrat Kühn, der Bür-

¹⁹ *Allensteiner Zeitung*, 27. Juli 1944.

²⁰ *Der Angriff*, 16. Juli 1944.

²¹ *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 15. Oktober 1944.

²² *Front und Heimat*, 14. Juni 1944.

germeister Ernst und der Kreisleiter der Nazipartei Romm wurden abgesetzt und in ein Strafbataillon geschickt. Der «Völkische Beobachter» berichtete am 10. Februar, dass der Bürgermeister von Königsberg «Kreis Neumark»²³ von einem Standgericht in Schwedt zum Tode verurteilt und das Urteil vollstreckt worden sei.

Am 18. März erschien im Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht eine Mitteilung über Hinrichtungen. Darin hiess es, dass Major Strebei vom Stab eines Pionierregiments, Major Schneller, Adjutant eines Armeekorps, Oberleutnant Peters, Kommandeur einer zum Schutz der Rheinbrücke bei Remagen eingesetzten Einheit der Flakartillerie, und in Abwesenheit Hauptmann Bratke, Militärkommandant von Remagen, zum Tode verurteilt worden seien, weil sie nicht rechtzeitig die Rheinbrücke bei Remagen gesprengt und deren Verteidigung nicht organisiert hätten. Das Urteil sei unverzüglich vollstreckt worden. Am 1. April wurde mitgeteilt, dass der Bürgermeister von Aachen von einem Standgericht zum Tode verurteilt worden sei. Alle diese Todesurteile wurden von Standgerichten gefällt, die besonders zu diesem Zweck Ende Januar gebildet worden waren und zu deren «obersten Richtern» die Gauleiter ernannt wurden. Die Mitteilung über die Bildung dieser Standgerichte erfolgte erst am 28. März in den deutschen Zeitungen. Die Standgerichte des «Volkssturms» untersuchten alle Anklagen, für die früher die Kriegsgerichte zuständig waren, in einem beschleunigten Verfahren. Auf diese Weise hatte die Nazipartei auch die höchste Gerichtsbarkeit erhalten.

Der Todeskampf des Hitlerreiches hatte ebensolche widerwärtigen blutigen Formen angenommen wie seine Geburt. Da das Hitlerregime unaufhaltsam seinem Untergang entgegenging, waren die Faschisten bestrebt, eine möglichst grosse Anzahl von Deutschen mit in die Tiefe zu reissen.

Die Kommunistische Partei Deutschlandsklärte die Bevölkerung ständig darüber auf, dass in dieser für das Land so verantwortungsvollen Stunde die Existenz des deutschen Volkes auf dem Spiel stand und Hitler die ganze deutsche Nation mit in den Abgrund ziehen wolle. Die KPD rief dazu auf, sich mit der Waffe in der Hand gegen das Hitlerregime zu erheben. In einer Ansprache an das deutsche Volk über den Sender des Nationalkomitees «Freies

²³ Es handelt sich hier nicht um die Hauptstadt Ostpreussens, sondern um ein kleines Provinzstädtchen.

Deutschland» sagte Walter Ulbricht: «Jeder Hitlergegner versuche Waffen zu bekommen, woher es auch immer sei. Antifaschisten, schafft bewaffnete Freischaren! Verbindet euch mit ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen! Macht mit der Waffe die Bahn frei für den wahren Volkssturm, die Erhebung der Bevölkerung, die Befreiung von Stadt und Dorf von den Nazibonzen ... Für jeden Deutschen, der seine Heimat liebt, gibt es nur eine Lösung: Alle Waffen gegen Hitler! Tod den Nazibonzen! Volkskampf für ein neues, demokratisches Deutschland!»²⁴

Unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands schlossen sich die demokratischen Kräfte des Landes zusammen. Sie waren entschlossen, auf den Trümmern des faschistischen Reiches ein neues, wahrhaft demokratisches Deutschland aufzubauen.²⁵

Der Zusammenbruch

Die Hitlerarmee wurde auf den Schlachtfeldern von den sowjetischen Streitkräften geschlagen. Von Anfang des Grossen Vaterländischen Krieges im Jahre 1941 bis zu seinem Ende im Mai 1945 war der überwiegende Teil der faschistischen Divisionen an der sowjetisch-deutschen Front gebunden. Gerade hier wurden den Hitlertruppen die entscheidenden Schläge zugefügt, die Deutschland zur Kapitulation zwangen.

Mitte April 1945 wurde die Schlussoperation des Grossen Vaterländischen Krieges – die Schlacht um Berlin – eingeleitet.²⁶ An den Zugängen nach Berlin hatte das deutsche Oberkommando 56 Infanterie-, 7 Panzer- und 9 motorisierte Divisionen, 4 Artilleriekorps und viele andere Heeresverbände und -gruppen konzentriert, insgesamt rund 1 Million Mann, 8'000 Geschütze und Minenwerfer, mehr als 1'200 Panzer- und Sturmgeschütze sowie 3'300 Flugzeuge.

Vor den sowjetischen Truppen im Raum Berlin stand die Aufgabe, die hier konzentrierten deutschen Streitkräfte zu zerschlagen. Die Offensive der sowjetischen Truppen begann am 16. April 1945; am

²⁴ *Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd II, Berlin 1954, S. 377 f.*

²⁵ Von vielen solchen Beispielen berichtet das Buch: *Otto Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, S. 249 ff.*

²⁶ Vgl. *БТопан ММпоБа« БoftHa 1939-1945 рр. BoeHHo-ncpоpHHecKHÄ onepK, Moskau 1958, S. 718.*

25. April waren sie bis westlich von Potsdam vorgestossen und hatten damit die Einkesselung der Berliner Kräftegruppe abgeschlossen. Am gleichen Tag erreichten die sowjetischen Truppen im Raum von Torgau die Elbe, wo sie mit den amerikanischen Truppen zusammentrafen. Das deutsche Territorium und die faschistischen Streitkräfte waren somit in zwei voneinander isolierte Teile getrennt. Die hoffnungslose Lage der deutschen Truppen wurde immer offensichtlicher.

In Berlin kam es zu schweren Strassenkämpfen. Die sowjetischen Truppen drangen unaufhaltsam zum Zentrum vor, wo tief unter der Erde die Residenz Hitlers, die Reichskanzlei, lag. Am 28. April wurden die deutschen Verbände in drei voneinander getrennte Teile aufgespalten, so dass das Oberkommando die Führung über seine Truppen verlor. Der 30. April war der historische Tag, an dem Soldaten der Sowjetarmee auf dem Reichstag die Siegesfahne hissten. Am 2. Mai stellten die deutschen Truppen in Berlin den Widerstand ein.

Was war in diesen letzten Wochen des faschistischen Reiches im Hauptquartier Hitlers vor sich gegangen, und wie hatte sich die Führungsspitze verhalten?

Die faschistische Führung war angesichts der unvermeidlichen Katastrophe nur von dem einen Gedanken besessen: mit allen Mitteln und Methoden ihre Existenz zu verlängern und den Zeitpunkt der Vergeltung hinauszuschieben. Dafür war sie bereit, ganz Deutschland in eine Wüste zu verwandeln und Millionen von Menschen sinnlos zu opfern. In den letzten Kriegsmonaten wurden vom faschistischen Oberkommando zahllose Befehle gegeben, in denen «bis zum Ende durchzuhalten» befohlen und jedem, der an Kapitulation denke, mit Erschiessen gedroht wurde. Als der Kampf auf deutsches Gebiet Übergriff, befahl Hitler, beim Rückzug die Taktik der «verbrannten Erde» anzuwenden. Der Bevölkerung wurde befohlen, sich den Truppen bei ihrem Rückzug nach Westen anzuschliessen. Am 19. März 1945, als die sowjetischen Truppen bereits weit nach Deutschland vorgedrungen waren, erging folgender Befehl Hitlers: «1. Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören. 2. Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörungen sind

die militärischen Kommandobehörden..., die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare ... 3. Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben; entgegengesetzte Weisungen sind ungültig.»²⁷

Eine Vorstellung davon, wie dieser Befehl Hitlers durchgeführt wurde, gibt Johannes Müller in seinem Buch «Sturz in den Abgrund», in dem er die Lage in Deutschland in den letzten Kriegsmonaten beschreibt. Das Buch ist im Jahre 1947 in Offenbach am Main erschienen, der Autor schrieb es noch unter dem Eindruck der Ereignisse kurz vor dem Untergang des Hitlerreichs, deren Augenzeuge er war. «Planlos und ohne Sinn hatten die Anführer – als die Alliierten schon längst tief in unserem Reich standen – in Schlesien und Sachsen, in Bayern und Thüringen, im Herzen Deutschlands, den zerstörerischen Krieg immer weiter dahinbrausen lassen.

Hier, im Innern des Reiches, da jeder Widerstand zu einer lächerlichen Farce geworden war, wurde er nur wegen des erbärmlichen Wortes vom ‚Nichtkapitulieren‘ bis zum bittersten Ende fortgesetzt ...

Da wurden in letzter Stunde hemmungslos Strassen zerstört, Brücken gesprengt, die letzten Eisenbahnlinien zerschlagen und lahmgelegt – es war deutlich, dass das gequälte Volk auch diese Zerstörungen noch lange nach dem Kriege büßen würde. – Aber: ‚Es wird nicht kapituliert? – ‚Sieg oder Untergang‘»²⁸

In der letzten Phase der verbrecherischen Existenz des Hitlerregimes traten somit alle ihm eigenen Wesenszüge zutage: blutiger Terror, Sadismus und systematische Massenvernichtung. Die faschistischen Anführer scheuten in ihrer unsagbaren Angst vor der Vergeltung nicht davor zurück, das ganze Volk mit in den Abgrund zu ziehen.

Im Frühjahr 1945 glaubte auch niemand von der Hitlerclique mehr an den Sieg. Die faschistischen Führer klammerten sich aber trotzdem an absolut illusorische politische Spekulationen. Sie bauten darauf, dass es ihnen gelingen könnte, die Antihitlerkoalition zu sprengen und Abmachungen mit England und Amerika auf Kosten der Sowjetunion zu treffen. Ihre Bestrebungen waren zeitweilig darauf gerichtet, von den Westmächten einen Verzicht auf die Formu-

²⁷ Zit. nach *Walter Bartel*, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933-1945, S. 251.

²⁸ *Johannes Müller*, Sturz in den Abgrund, Offenbach am Main 1947, S. 100 f.

lierung «bedingungslose Kapitulation» zu erreichen und damit den Weg für einen Kompromissfrieden mit England und den USA zu ebnen. Gegen Ende des Krieges verfolgte die faschistische Diplomatie dieses Ziel mit besonderer Aktivität. Auf Weisung Ribbentrops wurden erneut Kontakte mit Vertretern der Westmächte aufgenommen, und zwar im Vatikan über den deutschen Gesandten Weizsäcker, in Lissabon über Prinz Egon Hohenlohe-Langenburg und in Stockholm über Hugo Stinnes. Nachdem klargeworden war, dass diese Anstrengungen nicht die gewünschten Resultate zeitigen würden, da die Westmächte nicht auf die Forderung der bedingungslosen Kapitulation verzichten wollten, schlug die Mehrzahl der faschistischen Anführer den Weg «einer separaten Kapitulation» im Westen ein.

Hitler setzte alle Hoffnungen auf einen Bruch im Lager der Alliierten, auf einen Konflikt zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Ländern. Als am 12. April in der Reichskanzlei die Nachricht vom Tod Roosevelts eintraf, fiel Hitler, nach Aussagen seiner Leibwache, in einen Freudentaumel. Er nahm an, dass der Tod Roosevelts entscheidend zu einem Bruch zwischen den Alliierten beitragen werde. Die gleiche Aufnahme fanden die in die Reichskanzlei durchsickernden Nachrichten über die offensichtlich sowjetfeindliche Einstellung Churchills.

Hitler und seine Vertrauten hatten längst jede Vorstellung von der realen Lage eingebüsst, sie waren von der Aussenwelt abgeschnitten und schmiedeten unter der Erde noch phantastische Pläne, operierten mit Phantasiedivisionen, als bereits um die Reichskanzlei gekämpft wurde und ihre dicken unterirdischen Mauern unter der Artilleriekanonade erzitterten.

Im Bunker der Reichskanzlei hatte sich eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft eingefunden, denn zum Gefolge Hitlers gehörten vielfach Leute, die ganz zufällig in seine nächste Umgebung gekommen waren. Ausser Eva Braun (der ehemaligen Assistentin Hoffmanns, des Photographen Hitlers), die Hitler kurz vor seinem Tode heiratete, waren dort Morell, Manziani, Junge, Günsche, Kempke und weiteres Bedienungspersonal.²⁹ Morell war der Leibarzt Hitlers, der dem «Führer» ständig nervenaufpeitschende Tabletten verabreichte. Morell hatte auf Hitler starken Einfluss. Mit ihm konnte nur Fräulein Manziani, die Diätköchin Hitlers, konkurrieren. Im

²⁹ Vgl. *Gerhard Boldt*, Die letzten Tage der Reichskanzlei, Hamburg-Stuttgart 1947, S. 75.

Bunker befanden sich noch die Sekretärin Hitlers, Frau Junge, die Stenographin, Frau Christian, die Adjutanten Günsche und Schaub, der Chef des persönlichen Wagenparks Hitlers, Kempke, Ritter von Greim, General der Luftwaffe, und der Schwager Hitlers, SS-General Fegelein. In den Bunkerräumen der Reichskanzlei regelte in den letzten Tagen Martin Bormann, der Nachfolger von Hess, als Stellvertreter des «Führers», alle Angelegenheiten. Mitte April zog auch Goebbels mit seiner Familie in den Bunker ein. Auch eine Gruppe hoher Offiziere der faschistischen Armee, darunter Keitel und Jodl, hielt sich hier auf.

Mit manischer Hartnäckigkeit behauptete Hitler, dass es unvermeidlich zu einem Bruch innerhalb der Antihitlerkoalition kommen und Deutschland den Krieg gewinnen würde, falls es dem Reich gelänge, «durchzuhalten». Deshalb wurden alle Kräfte angespannt, um «durchzuhalten». Am 21. April fasste Hitler den Entschluss, die an der Westfront kämpfenden Truppen zur «Verteidigung Berlins» einzusetzen. Am 24. April gab das OKW Befehl, «alle vorhandenen Kräfte» im Kampf gegen die Sowjetarmee einzusetzen, ohne Rücksicht darauf, dass den Engländern und Amerikanern grosse Gebiete überlassen werden müssten.³⁰

Für die «Rettung des Reiches» setzte Hitler grosse Hoffnungen auf die Armee Wenks, die an der Elbe operierte. Die «Armee Wenk» erhielt Befehl, den Ring um Berlin zu durchbrechen und sich mit der 9. Armee, die Berlin verteidigte, zu vereinigen. Am 25. April ging die Armee Wenks zum Angriff auf Berlin über. Sie wurde jedoch 12 km vor Potsdam zerschlagen, ohne Berlin erreicht zu haben.

Der ehemalige Befehlshaber der zur Verteidigung Berlins eingesetzten Truppen, General Weidling, hat die Lage in der Reichskanzlei sehr anschaulich geschildert. Während er in der Nacht vom 1. zum 2. Mai mit dem sowjetischen Oberkommando über die Kapitulation Berlins verhandelte, wurde ihm die Frage gestellt, in welchem Zustand sich Hitler in den letzten Tagen befunden habe. Weidling antwortete, dass er Hitler am 24. April gesehen habe (zum letzten Male hatte er ihn ein Jahr vorher gesehen) und er von seinem Anblick äusserst überrascht gewesen sei. Vor ihm habe eine Ruine gesessen. Hitlers Kopf wackelte, die Hände zitterten, die Stimme war unverständlich und zittrig. Sein Anblick sei von Tag zu Tag schlech-

³⁰ nopajKeHHe repMaHCKoro MMpripnajiH3Ma BO BTOPOK MHPOBOPI BOKHC.
CtaTBu M flOKyiaeHTBi, S. 273, Fussn. 1.

ter geworden. Am 29. April habe er Hitler in seinem letzten Vortrag erklärt, dass er als Soldat sagen müsse, es gäbe keine Möglichkeit mehr, Berlin und Hitler zu verteidigen. Es könne noch eine Möglichkeit für Hitler geben, von hier wegzukommen. Hitler habe geantwortet, es sei zwecklos, hier wegzugehen, denn seine Befehle würden doch von keinem mehr ausgeführt. Bei diesen Verhandlungen waren Krebs (der kurz zuvor von Hitler zum Chef des Generalstabs ernannt worden war – d. Verf.), der Adjutant Hitlers, General der Infanterie Burgdorf, Goebbels und Bormann zugegen.³¹

Hitler habe völlig unrealisierbare Pläne geschmiedet. Noch am 25. April habe er Weidling erklärt, dass sich die Lage bessern müsse, da die 12. Armee des Generals Wenk, die aus südwestlicher Richtung heranrücke, den Gegner angreifen werde. Diese Offensive sollte gegen die Südflanke der Berlin angreifenden sowjetischen Truppen geführt werden. Im Norden sollten die Truppen unter dem Befehl Steiners die sowjetischen Truppen an der Nordflanke angreifen. Diese Offensiven sollten eine Wendung zugunsten der deutschen Truppen herbeiführen.

Weidling wusste, dass das nicht realisierbar war. Die 9. Armee war eingekesselt und hatte schwere Kämpfe zu bestehen. Die Armee Wenks hatte zu dieser Zeit schwere Verluste erlitten. Weidling glaubte auch nicht daran, dass Steiner noch Truppen besass. Weidling hatte den Eindruck, dass in letzter Minute alle, mit Ausnahme von Goebbels, Hitler verlassen hatten.

Der Zersetzungsprozess der Hitlerschen Führungsspitze hatte in diesen Tagen tatsächlich den Höhepunkt erreicht. Sogar ein solcher Apologet des deutschen Militarismus wie der westdeutsche Historiker Walter Görlitz kann sich bei der Beschreibung des schmachvollen Unterganges des faschistischen Reiches verächtlicher Bemerkungen nicht enthalten. «Die höchsten Führer von Partei und Staat», schreibt er, «wirkten jetzt wie die Mitglieder einer Gangsterbande unmittelbar vor ihrer Verhaftung, bei der jeder die eigene Haut in Sicherheit zu bringen sucht.»³² Als erster verschwand Morell. Zum Leibarzt Hitlers wurde ein SS-Arzt, der Chirurg Stumpfegger, ernannt. Der General der Luftwaffe Ritter von Greim flog mit seiner persönlichen Pilotin, Hanna Reisch, davon. Auch Fegelein floh, doch wurde er gefasst und im Garten der Reichskanzlei erschossen. Der

³¹ Ebenda, Anhang V, S. 277.

³² Vgl. *Görlitz*, Oer deutsche Generalstab, S. 700.

Vertreter Ribbentrops im Hauptquartier, Gewein, floh ebenfalls aus der Reichskanzlei, entkam jedoch nur bis in eine Bierkneipe der Schultheiss-Brauerei, wo er sich erschoss.³³

Dies geschah in den letzten Apriltagen. Zu dieser Zeit trafen in der Reichskanzlei ununterbrochen Nachrichten ein, dass die wichtigsten faschistischen Politiker ausserhalb Berlins versuchten, sich einzeln zu retten. Eine grosse Zahl der Anhänger Hitlers wurde nunmehr von dem Gedanken beherrscht, sich vom «Führer» zu trennen, um ein Separatabkommen mit den Westmächten zu erreichen. Es war der gleiche Gedanke, den die Verschwörer auf dem Wege des Attentats vom 20. Juli hatten verwirklichen wollen. Die treuesten Paladine Hitlers wurden nunmehr zu Organisatoren eines Staatsstreichs.

Am 23. April sandte Göring an Hitler einen Funkspruch, in dem er den «Führer» aufforderte, entsprechend dem von Hitler am 1. September 1939 im Reichstag bekanntgegebenen Reichserlass die Regierungsgeschäfte niederzulegen und ihm, Göring, als gesetzlichem Nachfolger, die Macht zu übergeben. Den Eindruck, den dieser Funkspruch auf Hitler machte, beschreibt Boldt, der Adjutant Guderians, des ehemaligen Chefs des Generalstabs des Heeres: «Diese Nachricht traf Hitler wie ein Keulenschlag. Er weinte zuerst wie ein Kind, dann tobte er wie ein Besessener.»³⁴ Als Antwort auf den «Verrat» Görings befahl Hitler, diesen aus der faschistischen Partei auszuschliessen, ihn aller Ämter zu entheben, ihm alle Titel abzuerkennen, ihn zu verhaften und zu töten. Doch fürchtete der «Führer», diesen seinen Entschluss öffentlich bekanntzugeben, da er wusste, dass eine solche Nachricht vor aller Welt offenbaren würde, wie weit der Zersetzungsprozess der faschistischen Führungsspitze fortgeschritten war. Der Berliner Rundfunk berichtete am 27. April lediglich, dass der «Führer» Göring auf dessen eigenes Ersuchen wegen einer Herzkrankheit aller Ämter enthoben habe.

Zu dieser Zeit waren die Verhandlungen Himmlers mit dem Präsidenten des Schwedischen Roten Kreuzes, Folke Bernadotte, die wir bereits erwähnt haben, in vollem Gange. Diese Verhandlungen zogen sich vom 19. Februar bis zum 24. April 1945 hin. Die Pläne Himmlers kommen in folgenden, an Bernadotte gerichteten Worten

³³ Ausführlich siehe bei *E. Kempke*, *Ich habe Hitler verbrannt*, München 1950; *Gerhard Boldt*, *Die letzten Tage der Reichskanzlei*; *Curt Riess*, *Goebbels. Eine Biographie*, Zürich 1949.

³⁴ *Boldt*, S. 72.

zum Ausdruck: «Um möglichst grosse Teile Deutschlands vor der russischen Invasion zu bewahren, bin ich bereit, an der Westfront zu kapitulieren, damit die Truppen der Westmächte so schnell wie möglich nach Osten vorrücken können.»³⁵ Himmler schlug vor, seinen Mittelsmann Schellenberg zu Eisenhower und Churchill zu entsenden, um die Friedensbedingungen auszuarbeiten. Ausserdem wollte er seinen Leibarzt Koersten zu Eisenhower entsenden. Koersten berichtet in seinen Memoiren über den Inhalt der Vorschläge Himmlers, die er Eisenhower überbringen sollte. Es hiess darin, SS und Wehrmacht seien bereit, den Krieg gegen «Russland» fortzusetzen, wenn die Engländer und Amerikaner sich bereit erklärten, einen Waffenstillstand zu schliessen. Mit dem «bolschewistischen Russland» sei es unmöglich, Frieden zu schliessen. Jedes Abkommen würde bedeutungslos sein, denn «Russland» halte Abkommen nicht ein. Es müsse also gekämpft werden, um Europa vor den Schrecken zu bewahren, die es erwarteten, falls der «Bolschewismus» nicht verdrängt werde. Koersten müsse alles tun, um Eisenhower davon zu überzeugen, dass der «wahre Feind der Menschheit Sowjetrussland» sei und dass es nur die Deutschen bekämpfen könnten. Himmler erklärte sich bereit, den Sieg der Westmächte anzuerkennen. Es müsste ihm nur Zeit gelassen und Waffen gegeben werden, um «Russland» zurückwerfen zu können.³⁶

In den allerletzten Tagen des faschistischen Reiches versuchte Himmler mit Feldmarschall Montgomery in Verbindung zu treten. Er beabsichtigte, ihm die gleichen Vorschläge für eine Vereinigung der Kräfte des englischen und deutschen Imperialismus zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion zu machen. Wie Montgomery berichtet, habe Himmler gesagt, dass die Menschenreserven Deutschlands nicht in die Hand der «Russen» fallen dürften, da man sie bald brauchen würde. Bald würden die Engländer gegen die «Russen» kämpfen müssen.³⁷ Es ist interessant, diese Worte mit den Weisungen zu vergleichen, die zu derselben Zeit Churchill Feldmarschall Montgomery erteilte. «Noch bevor der Krieg beendet war», sagte Churchill in seiner Rede in Woodford am 23. November 1954, «zu einer Zeit als sich die Deutschen zu Hunderttausenden ergaben und unsere Strassen von einer jubelnden Menge erfüllt waren, sandte ich

³⁵ Bernadotte, S. 15.

³⁶ Felix Koersten, *Memoirs*. 1940-1945, New York 1957, S. 127 f.

³⁷ *The Memoirs of the Field Marshall B. L. Montgomery*, London 1950, S. 110.

Montgomery eine Depesche, in der ich ihm befahl, sorgfältig alle deutschen Waffen aufzusammeln und aufzubewahren, damit sie erneut an die deutschen Soldaten ausgegeben werden können, mit denen wir Zusammengehen müssten, falls die sowjetische Offensive fortgesetzt würde.»³⁸ Es ist nicht schwer, die gefährliche Analogie zwischen den Plänen Himmlers und denen Churchills herauszufinden. Doch gingen diese Pläne nicht in Erfüllung. Die Hitlerwehrmacht war dem Untergang geweiht, und nichts konnte sie mehr retten. Sie brach unter den vernichtenden Schlägen der sowjetischen Streitkräfte zusammen. Die Führer des faschistischen Reiches erwartete ein schmachliches Ende. Die historische Gerechtigkeit hatte gesiegt.

Himmler wurde von amerikanischen Truppen in der Nähe von Lüneburg festgenommen. Er wusste, dass die Liste seiner Verbrechen so gross und ungeheuerlich war, dass ihn nichts auf der Welt vor dem Galgen retten konnte, und nahm Gift. Göring stellte sich den amerikanischen Truppen. Ribbentrop wurde von englischen Truppen in Hamburg verhaftet; er erklärte sofort, dass er immer in «Opposition» zu Hitler gestanden habe und bereit sei, ausführlich alle Staatsgeheimnisse des faschistischen Reiches preiszugeben.

Sogar in der Reichskanzlei begriff man Ende April, dass der völlige Zusammenbruch des faschistischen Reiches nur noch eine Frage weniger Tage war. In langen Beratungen zwischen Hitler und Goebbels wurde entschieden, dass für den «Führer» nur der eine Weg geblieben sei, seinem Leben durch Selbstmord ein Ende zu machen. Am 29. April setzte Hitler in Anwesenheit von Goebbels, Bormann, der Generale Below, Krebs und des Adjutanten Bergdorf sein «politisches Vermächtnis» auf. Er ernannte eine neue «Regierung», die sich ausnahmslos aus seinen Komplizen aus der Zeit der Herrschaft des Faschismus zusammensetzte. Zum Reichspräsidenten Deutschlands wurde Grossadmiral Dönitz, zum Reichskanzler Josef Goebbels ernannt.³⁹ Am 30. April endeten Hitler und Eva Braun durch Selbstmord. Ihre Leichen wurden von SS-Leuten verbrannt.

³⁸ *Daily Express*, 24. November 1954.

³⁹ Der entsprechend dem Vermächtnis Hitlers gebildeten «Regierung» gehörten ausser Goebbels und Dönitz noch Seiss-Inquart als Aussenminister, Bormann als Parteiminister, Gauleiter Gieseler als Innenminister, als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Hanke an; Feldmarschall Schörner wurde Oberbefehlshaber des Feldheeres, General Jodl, Chef des Stabes des OKW, General Krebs Chef des Generalstabs des Feldheeres und Generalfeldmarschall v. Greim, Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Die Macht in der Reichskanzlei ging auf Goebbels über. Das Stabsquartier des neugebackenen Reichspräsidenten Dönitz befand sich zu dieser Zeit in Flensburg. Nach den aufgefundenen Dokumenten zu urteilen, waren Goebbels und Dönitz entschlossen, mit verteilten Rollen den Versuch einer separaten Kapitulation zu unternehmen, und zwar Goebbels im Osten und Dönitz im Westen. Der Zweck sowohl der einen wie auch der anderen Aktion war ein und derselbe: erstens sollte Zeit gewonnen werden; zweitens sollte versucht werden, die Antihitlerkoalition zu sprengen, und drittens sollten nach Möglichkeit Abmachungen mit den reaktionären Kräften des Westens getroffen werden, um gemeinsam mit ihnen einen neuen Feldzug gegen die Sowjetunion zu beginnen. Bei diesem «Spiel mit verteilten Rollen» trat abermals sehr überzeugend die ehrliche prinzipienfeste sowjetische Politik auf der einen Seite und das unehrliche und gefährliche Verhalten einiger führender Politiker des Westens, besonders Churchills, auf der anderen Seite deutlich zutage.

W.I. Tschuikow, Marschall der Sowjetunion, erklärte in seiner Rede am 21. Juni 1961: «Am 1. Mai um 3.00 Uhr früh traf auf der Befehlsstelle der 8. Gardarmee der Chef des Generalstabes des deutschen Heeres, General Krebs, ein. Er berichtete, dass Hitler am 30. April durch Selbstmord geendet habe, und überreichte ein Schreiben mit der Bitte an das Sowjetische Oberkommando, in Berlin vorübergehend die Kampfhandlungen einzustellen, um eine Basis für Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu schaffen.

Entsprechend den von der Sowjetregierung erlassenen Instruktionen haben wir kategorisch erklärt, dass die Kampfhandlungen nur im Falle einer völligen und bedingungslosen Kapitulation eingestellt würden. Ohne unsere Zustimmung für einen Waffenstillstand erreicht zu haben, kehrte Krebs zur Berichterstattung zu Goebbels zurück.

In der Nacht des 1. Mai wurde bekannt, dass sowohl Goebbels als auch Krebs durch Selbstmord geendet hatten und, wie es hiess, später auch Bormann umgekommen sei. So endeten die Rädelsführer des Faschismus.»⁴⁰

In der Dokumentation «Zur Geschichte der Kapitulation der bewaffneten Streitkräfte des faschistischen Deutschlands», die Unter-

⁴⁰ *npaeda*, 22. Juni 1961.

lagen aus den Archiven des Ministeriums für Verteidigung der UdSSR enthält und als Anhang zu dem Buch «Die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg» veröffentlicht wurde, wird diese Aktion Goebbels ausführlich beschrieben.⁴¹ Wir geben hier einige Details wieder. General Krebs, der beim Stab der 8. Armee eintraf, überreichte Tschuikow drei Dokumente: 1. eine Vollmacht für den General der Infanterie Krebs, Chef des Generalstabs des Heeres, zur Führung von Verhandlungen mit dem «russischen» Oberkommando. Diese Vollmacht war auf einem Formular der Reichskanzlei ausgestellt und mit der Unterschrift und dem Siegel des Leiters der Reichskanzlei, Bormann, versehen. 2. ein Schreiben Goebbels' und Bormanns an den Regierungschef der UdSSR, ebenfalls auf einem Formular und mit dem Siegel der Reichskanzlei.

3. eine Liste der neuen «Reichsregierung» und des Oberkommandos der Wehrmacht Deutschlands gemäss dem Vermächtnis Hitlers. Alle Dokumente waren vom 30. April 1945 datiert. Krebs wurde die Frage gestellt, ob sich die deutsche «Regierung» mit einem analogen Vorschlag an das anglo-amerikanische Oberkommando gewandt habe. Er verneinte und berief sich darauf, dass sie keine Möglichkeit gehabt hätte, mit ihm in Verbindung zu treten. Es ist aber bekannt, dass Goebbels über geheime Kanäle verfügte und mit den Kommandos verschiedener Heeresgruppen in Verbindung stand, denen er beliebig Aufträge erteilen konnte. Es ist deshalb völlig klar, dass Goebbels mit diesem Schachzug ein bestimmtes politisches Ziel verfolgte.

Nachdem Tschuikow Krebs angehört hatte, erklärte er, dass er nicht bevollmächtigt sei, irgendwelche Verhandlungen mit der «Regierung» zu führen; denn es könne nur eine bedingungslose Kapitulation der Berliner Kräftegruppe in Frage kommen.

Tschuikow schlug Krebs aber gleichzeitig vor, nicht wegzugehen, bevor er sich mit den höheren Instanzen in Verbindung gesetzt habe.

Da sich die Verhandlungen etwas verzögert hatten, machte der Stellvertreter des Oberbefehlshabers der 1. Belorussischen Front, Armeegeneral Sokolowski, der zur Teilnahme an diesen Verhandlungen eingetroffen war, Krebs den Vorschlag, den in seiner Begleitung befindlichen Oberst Dufing zusammen mit einem Vertreter des

⁴¹ Vgl. *nopajKewie repMaHCKoro HMnepjjajIM3Ma BO BTopofi MMPOBOY BofHe. CTaTbl H flOKyMeHTbl*, Anhang V, S. 265

sowjetischen Kommandos, Oberstleutnant Gladki, zu Goebbels zu entsenden, dem sie über den Verlauf der Verhandlungen berichten und die sowjetischen Forderungen darlegen sollten.

Oberst Dufing kehrte, nachdem er Goebbels über den Verlauf der Verhandlungen und über die sowjetischen Bedingungen berichtet hatte, zurück und meldete von der Befehlsstelle des 102. Gardeschützenregiments telefonisch an General Krebs, dass Goebbels ihn zur persönlichen Berichterstattung über die Ergebnisse der Verhandlungen zu sich beordere. Vor seinem Weggehen bat Krebs Armeegeneral Sokolowski um endgültige Formulierung der sowjetischen Vorschläge. Dieser formulierte sie wie folgt:

1. Unverzügliche und bedingungslose Kapitulation der Berliner Kräftegruppe.
2. Der gesamten Besatzung Berlins wird das Leben, die Belassung der Orden und der persönlichen Sachen, den Offizieren die Belassung der blanken Waffe und den Verwundeten medizinische Hilfe garantiert.
3. Im Falle der Annahme dieses Vorschlags wird die Sowjetregierung die Mitglieder der neuen deutschen «Regierung» und ihrer verantwortlichen Mitarbeiter entsprechend einer besonderen Liste nicht als Kriegsgefangene betrachten.
4. Den Mitgliedern der «Regierung» in Berlin wird vom sowjetischen Oberkommando die Möglichkeit gegeben werden, sich mit Dönitz in Verbindung zu setzen, um unverzüglich den Regierungen der drei alliierten Mächte vorzuschlagen, in Friedensverhandlungen einzutreten. Das sowjetische Oberkommando übernimmt jedoch keine Garantie dafür, dass die Regierungen der UdSSR, Englands und der USA irgendwelche Verhandlungen mit der deutschen «Regierung» aufnehmen werden.

In dem Bericht von Oberstleutnant Gladki, des Chefs der Aufklärungsabteilung im Stab der 8. Gardedivision, über den Verlauf der Verhandlungen mit Krebs heisst es: «Um 14 Uhr, am 1. 5. 1945, begab sich der General der Infanterie Krebs in die Stellung der deutschen Truppen. Nach dem Weggang Krebs' wurde die Telefonverbindung mit der deutschen Seite aufrechterhalten; die Kampfhandlungen in dem entsprechenden Abschnitt wurden in Erwartung einer endgültigen Antwort Goebbels' nicht wieder aufgenommen. Um 18 Uhr überschritt Goebbels' Bevollmächtigter, ein Oberstleutnant der Waffen-SS, die Frontlinie und übergab dem Befehlshaber

der Armee, Generaloberst Tschuikow, einen Brief. Es war die von Krebs und Bormann unterzeichnete Antwort der deutschen ‚Regierung‘, aus der hervorging, dass die sowjetischen Vorschläge nicht angenommen wurden und die Kampfhandlungen wieder aufgenommen werden würden.

Daraufhin wurde der Oberstleutnant der Waffen-SS unverzüglich zurückgesandt, die Telefonverbindung mit der deutschen Seite unterbrochen und der Angriff gegen die eingeschlossene Berliner Kräftegruppe mit starken Kräften wieder begonnen.⁴²

Während Goebbels in Berlin versuchte, den Angriff der sowjetischen Truppen durch einen «separaten Waffenstillstand» zum Stehen zu bringen oder zumindest zu verzögern, war Dönitz in Flensburg eifrig bestrebt, mit dem englischen und amerikanischen Oberkommando ein Abkommen über eine «separate Kapitulation» der deutschen Streitkräfte im Westen sowie die Fortführung des Kampfes (nach Möglichkeit gemeinsam oder mit Unterstützung der USA und Englands) an der sowjetisch-deutschen Front zu erreichen.

Während die Intrigen Goebbels‘ in Berlin völlig gescheitert waren und er sich gezwungen sah, seinem Leben durch Selbstmord ein Ende zu setzen, konnte Dönitz zumindest beim englischen Oberkommando einen gewissen Erfolg verbuchen.

Nach dem Selbstmord Goebbels‘ bildete Dönitz eine neue «Regierung», die sich fast ausschliesslich aus ehemaligen faschistischen Ministern zusammensetzte. Ihr gehörten an: Schwerin von Krosigk (ehemaliger Reichsfinanzminister), Speer (ehemaliger Reichsminister für Rüstung und Munition), Bakke (ehemaliger Landwirtschaftsminister), Seldte (ehemaliger Arbeitsminister) und Dorpmüller (ehemaliger Postminister).

Am 7. Mai fand ein Treffen zwischen Himmler, der bald darauf in Lüneburg verhaftet wurde, und Dönitz statt, bei dem Himmler seine Aufnahme in die «Regierung» forderte. «Lassen Sie mich dann», sagte er zu Dönitz, «der zweite Mann im Staate sein.»⁴³ Die Pläne Himmlers waren ziemlich einfach. Er sagte: «Als ‚Ordnungsfaktor im mitteleuropäischen Raum‘ sei er mit seiner SS unentbehrlich. Die Zuspitzung der Gegensätze in Ost-West würde so rasch erfolgen, dass er und die SS in drei Monaten ‚das Zünglein an

⁴² Ebenda, S. 268.

⁴³ *Lüdde-Neuratb*, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1951, S. 95 (im Folgenden zitiert: Regierung Dönitz . . .).

der Waage' bilden würden.»⁴⁴ Auch Ribbentrop bot vor seiner Festnahme Dönitz seine Dienste in der «Regierung» an. Doch nach einer Beratung wurde die Teilnahme Himmlers und Ribbentrops an der «Regierung» für ungünstig befunden. Sie sollten vorübergehend in den Hintergrund treten.

Dönitz und Jodl (er war für den Posten des Chefs des Generalstabs vorgesehen) erteilten Befehle zur völligen Einstellung des militärischen Widerstandes im Westen und zur Konzentrierung aller Truppen im Osten. In Ausführung dieser Befehle gab Seipe, der «Gau-propagandaleiter» des Gebiets Weser-Ems, in einer Rundfunkrede in Wilhelmshaven bekannt, dass für den Kampf gegen die «bolschewistische Gefahr» alle Divisionen in seinem «Gau» von der Westfront zurückgezogen und gegen den Osten geworfen worden seien, wo sie, in Erfüllung des vor Hitler abgelegten Eides und in vorbildlicher Disziplin die Befehle des von Hitler ernannten Nachfolgers, des Grossadmirals Dönitz, ausführend, den Kampf mit dem Gegner fortsetzten.⁴⁵

Dönitz nahm sofort Separatverhandlungen mit dem englischen und amerikanischen Oberkommando auf, um seine Pläne einer separaten Kapitulation an der Westfront zu verwirklichen.

Nach dem Zeugnis von Walter Lüdde-Neurath, dem Adjutanten von Dönitz und Autor des Buches «Regierung Dönitz», nahmen die Ereignisse folgenden Verlauf: Generaladmiral Friedeburg erhielt von Dönitz den Auftrag, mit dem englischen Oberkommandierenden Montgomery Verhandlungen über eine separate Kapitulation im Westen aufzunehmen. Wörtlich wurde in dieser Instruktion gefordert: «Rein militärische Teilkapitulationen im gesamten nordwestdeutschen Raum, doch dürfe hierdurch die Absetzbewegung aus dem Osten zu Lande und über See möglichst nicht beeinträchtigt werden.» Mit anderen Worten, die Kampfhandlungen im Westen sollten eingestellt, die Operationen im Osten dagegen weitergeführt werden.

Am Morgen des 4. Mai berichtete Friedeburg, dass Montgomery mit dem Vorschlag unter der Bedingung einverstanden sei, dass die Kapitulation der Hitlertruppen auf alle in Holland und Dänemark stehenden Streitkräfte sowie auch auf die Kriegsmarine ausgedehnt werde.

⁴⁴ Ebenda, S. 96.

⁴⁵ Vgl. *Die Zeitung*, 11. Mai 1945.

Lüdde-Neurath schreibt weiter: Man habe Friedeburg «angedeutet, dass die Rücktransporte weiterlaufen könnten, und dass einzelne Soldaten, die sich an der Demarkationslinie zu ergeben wünschten, in englische Gefangenschaft genommen werden würden»⁴⁶. Der englische Oberkommandierende hat damit offenen Treubruch begangen. Er war damit einverstanden, dass die Hitlertruppen an der deutsch-sowjetischen Front nicht kapitulierten, sondern sich kämpfend nach Westen zu den Engländern zurückzogen, um dort in die Gefangenschaft der Westmächte zu gehen, die sie «bei Bedarf» erneut gegen die SU einsetzen wollten.

Am 5. Mai um 8 Uhr früh trat die separate Kapitulation von Dönitz offiziell in Kraft. Am 6. Mai gab der Stab Dönitz über den Rundfunk bekannt, dass im Westen Waffenstillstand geschlossen sei, während der Krieg gegen die Sowjettruppen im Osten weitergeführt werde. Nach den positiven Ergebnissen der Mission Friedeburgs beim Stab Montgomery hoffte Dönitz, auch mit Eisenhower ein Abkommen über eine separate Kapitulation zu erreichen. Er entsandte General Jodl zum Stab Eisenhowers. Lüdde-Neurath berichtet in dem genannten Buch, dass Jodl beim Chef des Stabes Eisenhower, Bedell Smith, volle Unterstützung gefunden habe. Ein Abkommen über eine separate Kapitulation mit dem amerikanischen Oberkommando wurde jedoch nicht getroffen, da das Hitlerreich unter den Schlägen der Sowjetarmee völlig zusammenbrach. Unter solchen Bedingungen wagten die herrschenden Kreise der USA nicht, ein offenes Bündnis mit den Hitlerfaschisten einzugehen und die Beziehungen zur Sowjetunion abzubreaken. Jodl kehrte mit leeren Händen zurück.

Am 8. Mai wurde in Berlin-Karlshorst die offizielle Kapitulationsurkunde unterzeichnet.

Es ist jedoch aufschlussreich, dass Dönitz auch danach seine Pläne nicht aufgab. Mitte Mai lud er die Leiter der Alliierten Kontrollkommission, den amerikanischen Generalmajor Rooks und den englischen General Foord, zu sich und versuchte lange, sie von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion zu überzeugen. «Die beiden Generale», schreibt Lüdde-Neurath, «schiene sichtlich beeindruckt.»⁴⁷

Diese Intrigen waren Dönitz nur deshalb möglich, weil seine Pläne die volle Unterstützung der reaktionären Kreise Englands und der

⁴⁶ Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz . . . , S. 69.

USA fanden. Diese Pläne scheiterten jedoch an der unvergleichlichen Stärke der Sowjetunion und dem entschiedenen Widerstand der Völker.

Die Flensburger Episode endete mit der Verhaftung des gesamten «Kabinetts» Dönitz (am 23. Mai 1945), dieser selbst wurde als einer der deutschen Hauptkriegsverbrecher vor den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg gestellt.

Das Hitlerreich war nicht durch den inneren antifaschistischen Kampf zusammengebrochen, sondern es war militärisch völlig zer schlagen worden. Die Niederlage des deutschen Imperialismus hatte jedoch weitgehende innenpolitische Folgen. Es wurden die entscheidenden Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands geschaffen. Auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli-Anfang August 1945 fassten die Verbündeten der Antihitlerkoalition Beschlüsse über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands. Ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes begann.

Jedoch nur in einem Teil, nur im Osten Deutschlands wurde eine echte Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens durchgeführt. Die Deutsche Demokratische Republik, der erste echte demokratische Volksstaat in der Geschichte Deutschlands entstand.

Im Westen Deutschlands triumphierten, mit unmittelbarer Unterstützung der Westmächte, die Kräfte der Aggression und des Faschismus. Es ist bezeichnend, dass die gegenwärtigen Machthaber Westdeutschlands das Programm und die Anschauungen der reaktionärsten Teilnehmer der Verschwörung vom 20. Juli 1944 propagieren, sich als deren unmittelbare Nachfolger betrachten. Der deutsche Militarismus übernahm vieles von dem, was die Führer der Verschwörung, die die imperialistische Herrschaft im Lande kurz vor dem Zusammenbruch des faschistischen Reiches retten wollten, schrieben und propagierten. Die Aufdeckung des wahren Wesens dieser Anschauungen ist deshalb in unseren Tagen von aktueller Bedeutung.

⁴⁷ Ebenda, S. 114.

*VII. DIE VERSCHWÖRUNG DES 20. JULI 1944
UND DIE WESTDEUTSCHE
GESCHICHTSSCHREIBUNG*

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik betrachten die Untersuchung der Ereignisse des 20. Juli 1944 als überaus wichtige politische Aufgabe. Die westdeutschen Historiker, die sich mit der Verschwörung befassen, berücksichtigen dabei sorgfältig die Interessen der Bonner Innen- und Aussenpolitik. Die Darstellung der Verschwörung unterliegt hier also Veränderungen, die der jeweiligen Richtung im politischen Kurs Bonns entsprechen.

In der ersten Zeit neigten die westdeutschen Historiker dazu, alle antifaschistischen Kräfte im Lande zur Verschwörung zu zählen und diese als kulminierenden Punkt der antifaschistischen Bewegung in Deutschland darzustellen. Mit einer solchen Konzeption verfolgte man ein bestimmtes politisches Ziel. Die Führer des Bonner Staates versuchten viele Jahre hindurch, sich als unmittelbare Nachfolger der oppositionellen Kreise im Hitlerreich, hauptsächlich als Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli, hinzustellen. Deshalb hefteten sie nicht nur freigebig allen ihnen genehmen Leuten das Etikett der Verschwörer an, sondern waren auch nicht abgeneigt, den Begriff «Verschwörung» selbst auszuweiten und in diesen Begriff alle Erscheinungen des antifaschistischen Kampfes im Verlauf der zwölfjährigen Hitlerherrschaft einzubeziehen. Es wurden sowohl reaktionäre Politiker wie Goerdeler als auch «Abwehrleute» aus der Umgebung Canaris' sowie wahre antifaschistische Patrioten in den Kreis der Verschwörer einbezogen.

Doch in dem Masse, wie die reaktionären Kräfte in Bonn und die Verfechter der Remilitarisierung der Bundesrepublik erstarkten, begann die westdeutsche Geschichtsschreibung von ihrer ursprünglichen These abzurücken. Nunmehr standen Arbeiten im Vordergrund, die beweisen sollten, dass nur diejenigen Kräfte, die unmittelbar an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 teilgenommen haben oder mit deren Vorbereitung zu tun hatten, zu den Kündern und «Propheten» der Demokratie gezählt werden können. In den historischen Abhandlungen verstärkten sich die antikommunistischen Ausfälle, die nach dem Verbot der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik im Jahre 1956 zu einer zügellosen Verleumdung ausarteten.

In dieser Etappe betrachtete die Mehrheit der westdeutschen Historiker übrigens nach wie vor die Verschwörung als ein einheitliches Ganzes und versuchte zu beweisen, dass deren Führungskern die Anschauungen aller Verschwörer, darunter auch die der fortschrittlich gesinnten, bestimmt habe. In den Geschichtswerken dieser Periode wird die demokratische Gesinnung der Männer wie Moltke, Yorck, Trott und besonders Stauffenberg häufig verfälscht, um diese dem Kern der Verschwörung, der Beck-Goerdeler-Gruppe, zuzählen zu können.

Eine weitere Wandlung der westdeutschen Geschichtsschreibung hängt unmittelbar mit dem Erstarren der Reaktion und mit den zunehmenden faschistischen Tendenzen auf ideologischem Gebiet in der Bundesrepublik zusammen. Die westdeutschen Historiker unterziehen immer häufiger den «linken Flügel» der Verschwörung einer scharfen Kritik und heben die Beck-Goerdeler-Gruppe in den Himmel. Einige westdeutsche Historiker sind nahe daran, Stauffenberg und seine Mitverschworenen zu Kommunisten zu erklären. Gleichzeitig rühmen sie solche «Oppositionelle» wie Rommel, Schacht und ihresgleichen.

Die Bonner Historiker gingen so weit, dass sie die Verschwörer des «Verrats» zu bezichtigen begannen, da sie am Untergang des faschistischen Reiches schuld seien. In der Bundesrepublik erscheinen immer häufiger Arbeiten, in denen die Verschwörer beschuldigt werden, die militärischen Anstrengungen Hitlerdeutschlands untergraben und der faschistischen Wehrmacht einen «Dolchstoß in den Rücken» versetzt zu haben. Die neofaschistischen Historiker und Journalisten, ehemalige hohe Beamte und Generäle rufen somit dazu auf, die demokratische Tarnung der wahren Ziele des deutschen Militarismus fallenzulassen und sich nicht mehr als Nachfolger der Verschwörer zu bezeichnen, sondern offen als Nachfolger der deutschen Faschisten zu erkennen zu geben.

Wenn wir von einem Wechsel in der Darstellung der Verschwörung je nach der veränderten innenpolitischen Lage in Westdeutschland sprechen, so haben wir selbstverständlich keine scharfumrissenen Perioden in der Entwicklung der westdeutschen Geschichtsschreibung vor Augen. Es handelt sich namentlich um eine Entwicklungstendenz, die man im Verlauf der Nachkriegszeit verfolgen kann. Der Kampf zwischen den Anhängern der verschiedenen Konzeptionen wurde bereits in den ersten Nachkriegsjahren geführt und

wird auch bis heute fortgesetzt. Mit der Zeit erhalten jedoch immer mehr die reaktionärsten profaschistischen Historiker das Übergewicht. Das spiegelt sich in der Zunahme der reaktionären Anschauungen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft und in ihrem Verfall wider.

In einer Analyse der wichtigsten Werke westdeutscher Historiker über die Ereignisse des 20. Juli wollen wir versuchen, diese Tendenz zu verfolgen und einige charakteristische Besonderheiten herauszustellen.

Sofort nach dem Entstehen einer Geschichtsschreibung zu den Ereignissen des 20. Juli begannen in Westdeutschland Bücher sowohl der Teilnehmer der Verschwörung selbst als auch Bücher von Historikern zu erscheinen, in denen die Verschwörung entweder allgemein als Ausdruck des antifaschistischen Kampfes in Deutschland oder als zentrales Ereignis dieses Kampfes betrachtet wurde. Zu den Historikern, die ähnliche Anschauungen vertreten, gehört Rudolf Pechel, dessen Buch «Deutscher Widerstand» im Jahre 1947 erschien.¹ Er gehört zu jenem Kreis, der eng mit Goerdeler verbunden war. Ebenso wie Goerdeler selbst vertrat auch Pechel äusserst konservative Anschauungen. In seinem Buch jedoch zollt er auch den wahren Kämpfern gegen das faschistische Regime, darunter auch den Kommunisten, Anerkennung. Über die Teilnahme der Kommunisten am antifaschistischen Kampf schreibt er: «Unmittelbar nach der Usurpation der Macht durch Hitler begann die blutige Verfolgung der Kommunisten .. Ihre Führer sassen in den Gefängnissen der Gestapo und in den Konzentrationslagern, und ihnen wurde in Massen der Prozess gemacht... Sie standen so mannhaft vor Gericht, dass selbst den abgebrühten Hitlerrichtern ein kalter Schauer über den Rücken lief wegen der Entschlossenheit und der bedingungslosen Einstellung der Angeklagten gegen den Nationalsozialismus.»² An vielen Stellen seines Buches unterzieht Pechel die an der Verschwörung beteiligten Generäle einer scharfen Kritik. «Die Generäle duldeten alles: die Ermordung von Juden und fremden Staatsangehörigen durch die SS in ihrem Befehlsbereich, die völkerrechtswidrige Erschiessung von gefangenen Sowjetkommissaren und -Soldaten, die Kommunisten waren, die Erschiessung feindlicher Flieger und Fallschirmspringer und viele andere Ungeheuerlichkeiten mehr.

¹ Rudolf Pechel, Deutscher Widerstand, Zürich 1947.

² Vgl. ebenda, S. 68.

Für die Generäle war die Berufung auf den Fahneid nur mehr eine feige Flucht vor dem eigenen Gewissen und der eigenen Verantwortung.»³

Die Tatsache jedoch, dass Pechel der konservativen Gruppe der Verschwörer angehörte, bestimmt seine Anschauungen. Sein Buch gehört zu den Arbeiten jener bürgerlichen Autoren, welche die Teilnehmer der Verschwörung des 20. Juli und die Verschwörung selbst in jeder Weise idealisieren und als wichtigstes Ereignis des antifaschistischen Kampfes in Deutschland hinstellen.

Pechel würdigt die wahren Widerstandskämpfer, die deutschen Antifaschisten, die sich den Sturz des Hitlerregimes zum Ziel gesetzt hatten, weil er, der selbst an der Widerstandsbewegung teilnahm, nicht umhinkonnte, die Selbstaufopferung und das Heldentum der Vertreter des Volkes, der wahren antifaschistischen Kämpfer anzuerkennen.

Dem Buch von Pechel ebenbürtig ist eine Materialsammlung zur deutschen Widerstandsbewegung, die sehr sorgfältig und gewissenhaft von dem Schriftsteller Günther Weisenborn unter dem Titel «Der lautlose Aufstand»⁴ zusammengestellt wurde. Es muss jedoch erwähnt werden, dass Weisenborn sein Buch sechs Jahre nach Erscheinen der Arbeit von Pechel herausgegeben hat, d.h. zu einer Zeit, als bereits das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland und die Fälschung der Geschichte der Widerstandsbewegung in der Bundesrepublik weit fortgeschritten waren. Unter solchen Bedingungen stellte jeder beliebige Versuch, sich mit den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit objektiv auseinanderzusetzen, einen Protest gegen die Vorherrschaft der militaristischen und revanchistischen Ideologie dar. Die objektive Einschätzung der Rolle der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde, der Kommunisten, in der Widerstandsbewegung ist für das Buch Weisenborns kennzeichnend. Er hebt hervor, dass insbesondere aus der Arbeiterklasse die tapfersten Kämpfer gegen das Hitlerregime hervorgegangen sind und dass die Arbeiterklasse die meisten Opfer im Kampf gegen das faschistische Regime zu beklagen hatte. Als Schwäche des Buches von Weisenborn muss jedoch der vorsätzliche Verzicht auf eine Einschätzung der politischen Position der einzelnen Gruppen oder Personen, die aus den verschiedensten Motiven gegen Hitler

³ Ebenda. S. 174 f.

⁴ Vgl. *Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand*. Hamburg 1954.

auftraten, bezeichnet werden. Das führt den Verfasser dazu, dass er in seinem Buch absolut unvergleichbare Grössen auf eine Stufe stellt. Neben dem heldenhaften Kämpfer gegen den Faschismus, dem Kommunisten Anton Saefkow, steht Hitlers Feldmarschall Rommel. Gemeinsam mit den tapferen Kämpfern gegen das faschistische Regime, den Teilnehmern der Studentengruppe «Weisse Rose» steht in der Liste der «Helden des Widerstandes» der Name des ehemaligen Leiters der faschistischen «Abwehr» Canaris.

Aber dessenungeachtet unternimmt Weisenborn den Versuch, sich ehrlich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Seine Arbeit spielt zweifellos eine positive Rolle im Kampf gegen jene reaktionären westdeutschen Historiker, die ihre wichtigste Aufgabe darin sehen, die wahren Antifaschisten zu verleumden und die reaktionärsten Kreise der «Generalsopposition» und der «Bcamtenopposition» zu verherrlichen.

Von den Memoiren der bürgerlichen Teilnehmer der Verschwörung des 20. Juli müssen besonders die der Mitglieder des «Kreisauer Kreises» hervorgehoben werden. Als wichtigste Quelle für das Studium der Tätigkeit des «Kreisauer Kreises» ist Theodor Steltzers Buch «Von deutscher Politik» zu nennen.⁵ Steltzers grosses Verdienst ist es, dass er die wichtigsten Dokumente, die die Tätigkeit des «Kreisauer Kreises» charakterisieren, gerettet und als Anhang zu seinem Buch veröffentlicht hat. Steltzer hebt die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des «Kreisauer Kreises» und den Führern der Verschwörung, Beck, Goerdeler, Hassell u.a., hervor. Gerade durch das Buch von Steltzer kann man auf radikale Anschauungen eines Teiles der Mitglieder des «Kreisauer Kreises» schliessen. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, dass Steltzer vor allem mit den konservativ gesinnten Mitgliedern des «Kreisauer Kreises» sympathisiert, besonders mit Helmuth von Moltke, der den Mittelpunkt dieser Gruppe bildete. Das hat zweifellos die gesamte Konzeption von Steltzers Buch beeinflusst.

Unter den Memoiren anderer Mitglieder des «Kreisauer Kreises» und den Arbeiten, die sich mit der Tätigkeit dieses Kreises beschäftigen, muss besonders das Buch von Harald Poelchau «Die letzten Stunden»⁶ hervorgehoben werden sowie einige andere Werke, in

⁵ Vgl. *Theodor Steltzer*, Von deutscher Politik. Dokumente, Aufsätze und Vorträge, Frankfurt am Main 1949.

⁶ Vgl. *Harald Poelchau*, Die letzten Stunden, Berlin 1949.

denen die Tätigkeit Moltkes, Yorcks, Stauffenbergs u.a. ausführlich dargestellt wird.

Wichtige Informationen über die Verschwörung des 20. Juli liefert die Arbeit «Offiziere gegen Hitler» von Fabian von Schlabrendorff, der selbst aktiv an der Verschwörung teilnahm. Ebenso wie Pechel gehörte Schlabrendorff dem konservativen Flügel der Verschwörung an. Er unterhielt enge Beziehungen zu Beck, Goerdeler und Hassell sowie zu Canaris und Oster. Seine Arbeit wurde ebenso wie die Forschungsarbeit Pechels erstmalig im Jahre 1947 in Zürich veröffentlicht. Er verherrlicht in ihr die militärische Opposition gegen Hitler. Die Memoiren Schlabrendorffs enthalten aber gleichzeitig eine Reihe wertvoller Hinweise, die die Anschauungen demokratisch gesinnter Teilnehmer der Verschwörung charakterisieren. Es muss jedoch betont werden, dass der Verfasser lediglich in der ersten Auflage des Buches verhältnismässig objektiv eine Reihe von Erscheinungen, die mit der Verschwörung des 20. Juli Zusammenhängen, darstellt.^{7 8} Im Jahre 1951 gab Schlabrendorff eine überarbeitete und ergänzte Ausgabe seiner Memoiren heraus. Hier weicht er bereits von seinen früheren Anschauungen ab und vertritt die nunmehr in Westdeutschland propagierte antikomunistische Ideologie. Die «Ergänzungen» dieser zweiten Auflage bestehen oft in antikomunistischen Ausfällen. Besonders wird die heldenhafte Gruppe Schulze-Boysen-Harnack verleumdet; ihr wirft der Verfasser Verbindungen mit ausländischen Mächten vor. Schlabrendorff stellt Betrachtungen darüber an, dass die «Neigung zur Politik» viele antifaschistische Politiker daran gehindert habe (er meint die Kommunisten), die «ethischen Aufgaben» des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus zu erkennen.⁹ Alle diese Einwände sind jedoch nicht stichhaltig, besonders wenn man berücksichtigt, dass Schlabrendorff selbst im Auftrag der faschistischen Spionage Verbindungen zu den Geheimdiensten der Westmächte herstellte.

Die gleiche Entwicklung, die bei dem Verfasser des Buches «Offiziere gegen Hitler» zu beobachten ist, hat auch einer der bedeutendsten unter denjenigen westdeutschen Historikern, die sich mit der

⁷ Vgl. *Marion Gräfin Dönhoff*, Den Freunden zum Gedächtnis, in *Memoriam* 20. Juli 1944, Hamburg 1946; *Eberhard. Zeller*, Geist der Freiheit, München 1956; *Karl Michel*, Ost und West. Der Ruf Stauffenbergs, Zürich 1947.

⁸ Vgl. *Fabian v. Schlabrendorff*, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1946.

⁹ Vgl. *Fabian v. Schlabrendorff*, Offiziere gegen Hitler, Zürich 1951, S. 26 ff.

Geschichte des 20. Juli 1944 befassen, Hans Rothfels, genommen. Das Buch von Rothfels «Die deutsche Opposition gegen Hitler» hat auf die gesamte Entwicklung der westdeutschen Geschichtsschreibung grossen Einfluss gehabt und ist bis heute eine der bedeutendsten Arbeiten der bürgerlichen Historiographie zu den Fragen des Widerstandes und der Verschwörung vom 20. Juli. Auf diese Arbeit müssen wir daher ausführlicher eingehen.

Wenn wir das Buch von Rothfels als einen der ernsthaftesten Versuche der bürgerlichen Historiker, objektiv an das Studium der Probleme der Widerstandsbewegung in Deutschland heranzugehen, bewerten, so meinen wir nur die erste Auflage, die bereits 1949 in Krefeld erschienen ist.¹⁰ In der 2. Auflage, die neun Jahre später, im Jahre 1958, erschien¹¹, hat die Fülle der antisowjetischen und antikommunistischen Tendenzen das Faktenmaterial bereits beträchtlich entwertet. Das Buch von Rothfels wurde zu einer Waffe im Kampf der Bonner Reaktionäre gegen die fortschrittlichen und demokratischen Tendenzen in der westdeutschen Geschichtsschreibung.

Wir wollen uns jedoch der ersten Auflage zuwenden. Rothfels schreibt darin, dass die Westmächte in den ersten Nachkriegsjahren das Bestehen eines deutschen Widerstandes kategorisch verneint und im Zusammenhang damit die Veröffentlichung von Material über den Kampf gegen das faschistische Regime verboten haben. Er berichtet u.a., dass die herrschenden Kreise in Washington im Jahre 1945 einem amerikanischen Korrespondenten in Europa untersagten, «irgendwelche Nachrichten über eine spezifische Opposition gegen Hitler herauszugeben»¹².

Ferner gelangt Rothfels zu der Schlussfolgerung, dass die werktätige Bevölkerung Deutschlands Träger des Kampfes gegen das Hitlerregime war. «Die erste Partei, die gesetzlich verboten wurde», schreibt er, «waren die Kommunisten. Sie sahen sich mit einem Schläge fast aller ihrer Führer beraubt. Aber sie hatten den Vorzug einer Schulung in revolutionärer Technik und schufen so das Muster für die Organisation von Widerstandszellen.»¹³

Rothfels vertritt die Konzeption, dass zu den Teilnehmern der Verschwörung gegen Hitler auch alle Vertreter der antifaschistischen

¹⁰ Vgl. *Hans Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949.

¹¹ Siehe *Hans Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt am Main/Hamburg 1958.

¹² *Hans Rothfels*, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Krefeld 1949, S. 26.

¹³ Ebenda, S. 59.

Widerstandsbewegung gezählt werden müssen. Er schreibt: «Wenn- gleich die Verschwörung durch führende Männer bestimmter gesell- schaftlicher Gruppen geleitet wurde, so umfasste sie doch alle so- zialen Elemente, bürgerliche und militärische, aristokratische und proletarische ..,»¹⁴

Es hat auch den Anschein, als nähme Rothfels Stauffenberg in Schutz, doch tut er das in sehr eigenartiger Weise. Er versucht, Stauffenberg «zu rechtfertigen», indem er ihn gegen die Anschul- digung verteidigt, nicht nur Frieden im Westen, sondern auch im Osten angestrebt zu haben. Zu diesem Zweck zieht Rothfels das gesamte Material, das die wahre politische Position Stauffenbergs charakterisiert, in Zweifel.¹⁵

Das Schlusskapitel, welches Rothfels der 2. Auflage seines Buches zugefügt hat, enthält Äusserungen, die voll und ganz mit der Bon- ner revanchistischen Ideologie übereinstimmen. Rothfels bezeichnet die Führer der Verschwörung als den «Vortrupp eines neuen, von der nationalen Zerrissenheit wie von der Entfremdung durch offene oder anonyme Diktatur zu befreienden Europa»¹⁶. Damit will er die Verschwörung als ein Ereignis darstellen, das gewissermassen dem gegenwärtigen Kurs der Adenauerregierung auf eine Integra- tion Europas mit antisozialistischen und antisowjetischen Zielen vor- gegriffen habe. Hierdurch leugnet Rothfels das Bestehen einer Wi- derstandsbewegung gegen den Faschismus in Deutschland.

Von den Memoiren der Teilnehmer der Verschwörung werden in der Bundesrepublik die Tagebücher Ulrich von Hassells, eines der Führer der Verschwörung, besonders eifrig propagiert.¹⁷ Für die Bewertung seiner Memoiren sind zwei Momente von besonderer Bedeutung: erstens trat Hassell für äusserst minimale Reformen ein, die sogar im Vergleich zur Weimarer Verfassung verstümmelt er- scheinen und absolut nicht darauf abzielten, in Deutschland eine demokratische Ordnung zu errichten. Hassell war mit der Monopol- hierarchie und dem Grossgrundbesitz aufs engste verbunden, er ver- teidigte leidenschaftlich ihre Interessen. Zweitens hielt sich Hassell an die prowestliche Linie, d.h., er strebte den Abschluss eines Se-

¹⁴ Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt am Main/Hamburg 1958, S. 168 f.

¹⁵ Ebenda, S. 201.

¹⁶ Ebenda, S. 176.

¹⁷ Vgl. Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, Tagebuch, Zürich 1948.

paratfriedens mit den Westmächten an, um den Krieg an der sowjetisch-deutschen Front fortführen zu können.

All das lässt Hassell als eine der reaktionärsten Gestalten der Verschwörung erscheinen. Seine Tagebücher sind ein offensichtlicher Beweis für den reaktionären Charakter der Verschwörung im ganzen, ein Beweis für ihre antinationale und antidemokratische Tendenz. Gleichzeitig war in dem «Triumvirat» der wichtigsten Männer der Verschwörung, Beck-Goerdeler-Hassell, gerade Hassell derjenige, der besonders hartnäckig für eine Vereinigung der Anstrengungen der verschiedenen Strömungen unter den Verschwörern zur Ausführung des «Staatsstreichs» eintrat. Deshalb benutzen jene Historiker in Westdeutschland, die die Verschwörung als «einheitliches Ganzes» betrachten, das Tagebuch Hassells zur Bekräftigung ihrer Konzeption, dass aus dem Kreis der Verschwörer Männer wie Stauffenberg und Yorck nicht ausgenommen werden dürfen. Sie müssten im Gegenteil als Anhänger der Linie dargestellt werden, die insbesondere Hassell vertrat.

Zu den Historikern, die die Verschwörung als einheitliches Ganzes darstellen möchten und zu diesem Zweck die Anschauungen des «linken Flügels» der Verschwörer verfälschen, gehört Walter Görnitz, der Verfasser von Arbeiten zur neuesten Geschichte Deutschlands.¹⁸ Görnitz, der in seinen Büchern die Geschichte der Verschwörung ausführlich untersucht, versucht zu beweisen, dass die demokratisch gesinnten Männer der Verschwörung auf den Positionen Becks und Goerdelers gestanden haben. Das Hauptziel der Werke Görnitz' besteht darin, den deutschen Generalstab zu rechtfertigen. Deshalb versucht er zu beweisen, dass die Verschwörung das Werk der Generäle gewesen sei und dass damit die Generalität ihre hitlerfeindlichen Bestrebungen unter Beweis gestellt habe. Das Schicksal des deutschen Generalstabs verknüpft Görnitz unmittelbar mit dem Schicksal der Verschwörung. «Mit der Übernahme des Oberbefehls des Ersatzheeres durch Himmler und dem Scheitern der Verschwörung», schreibt er in dem Buch «Der deutsche Generalstab», «endete die Geschichte des deutschen Generalstabs als selbständig denkender und reagierender militärischer Institution.»^{18 19}

¹⁸ Siehe *Walter Görnitz*, *Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945*, Frankfurt am Main 1950; derselbe, *Der zweite Weltkrieg 1939-1945*, Bd I-II, Stuttgart 1951-1952.

¹⁹ *Görnitz*, *Der deutsche Generalstab*, S. 672.

Das Ziel Görlitz' ist klar: durch die Herstellung einer engen Verbindung zwischen dem Generalstab und der Verschwörung versucht er, die deutschen Generäle, die Hitler auf Treu und Glauben gedient haben, als Hitlergegner darzustellen. Daraus zieht er folgende Schlussfolgerung, mit der er sein Buch abschliesst: «Die Anklage des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg, dass der Generalstab zu denjenigen Organisationen gehört habe, welche an der Entfesselung des zweiten Weltkrieges führend beteiligt gewesen seien, liess sich daher nicht aufrechterhalten.»²⁰ Damit gibt Görlitz das Ziel aller seiner Untersuchungen preis.

Görlitz stellt Stauffenberg als eifrigen Anhänger des «prowestlichen» Kurses Becks und Goerdelers dar. Er schreibt: «In militärischer Hinsicht plante Stauffenberg... im Westen sofort den Abschluss eines Waffenstillstandes..., um alle kampfkraftigen Divisionen, vor allem die Panzereinheiten, für die Behauptung der Ostfront frei zu bekommen.»²¹

In der Arbeit «Der zweite Weltkrieg» geht Görlitz noch weiter. Hier stellt er Stauffenberg beinahe als den Hauptgegner einer gleichzeitigen Beendigung des Krieges sowohl an der West- als auch an der Ostfront und der Errichtung einer demokratischen Ordnung in Deutschland dar. Die Tatsache, dass er damit in direkten Widerspruch zur historischen Wahrheit gerät, bringt die westdeutschen Historiker kaum in Verlegenheit. In Görlitz' Büchern spiegelt sich der Faschisierungsprozess des gesamten westdeutschen Lebens deutlich wider. Seine Bücher strotzen von verleumderischen Ausfällen gegen die Sowjetarmee und die sowjetische Aussenpolitik.

In den letzten Jahren nahm in der westdeutschen Geschichtsschreibung eine noch reaktionärere Konzeption die beherrschende Stellung ein. Ihre Anhänger begrenzen den Kreis der «wahren» Verschwörer auf Erzreaktionäre wie Goerdeler und Hassell, Schacht und Popitz, Canaris und Nebe, Rommel und Stülpnagel. Viele Historiker in der Bundesrepublik fordern nunmehr dazu auf, alle demokratisch gesinnten Kräfte von der Verschwörung abzugrenzen und sie zu «Feinden des Vaterlandes» zu erklären.

Wie immer auch die westdeutschen Historiker, die sich an die oben angeführte Konzeption halten, versuchen mögen, sich in Worten von solchen offensichtlichen Agenten wie Dulles und Gisevius zu distan-

²⁰ Ebenda, S. 703.

²¹ Ebenda, S. 654.

zieren, so kann man doch in den Memoiren der letzteren den Schlüssel zum Verständnis der Zielsetzungen vieler bürgerlicher Gegenwartsschichtschreiber der Verschwörung finden. Kein anderer als der ehemalige Leiter des amerikanischen Geheimdienstes in Europa, Allen Dulles, war bei den Arbeiten vieler westdeutscher Historiker tonangebend. Es ist bezeichnend, dass wir die wichtigsten Angaben über die Tätigkeit der Führer der Verschwörung, die die bürgerlichen Historiker als höchsten Ausdruck der Widerstandsbewegung in Deutschland darstellen möchten, vom Leiter eines ausländischen Geheimdienstes erfahren. Mehr noch, aus den Memoiren Dulles²² geht hervor, dass die Tätigkeit der Verschwörer nicht selten von ausländischen Geheimdiensten gelenkt wurde.

In diesem Zusammenhang sind die Memoiren eines der deutschen Agenten Dulles', Hans Bernd Gisevius', der gleichzeitig eine bedeutende Stellung in der faschistischen «Abwehr» innehatte, von besonderem Interesse. Im Vorwort zum 2. Band seines Buches «Bis zum bitteren Ende» versucht Gisevius allerdings in jeder Weise die Anschuldigung zu widerlegen, dass er gleichzeitig im Dienste der faschistischen und der amerikanischen Spionage gestanden habe. Aus dem Text seines Buches ist jedoch ersichtlich, dass Gisevius derartige Beziehungen zum «CIC» unterhalten hat, dass seine Rolle als Doppelagent keinem Zweifel unterliegen kann. Zur Rechtfertigung seiner Kontakte zu Dulles schreibt Gisevius, dass das Büro Dulles' in Berlin «ein Zentrum der europäischen Resistance» wurde.²³

Als Helden erscheinen im Buch von Gisevius solche Reaktionäre wie Schacht, Canaris, Popitz und Goerdeler. Er spendet ihnen reichlich Lob. Gisevius, der das Gefühl für das rechte Mass verloren hat, stellt den Chef der faschistischen «Abwehr», den Initiator vieler Provokationen und geheimer Morde, als einen Menschen dar, der die Gewalt, Hitler und das System hasste und den Krieg verabscheute.²⁴ All das wird über einen berufsmässigen Provokateur und Spion gesagt, der so viele Menschenleben auf dem Gewissen hat. Voll Begeisterung spricht Gisevius auch von Goerdeler. Einen ganz anderen Ton schlägt er jedoch an, wenn er über Stauffenberg schreibt. Gisevius nennt ihn den Vertreter des «militanten Sozialismus»²⁵.

²² *Allen Welsh Dulles*, Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949.

²³ *Hans Bernd Gisevius*, Bis zum bitteren Ende, Bd II, Zürich 1948, S. 284.

²⁴ Ebenda, S. 232.

²⁵ Ebenda, S. 289.

Nach seinen Worten hat auch gerade Stauffenberg, der die radikalste Position unter den Verschwörern einnahm, den Nazis Sympathien entgegengebracht.

Gegenwärtig passen die Vertreter der offiziellen Bonner Geschichtsschreibung ihre Einschätzungen der führenden Männer der bürgerlichen Opposition immer mehr den Anschauungen von Dulles und Gisevius an.

Unter der Vielzahl der Geschichtswerke, in denen diese Position ihre Widerspiegelung findet, verdient das Buch von Gerhard Ritter «Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung»²⁶ besondere Beachtung.

Ritter gehört neben Rothfels zu den führenden Historikern Westdeutschlands. Doch betrachten Rothfels und Ritter die Verschwörung von verschiedenen Gesichtspunkten. Während Rothfels alle Vertreter der Widerstandsbewegung in die Verschwörung einbezieht und sogar über die Rolle der Arbeiterklasse und der Werk tätigen im Kampf gegen das Hitlerregime schreibt, anerkennt Ritter lediglich die «Spitzen» der Verschwörung, Goerdeler und seinen engsten Kreis. Er fällt wütend über alle demokratisch gesinnten Kräfte her, die zur Verschwörung stiessen, aber nicht die reaktionären Anschauungen teilten.

Neben dem Helden seines Buches, Carl Goerdeler, rühmt Ritter Leute wie Haider, Stülpnagel, Hassell, Popitz u.a.

Als wichtigstes Kriterium für die Bewertung der Rolle eines Teilnehmers der Verschwörung betrachtet Ritter dessen «antibolschewistische» Anschauungen, mit anderen Worten, dessen Hass gegenüber dem sozialistischen Staat, gegenüber dem Fortschritt. Den eigentlichen Sinn der Verschwörung sieht er nicht einmal in dem Ziel der Beseitigung Hitlers, sondern in dem Programm zur Schaffung einer gemeinsamen antisowjetischen Front aller Kräfte der Reaktion in den westlichen Ländern.

Besonders eifrig propagiert Ritter das sogenannte europäische Programm der Verschwörer, in dem er den Prototyp der gegenwärtigen Politik der «Integration Europas» der Bonner Revanchisten erblickt. Er schlägt eine Brücke von den Konzeptionen der Beck-Goerdeler-Gruppe unmittelbar zur gegenwärtigen Bonner Politik. «Die politischen Ideale dieser Bewegung, am reinsten und umfassendsten von

²⁶ Siehe *Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954.

Carl Goerdeler vertreten», schreibt er, «haben sich seither als gesund und zukunftsfruchtig erwiesen, sowohl für Deutschland wie für Europa und die Welt.» – Ritter erklärt weiter, dass in der gegenwärtigen Situation, wie sie sich in Westdeutschland herausgebildet habe, die Projekte Goerdelers voll und ganz zu verwirklichen seien und der gegenwärtigen Politik zugrunde gelegt werden müssten.²⁸

Ritter verteidigt Goerdeler und einige andere Führer der Verschwörung und betont gleichzeitig, dass er weit davon entfernt sei, die Verschwörerertätigkeit in der Armee zu rechtfertigen. Ritter sucht somit eine Annäherung an jene westdeutschen reaktionären Historiker, die die Aktionen der Verschwörer überhaupt als ungesetzlich betrachten und sie als Verräter an der «legalen» (d.h. faschistischen – d. Verf.) Staats- und Armeeführung betrachten.

Die neueste bürgerliche Geschichtsschreibung rühmt neben Goerdeler auch andere Vertreter der rechtsstehenden Kreise der Verschwörer wie Schacht, Canaris, Rommel u.a. Es ist bereits eine ziemlich umfangreiche Literatur über die Tätigkeit des grössten deutschen Bankiers Schacht und seine Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli vorhanden.²⁹

Schacht wird auch in einer Reihe von Arbeiten amerikanischer Historiker, besonders von Peterson und Beck³⁰, herausgestellt. Diese Bücher befassen sich mit dem «Finanzgenie» Hitlers. Schacht wird als weitblickender Politiker dargestellt, der den Zusammenbruch Hitlerdeutschlands vorausgesehen habe und immer gegen Hitler aufgetreten sei.

Auch über Canaris ist eine umfangreiche Literatur erschienen. Hervorzuheben wäre das Buch des bekannten westdeutschen Historikers Carl Abshagen, das in der Bundesrepublik weite Verbreitung gefunden hat. Abshagen bezeichnet Canaris als «Patrioten und Weltbürger»³¹.

Canaris hatte viele Anhänger in England gefunden. Das ist begreiflich, war doch der Chef der faschistischen «Abwehr» aufs engste mit dem englischen Geheimdienst verbunden. In England ist ein Buch

²⁷ Ebenda, S. 437.

²⁸ Ebenda, S. 333.

²⁹ Siehe *Hjalmar Schacht*, Abrechnung mit Hitler, Hamburg-Stuttgart 1948; derselbe, *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953; *Dieter Ehlers*, Die Methoden der Beck-Goerdeler-Verschwörung, Beilage zum *Parlament*, 19. Januar 1955.

³⁰ Siehe *E. N. Peterson*, *Hjalmar Schacht for and against Hitler*, Boston 1954; *Carl R. Beck*, *Verdict on Schacht*, Florida State University 1955.

³¹ *Karl Heinz Abshagen*, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1950.

von Colvin über Canaris, «Chief of Intelligence»³², weit verbreitet. In diesem Buch wird der Chef der faschistischen Spionage als halb-legendäre Persönlichkeit, als «Übermensch» dargestellt, der sich sowohl durch persönliche Tapferkeit als auch durch humane Anschauungen ausgezeichnet habe.

In der Geschichtsliteratur über die Verschwörung nehmen die Bücher über Rommel einen besonderen Platz ein. Es gibt wohl keinen einzigen Hitlergeneral, über den soviel geschrieben wurde wie über Rommel.

Im Jahre 1950 wurden die von Rommel hinterlassenen Memoiren unter dem Titel «Krieg ohne Hass»³³ veröffentlicht. Herausgeber der Memoiren Rommels sind seine Frau, Lucie-Maria Rommel, und der ehemalige Chef des Stabes der Panzerarmee in Afrika, Generalleutnant Fritz Bayerlein. Die Herausgeber haben selbstverständlich die Aufzeichnungen des Hitlerfeldmarschalls sorgfältig präpariert. Ihnen sollte jener Charakter verliehen werden, der Rommel in den Augen der heutigen Verfechter der Idee einer «heiligen Allianz» des deutschen Militarismus mit der anglo-amerikanischen Reaktion im Kampf gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder so populär machte.

Auch das Buch «Invasion 1944» von Hans Speidel, ehemaliger Chef des Stabes der Armee Rommels in Frankreich, verfolgt das Ziel, die Idee eines Bündnisses zwischen den westdeutschen und den anglo-amerikanischen Militaristen zu propagieren. Dieses Buch befasst sich im Wesentlichen mit der Beschreibung der Pläne zum Abschluss eines Separatfriedens mit England und den USA, mit denen man sich im Stab der Armee Rommels trug.

Speidel vergleicht die Pläne Rommels mit der jetzigen Politik zur Schaffung eines «integrierten Europas» zum Zwecke der Konzentrierung aller Kräfte der Reaktion für den Kampf gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Er schreibt, dass das Ziel der Pariser Gruppe der Verschwörung die «Vorbereitung eines schöpferischen Friedens im Rahmen der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘» gewesen sei.³⁴

Einen besonderen Platz in der Geschichtsliteratur nimmt das Buch

³² *Jan Colvin*, Chief of Intelligence, London 1951.

³³ Siehe *Erwin Rommel*, Krieg ohne Hass, Heidenheim-Brenz 1950.

³⁴ *Hans Speidel*, Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal, Stuttgart 1949, S. 92.

des Kriegsverbrechers Adolf Heusinger «Befehl im Widerstreit» ein.³⁵ Mit diesem Buch wird ein doppeltes Ziel verfolgt: erstens soll der Verfasser selbst als Gegner Hitlers, als Teilnehmer der Verschwörung gegen Hitler dargestellt und zweitens soll der deutsche Militarismus in den Augen der englischen und amerikanischen Imperialisten «rehabilitiert» werden, indem er als Initiator und als konsequenter Verfechter der Politik eines «Kreuzzuges» aller Kräfte des Imperialismus gegen die UdSSR hingestellt wird.

Heusinger ist einer der Organisatoren der Aggressionen Hitlers, er leistete ihm treue Dienste. Heusingers ungeheuerliche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion wurden in den Ende 1961 veröffentlichten Mitteilungen der Ausserordentlichen Staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutsch-faschistischen Eindringlinge aufgedeckt. Die Sowjetregierung richtete in diesem Zusammenhang an die Regierung der USA eine Note und forderte, den faschistischen Mörder an die sowjetischen Behörden auszuliefern, um ihn wegen seiner Verbrechen vor Gericht stellen zu können.³⁶

Heusinger war zwar tatsächlich über die Pläne der Verschwörer unterrichtet, doch spielte er in der Verschwörung eine ziemlich zwielfichtige Rolle. Wie nunmehr dokumentarisch bewiesen ist, hat er viele Offiziere, die in die Verschwörung verwickelt waren, an die Gestapo verraten.³⁷ Dafür wurde Heusinger aus seiner kurzen Haft entlassen, und es stand seiner weiteren militärischen Karriere unter Hitler nichts mehr im Wege. Am Ende des Krieges war er sogar einige Monate Chef des Generalstabs des faschistischen Heeres. Eine umfangreiche Arbeit über die Pariser Verschwörergruppe und Rommel hat der westdeutsche Historiker Wilhelm Schramm veröffentlicht.³⁸ Schramm ist einer der reaktionärsten Historiker in der Bundesrepublik. In seinen Arbeiten treten offen faschistische Tendenzen zutage. Er betrachtet nur die Ziele der Verschwörergruppe in Paris, die den Abschluss eines Separatfriedens mit dem Westen anstrebte, als annehmbar. Er schreibt, die Pariser Gruppe der Verschwörer habe den «Geist der Freiheit» verkörpert. Das Buch

³⁵ *Adolf Heusinger*, *Befehl im Widerstreit*, Stuttgart 1950.

³⁴ *ИпаВда*, 13. Dezember 1961.

³⁷ Vgl. *Joachim Hellwig / Hans Oley*, *Der 20. Juli und der Fall Heusinger*, Berlin 1959; *J. Krüger / J. Schulz*, *Kriegsverbrecher Heusinger. 45 Jahre im Solde des deutschen Imperialismus*, Berlin 1960.

³⁸ Siehe *Wilhelm von Schramm*, *Der 20. Juli in Paris*, Bad Wörishofen 1955.

Schramms enthält wütende Ausfälle gegen die Sowjetunion. Er bedauert, dass die Westmächte die Gelegenheit versäumt hätten, alle Truppen Hitlerdeutschlands an der sowjetisch-deutschen Front zum Kampf gegen die Sowjetunion zu konzentrieren. Von den gleichen apologetischen Positionen aus ist auch das Buch des westdeutschen Historikers Koch über Rommel geschrieben.³⁹

Somit sind wir bei der offen neonazistischen Literatur angelangt, deren Hauptanliegen darin besteht, das Hitlerregime zu rechtfertigen.

In dem Buch des SS-Generals Paul Hausser, «Waffen-SS im Einsatz»⁴⁰, werden die SS-Einheiten verherrlicht. Der Verfasser stellt die SS als Träger der «europäischen Idee» dar.

Noch umfangreicher ist die Literatur, die sich die Rehabilitierung der Generäle, die Hitler treu blieben, und des gesamten deutschen Generalstabs zum Ziel setzt. Hierher gehören unter anderem die Memoiren Haiders, Kesselrings und Mansteins.⁴¹

Schliesslich sind in der letzten Zeit auf dem Büchermarkt in Westdeutschland immer mehr Arbeiten erschienen, die die Hauptvertreter der faschistischen Führungsspitze reinwaschen sollen. Es sind dies vor allem die nachgelassenen Aufzeichnungen der Führer des Hitlerreiches selbst. Es erschienen die Memoiren von Dönitz und Ribbentrop, die Tagebücher von Goebbels⁴² und ein sogar im faschistischen Deutschland nicht veröffentlichtes Buch Hitlers. Diese «Neuheit» erschien unter dem Titel «Hitlers zweites Buch» und wurde vom Münchner Institut für Zeitgeschichte mit einem Vorwort von Hans Rothfels herausgegeben.⁴³

Zur gleichen Gattung der faschistischen Literatur gehören auch die Werke der Anhänger des Hitlerregimes, die offen alle Gegner des Faschismus verunglimpfen und die Verschwörer als «Vaterlandsverräter» bezeichnen. Besondere Beachtung verdient das Büchlein des faschistischen Majors (und späteren Generals) Ernst Remer, mit dessen Hilfe die Verschwörung in Berlin unterdrückt wurde. Remer

³⁹ Siehe *Lutz Koch*, Erwin Rommel. Die Wandlung eines grossen Soldaten, Stuttgart 1952.

⁴⁰ *Paul Hausser*, Waffen-SS im Einsatz, Göttingen 1953.

⁴¹ Siehe *Franz Haider*, Hitler als Feldherr, München 1949; *Albert Kesselring*, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953; *Erich v. Manstein*, Verlorene Siege, Bonn 1955.

⁴² Siehe *Karl Dönitz*, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958; *Joachim Ribbentrop*, Zwischen London und Moskau, Leone am Starnberger See 1953; Das Tagebuch von Joseph Goebbels, Stuttgart 1960.

⁴³ Siehe Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, Stuttgart 1960.

rechtfertigt in jeder Weise die Vergeltungsmassnahmen Hitlers gegenüber den Verschwörern. «Ich würde es jedoch nicht wagen», schreibt er anmassend, «in einer so heiklen Frage das Wort zu ergreifen, wenn ich nicht auch heute noch von der Notwendigkeit meines Eingreifens am 20. Juli 1944 überzeugt, ja sogar entschlossen wäre, in ähnlicher Lage wieder ebenso zu handeln.»⁴⁴

Unter den Büchern, die die Hitlerpolitik verherrlichen und die Verschwörung als einen «Akt des Verrats» darstellen, nehmen die Memoiren ehemaliger Gestapoleute und faschistischer Spione einen immer grösseren Raum ein. Hier müssen besonders die Memoiren von Hoettl, einem der Mitarbeiter des RSHA, und die von Schellenberg, der zu den nächsten Mitarbeitern Himmlers gehörte, erwähnt werden.⁴⁵ In diesen Büchern wird die Version der Gestapo dargelegt, d.h., die Verschwörung wird als der Versuch einer Offiziersclique, den Sturz des «legalen Regimes» in Deutschland (des Hitlerregimes) herbeizuführen, dargestellt. Die Gestapoleute, die nach dem Krieg ihre Memoiren veröffentlichten, rechtfertigen die Grausamkeiten der faschistischen Henker und die blutige Abrechnung der SS und der Gestapo mit den Verschwörern.

In Westdeutschland hat die Veröffentlichung der Memoiren des Stellvertreters Himmlers, Kaltenbrunner, die Ende 1961 erschienen, grosses Aufsehen erregt. Das Buch, das im Wesentlichen Vorträge Kaltenbrunners bei Hitler enthält, ist formal vom «Archiv Peter» unter dem Titel «20. Juli – Spiegelbild einer Verschwörung» herausgegeben worden.⁴⁶ Doch stehen hinter dieser Veröffentlichung äusserst einflussreiche neonazistische Kreise.

Diese profaschistische Veröffentlichung hat sogar bei vielen reaktionären westdeutschen Zeitungen Empörung hervorgerufen. So schrieb z.B. «Die Welt», dass die Memoirensammlung Kaltenbrunners voller «beleidigender» Ausfälle sei. «Lugt da nicht, wie auf dem Umschlag, ein halbes Hakenkreuz heraus?»⁴⁷

Die Publikation der Berichte Kaltenbrunners ist ein anschauliches Zeugnis dessen, wie weit der Faschisierungsprozess des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik vorangeschritten ist. Das Zen-

⁴⁴ *Otto Ernst Remer*, 20. Juli 1944, Hamburg 1951, S. 7.

⁴⁵ Siehe *Walter Hagen (Hoettl)*, *Die geheime Front*, Linz-Wien 1950; *Walter Schellenberg*, *The Labyrinth. Memoirs*, New York 1956.

⁴⁶ Siehe *20. Juli – Spiegelbild einer Verschwörung*, hg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation, Stuttgart 1961.

⁴⁷ *Die Welt*, 11. September 1961.

tralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands «Neues Deutschland» weist darauf hin, dass das Erscheinen dieses Sammelwerkes ein Zeichen dafür ist, dass in der westdeutschen Politik die offen faschistischen Elemente ein immer grösseres Übergewicht erlangen und eine Abrechnung mit allen jenen fordern, die das faschistische Regime auch nur im Geringsten zu kritisieren versuchen.

In diesem Zusammenhang verdient auch eine andere Mitteilung des «Neuen Deutschland» Aufmerksamkeit. Die Zeitung berichtete am 16. Dezember 1961, dass auf Befehl des Kriegsministers der Bundesrepublik, Strauss, eine Säuberung der Bundeswehr von allen «verdächtigen Elementen» durchgeführt werden sollte. «Besonders durchleuchtet» und aus Führungspositionen ausgeschaltet werden sollen alle Offiziere, die einmal in sowjetischer Kriegsgefangenschaft oder am Offiziersputsch des 20. Juli 1944 beteiligt waren.»⁴⁸

Die Entwicklung in Westdeutschland hat in der letzten Zeit einen Charakter angenommen, der den Frieden sehr gefährdet. Die Bundesrepublik Deutschland wurde zu einem bedrohlichen Kriegsbrandherd in Europa. N.S. Chruschtschow sagte auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, die Bonner Revanchisten haben mit Hilfe der amerikanischen Imperialisten «wieder eine Armee für eine neue Aggression geschaffen. Die westdeutschen Militaristen möchten gern die Labilität der Lage in Europa ausnutzen, um ihre ehemaligen Gegner, die Mächte der Antihitler-Koalition, aufeinanderprallen zu lassen. Sie träumen davon, sich die Deutsche Demokratische Republik einzuverleiben, andere Nachbarländer zu unterjochen und für die Niederlage im zweiten Weltkrieg Revanche zu nehmen.»⁴⁹ Unter solchen Bedingungen ist die Aufdeckung der Ziele und Methoden des westdeutschen Militarismus eine überaus wichtige und aktuelle Aufgabe.

⁴⁸ *Neues Deutschland*, 16. Dezember 1961.

⁴⁹ N.S. Chruschtschow, Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des 1. Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Oktober 1961, Berlin 1961, S. 43.

Die nachstehend abgedruckten Aufzeichnungen über die Vorgänge am 20. Juli 1944 in der Bendlerstrasse sind dem Tagebuch des Stabsgefreiten Karl Berlin (geb. am 31. März 1915, umgekommen am 21. oder 22. Dezember 1944 in Ungarn) entnommen, der damals Kradmelder beim OKH/AHA in der Bendlerstrasse war. Der Bericht wurde dem Verlag freundlicherweise von Frau Maria Hilbrandt zur Verfügung gestellt.

Die Aufzeichnungen wurden der geltenden Rechtschreibung angeglichen und stilistisch geringfügig überarbeitet.

Der Verlag

Mein Erlebnis am 20. Juli 1944

Ich war z.Z. bei einer Kradstaffel in Berlin, die dem OKH/AHA¹ unterstellt war. Unsere Schlafgelegenheit war in der Seydlitzstrasse 10 in Moabit bei der 1. Kraftfahrabteilung. Die Kradstaffel war 1 Offizier und 9 Mann stark. An diesem 20. Juli fuhren ich und Uffz. Krüger zur Dienststelle in der Bendlerstrasse 11-13.

Am frühen Vormittag musste Uffz. Krüger mit dem Beiwagenkrad und Major Hayjessen zum Polizeipräsidium fahren. Auf Befragen durch Uffz. Krüger sagte der Major, dass sofort Truppeneinheiten aufgestellt werden, die eventuelle feindliche Fallschirmtruppen bekämpfen sollen. Das aufgeregte Gehabe der Offiziere fiel auf.

Am frühen Morgen war der Oberst Graf Stauffenberg mit seinem Ordonnanzoffizier Oberleutnant v. Haefen zum Führerhauptquartier geflogen zur Lagebesprechung.

Noch am Vormittag kam Stauffenberg zurück, war sehr aufgereggt, ging auf sein Dienstzimmer und war von Stund an nicht mehr zu sehen. Bis 17 Uhr war nun nichts Auffälliges zu bemerken. Um 17 Uhr kam Graf Helldorf, der Polizeipräsident von Berlin, hinter ihm wurde das Haupttor im Bendlerblock geschlossen und mit Offiziersposten besetzt. Ich und Uffz. Krüger bekamen von Olt. v. Haefen den Befehl, uns zu seiner persönlichen Verfügung zu halten. Daraufhin hielten wir uns vor dem Dienstzimmer der BdE² auf. Um 18 Uhr kamen zwei Offiziere vom SD. Olt. v. Haefen nahm beide in Empfang. Der Oberführer vom SD wünschte Stauffenberg zu sprechen. Haefen ging beide dem Oberst Stauffenberg melden und kam mit der Weisung zurück, beide im Zimmer des OvD³ unterzubringen. Der Oberführer ging auch in das Zimmer rein, während sein Adjutant mit den Worten: «Danke, ich bleibe draussen!» ablehnte. Daraufhin erschien ein junger Leutnant, der in auffälliger Weise immer die eine Hand hinter der Aktentasche versteckt hielt und mich

¹ Oberkommando des Heeres / Allgemeines Heeresamt.

² Befehlshaber des Ersatzheeres.

³ Offizier vom Dienst.

auch von meinem Platz verwies, so dass ich bis zur Treppe (Fahrstuhl) zurückgehen musste. Anstelle Stauffenbergs kam der Oberst Jäger und liess den Oberführer in ein kleines Eckzimmer eintreten, während der Adjutant über die Haupttreppe verschwinden wollte. Er wurde aber an der Treppe von dem Leutnant mit der Aktentasche mit den Worten: «Bitte bleiben Sie stehen» aufgehalten. Der Leutnant vom SD weigerte sich und sagte: «Ich kann doch gehen, wo ich will.» «Das dürfen Sie nicht!» war die Antwort. Der Leutnant zog die Hand hinter der Aktentasche hervor, wo er eine Pistole versteckt gehalten hatte, und bedrohte den Offizier vom SD mit der Waffe.

Der Letztere wollte sich beschweren, aber es war vergebens, er musste auch in das Eckzimmer, wo schon sein Chef sass. Oberst Jäger liess zwei Soldaten von der Wache mit ihren Karabinern raufkommen. Oberst Jäger liess beide Offiziere vom SD entwaffnen; Er wies beide Soldaten ein, stiess sie förmlich in das Zimmer, und drei Offiziere sprangen gleich mit ihren Pistolen hinterher. Zwei gefährliche Leute waren kaltgestellt, niemand von uns ahnte auch nur, was dahinter steckte. Kurze Zeit danach kam die Sondermeldung durch den Rundfunk, dass ein Attentat auf den Führer verübt worden ist. Daraufhin erschien der General Kortzfleisch und wollte Generaloberst Fromm sprechen. General Olbricht verstand dieses zu verhindern. Generaloberst Fromm wollte noch einmal seine Offiziere sprechen, auch dieses verhinderte Olbricht. Durch einen gefälschten Befehl vom Führer wurde Fromm aus dem Sattel gehoben und damit kaltgestellt und Olbricht als Befehlshaber des Ersatzheeres eingesetzt. General Kortzfleisch wollte das Haus wieder verlassen, ein blutjunger Leutnant läuft ganz offen mit der Pistole hinter ihm her. Ich wusste jetzt nicht mehr, was ich von der ganzen Sache halten sollte. General Kortzfleisch wurde unten nicht mehr rausgelassen und kam den anderen Ausgang wieder rauf. Ging zu Olbricht, und nach Erkennen der Lage unternahm er einen Fluchtversuch, der aber misslang. Unter viel Gebrüll wurde K. wieder gefangen von zwei Offizieren und wieder zu Olbricht gebracht, wo er bis auf weiteres festsass. Einige Stunden verlief nun wieder alles ruhig im Block. Da niemand auf die Strasse durfte und wir auch weiter nichts zu essen hatten, wurde für Essen gesorgt. Ich hatte mich dann auf dem Flur zum Schlafen in eine Ecke gelegt, als ich plötzlich durch eine wilde Schiesserei und Rufe wie «Verräter» aufgeschreckt wurde. Feldwebel Ziegler kam aufgeregt angelaufen, niemand wusste, was jetzt los war.

Es hat sich folgendes abgespielt. Olbricht hat die Offiziere in sein Zimmer rufen lassen und hat ihnen reinen Wein eingeschenkt, worauf es zu Unstimmigkeiten kam. Einer von den Zivilisten schoss auf einen Oberstleutnant, die Gelegenheit nutzte Stauffenberg aus und verliess fluchtartig das Zimmer. Auf dem Flur wurde hinter ihm her geschossen und gerufen: «Das ist der Verräter», worauf Stauffenberg zurückschoss. Es war dann ein wildes Gebrüll im Block: «Verräter», «Ihr habt uns verraten» und «Die Generale haben uns verraten».

Als wieder Ruhe eingetreten war, kamen Olbricht, Haefen und Merz v. Quirnheim denselben Weg, den Stauffenberg auf seiner Flucht benutzt hatte. Der General Kortzfleisch war nun wieder frei und unterhielt sich schon wieder mit den Offizieren, die treu zum Führer standen. Diese Offiziere hatten den Nachmittag genutzt und sich einen LKW mit Waffen und Munition besorgt und sich dann am Abend selbst bewaffnet, um dann etwa gegen 23 Uhr mit dem Ruf: «Wir sind für den Führer!», den Flur entlang kommend, uns, die wir am Fahrstuhl standen, die MPi auf die Brust zu setzen: «Für oder gegen den Führer?» Mir blieb im ersten Moment die Spucke weg. Dann sagte ich: «Für den Führer!» Bis dahin wussten wir immer noch nicht, was eigentlich gespielt wurde. Die beiden Offiziere vom SD wurden auch befreit und bekamen ihre Waffen wieder! Die bewaffneten Offiziere gingen dann in das Zimmer, wo sich die Verräter befanden. Der Oberführer vom SD sagte zu Stauffenberg: «Sie waren heute beim Führer», worauf St. erst nicht antworten wollte, um dann nach einer Drohung doch zu gestehen, auch die Bombe geworfen zu haben. Ich war inzwischen auf den Hof gegangen, wo sich viele Soldaten von «Grossdeutschland» befanden. Ich kam gerade hinzu, wie ein Oberst auf die Strasse wollte und sich weigerte, sich auszuweisen, und dann einen Gewehrkolben aufs Auge bekam. Es stellte sich dann heraus, dass er zu den Führertreuen gehörte. Alles war aufgeregt, ich wusste nicht, wohin ich sollte. Ich ging zur Wachstube, wo ich dann durch Uffz. Krüger erfuhr, dass Stauffenberg, Olbricht, Merz v. Quirnheim und v. Haefen die Attentäter waren und sofort im Hof erschossen werden sollten. Ich ging dann zum Fahrstuhl, wo schon alles vorbereitet wurde und Stauffenberg als erster mit den Worten: «Heiliges Deutschland» starb, während Olbricht und Merz v. Quirnheim nichts sagten und v. Haefen mit «Es lebe Deutschland» seinen Tod fand. Die Verhaftungen gingen dann noch weiter. Es wurden dann noch viele Offiziere festgenommen und später gehängt. Der Generaloberst Beck hatte sich auf eine dramatische Art selbst erschossen. Mit einer Pistole brachte er sich einen Kopfschuss bei, der aber nicht tödlich war. Der Beck bat den Posten, er möge ihm die Pistole durchladen und ihm in die Hand geben, worauf der Posten sagt: «Herr General, ich werde Sie erschliessen!» Darauf sagte Beck: «Nein, das tue ich selber!» Er hatte aber nicht mehr die Kraft, die Hand zu heben, sackte vielmehr auf einem Sofa zusammen, worauf ihm der Posten mit seinem Gewehr einen Lungenschuss beibrachte. Der Schuss ging durch das Sofa und zwei Koffer gegen die Wand und sauste dann kreuz und quer durchs Zimmer. Dann setzten zwei Schüsse von einem Offizier und Generaloberst Fromm endlich seinem Leben ein Ende. Alle fünf wurden dann noch während der Nacht auf einen LKW geworfen. 15 Mann stiegen mit Schaufeln hinzu, um sie dann irgendwo zu begraben. Noch während der Nacht sprachen der Führer und die Befehlshaber der Wehrmachtsteile. Den Bendlerblock durften wir bis zum 21. abends 17 Uhr nicht verlassen. Noch am 21. früh wurden einzelne Offiziere, die sich versteckt hatten, verhaftet.

Auf den folgenden Seiten wird der Bericht des Stabsgefreiten Berlin über die Vorgänge am 20. Juli 1944 in der Bendlerstrasse in Faksimile wiedergegeben.

LITERATURVERZEICHNIS

Klassiker des Marxismus-Leninismus

- Lenin, W.I.*, Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie, in: *W. I. Lenin*, Werke, Bd 15, Berlin 1962
- Lenin, W. L.*, Über alte, doch ewig neue Wahrheiten, in: *W.I. Lenin*, Werke, Bd 17, Berlin 1962
- Lenin, W.* Die neuesten Angaben über die Parteien in Deutschland, in:
W.I. Lenin, Werke, Bd 19, Berlin 1962
- Lenin, W.I.*, Was man der deutschen Arbeiterbewegung nicht nachahmen soll, in: *W. I. Lenin*, Werke, Bd 20, Berlin 1961
- Lenin, W.I.*, Über deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus, in: *W.I. Lenin*, Werke, Bd 22, Berlin 1960
- Lenin, W.I.*, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in:
W. I. Lenin, Werke, Bd 22
- Lenin, W.I.*, Über «linke» Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: *W. I. Lenin*, Werke, Bd 27, Berlin 1960
- Lenin, W.I.*, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in:
W.I. Lenin, Werke, Bd 28, Berlin 1959
- Lenin, W.I.*, Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas, in: *W.I. Lenin*, Werke, Bd 28
- Lenin, W.I.*, Gruss den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten, in:
W.I. Lenin, Werke, Bd 30, Berlin 1961

Marxistisch-leninistische Literatur

- Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU), Berlin 1961
- Chruschtschow, N.S.*, Der Triumph des Kommunismus ist gewiss. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Oktober 1961, Berlin 1961
- Schlusswort und Schlussansprache N.S. Chruschtschows auf dem XXII. Parteitag der KPdSU. Resolution des XXII. Parteitages zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (17.-31. Oktober 1961), Berlin 1961
- Europäische Sicherheitskonferenz in Moskau (29.11.-2.12.1954)
- Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, die vom 14.-16. November 1957 in Moskau stattfand
- Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. November 1960, Berlin 1961

- 35 Jahre Kommunistische Partei Deutschlands, Berlin 1955
- Chruschtschow, N.S.*, Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Berlin 1959
- Chruschtschow, N.S.*, Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg, Berlin 1961
- Chruschtschow, N.S.*, Über die Aussenpolitik der Sowjetunion 1960, Berlin 1962
- Chruschtschow, N.S.*, Freundschaft Frankreich-UdSSR festigt Frieden in Europa. Aus den Reden N.S. Chruschtschows in Frankreich 23. März bis 3. April 1960, Berlin 1960
- Grotewohl, Otto*, Im Kampf um Deutschland. Reden auf dem 2. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947
- Liebknecht, Karl*, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952
- Pieck, Wilhelm*, Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950, Bd I-II, Berlin 1952
- Reimann, Max*, Hebung des Klassenbewusstseins und des Patriotismus der Arbeiterklasse. Referat auf der 20. Tagung des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands am 5. und 6. Juni 1955, Berlin 1955
- Thälmann, Ernst*, Bilder und Dokumente aus seinem Leben, Berlin 1955
- Ulbricht, Walter*, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd I-III, Berlin 1953
- Ulbricht, Walter*, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Berlin 1955

Quellen und Dokumente

- BiieiUHfIH nojwTHKa CCCP. CcsoPHHK fOKyMeHTOB (moHb 1935 – 1941 rr.), Bd IV, Moskau 1946
- BHeinHHH nojinTMKa CCCP. CÖOPHUK ^OKYMCHTOB (HWHB 1941 – ceHTHÖpb 1945 r.), Bd V, Moskau 1947
- BHeuiHfIH nojinTMKa CCCP. CÖOPHUK fOKyMenTOB (ceHTHÖpb 1945 – c£>eBpaJib 1947 r.), Bd VI, Moskau 1947
- BHenHHH nojiHTMKa CoBeTCKoro CoiO3a B nepnofl OTeneTBeHHOM BOMHbi. TJoKyieHTbi M MaTepnajibi, Bd I-III, Moskau 1946-1947
- CoBeTCKo-(J)paHy3CKHe OTHOTueHUH BO BpeMH BejiMKOH OTeneT-BeHHOw BOMHbi 1941-1945 rr. JJoKyMeHTbi M MaTepwaJibi, Moskau 1959
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Bd 1 (1937-1945), Baden-Baden 1950
- Alliierter Kontrollrat und Aussenministerkonferenzen. Kleine Dokumentensammlung. Hg. von Prof. Dr. *Karl Bittel*, Berlin 1959
- Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, Berlin 1961

- A Decade of American Foreign Policy. Basic Documents 1941-1949, Washington 1950
- Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf. Hg. von *W. Schmidt*, Berlin 1959
- Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Bd I-II, Moskau 1948-1949
- Neue Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens, Prag 1959
- Das Ende des Schreckens. Dokumente des Untergangs. Hg. von *Erich Kuby*, München 1955
- Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer, Berlin 1958
- Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28. Oktober 1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1960
- Elimination of German Resources for War. Hearings before a Subcommittee of the Committee on Military Affairs, Washington 1945
- Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933 bis 1945. Eine Auswahl von Materialien, Berichten und Dokumenten, Berlin 1958
- Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Hg. von *Walter Hofer*, Frankfurt am Main-Hamburg 1957
- Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. *P. A. Steiniger*, Bd I u. II, Berlin 1962
- Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente. Kleine Dokumentensammlung. Hg. von Prof. Dr. *Karl Bittel*, Berlin 1957
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947 bis 1949
- Das Dritte Reich in Dokumenten. Hg. von *Walter Anger*, Frankfurt am Main-Hamburg 1957

Darstellungen, Memoiren, Tagebücher, Briefe

- Be3UMeucKuii Ji. A.*, repMaHCKwe reHepajibi c rwTJiepoM u 6e3 Hero, Moskau 1961
- runiiöepz Ji. PI. u flpaÖKUH H. C.*, HeMeuKne aiiTMchaujMCTbi B 6opb6e npOTMB ruTjiepoBCKOÛ flUKTaTypbi 1933-1945, Moskau 1961
- Koeajib B. C.*, ИпаBflа о 3ароBoпе npoTMB rwTjiepa 20 MЮЛH 1944 ро,«а, Moskau 1960

- MejibHUKoe R. E.*, EopbGa 3a eAMHyio Mnpojno6nByio M jjeMOKpa-THHeCKyio TepMaHMio, Moskau 1951
- MejibHUKoe /(. E.*, OrpaTerMHeCKoe nojio>KeHMe TepMaHHM B nep-BOM M BTopow MjipoBbix BOMHax, Moskau 1944
- MejibHUKoe fl. E.*, repiwaHCKMH Bonpoc H eBponecKaa 6e3onac-HOCTb, Moskau 1955
- Mwposaa BOMHa 1939-1945 rossOB. CÖOPHMK CTaTeä, Moskau 1957
- Иopa?KeHMe repMaHCKoro HMneпajiH3Ma BO BTOПOM MMPOBOM BOMHe. CTaTbw M floKyMeHTbi, Moskau 1960
- Po3auee r. Jl.*, ИocJiefHMe aHM TwTJiepa (143 MCTOPHM KpыиueHMH 4>aiuHCTCKOÄ TepMaHHM), Moskau 1961
- Abshagen, Karl Heinz*, Canaris, Stuttgart 1949
- Assmann, Kurt*, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950
- Bartel, Walter*, Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945, Berlin 1956
- Bärwald, HorstIKlaus Polkehn*, Bis fünf nach zwölf, Berlin 1960
- Bartz, Karl*, Als der Himmel brannte, Hannover 1955
- Bell, George*, The Church and Humanity, London 1946
- Bernadotte, Folke*, Das Ende, Zürich 1945
- Berndorff, Hans Rudolf*, General zwischen Ost und West, Hamburg 1950
- Bilanz des zweiten Weltkrieges, Oldenburg/Hamburg 1955
- Blumentritt, Günther*, Von Rundstedt, London 1950
- Boldt, Gerhard*, Die letzten Tage der Reichskanzlei, Hamburg 1947
- Bonhoeffer, Dietrich*, Widerstand und Ergebung, München 1956
- Bor, Peter*, Gespräche mit Haider, Wiesbaden 1950
- Bormann, Martin*, The Borman Letters: the Private Correspondence between Borman and his Wife from Jan. 1943 to Apr. 1945, London 1954
- Braubach, Max*, Der Weg zum 20. Juli 1944, Köln 1953
- Brehm, B.*, Der Trommler, Graz/Steyr 1960
- Bryans, J. Lonsdale*, Blind Victory, London 1951
- Bullock, Allan*, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1960
- Churchill, Winston S.*, Der zweite Weltkrieg, Bd I-VI, Stuttgart 1948 ff.
- Ciano, Galeazzo*, Tagebücher 1939-1943, Bern 1947
- Craig, Gordon A.*, Die preussisch-deutsche Armee 1640-1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1960
- Crankshaw, Edward*, Die Gestapo, Berlin 1959
- Dahrendorf, Gustav*, Julius Leber, ein Mann geht seinen Weg, Frankfurt am Main 1952
- Dönhoff, Marion Gräfin*, Den Freunden zum Gedächtnis, in Memoriam 20. Juli 1944, Hamburg 1946
- Dönitz, Karl*, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1958
- Duesterberg, Theodor*, Der Stahlhelm und Hitler, Hannover 1949
- Dulles, Allen Welsh*, Verschwörung in Deutschland, Kassel 1949

Foerster, Wolfgang, Ein General kämpft gegen den Krieg, München 1949
Foertsch, Hermann, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1951
Foltmann, Josef/Hans Möller, Opfergang der Generale, Berlin 1952
Gaulle, Charles de, Memoiren. Der Ruf – 1940-1942, Berlin/Frankfurt am Main 1955
Gaulle, Charles de, Memoiren 1942-46. Die Einheit – Der Ruf, Düsseldorf 1961
Gibbon, C. F., 20. July, New York 1956
Gisevius, Hans Bernd, Bis zum bitteren Ende, Bd I- II, Zürich 1946
Glottajewski, Gertrud / Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957
Goebbels – The Man Next to Hitler, being the Diaries of Rudolf Semmler, London 1947
Görlitz, Walter, Der deutsche Generalstab, Frankfurt am Main 1950
Görlitz, Walter, Der zweite Weltkrieg 1939-1945, Bd I- II, Stuttgart 1951 bis 1952
Greiner, Helmut, Die Oberste Wehrmachtsführung 1933-1943, Wiesbaden 1951
Guderian, Heinz, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951
Plagen, Walter (Wilhelm Hoettl), Die geheime Front, Linz/Wien 1950
Haider, Franz, Hitler als Feldherr, München 1949
Halifax, Edward Frederick Lindley Wood, Earl of, Fullness of Days, New York 1957
Plallgarten, G., Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt am Main 1955
Hammer, Walter, Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt am Main 1955
Hammer, Walter, Hohes Haus in Henkers Hand, Rückschau auf die Hitlerzeit, Frankfurt am Main 1956
Hassell, Ulrich v., Vom andern Deutschland. Tagebuch, Zürich 1948
Hegner, H., Die Reichskanzlei 1933-1945. Anfang und Ende des Dritten Reichs, Frankfurt am Main 1959
Hellwig, Joachim / Hans Oley, Der 20. Juli und der Fall Heusinger, Berlin 1959
Henk, Emil, Die Tragödie des 20. Juli 1944, Heidelberg 1946
Hermlin, Stefan, Der Leutnant Yorck von Wartenburg, Singen 1946
Heusinger, Adolf, Befehl im Widerstreit, Stuttgart 1950
Heydecker, Joe / Johannes Leeb, Der Nürnberger Prozess. Bilanz der Tausend Jahre, Köln-Berlin 1959
Hoem, Martin, Haider, Schuld und Tragik, München 1948
Hossbach, Friedrich, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Hannover 1949
Hull, Cordell, The Memoirs, Bd I-II, New York 1948
Kern, Erich, The Dance of Death, London 1951
Kielmannsegg, Der Fritsch-Prozess 1938, Hamburg 1949
Kirkpatrick, I., The Inner Circle, London 1959

Koch, Lutz, Erwin Rommel. Die Wandlung eines grossen Soldaten, Stuttgart 1950
Koersten, Felix, Memoirs. 1940-1945, New York 1957
Köhler, Fritz, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955
Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System des deutschen Konzentrationslagers, München 1946
Kordt, Erich, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950
Kordt, Erich, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1947
Krause, J., Die Schuhmann-Engert-Kresse-Gruppe, Berlin 1960
Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen/Stuttgart 1959
Kühlmann, Richard v., Erinnerungen, Heidelberg 1948
Kühnrich, Heinz, Der KZ-Staat, Berlin 1960
Leber, Annedore, Den toten, immer lebendigen Freunden, Berlin 1946
Leber, Annedore, Das Gewissen steht auf, Berlin-Frankfurt am Main 1954
Lehmann, Klaus, Widerstandsgruppe Schulze-Boysen-Harnack, Berlin 1948
Lobe, Paul, Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949
Lonner, Horst, Das tausendjährige Reich, Berlin 1947
Lossberg, Bernhard v., Im Wehrmachtsführungsstab. Bericht eines Generalstabsoffiziers, Hamburg 1949
Lüdde-Neurath, Walter, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1951
Manstein, Erich v., Verlorene Siege, Bonn 1955
Meinecke, Friedrich, Die deutsche Katastrophe, Zürich-Wiesbaden 1946
Meissner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler, Hamburg 1950
Michel, Karl, Ost und West. Der Ruf Stauffenbergs, Zürich 1947
Miller, Max, Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951
Moltke, Helmuth v., A German of the Resistance, Oxford 1948
Moltke, Helmuth v., Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel, Berlin 1957
Müller, Johannes, Sturz in den Abgrund. Die letzten zehn Monate, Offenbach 1947
Müller, Wolf gang, Gegen eine neue Dolchstosslüge. Ein Erlebnisbericht zum 20. Juli 1944, Hannover 1947
Nitzsche, Gerhard, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957
Olden, Rudolf, Hitler, New York 1936
Oven, Wilfred, Mit Goebbels bis zum Ende, Buenos Aires 1949
Paetel, Karl, Innere Emigration, New York 1946
Papen, Franz v., Der Wahrheit eine Gasse, München 1952
Pechel, Rudolf, Deutscher Widerstand, Zürich 1947
Pechel, Rudolf, Zwischen den Zeilen, München 1948
Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42, Bonn 1951
Poelchau, Harald, Die letzten Stunden, Berlin 1949

Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges, Berlin 1958
Puls, H., Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, Berlin 1959
Pulitz, Wolf gang, Gans Edler Herr zu, Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin 1956
Puttkammer, Jesco v., Irrtum und Schuld. Geschichte des Nationalkomitees «Freies Deutschland», Berlin 1948
Rabenau, Friedrich v., Von Seeckt, Aus seinem Leben, Leipzig 1940
Reitlinger, Gerald, The SS. Alibi of a Nation 1922-1945, New York 1957
Remer, Otto, 20. Juli 1944, Hamburg 1951
Reuter, Franz, Der 20. Juli und seine Vorgeschichte, Berlin 1946
Riess, Curt, Joseph Goebbels. Eine Biographie, Zürich 1949
Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954
Rosinsky, Herbert, The German Army, London 1939
Rossbach, Gerhard, Mein Weg durch die Zeit, Weilburg a. d. Lahn 1950
Rothfels, Hans, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt am Main / Hamburg 1958
Sauerbruch, Ferdinand, Das war mein Leben, Bad Wörishofen 1951
Schacht, Hjalmar, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953
Schacht, Hjalmar, Abrechnung mit Hitler, Hamburg / Stuttgart 1948
Schellenberg, Walter, The Labyrinth. Memoirs, New York 1956
Schlabrendorff, Fabian v., Offiziere gegen Hitler, Zürich 1951
Schultz, Joachim, Die letzten 30 Tage – aus dem Kriegstagebuch des OKW, Stuttgart 1951
Schweppenburg, Freiherr Geyr v., Erinnerungen eines Militärattachée, Stuttgart 1949
Scholl, Inge, Die Weisse Rose, Frankfurt am Main 1952
Schramm, Wilhelm v., Rommel. Schicksal eines Deutschen, München 1949
Schramm, Wilhelm v., Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953
Schirach, Henriette v., Preis der Herrlichkeit, Wiesbaden 1956
Schluckner, Horst, Hans-Joachim; Else u. Siegfried Marohn, Überlebende, Berlin 1956
Seabury, Paul, Die Wilhelmstrasse 1930-1945, Berlin 1956
Seeckt, Hans v., Die Reichswehr, Leipzig 1933
Seeckt, Hans v., Die Zukunft des deutschen Reiches, Berlin 1929
Seeckt, Hans v., Gedanken eines Soldaten, Berlin 1929
Severing, Carl, Mein Lebensweg, Köln 1950
Sherwood, Robert E., Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950
Shirer, William L., Berlin Diary, New York 1941
Shirer, William L., End of a Berlin Diary, London 1947
Shirer, William L., Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1961
Speidel, Hans, Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal, Stuttgart 1949

- Stanley, I.*, The Unforgotten, Boston 1957
- Steltzer, Theodor*, Von deutscher Politik, Frankfurt am Main 1949
- Strölin, Karl*, Stuttgart im Endstadium des Krieges, Stuttgart 1950
- Strölin, Karl*, Verräter oder Patrioten?, Stuttgart 1950
- Taylor, T.*, The March of the Conquest, New York 1958
- Thomee, Gerhard*, Der Wiederaufstieg des deutschen Heeres 1918-1938, Berlin 1939
- Tippeiskirch, Kurt v.*, Geschichte des zweiten Weltkrieges, Frankfurt a. M. / Bonn 1959
- Toynbee, Arnold Joseph*, The Eve of the War 1939, London 1958
- Trevor-Roper, Hugh*, The Last Days of Hitler, London 1947
- Ver mehren, Isa*, Reise durch den letzten Akt, Hamburg 1947
- Weinert, Erich*, Das Nationalkomitee «Freies Deutschland». Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung, Berlin 1957
- W eisenborn, Günther*, Der lautlose Aufstand, Hamburg 1954
- Weizsäcker, Ernst, Freiherr v.*, Erinnerungen, München 1950
- Westphal, Siegfried*, Heer in Fesseln, Bonn 1950
- Westphal, Siegfried / Werner Kreipe* u.a., The Fatal Decisions, London 1956
- Wheeler-Bennett, John W.*, Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945, Düsseldorf 1954
- Wiechert, Ernst*, Dramatische Tage in Hitlers Reich, Stuttgart 1952
- Winzer, Otto*, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1957
- Young, Desmond*, Rommel, London 1950
- Zeller, Eberhard*, Geist der Freiheit. Der 20. Juli 1944, München 1956
- Zoller, Albert*, Hitler privat. Erlebnisbericht seiner Geheimsekretärin, Düsseldorf 1949

PERSONENVERZEICHNIS

- Abshagen, Karl Heinz 269
 Abshagen, Robert 43
 Aitken 75
 Albrecht, Gerhard 157

 Badoglio, Pietro 225
 Bakke, Herbert 253
 Bästlein, Bernhard 40 43-48 172 bis
 175 200
 Bayerlein, Fritz 270
 Beck, Ludwig 54 59 60 63- 70 7 9 89
 90 9 7 100-10: 2 104 110 112 113
 123 129-131 133 137 141 154
 156 157 169 185 187 188 216
 258 261 262 265 266 268 277
 Bell, George 79 80 88 212
 Below, Otto von 249
 Bergdorf 249
 Berger 108
 Bernadotte, Folke Graf 151 247
 Bernardis, Robert 222
 Bernstorff, Albrecht Graf von 72 126
 158 223
 Bernstorff, Günther Graf von 126 127
 Bernstorff, Hermann Graf von 126 127
 Biroli 97
 Bismarck, Gottfried Graf von 102
 Bismarck, Herbert Graf von 154
 Bismarck, Otto Fürst von 206 207
 Blessing, Karl 129 130
 Blomberg, Werner von 57 59-61
 Bock, Fedor von 78
 Bodenschatz, Karl Heinrich 108
 Boineburg-Langsfeld 113
 Boldt, Gerhard 247
 Bolz, Eugen 130
 Bonhoeffer, Dietrich 79 80 88 97 141
 142 212 218
 Bonhoeffer, Klaus 120

 Borgmann 108
 Bormann, Martin 96 147 234 235
 245 246 249 250 253
 Bosch, Carl 118 119 121 122 211
 Bosch, Robert August 119 121 122 211
 Brandenburg, Wilhelm 152
 Brandt 108
 Bratke 240
 Brauchitsch, Walther von 62 66 78
 211 224
 Braun, Eva 244 249
 Bredow, von 59
 Brockdorff-Ahlefeldt, Erich Graf von 68
 Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von
 180
 Brüning, Heinrich 121 149
 Bryans, Lousdale 74
 Bücher, Hermann 121
 Budeus 44
 Buhle 108
 Burckhardt, Carl J. 93 95
 Burgdorf 246
 Buwert, Hans 124

 Canaris, Walther Wilhelm 68 72 79
 87 98 125 139-142 144 210 219
 257 261 262 267 269 270
 Chamberlain, Neville 69 74
 Choltitz, Dietrich von 99
 Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch
 274
 Churchill, Winston Spencer 69 79 80
 88 94 102 152 231 244 248-250
 Clausewitz, Karl von 137
 Coudenhove-Kalergi, Richard Graf
 von 122
 Crankshaw, Edward 114 143
 Cuno, Wilhelm 154

- Dahrendorf, Gustav 131 227
 Danfeld 93
 Diebitsch-Sabalkanski, Iwan Iwanowitsch Graf 162
 Dirksen, Herbert von 180
 Dohna-Tolkendorf, Heinrich Graf zu 126 127 131
 Dohna-Tolksdorf, Maria 127
 Dohnányi, Hans von 73 97 141 142
 Dönitz, Karl 62 249 250 252-256 272
 Dorpmüller, Julius 253
 Dufing 251 252
 Dulles, Allen Welsh 75 92 94-96 101 125 138 175 177 179 183 184 216 266-268
- Eden, Sir Anthony 80
 Einicke, Ludwig 18
 Eisenhower, Dwight David 102-104 248 255
 Elsas, Fritz 159
 Engert, Otto 42 49 50
 Ernst 240
 Ersil, Wilhelm 121
 Esebeck 112
 Eucken, Walter 157
- Falkenhausen, Alexander Frhr. von 101 124
 Falkenhausen 124
 Falkenhayn, Erich von 55 56
 Fegelein, Hermann 245 246
 Fellgiebel, Erich 90 108 110 223
 Fischer, Albrecht 122
 Florin, Wilhelm 41
 Foch, von 56
 Foord 255
 Franco, Francisco 75
 Frazer, Leon 125
 Freisler, Roland 222 237 239
 Freytagh-Loringhoven, Wessel Frhr. von 56 90
- Friedeburg, Hans von 254 255
 Fritsch, Werner Frhr. von 59-62
 Fromm, Friedrich 82 111 112 114 276
 Fugger von Glett, Josef 126 127
 Fugger von Glett, Karl 126 127
 Funk, Hermann 21
- Gersdorff, Rudolf Frhr. von 87
 Gessler, Otto Karl 131 154
 Gewein 247
 Gewernitz 177
 Gisevius, Hans Bernd 101 105 125 135 141 143 183 216 266-268
 Gladki 252
 Gneisenau, August 182
 Goebbels, Joseph 20-23 92 111-113 221 222 224 230 232 245 246 249 bis 253 272
 Goerdeler, Carl Friedrich 23 24 27 50 78 79 82 84-90 92 93 95 97 99-102 104 116-120 122 123 125 126 129-133 141 145 147 149 bis 153 157 163 165 167 169-171 181 183-187 190-204 206-217 219 221 222 257-259 261 262 265-269
 Göring, Hermann Wilhelm 20 25 61 62 105 133 150 247 249
 Görlitz, Walter 12 135 227 246 265 266
 Graf, Wilhelm 30
 Graffman 96
 Greim, Ritter von 245 246 249
 Groener, Wilhelm 56 58 63 138
 Guderian, Heinz 12 62 147 247
 Günse 244 245
- Haeften, Hans-Berndt von 110 113 155 162 223
 Haeften, Werner von 107 108 111 113 275 277
 Hagen, Albrecht von 222

- Hagen, Walter (Pseudonym)
siehe Wilhelm Hoettl
- Hahn, Paul von 122
- Haider, Franz 10 67 123 138 139
268 272
- Halem, Nikolaus von 120
- Halifax, Edward F. Viscount 69 74
207 209
- Hamm, Eduard 154
- Hammerstein, Ludwig von 110 144
- Hammerstein-Equord, Kurt Frhr. von
63 68 70 71 83 137 138
- Hanke 239 249
- Hansen, Georg 141
- Hardenberg, Carl-Hans Graf von 121
- Hardenberg, von 78 146
- Harnack, Arvid 44 262
- Harpe 77
- Hase, Paul von 110 111 222
- Hassell, Johann Dietrich von 148
- Hassell, Ulrich von 57 66 74 88 93
116 120 124 126 130 155- 157
169 -171 180 187 188 192 193
197 201 206-210 216 217 222
261 262 264-266 268
- Haubach, Theodor 162
- Haushofer, Albrecht 55 56
- Hausser, Paul 272
- Heinrici, Gotthard 77
- Helldorf, Wolf Heinrich 68 223 275
- Henk, Emil 218
- Hermes, Andreas 154
- Hess, Rudolf 125 210 245
- Heusinger, Adolf 108 271
- Heyde, von der 111-113
- Hcydrich, Reinhard 143
- Heye, Wilhelm 54
- Himmeler, Heinrich 16 30 92-98 102
103 105 109 142 143 148 150 bis
152 221 233 235 239 247-249
253 254 265 273
- Hindenburg, Oskar von 77 102
- Hindenburg, Paul von Beneckendorf
und von 59 63
- Hitler, Adolf¹
- Hoare, Samuel 75
- Hoepner, Erich 68 110 129 138 222
- Hoettl, Wilhelm 94 143
- Hofacker, Caesar von 104 105 113
124 223
- Hoffmann, Heinrich 244
- Hofmann 55
- Hohenlohe-Langenburg, Egon Prinz
zu 244
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig
Fürst zu 75
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Ludwig
Fürst zu 98
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Max Fürst
zu 74 75 94
- Hopner, Bruce 93
- Hossbach, Friedrich 60
- Huber, Kurt 30
- Huppenkothen, Walther 141 151
- Jacob, Franz 40 42-48 50 172-175 220
- Jäger, Friedrich 276
- Jeschonneck 78
- Jessen, Jens Peter 157 188
- Jodl, Alfred 62 108 245 249 254 255
- John, Otto 104
- Jung 38
- Junge 244 245
- Jünger, Ernst 227
- Kaas, Ludwig 73
- Kabisch 56
- Kaiser, Hermann 135
- Kaltenbrunner, Ernst 16 113 221 273
- Kehrl, Hans 26
- Keitel, Wilhelm 61 62 64 108 111
123 147 245
- Kempke, Erich 244 245

¹ Seitenangaben wurden in das Register nicht aufgenommen.

- Kesselring, Albert 272
 Kewer, Gustav von 75
 Kiep, Otto Karl 141 159
 Kirk, Alexander 125
 Kleist-Schmenzin, Ewald Heinrich
 von (Gutsbesitzer) 127 131
 Kleist-Schmenzin, Ewald Heinrich
 von (Oberleutnant) 69
 Kluge, Günther von 78 79 87 89 92
 100 103 104 112 114
 Koch, Lutz 272
 Koersten, Felix 96 248
 Kordt, Erich 155 156
 Kordt, Theodor 69 155
 Korten 108
 Kortzfleisch 111 276 277
 Köstring, Ernst 105
 Krebs, Hans 246 249-253
 Kreiselmeier 45
 Kress, Kurt 49
 Kroll, Viktor 239
 Krüger 275 277
 Krupp von Bohlen und Haibach,
 Gustav 118-120
 Kückler, Georg von 77 79 89
 Kühn 239
 Künzer, Richard 158
- Lampe, Adolf 157
 Langbehn, Carl 93 95 96 188 223
 Lange, Leo 223
 Lauter 157
 Leber, Julius 129 133 162 172 174
 183 223
 Lech, Wilhelm Ritter von 77 78
 Lehndorff-Steinort, Heinrich Graf von
 131
 Lehr, Robert 154
 Lejeune-Jung, Paul 130 133 222
 Lendorff, Graf von 78 146
 Lenin, Wladimir Iljitsch 38 52
 Leuschner, Wilhelm 129 131-133
- Ley, Robert 230
 Liebknecht, Karl 52 140
 Lindemann, Fritz 91 144
 Linstow, von 113
 Loeser, Ewald 129 130 133
 Louis Ferdinand Prinz von Preussen 193
 Lüdde-Neurath, Walter 10 254 255
 Ludendorff, Erich 53 55 56
 Lundgren, Arvid 46
 Lüninck, Hermann Frhr. von 154
 Luxemburg, Rosa 140
- Mackensen, August von 53
 Maltzan, Ago von 180
 Manstein, Erich von Lewinski, gen.
 von 77 195 224 272
 Manziani 244
 Menge, Arthur 154
 Mertz von Quirnheim, Albrecht Ritter
 110 113 277
 Metsch, von 56
 Mierendorff, Carlo 162
 Model, Walter 224
 Moltke, Helmuth James Graf von
 86 98 128 159 161-167 169 bis
 171 175 181 182 258 261 262
 Moltke, Helmuth Karl Bernhard Graf
 von 161
 Montgomery, Viscount of El Alamein,
 Bernhard L. 248 249 254 255
 Morell 244 246
 Morgenthau, Henry 15
 Müller, Heinrich 141 221
 Müller, Johannes 243
 Müller, Josef 73 97
 Müller, Wolfgang 148
 Mussolini, Benito 37 107 108 174
- Nebe, Arthur 143 144 266
 Neubauer, Theodor 40-42 48-50 173
 Neurath, Konstantin Frhr. von 60 68
 Niederkirchner, Katja 41

Nikitschenko 126
 Nietzsche, Gerhard 46 172 174
 Nitzschke, Friedrich 46
 Norman, Montagu 125
 Norton, D. 79
 Noske, Gustav 131 135 227

 Ogilvie-Forbes, Sir George 71
 Ohlendorf, Otto 150
 Olbricht, Friedrich 85 86 89 91 110
 112 113 129 145 146 182 276 277
 Osborne, Francis D'Acy G. 73
 Oster, Hans 68 72 73 79 98 111 139
 bis 142 144 219 262

 Papen, Franz von 121
 Paulus, Friedrich 11
 Pechel, Rudolf 72 122 183 218 259
 260 262
 Peters 240
 Peuckert, Richard 239
 Pieck, Wilhelm 40 41
 Planck, Erwin 103 154 188
 Poelchau, Harald 162 261
 Popitz, Johannes 83 95 96 99 116
 117 120 129 130 149 150 157 165
 170 171 184 187 188 192 193 206
 210 221 223 266-268
 Poser, Magnus 42 48 49
 Probst, Christopher 28-30
 Puttkamer, Admiral von 108
 Puttkammer-Nippoglense, Jesco von 126
 Racder, Erich 60 62 224
 Rahtgens, Karl Ernst 223
 Rasche, Karl 93
 Rechberg 55
 Reckzeh 175
 Reichenau, Walther von 76 78
 Reichwein, Adolf 132 133 162 172
 bis 174 183 223
 Reinicke, Hermann 148
 Reisch, Hanna 246

 Remer, Ernst 112 113 272
 Reusch, Paul 119 121 122
 Reuter, Josef 153
 Reuter 226
 Ribbentrop, Joachim von 75 155 156
 244 247 249 254 272
 Ritter, Gerhard 80 81 84 89 92 99
 104 116 118 121 131 145 157 168
 169 179 185 191 195 268 269
 Roemer, Bcppo 44
 Romm 240
 Rommel, Erwin 13 92 103 104 146
 258 261 266 269-272
 Rommel, Lucie-Maria 270
 Rooks 255
 Roosevelt, Franklin Delano 244
 Röppel, Franz 153
 Rosenberg, Alfred 207
 Rothfels, Hans 65 80 81 115 116
 124 130 135 143 149 169 220
 227 263 264 268 272
 Rundstedt, Gerd von 101 103 147 224

 Sadrozinski, Joachim 223
 Saefkow, Anton 40 42-48 50 172 bis
 175 220 261
 Salisch 239
 Sas, J. G. 73
 Sauckel, Fritz 21 36 38
 Schaal 112
 Schacht, Hjalmar 117 119 123-126
 138 149 225 258 266 267 269
 Schaub, Julius 245
 Scheer, John 40
 Schellenberg, Walter 93 94 96 151
 248 273
 Scherff 108
 Schlabrendorff, Fabian von 71 78 87
 123 142 146 182 218 262
 Schleicher, Kurt von 55 58 63 137
 154
 Schliefflen, Graf von 58

Schmorell, Alexander 30
 Schmundt, Rudolf 108
 Schneller, Ernst 40
 Schneller 240
 Schniewind, Otto 120 129 130
 Scholl, Hans 28-30
 Scholl, Sophie 28-30
 Schönfeld, Hans 79 80 88 212
 Schramm, Wilhelm von 135 271 272
 Schrott 147
 Schulenburg, Fritz Dietlof Graf von
 der 68 105 113 166 223
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf
 von der 129 130 155 180 181
 Schulze-Boysen, Harro 44 262
 Schumann, Georg 41 42 49 50
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 253
 Schwerin von Schwanefeld, Ulrich
 Wilhelm Graf 110 113 144 223
 Seabury, Paul 155 156
 Seeckt, Hans von 53-56 58 59 137 138
 Seipe 254
 Seitz, Karl 131 153
 Seldte, Franz 253
 Semmler, Rudolf 113
 Shirer, William 59
 Siedersleben, von 103
 Sieg, John 44
 Siegmund-Schultze 211
 Siemens, Carl Friedrich von 121
 Skamira, Willi 45
 Skorzeny, Otto 107 113
 Smend, Günther 233
 Smith, Walther Bedell 255
 Sokolowski 251 252
 Solf, Johanna, geb. Dotti 98 159 219
 Solf, Wilhelm 98 158
 Sonderegger 141
 Sonnleithner, Franz von 180 181
 Specht 147
 Speer, Albert 121 253
 Speer, Franz 153
 Speidel, Hans 270
 Spillhagen 239
 Stahl, Heinrich 123
 Stauffenberg, Berthold Schenk Graf
 von 105 113 223
 Stauffenberg, Claus Schenk Graf von
 90 91 97 99 100 102 104-108 110
 bis 113 128-130 145 146 161 162
 170 176-178 180-187 202 258
 262 264-268 275-277
 Steiner, Felix 246
 Steltzer, Theodor 154 162-164 181 261
 Stieff, Helmuth 87 90 91 107 144 222
 Stinnes, Hugo 244
 Stöcker, Walter 40
 Strebei 240
 Strölin, Karl 103 122
 Stülpnagel, Karl Heinrich von 113
 114 138 223 266 268
 Stumpfegger, Ludwig 246
 Suren 223
 Teuchert, von 113
 Thälmann, Ernst 40
 Thiele, Fritz 223
 Thierack, Otto Georg 31
 Thomas, Ferdinand 175
 Thomas, Georg 123 124
 Thomee, Gerhard 54
 Tresckow, Henning von 78 79 88-91
 97 100 144-146 180
 Trott zu Solz, Adam von 74 105 106
 155 162 169 176-184 193 223 258
 Tschuikow, W.I. 250 251 253
 Udct, Ernst 78
 Uhrig, Robert 41 43 44
 Ulbricht, Walter 9 21 40 41 80 83
 117 221 241
 Unruh, von 21
 Üxküll, Nikolaus Graf von 131

Vansittart, Sir Robert 69 209
 Vogler, Albert 121

Waffler, Anton 238
 Wagner, Eduard 91 144
 Wallenberg, Jakob 79 87 88 92 93
 99 102 103 151 152
 Wallenberg, Marcus 79 87 88
 Walz, Hans 122
 Warlimont, Walter 62 108
 Weidemann 77
 Weidling 245 246
 Weinert, Erich 41
 Weisenborn, Günther 30 31 219 260 261
 Weizsäcker, Ernst Frhr. von 74 156 244
 Wendland 233
 Wenk, Walther 245 246
 Wenzel, Richard 173
 Wenzel-Teutsdiental, Carl 120-122 126
 Westphal, Siegfried 12
 Wetzel 56
 Wheeler-Bennett, John W. 64 70 71
 74 81 82 88 139 143 144 157 183

Wiechert, Ernst 32
 Will, Albert 238
 Wilmowsky, Thilo Frhr. von 120
 Winzer, Otto 11 42 49 50 175 241
 Wirmer, Joseph 130 133 222
 Wirth, Joseph 159 209
 Wittke, Wilhelm 119
 Witzleben, Erwin von 67 78 110 129
 138 185 201 202 219 222
 Wolff, Karl 95
 Wurm, Theophil 122

Yorck von Wartenburg, Johann David
 Ludwig 41
 Yorck von Wartenburg, Peter Graf
 110 113 128 129 144 162 165 169
 170 176 178 180 182 222 258 262
 265
 Young, Desmond 92

Zarden, Arthur 159
 Zeitzier, Kurt 11 12
 Ziegler 276
 Zitzewitz, Friedrich von 127
 Zitzewitz-Muttrin, Friedrich K. von 126

INHALT

Einleitung	5
I Deutschland in den Jahren 1943 und 1944	9
Die Auswirkungen der militärischen Niederlagen und ausenpolitischen Misserfolge auf die innenpolitische Lage in Deutschland	9
Das Heranreifen der innenpolitischen Krise und die deutsche Widerstandsbewegung in den letzten Kriegsjahren	15
Die Kommunistische Partei Deutschlands als Avantgarde im Kampf der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes gegen die Hitler-tyrannie	39
II Die Ursachen der Verschwörung gegen Hitler und die wichtigsten Etappen ihrer Entwicklung	52
Die Generäle und Hitler. Die Entstehung der Opposition in der faschistischen Armee	52
Das Heranreifen der Verschwörung nach den Siegen der Sowjetarmee Ende 1942 und Anfang 1943	80
III Die Vorbereitung der Verschwörung und ihre Teilnehmer	107
Operation «Walküre»	107
Der Klassencharakter und die Klassenbedingtheit der Verschwörung	115
Der «militärische» und der «zivile» Sektor der Verschwörung	134
IV Der «Kreisauer Kreis» und die Gruppe Stauffenberg	161
V Das Programm der Verschwörung und die Ursachen ihres Scheiterns	187
Das innenpolitische Programm der Verschwörung	187
Die ausenpolitische Plattform der Verschwörung	206
Das Scheitern der Verschwörung und die Abrechnung der Hitlerfaschisten mit den Verschwörern	218
VI Das Ende des faschistischen Reiches	229
Die letzten Monate der Hitlerdiktatur	229
Der Zusammenbruch	241
VII Die Verschwörung des 20. Juli 1944 und die westdeutsche Geschichtsschreibung	257
Anhang	275



Blick in den Verhandlungssaal des «Volkgerichtshofes» während des Prozesses gegen Legationsrat Trott zu Solz (stehend). Im Vordergrund der Präsident des «Volkgerichtshofes», Dr. Roland Freister